

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### B - Wirtschaft

B001	Investitionsoffensive für die klimagerechte Industrie	4
B002	Bezuschussung Papierindustrie bei der Umstellung auf klimaneutrale Produktion	9
B003	Ausbau der Infrastruktur für die Stärkung der Chemieparks und Infrastrukturgesellschaften	10
B004	Industrie ist Zukunft: Attraktive Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung	12
B005	Industriepolitik und Wertschöpfung in Deutschland	16
B006	Harmonisierung des deutschen Umweltrechts	18
B007	Klimaschutz und Strukturwandel in der chemischen Industrie – sozial gerecht, ökonomisch vernünftig, ökologisch verantwortungsvoll	19
B008	Zukunftsfähigkeit der chemischen Industrie sichern und ausbauen	23
B009	CO2-neutrale Industrie als nachhaltiges Projekt zur Standortsicherung, Ausbau Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand	28
B010	Die heimische Zellstoffindustrie und unsere Papierindustrie sichern und klimagerecht umbauen im Einklang mit Mensch, Umwelt und Wirtschaft	30
B011	Baden-Württemberg: Transformieren oder verlieren	34
B012	Für eine Chemikalienpolitik, die Arbeitsplätze sichert und Innovationen fördert	37
B013	Kreislaufwirtschaft als Baustein für ressourcenschonende Produktion	39
B014	Innovative Lösungen: Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft	41
B015	Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft – Innovationen fördern, Standorte stärken und in der Gesellschaft aufklären	43
B016	Subventionierung nachhaltiger, umweltfreundlicher und/oder recycelbarer Verpackungen	45
B017	Kali- und Steinsalzbergbau – Erstellung eines Handlungskonzeptes, das einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht	46
B018	Kali- und Steinsalzbergbau – Erstellung eines Handlungskonzeptes, das einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht	48
B019	Förderung von Ladeinfrastruktur für E-Autos bei Arbeitgeber*innen	50

B020	Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung in Einklang bringen	51
B021	Nachhaltigkeit aus Tradition	55
B022	Standort stärken, gute Industriearbeit sichern – finanzpolitische Begleitung von Unternehmen in der Transformation	57
B023	Regionale Transformationsprozesse gemeinsam erfolgreich gestalten und Beschäftigung erhalten	63
B024	Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Sanierung der ostdeutschen Bundesländer fortschreiben.	65
B025	Nur mit "Guter Arbeit": Mobilität der Zukunft. Beschäftigungschancen und Perspektiven der Verkehrswende.	67
B026	Mobilitätswende gestalten, nachhaltige Industrien sichern	72
B027	Mobilität der Zukunft	75
B028	Auto-Zulieferindustrie im Wandel. Arbeitsplätze schützen und Perspektiven schaffen	76
B029	Kautschuk ist Basis für Mobilität und nachhaltige Lösungen	79
B030	Transformation der Energie – Sicherheit im Wandel	82
B031	Gut Leben und Arbeiten in der Energieregion Lausitz	84
B032	Nach dem Kohleausstieg: Zukunftsperspektiven für industrielle Beschäftigung in den Revieren	86
B033	Mit aller Energie: unser Weg zur Wasserstoffwirtschaft - von der Zieldiskussion zu Umsetzungsstrategien	88
B034	Wandel gestalten und Energie der Zukunft	91
B035	International wettbewerbsfähige und klimaneutrale chemische Industrie der Zukunft	94
B036	Chance Wasserstoff - Schlüssel für einen erfolgreichen Umbau der Industrie zur Klimaneutralität zur Erreichung der Klimaziele	97
B037	Wasserstoffwirtschaft gestalten	101
B038	Von der Digitalisierung zur Zukunftschance – gewerkschaftliche Handlungsansätze und -perspektiven	105
B039	Zukunftssicherer Einfluss auf den digitalen Raum	108
B040	Digitalisierung von Arbeit: Folgen, Grenzen und Perspektiven	110
B041	Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Papierindustrie	113
B042	Digitalisierung in der Feinkeramik aktiv gestalten und Arbeitsplätze erhalten	116
B043	Nachhaltigkeit und Digitalisierung in der keramischen Industrie	118

B044	Leistungsfähige Infrastruktur für eine starke Industrie	121
B045	Entwicklung von nachhaltigen IG BCE-branchenspezifischen Industrie- und Innovationsstrategien zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur, neue Technologien und Wissenschaft zur Sicherung des Innovationsstandorts Deutschland	125
B046	Ein zukunftsfähiger Industriestandort benötigt moderne Infrastruktur!	127
B047	Netzausbau vorantreiben	130
B048	Modernisierung der Internetinfrastruktur	132
B049	Branchenjahre in der IG BCE ausrufen	134
B050	Forschung und Innovation in der Feuerfest- und Säureschutzindustrie aktiv gestalten	135
B051	Für eine nachhaltige papiererzeugende Industrie als Zukunftsmodell für konkurrenzfähige Produkte und sichere Arbeitsplätze	137
B052	Die pharmazeutische Industrie zu einer am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichteten Zukunftsindustrie entwickeln	141
B053	IG BCE - die Pharmagewerkschaft	145
B054	Die pharmazeutische Industrie wieder zu einer führenden, an Nachhaltigkeit ausgerichteten Branche in Deutschland und Europa machen	149
B055	Gute Arbeit und Stärkung der Gesundheitswirtschaft	154
B056	Zukunftsfähigkeit der Pharmabranche gestalten	157
B057	Nachhaltige primäre und sekundäre Rohstoffpolitik für den Industriestandort Deutschland	160
B058	Raffinerien als Schlüssel einer treibhausgasarmen Wirtschaft	162
B059	Raffinerien mit Zukunft	166
B060	Ressourcen in der Mineralölwirtschaft sichern	170
B061	Durch den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen die Zukunft der deutschen Mineralölindustrie sichern – Anforderungen an Politik und Unternehmen	172
B062	Gesetzliche Zulassung - Coprocessing von biogenen Rohstoffen	174
B063	Trotz langer Tradition vielfältige Innovationspotenziale	176

## Antrag B001: Investitionsoffensive für die klimagerechte Industrie

Laufende Nummer: 264

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, sich für eine gelingende sozial-ökologische  
2 Transformation der chemischen Industrie und aller energieintensiven Branchen zeitnah  
3 einzusetzen. Investitionen sollen sicherstellen, dass das Neue kommt, bevor das Alte  
4 geht.
- 5 • Wir fordern die Unternehmen auf, in neue Technologien und treibhausgasarme  
6 Produktionsverfahren frühzeitig und umfassend zu investieren sowie Aufsichtsrat  
7 und Betriebsrat an Zukunftsstrategien für ihre Standorte zu beteiligen.
- 8 • Eine Modernisierung der Mitbestimmung ist eine qualitative Erweiterung der  
9 Chancen auf eine sozial wie ökologisch und ökonomisch erfolgreiche  
10 Transformation der Unternehmen und der Industrie insgesamt.
- 11 • Die Einhaltung der Klimaziele und die Zukunft des Industriestandorts sollen  
12 gleichzeitig gesichert werden. Ein wichtiger Faktor hierfür wird die Senkung der  
13 Industriestrompreise, die Verfügbarkeit des erneuerbaren Stroms sowie die  
14 ausreichende Verfügbarkeit vom treibhausgasarmen Wasserstoff sein.
- 15 • Die IG BCE wird aufgefordert, sich für ein öffentliches Investitionsprogramm  
16 einzusetzen, u.a. um den Ausbau neuartiger treibhausgasarmer  
17 Produktionsverfahren der Grundstoffindustrien sowie der erneuerbaren Energien,  
18 Netze und Speichertechnologien zu fördern.
- 19 • Zudem strebt die IG BCE die Etablierung eines Transformationsfonds an, um  
20 Transformationsprozesse in der Industrie zu fördern. So sollen private und  
21 öffentliche Investitionen angereizt und gefördert werden. Die grundgesetzliche  
22 Schuldenbremse sollte reformiert und um eine Investitionsregel ergänzt werden.
- 23 • Die IG BCE setzt sich ergänzend zu anderen Instrumenten auch für die Förderung  
24 durch Carbon Contracts for Difference ein, damit die klimagerechte Produktion  
25 wettbewerbsfähig bleibt.
- 26 • Die IG BCE setzt sich für einen ganzheitlichen europäischen Carbon-Leakage-  
27 Schutz ein.
- 28 • Besonders die Investitionen in die Zukunftsfelder Wasserstoff, Biotechnologie,  
29 zirkuläre Wirtschaft und neue Antriebstechnologien müssen technologieoffen  
30 angereizt werden. Die Chemie und die energieintensive Industrie liefern die

wichtigen Bausteine für eine gelingende Transformation.

- Durch Diskussionen und Foren unterstützen wir einen gesellschaftlichen Mindset, der die Umsetzung der Roadmap zur Klimaneutralität von konkreten Investitionen mit konkreter Beschäftigung und konkreten Standorten unterstützt.

#### **Begründung:**

Vor dem Hintergrund der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft steht die chemische Industrie - wie die gesamte energieintensive Industrie - vor enormen Herausforderungen der Erneuerung und des Umbaus. Damit Industrieproduktion mit guten und mitbestimmten Arbeitsplätzen, fairen Löhnen und anständigen Arbeitsbedingungen in Deutschland und Europa auch zukünftig möglich und rentabel ist, gilt es, frühzeitig die Weichen in Richtung klimagerechter Produktion zu stellen. Dafür werden in den kommenden Jahren massive Investitionen in neue Anlagen und Verfahren nötig sein. Diese werden sich aus einem rein betriebswirtschaftlichen Kalkül noch nicht immer sofort rentieren. Dort, wo Investitionen aber gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich notwendig und rentabel sind, muss der Staat seiner Verantwortung für die Arbeitnehmer\*innen, Bürger\*innen und für die Industrie nachkommen und aktiv industriepolitisch eingreifen. Die Unternehmen sind gleichermaßen aufgefordert, ihre Investitionen in den Standort und die Anlagen zu tätigen, damit die Ziele der sozial-ökologischen Transformation erreicht werden.

#### **Mittelfristiges Investitionsprogramm für die Zukunftsfähigkeit der Industrie**

Die IG BCE fordert ein auf 10 Jahre angelegtes öffentliches Investitionsprogramm zur nachhaltigen Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung und das Institut der deutschen Wirtschaft haben für diesen Zeitraum einen Investitionsbedarf von 450 Milliarden Euro ermittelt. Die Marke von 45 Milliarden Euro pro Jahr für die kommenden 10 Jahre sollte also die Untergrenze für das Investitionsprogramm darstellen.

In den vergangenen Jahren hat sich in Deutschland ein massiver Investitionsstau eingestellt. Beim Ausbau der Digitalinfrastruktur hinkt Deutschland anderen Industriestaaten hinterher, die Verkehrsinfrastruktur ist marode und Schulgebäude bröckeln. Auch der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netze und neuer Speichertechnologien kommt bestenfalls schleppend voran. Um auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein, sind zügige und massive Investitionen unerlässlich.

Öffentliche Investitionen ziehen in der Folge auch private Investitionen nach sich. Wenn sich die Standortqualität durch öffentliche Investitionen spürbar verbessert, werden auch die Unternehmen ihre Investitionen ausweiten und die Transformation ihrer Geschäftsmodelle vom Standort Deutschland aus vorantreiben. Bei einem Ausbleiben notwendiger öffentlicher Investitionen und nachlassender Attraktivität des Standorts droht hingegen die Verlagerung von Produktion ins Ausland und damit der Verlust von

73 guten und mitbestimmten Arbeitsplätzen in der Industrie.

74

#### 75 **Förderung durch Carbon Contracts for Difference**

76 Wir fordern den Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente, um die Industrie auf dem Weg  
77 zur klimagerechten Produktion nachhaltig zu unterstützen. Eine besondere Rolle müssen  
78 dabei Carbon Contracts for Difference spielen.

79 In vielen Fällen ist die Umstellung auf neue treibhausgasärmere Produktionsverfahren  
80 und deren Anwendung betriebswirtschaftlich noch nicht rentabel, obgleich die  
81 notwendige Technologie bereits zur Verfügung steht. Unternehmen richten ihre  
82 Investitionsentscheidungen jedoch an den aktuellen Kosten und den zukünftig zu  
83 erwartenden Erträgen aus. Dort, wo Unternehmen aus betriebswirtschaftlichem Kalkül  
84 auf Investitionen in neue nachhaltigere Verfahren verzichten, ist der Staat  
85 gefordert, die nötigen Anreize zu setzen, um die gesamtwirtschaftlichen Investitionen  
86 in die Transformation der Wirtschaft zu fördern. Als Instrument sollten die  
87 Differenzkostenverträge (Carbon Contracts for Difference) genutzt werden, mit denen  
88 den Unternehmen Preise für die Vermeidung von Kohlenstoffdioxidemissionen langfristig  
89 garantiert werden.

90

#### 91 **Transformationsfonds**

92 Wir fordern die Etablierung eines Transformationsfonds, mit dem der Staat die  
93 Unternehmen bei Investitionen in Zukunftstechnologien und in klimagerechte  
94 Produktionsverfahren unterstützt. Der Transformationsfonds soll zunächst mit einem  
95 Kapital von 120 Milliarden Euro ausgestattet werden.

96 Dort, wo die Schaffung von Anreizen für unternehmerische Investitionen in  
97 klimagerechte Verfahren und Anlagen nicht genügt, ist der Staat in der Pflicht, diese  
98 Investitionen mit eigenem Kapital zu forcieren. Dafür soll sich der Staat an  
99 besonders betroffenen Unternehmen, aber auch an Start-ups, die neue Technologien und  
100 Verfahren entwickeln, beteiligen. Durch die Beteiligung hat der Staat dann die  
101 Möglichkeit, eine investitionslenkende Position einzunehmen. So können  
102 betriebswirtschaftlich unrentable Großprojekte, die dem Ziel der Klimaneutralität  
103 dienen, umgesetzt werden. Zugleich werden so gute Industriearbeitsplätze in  
104 Deutschland gesichert und eine Abwanderung der Produktion vermieden. Dem Staat fällt  
105 diese besondere Verantwortung zu, da er mit Entscheidungen in anderen Politikfeldern  
106 dafür gesorgt hat, dass massive Investitionen in kurzer Zeit getätigt werden müssen.  
107 In vielen Branchen haben Anlagen eine lange Lebensdauer, sodass die heutigen  
108 Investitionen direkten Einfluss auf zukünftige Emissionen haben. Deshalb muss rasch  
109 mit Investitionen in klimagerechte Produktionsverfahren begonnen werden.

110

#### 111 **Finanzierung über Kreditaufnahme**

112 Wir fordern, Zukunftsinvestitionen auch über eine gesteigerte Nettokreditaufnahme zu  
113 finanzieren. Während die Ausgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge aus Steuermitteln  
114 gedeckt sein müssen, ist eine Finanzierung von Investitionen, die die

115 Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschlands sichern, notwendig und  
116 richtig. Zusätzlich fordern wir eine grundlegende Reform der grundgesetzlich  
117 festgeschriebenen Schuldenbremse. Diese sollte um eine grundgesetzliche Regel für  
118 Nettoinvestitionen erweitert werden.

119 Das Aussetzen der Schuldenbremse während der Corona-Krise war richtig und notwendig.  
120 Ein zu schnelles Wiedereinhalten der Schuldenbremse würde den Aufschwung massiv  
121 bedrohen, wenn Ausgabenreduzierungen notwendig sein würden.

122 Investitionen in treibhausgasärmere Technologien dienen dazu, die Innovationskraft  
123 und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Wirtschafts- und Industriestandort  
124 nachhaltig zu sichern. Davon profitieren auch zukünftige Generationen, wenn weiterhin  
125 gute Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Daher ist es unter Gerechtigkeitsaspekten  
126 richtig und logisch, auch die zukünftigen Generationen an den Kosten zu beteiligen.  
127 Deshalb sollten Mittel zur Finanzierung der Transformation aus der  
128 Nettokreditaufnahme stammen.

129 Die Investitionen taugen dazu, Produktion am Standort Deutschland zu sichern und  
130 auszubauen. Damit steigt das Bruttoinlandsprodukt und solange diese Rate größer ist  
131 als der zu zahlende Zins wächst die deutsche Wirtschaft automatisch aus den neu  
132 aufgenommenen Schulden heraus.

133

#### 134 **Unternehmensspezifische Roadmaps zu Treibhausgasneutralität mit Standortperspektiven** 135 **umsetzen**

136 Wir fordern die Unternehmen auf, ihre entwickelten Roadmaps und Strategien wie z. B.  
137 die „Roadmap Chemie 2050 - Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen  
138 Industrie in Deutschland“ zur treibhausgasneutralen Chemieproduktion bis 2050  
139 engagiert umzusetzen, damit die tariflich abgesicherten und mitbestimmten  
140 Arbeitsplätze erhalten und ausgeweitet werden können. Für diesen Pfad werden neue  
141 Methoden der Kreislaufführung, eine grüne Wasserstoffherstellung und die Nutzung von  
142 CO<sub>2</sub> als Rohstoff notwendig werden. Grundvoraussetzung für die Umsetzung der  
143 alternativen Prozesstechnologien ist ihre Wirtschaftlichkeit. Sobald diese in  
144 Aussicht ist, werden die Unternehmen in die Erforschung und Entwicklung stetig  
145 investieren und in den Markt bringen. Allein im Bereich der untersuchten Prozesse in  
146 der Roadmap zur Basischemie werden Investitionen seitens der Unternehmen von bis zu  
147 45 Milliarden Euro in neue Anlageverfahren beschrieben. Die Weltmarktpreise für  
148 Basischemikalien können jedoch an die Kund\*innen in der Anlaufphase der Umstellung  
149 auf alternative Produktionsverfahren kaum weitergegeben werden. Daher ist eine  
150 Grundvoraussetzung die ausreichende Verfügbarkeit des erneuerbaren Stroms zu Kosten  
151 von 4 Cent je Kilowattstunde.

152

#### 153 **Ganzheitlichen Carbon-Leakage-Schutz einführen**

154 Die Umstellung auf treibhausgasneutrale industrielle Produktionsverfahren und  
155 Produkte ist weitestgehend technisch möglich. Fehlende und unzusammenhängende  
156 Rahmenbedingungen können den notwendigen Transformationsprozess jedoch entscheidend

157 blockieren. Wettbewerbsnachteile und industrielle Standortverlagerungen wollen wir  
158 als IG BCE vermeiden. Insbesondere für viele der Grundstoffindustrien, die einen  
159 hohen Energiebedarf haben und im intensiven globalen Wettbewerb stehen, können höhere  
160 Energie-, Strom- und CO<sub>2</sub>-Kosten zu einem entscheidenden Standortnachteil werden.  
161 Deshalb setzt sich die IG BCE für einen ganzheitlichen Carbon-Leakage-Schutz ein,  
162 damit die Ausgleichsmechanismen und unterstützenden Instrumente den Standort  
163 nachhaltig stärken und schützen.

164

#### 165 **Wichtige Beispiele der Transformation in der Chemischen Industrie**

- 166 • 5G und Digitalisierung sind beispielsweise wichtig für die Messung der  
167 Ressourceneffizienz, übergreifende Steuerung komplexer chemischer Prozesse und  
168 die Entwicklung neuer Produkte (beispielsweise für autonomes Fahren auch auf  
169 Werksgeländen).
- 170 • Ebenfalls werden Bioökonomie, Wasserstoff, CCS- und CCU-Technologien neben  
171 herausfordernder Regulierung verstärkt öffentliche Investitionen erfordern.

172

#### 173 **Ursprung:**

174 Hauptvorstand



## Antrag B002: Bezuschussung Papierindustrie bei der Umstellung auf klimaneutrale Produktion

Laufende Nummer: 169

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird dazu aufgefordert, sich bei der Bundesregierung
- 2 dafür einzusetzen, dass die Papierindustrie bei der Umstellung auf klimaneutrale
- 3 Produktion finanziell unterstützt wird.

4

### 5 **Begründung:**

- 6 Die Umstellung der energieintensiven Industrie auf eine klimaneutrale Produktion ist
- 7 ein erheblicher Kostenfaktor. Dieser ist nur durch die Unterstützung des Bundes
- 8 möglich.

- 9 Die Autoindustrie wird durch einen Zukunftsfonds sowie eine Innovationsprämie
- 10 gefördert. Auch die Papierindustrie benötigt diese Förderung, um im globalen
- 11 Wettbewerb handlungsfähig zu bleiben. Durch Zuteilung solcher Mittel kann die
- 12 Forschung in Richtung Wasserstoffproduktion und anderer klimaneutraler
- 13 Energiegewinnung erheblich vorangetrieben werden. Von diesen Innovationen profitiert
- 14 wiederum der gesamte Standort Deutschland.

15

### 16 **Ursprung:**

- 17 VL Wepa Deutschland GmbH Giershagen

## Antrag B003: Ausbau der Infrastruktur für die Stärkung der Chemieparks und Infrastrukturgesellschaften

Laufende Nummer: 476

Antragsteller*in:	Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B001
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • Die Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, die Investitionen in die  
2 Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur und IT-Sicherheit massiv zu  
3 erhöhen, damit die globale Wettbewerbsfähigkeit gesichert wird.
- 4 • Wir fordern die Politik insbesondere auf, die Investitionen in die Straßen,  
5 Schienen, Binnenschifffahrt, in See- und Luftverkehr sowie Pipelines in den  
6 Fokus zu nehmen.
- 7 • Zudem fordern wir von der Politik, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu  
8 beschleunigen und zu verkürzen.
- 9 • Politische Unterstützung beim Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur sowie bei der  
10 Umstellung in CO<sub>2</sub>-ärmeren Produktionsverfahren.
- 11 • Insbesondere muss der Schutz vor Cyberangriffen erhöht werden. Dabei steht der  
12 Schutz von sensiblen Unternehmensdaten im Fokus.
- 13 • Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau zukunftsfester Gigabitnetze bis zum  
14 Jahr 2025.

15

### 16 Begründung:

17 Anfang der 90er Jahre wurde das einzigartige und erfolgreiche Konzept der Chemieparks  
18 entwickelt. Bis heute sind die Chemieparks professionell und effizient geführte  
19 Chemie- und Pharmastandorte. Die Infrastrukturgesellschaften bieten Investor\*innen  
20 eine breite Palette von Dienstleistungen an, so werden die Synergien bestmöglich  
21 genutzt und die Kosten unter den Unternehmen am Standort aufgeteilt. Die lokalen  
22 Betreiber\*innen der Chemieparks bieten beispielsweise die Bereitstellung von Energie,  
23 Wasser und IT-Infrastruktur, die Entsorgung von flüssigen Abfällen und anderen  
24 Abfallstoffen, die Prozess- und Anlagensicherheit sowie Umwelt-, Sicherheits- und  
25 Brandschutz an.

26 Durch die doppelte Transformation steht die Branche unter enormem Veränderungsdruck.  
27 Deshalb fordern wir die Politik auf, die geforderten Rahmenbedingungen umzusetzen,  
28 damit die Chemieparks und Infrastrukturgesellschaften sowie auch der Standort  
29 nachhaltig gestärkt werden.

30 Insbesondere eine intakte Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor für die

31 exportorientierte chemisch-pharmazeutische Industrie.

32

33 **Ursprung:**

34 Industriegruppenausschuss Chemie/Mineralöl/Gas

## Antrag B004: Industrie ist Zukunft: Attraktive Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung

Laufende Nummer: 56

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und mit ihren
- 2 Gremien dafür einsetzen, dass Deutschland ein attraktives Land für industrielle
- 3 Wertschöpfung bleibt, damit unsere Kolleg\*innen auch in Zukunft einen erheblichen
- 4 Beitrag durch sichere, tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze zu unserem
- 5 gesellschaftlichen Wohlstand leisten können.
- 6 Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Gelingt es nicht, entscheidende
- 7 Rahmenbedingungen heute im Sinne industrieller Wertschöpfung zu definieren, droht
- 8 eine Deindustrialisierung in unserem Land.
- 9 Aus unserer Sicht müssen jetzt wesentliche Weichenstellungen vorgenommen werden.
- 10 Deswegen formulieren wir im Folgenden wesentliche Forderungen für die
- 11 Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
- 12
- 13 1. Wir fordern internationale wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere
- 14 Energieversorgung.
- 15 In der öffentlichen Wahrnehmung wird häufig über den Ausstieg aus der fossilen
- 16 Stromerzeugung diskutiert. Dabei bleiben der notwendige Auf- und Ausbau von
- 17 Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien und deren Verteilung häufig
- 18 unterbelichtet. Die IG BCE setzt sich für attraktive Rahmenbedingungen für den
- 19 Auf- und Ausbau von Netz- und Erzeugungskapazitäten ein. Der Ausstieg aus der
- 20 fossilen Stromerzeugung wird eine große Herausforderung für Wirtschaft und
- 21 Gesellschaft. Im Rahmen der Kommission für Strukturwandel, Wachstum und
- 22 Beschäftigung hat die IG BCE zahlreiche Instrumente durchgesetzt, die unsere
- 23 wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit trotz dieser Herausforderungen
- 24 sichern werden. Wir werden genau darauf achten, dass die definierten
- 25 Instrumente, wie zum Beispiel eine vereinbarte Strompreiskompensation für den
- 26 Fall steigender Strompreise, auch umgesetzt werden. Wir werden uns für eine
- 27 adäquate Nachfolgeregelung des § 19, Abs. 2 der „Verordnung über die Entgelte
- 28 für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen“ einsetzen, damit Betriebe, die
- 29 ohnehin schon durch steigende Energiepreise belastet sind, nicht zusätzlich
- 30 durch Netzentgelte belastet werden, da das nächstgelegene Kraftwerk stillgelegt
- 31 wird. Auch für geeignete Rahmenbedingungen für den Ausbau und den

wirtschaftlichen Betrieb von Speichern von Energie und Lastflexibilitäten werden wir uns einsetzen.

2. Wasserstoff kann ein Schlüssel für die Transformation unserer Industriebranchen sein, wenn wir jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Darunter fallen der Ausbau der Erzeugerkapazitäten und der Fernleitungen zwischen Erzeugern und Abnehmern, wie industriellen Kernen. Mit regulatorischen Eingriffen müssen bereits heute Vorkehrungen gegen Marktmissbräuche geschaffen werden. Bereits jetzt zeichnen sich Verteilungskonflikte zwischen den unterschiedlichen Sektoren wie Mobilität und Industrie ab. Wir fordern eine klare Priorisierung der industriellen Wertschöpfung und eine Anbindung der industriellen Kerne zu Erzeugungsschwerpunkten, da nach heutigem Stand der Weg hin zur klimaneutralen Industrie nur durch die Anwendung von Wasserstoff gelingen kann, sofern die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Wasserstofftechnologien auch marktfähig werden. Der Wasserstoffverbrauch wird rapide zunehmen, dementsprechend muss die Produktion technologie- und verfahrensoffen ermöglicht werden. Wasserstoff, der nur aus erneuerbaren Energien mittels Wasserelektrolyse erzeugt wird, wird den Bedarf nach heutigem Stand nicht decken können. Daher fordern wir, dass auch CO<sub>2</sub>-neutrale oder CO<sub>2</sub>-arme Produktionsverfahren wie die Methanpyrolyse oder die Anwendung von Carbon-Capture and Storage-Verfahren als echte Alternativen zur Produktion mittels erneuerbarer Energien behandelt werden. Bestehende chemische Verfahren, in denen Wasserstoff als Nebenprodukt anfällt, müssen dahingehend entwickelt werden, damit der Wasserstoff bestmöglich weiterverwertet werden kann.

3. Forschung und Entwicklung sind nicht nur im Wasserstoffkontext, sondern allumfassend wesentliche Stärken unserer Industrie und die Grundvoraussetzung für Zukunftsfähigkeit. Wir fordern nicht nur eine Stärkung unserer Schul- und Universitätslandschaft mit entsprechenden Investitionen in moderne Schulen und Lehrmethoden, sondern auch den Ausbau von Forschung und Entwicklung. Mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes müssen Staat und Wirtschaft in die Forschung investieren, damit „Made in Germany“ weiterhin für innovative Produkte steht. Die Zusammenarbeit zwischen Staat, Forschung, Unternehmen und Sozialpartnern – auch auf europäischer Ebene – muss intensiviert werden – nicht nur mit Blick auf resiliente Wertschöpfungsketten, sondern auch im Hinblick auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung. Die Förderkulissen für Forschung und Entwicklung sind auszubauen und attraktiver zu gestalten.

4. Der Aufbau einer klimaneutralen Industrie ist ein Marathon und kein Sprint. Die Transformation unseres Industriestandortes hin zu treibhausgasneutraler Produktion wird eine große Herausforderung sein. Damit der Wandel gelingt,

75 müssen neben attraktiven Fördermechanismen auch weitere Instrumente geschaffen  
76 werden, um Unternehmen im Wandel zu unterstützen. Wir fordern als Ergänzung zu  
77 den bestehenden Förderkulissen daher einen Transformationsfonds mit einer  
78 Mittelausstattung von 120 Mrd. Euro, um Unternehmen im Transformationsprozess zu  
79 unterstützen und Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Ein solcher Fonds wurde in  
80 seinen Grundzügen von der Stiftung „Arbeit und Umwelt“ konzeptionalisiert.  
81 Hiernach soll der Fonds in erster Linie Eigenkapital bereitstellen, das durch  
82 kreditäre Finanzierung ergänzt wird.  
83 Es wäre nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch ökologisch falsch, wenn  
84 Investor\*innen und Unternehmer\*innen zwar in Europa die Produkte entwickeln,  
85 aber die Skalierung zur Marktreife in Ländern mit geringeren Auflagen erfolgt.  
86 Neben den erheblich schlechteren Arbeitsbedingungen würden geringere  
87 Umweltauflagen auch zu mehr Umweltverschmutzung führen. Dementsprechend müssen  
88 für unsere hiesigen Industriebranchen einerseits attraktive Bedingungen hier vor  
89 Ort geschaffen werden und andererseits muss unsere Industrie vor  
90 wettbewerbsverzerrenden CO2-Kosten und Carbon-Leakage geschützt werden.  
91 Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass nicht Regulatorik die  
92 Umwelt schützen wird, sondern eine enge Partnerschaft von Forschung, Staat,  
93 Unternehmen und Beschäftigten.

94

95 5. Neben dem Ziel, „alte“ Industriestandorte zu erneuern und zu erhalten, müssen  
96 auch neue Industriestandorte angesiedelt werden. Schnelle Genehmigungsverfahren,  
97 ausreichend Industrieflächen, schnelle Planungsverfahren, eine gute  
98 Infrastruktur sowie ein klares Bekenntnis von Politik und Gesellschaft zu  
99 unseren Industrien sind dafür Grundvoraussetzungen.

100

101 6. Mit Blick auf unsere maroden Straßen, Schienen und Brücken stellen wir fest,  
102 dass wir von der Substanz leben. Vor allem in Metropolregionen und in  
103 industriellen Kernbereichen droht ein Verkehrskollaps. Kommunen, Länder und Bund  
104 benötigen ausreichend Planungskapazitäten und Finanzmittel, um  
105 Infrastrukturprojekte – sei es Neubau oder Sanierung – zeitnah und zielgerichtet  
106 umzusetzen.

107 Auch die Qualität unserer Datenautobahnen ist ernüchternd. Während andere Länder  
108 mit einem deutlich geringeren Bruttoinlandsprodukt flächendeckend über gute  
109 Internetleitungen verfügen, existieren hierzulande weiße Flecken auf der  
110 Landkarte, die nicht angebunden sind. 5G-Netz und Glasfaseranbindung müssen  
111 deutschlandweit der Standard sein, damit Industriestandorte, aber auch  
112 Privathaushalte über eine ausreichend schnelle Internetanbindung verfügen. Dort,  
113 wo eine wirtschaftliche Anbindung nicht möglich ist, müssen entsprechende  
114 Förderkulissen für die Netzanbieter geschaffen werden, damit sich auch  
115 abgelegene Regionen entwickeln können.

116 Nur wenn es uns gelingt, alle Kräfte zu mobilisieren und diese wesentlichen  
117 Voraussetzungen zu erfüllen, können wir industrielle Wertschöpfung und damit  
118 unseren Garant für gesellschaftlichen Wohlstand erhalten. Andernfalls droht eine

119 Deindustrialisierung, die den Verlust von mitbestimmten und tarifgebundenen  
120 Arbeitsplätzen mit sich bringt.

121

122 **Ursprung:**

123 Landesbezirksvorstand Nordrhein

## Antrag B005: Industriepolitik und Wertschöpfung in Deutschland

Laufende Nummer: 77

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Alsdorf
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B001
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die Konferenz möge beschließen, dass die IG BCE versucht, die Meinungsführerschaft in
- 2 den Diskussionen zur industriellen Wertschöpfung zu übernehmen und sich stärker
- 3 einzubringen. Dabei soll die Ansicht vertreten werden, dass die Bundesrepublik
- 4 industrielle Wertschöpfung braucht. Nur so lassen sich die gesellschaftlichen
- 5 Aufgaben in der Bundesrepublik finanzieren.
- 6
- 7 **Begründung:**
- 8 Wir erleben unter dem Vorwand einer Klimapolitik, welche das Weltklima retten soll,
- 9 eine Deindustrialisierung, welche auf die Bundesrepublik zukommt. Schlagworte hierzu
- 10 sind:
- 11 Kohleausstieg, Atomausstieg, Elektrifizierung der Autoflotte, Abschaffung der
- 12 energieintensiven Rohstoffindustrie.
- 13 Hier erleben wir eine Abwanderung bzw. Zerstörung der wertschöpfenden
- 14 Industriebetriebe in Deutschland. Viele dieser Bereiche sind heute durch die IG BCE
- 15 gewerkschaftlich vertreten.
- 16 Dieser Verlust an Wertschöpfung wird in unserer Gesellschaft zu einer stärkeren
- 17 Verschiebung von Anteilen an wertschöpfenden Betrieben hin zu dienstleistenden
- 18 Betrieben oder steuerlich finanzierten Betrieben führen. Diese fehlende Wertschöpfung
- 19 wird dazu führen, dass letztlich Preise steigen, Lohnzuwächse geringer ausfallen,
- 20 weniger an Steuereinnahmen stattfindet, mehr Menschen gut bezahlte Arbeit verlieren.
- 21 Und dass eine IG BCE deutlich weniger an Beschäftigten in ihrem Organisationsbereich
- 22 haben wird.
- 23 Die IG BCE muss sich also verstärkt dafür einsetzen, dass wertschöpfende Betriebe in
- 24 der Bundesrepublik entstehen können.
- 25 Dass dort, wo durch den Kohleausstieg Gelder zur Investition zur Verfügung stehen,
- 26 mit diesem Geld nachhaltig wertschöpfende Betriebe in diesen Regionen entstehen
- 27 können.
- 28 Die IG BCE muss in der Öffentlichkeit präsenter werden, die Meinungsführerschaft in
- 29 der Industriepolitik zurückgewinnen und den Menschen in diesem Land bewusst machen,
- 30 dass eine Dekarbonisierung unserer Gesellschaft zum Verlust des Wohlstandes in weiten



31 Teilen der Bevölkerung führt.

32 Die IG BCE muss den Menschen bewusst machen, dass die Transformation der Wirtschaft  
33 mit wertschöpfenden Betrieben stattfinden muss.

34 Ansonsten wird die IG BCE durch den Verlust der Beschäftigten in unserem  
35 Organisationsbereich in die Situation geraten, als Gewerkschaft massiv Mitglieder zu  
36 verlieren und als Organisation bedeutungslos zu werden.

37

38 **Ursprung:**

39 Bezirksvorstand Alsdorf

## Antrag B006: Harmonisierung des deutschen Umweltrechts

Laufende Nummer: 111

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Abteilungen wird dazu aufgefordert, sich
- 2 für eine Harmonisierung des deutschen Umweltrechts zur effizienteren Umsetzung von
- 3 Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen.
- 4 Die Bundesrepublik Deutschland verfügt bis heute über keine einheitliche
- 5 Umweltgesetzgebung. Regelungen zum Umgang mit gefährlichen Substanzen, zum Umgang
- 6 mit
- 7 Abfall oder zum Umgang mit Emissionen finden sich in einer Vielzahl verschiedenster
- 8 Normen, darunter das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Bundesimmissionsschutzgesetz
- 9 oder das Chemikaliengesetz.

### 10 **Begründung:**

- 11 Diese Zersplitterung von umweltrelevanten Normen führt zum einen zu einer
- 12 ineffizienten Bekämpfung des Klimawandels, zum anderen aber auch zu einer Ausbremsung
- 13 eines gesamtgesellschaftlichen Wandels hin zu umweltverträglichem Wirtschaften. Die
- 14 Undurchsichtigkeit des deutschen Umweltrechts führt zu guter Letzt auch zu
- 15 mannigfaltigen Schlupflöchern und verhindert eine stringente umweltpolitische
- 16 Neuausrichtung der deutschen Industrie. Mit ihrem Einfluss auf einige der potenziell
- 17 umweltschädlichsten Industrien kann die IG BCE hier gestalterisch tätig werden und
- 18 einen erheblichen Teil dazu beitragen, die deutsche Industrielandschaft klimaneutral
- 19 zu machen.

### 21 **Ursprung:**

- 22 Bezirksfrauenforum Nürnberg

## Antrag B007: Klimaschutz und Strukturwandel in der chemischen Industrie – sozial gerecht, ökonomisch vernünftig, ökologisch verantwortungsvoll

Laufende Nummer: 112

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE fordert und unterstützt eine sozial gerechte, ökonomisch vernünftige und
- 2 ökologisch verantwortungsvolle Klimaschutz- und Strukturwandeldebatte. Sie kann ein
- 3 Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft sein.
- 4 Die IG BCE unterstützt das Pariser Klimaschutzabkommen, den EU Green Deal und fördert
- 5 Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip und Geschäftsmodell. Mit diesem Bekenntnis und
- 6 auf dieser Grundlage können die Transformation der chemischen Industrie sowie die
- 7 Neuformation von Produktionsprozessen und Wertschöpfungsnetzwerken unter Einhaltung
- 8 der Klimaschutzziele gelingen.
- 9 Die IG BCE setzt auf das Leitbild einer Ökologie, die nicht auf Wohlstandsverzicht
- 10 und Entindustrialisierung beruht, sondern stellt den technologischen und
- 11 industriellen Fortschritt in den Dienst des Schutzes der natürlichen
- 12 Lebensgrundlagen. Durch neue Verfahren und Produktinnovationen können Energie und
- 13 Ressourcen immer effizienter eingesetzt werden.
- 14 Deswegen fordert die IG BCE generell:
- 15 • den Klima- und Umweltschutz durch technologischen Fortschritt und
- 16 wissenschaftliche Forschungsprojekte zu verbessern.
- 17 • die Herstellung von Chemieprodukten für Klima- und Umweltschutz, um die
- 18 nationalen und internationalen Klimaschutzziele strategisch zu erfüllen.
- 19 • zukunftsfähige, innovative und nachhaltige Produktionsprozesse und
- 20 Wertschöpfungsketten.

21

### 22 **Begründung:**

- 23 Die Emissionen der chemischen Industrie in Deutschland sind im Vergleich zu 1990
- 24 stark gesunken, stagnieren jedoch in den letzten Jahren. Da die Emissionen der
- 25 Energiewirtschaft stark gesunken sind und mit dem Kohleausstieg weiter sinken werden,
- 26 steigt der Anteil industrieller Emissionen in der Chemie an den Gesamtemissionen in
- 27 Deutschland.
- 28 Ein Ende dieser Entwicklung ist jedoch nicht erreicht. Die IG BCE fordert mehr

29 Aktivität bei den Unternehmen und die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen in der  
30 Politik.

31 **Treiber für Klimaschutzaktivitäten in der chemischen Industrie fördern**

32 „Die chemische Industrie“ als solche ist sehr unterschiedlich in ihren Branchen und  
33 die Unternehmen sind unterschiedlich innerhalb ihrer Branche. Deshalb kann es kein  
34 generell anwendbares Rezept dafür geben, wie Emissionen aus industriellen  
35 Produktionsprozessen in der Großchemie möglichst schnell und weit abgesenkt werden  
36 können, ohne Bestand und Zukunft der Unternehmen zu gefährden.

37 Zur Frage, welche Motivationen Industrieunternehmen in der Chemie antreiben,  
38 Klimaschutzaktivitäten zu entwickeln, lassen sich einige generelle Schlussfolgerungen  
39 ziehen und auch Beispiele benennen.

40 In der energieintensiven chemischen Industrie, aber auch in den weniger  
41 energieintensiven Unternehmen, beginnt die Reform des EU-Emissionshandels zu wirken.  
42 Das oft sehr deutliche Sinken der kostenlosen Zuteilungen ab 2021 und vor allem der  
43 erhebliche Preisanstieg auf über 25 € pro Tonne CO<sub>2</sub> sowie die dauerhafte Löschung  
44 großer Teile des bisherigen Überschusses haben dazu geführt, dass der Frage, wie die  
45 Emissionen abgesenkt werden können, deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als  
46 zum Beispiel noch 2015.

47 Ein wirksamer Preis für Emissionen löst somit in der chemischen Industrie ein  
48 gewisses Maß an Minderungsanstrengungen aus. Eine klassische betriebswirtschaftliche  
49 Motivation, da es auch um Kostenreduktion und vereinzelt auch um Realisierung von  
50 Erlöspotenzialen geht. Die Bereitschaft nimmt deutlich zu, noch bestehende  
51 Effizienzpotenziale zu identifizieren und auch dann zu heben, wenn der „Return of  
52 Invest“ länger dauert als 2-3 Jahre. Gleiches gilt für Brennstoffwechsel und die  
53 Integration erneuerbarer Energien in die Wärmeproduktion der chemischen Industrie,  
54 zum Beispiel unter Nutzung von Strom. Das Interesse an Abwärmenutzung und -  
55 auskopplung für kommunale Wärmenetze nimmt zu.

56 Der CO<sub>2</sub>-Preis alleine löst jedoch das komplexe Nachhaltigkeitsproblem nicht! Die  
57 genannten Beispiele zeigen deutlich, dass strombasierte Lösungen auch  
58 wettbewerbsfähige Strompreise erfordert. Für nutzbare Abwärme muss es auch Abnehmer  
59 in nahegelegenen Kommunen und Akzeptanz für meist nötige bauliche Maßnahmen bei deren  
60 Anwohner\*innen geben. Anreize aus klassischen Förderungen kommen in der Praxis noch  
61 dazu.

62 Der operative Kostendruck durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist ein wichtiges  
63 Steuerungsinstrument der Politik, erklärt aber noch nicht alleine die stark  
64 gestiegene Bereitschaft zu Aktivität der Unternehmen. Hierfür sind weitere  
65 Motivationen wichtig und sollten durch die IG BCE gefordert werden. Schon die Anfrage  
66 eines wichtigen Kunden, den *Carbon Footprint* eines Produktes offenzulegen, zeigt  
67 erste Wirkungen. Folgen dann immer substanzieller werdende Anfragen von  
68 Investor\*innen zu Chancen und Risiken und der „Klimaperformance“, wird Klimaschutz  
69 unabhängig von persönlichen Einstellungen unternehmerisch immer wichtiger. Hinzu  
70 kommen der stark steigende gesellschaftliche Druck und die enorme Präsenz des Themas  
71 Klimaschutz in den Medien, was auch politisch Wirkung zeigt und Erwartungen

beeinflusst. Auch Manager\*innen in den Unternehmen haben Kinder und Enkel und erkennen ihre Verantwortung für deren Zukunft. Das alles treibt und begünstigt Rahmenbedingungen und dann auch weitergehende Aktivitäten im Mittelstand und bei großen Unternehmen in der chemischen Industrie.

**Die aktive Suche nach neuen unternehmerischen Chancen als besondere Motivation**

Eine Studie des VCI skizziert ein Szenario, bei dem die Chemieindustrie bis zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität erreicht.

Es beginnt sich abzuzeichnen, dass grundlegende technologische Innovationen eine Chance haben, Realität zu werden, und neue industrielle Verbünde und Wertschöpfungen möglich sind. Ein Beispiel aus der Chemie ist die Methanpyrolyse, durch die Wasserstoff aus Erdgas hergestellt werden kann – der dabei freiwerdende Kohlenstoff steht als Feststoff stofflichen Nutzungen zur Verfügung, z.B. in der Stahlerzeugung. Der Bau einer Pilotanlage ist durch BASF angekündigt worden. Die umgekehrte Richtung ist Gegenstand des Projektes Carbon2Chem, an dem u.a. Covestro, Linde und Thyssen beteiligt sind – hier soll CO<sub>2</sub> aus der Primärstahlerzeugung als Rohstoff für die Chemieindustrie verfügbar werden.

Diese weitreichenden Beispiele sind ermutigend. Aber bis diese komplett neuartigen Prozesse im industriellen Maßstab auch wettbewerbsfähig einsetzbar sind, werden trotz staatlicher Unterstützung oft noch mehrere Jahre vergehen.

Die technologischen Alternativen für die emissionsintensiven Grundstoffindustrien beruhen zumeist auf der direkten Nutzung von Strom oder von Wasserstoff, der seinerseits ebenfalls überwiegend mit Strom erzeugt wird. Der Bedarf für verfügbaren Strom aus erneuerbaren Energien wird so vervielfacht. In aktuellen Studien kommen anerkannte Wissenschaftler\*innen unter bestimmten Annahmen zu dem Ergebnis, dass eine fast vollständig treibhausgasneutrale Chemieindustrie in Deutschland bis 2050 möglich werden könnte. Dafür würde jedoch mehr als das Zehnfache des derzeitigen Stromverbrauchs der Branche (derzeit 54 TWh/a) aus erneuerbaren Energien benötigt. Dass das nicht in Kürze zu bewerkstelligen ist, steht außer Zweifel. Aber sollte es auch nur annähernd so kommen, liegt auf der Hand, dass dann Importe von Strom aus erneuerbaren Energien benötigt werden.

Die Rahmenbedingungen sind komplex und schwierig. Aber es darf keine Option geben, die erklärten Emissionsreduktionsziele wieder nicht zu erreichen. Es ist auch keine Option, auf industrielle Wertschöpfungsnetzwerke in Deutschland zu verzichten – das wäre weder sozial durchzuhalten noch würde es zum Klimaschutz beitragen, weil uns international niemand auf diesem Weg folgen würde.

**Es gibt keinen „optimalen Königsweg“, auf den gewartet werden könnte!**

In den nächsten 5-10 Jahren entscheidet sich, welchen Weg unsere global vernetzte Gesellschaft einschlagen wird. In der chemischen Industrie sind grundlegende Innovationen erforderlich, für die noch viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu leisten ist. Wichtig in den nächsten 10 Jahren sind deshalb auch eine konsequente Steigerung der Effizienz sowie eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien in der chemischen Industrie.

114 Das steigende Interesse an direktem Engagement – sei es über eigene Anlagen,  
115 Beteiligungen an Wärmeverbundsystemen oder direkten Strombezugsverträgen – zeigt,  
116 dass hier große Potenziale für den Ausbau und Erhalt von Erzeugungskapazitäten  
117 liegen. Der bestehende regulatorische Rahmen in Deutschland behindert dies teilweise.  
118 Er muss, anknüpfend an die Empfehlungen der Kohlekommission, dringend verändert  
119 werden. Die notwendige Transformation unserer Wirtschaft und der Industrieproduktion  
120 ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Das muss sich dann auch in der Finanzierung der  
121 „Energiewende“ niederschlagen. Die Basis hierfür ist zu verbreitern und sollte nicht  
122 – wie bisher – vor allem über Umlagen, Abgaben und Entgelte für Strom erfolgen.

123 Hierzu findet sich im aktuell in der Bundesregierung beschlossenen  
124 Klimaschutzprogramm 2030 zu wenig. Im Grundsatz ist es richtig, einen Mix an  
125 Instrumenten zu wählen. Eine Maßnahme alleine wird es jedoch nicht richten. Richtig  
126 ist es auch, endlich mit der Bepreisung von Emissionen im Wärme- und Verkehrssektor  
127 zu beginnen, auch wenn das Startniveau als zaghaft bezeichnet werden muss. Die IG BCE  
128 sollte als kritische Befürworterin des Emissionshandels in Energiewirtschaft und  
129 Industrie zwei Kritikpunkte nicht aus den Augen verlieren:

130 1. Ein Emissionshandel ohne Mengenbegrenzung der Emissionen mit Festpreisen ist  
131 eine irreführende Form von „Emissionshandel“ und gleicht mehr einer Abgabe, egal  
132 welche politische Semantik von wem für notwendig erachtet wird und wie dies  
133 Jurist\*innen bewerten.

134 2. Ein einheitliches Preissignal für Wärme und Verkehr läuft Gefahr, in einem  
135 Sektor zu schwach oder gar nicht zu wirken (Verkehr) und dadurch im anderen  
136 Sektor (Wärme) den Handlungsdruck faktisch zu erhöhen.

137 Der bislang in Deutschland angelegte Mix aus Maßnahmen und die erkennbare Absicht,  
138 eine möglichst breite Akzeptanz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu erhalten,  
139 verdient nur teilweise die in den Medien dominierende Kritik. Die Beschlüsse können  
140 Ausgangspunkt für einen breiten Konsens sein, der auch bei Regierungswechseln Bestand  
141 hat. Ohne diesen Konsens wird es nicht die hinreichende Stabilität in den  
142 Rahmenbedingungen geben, die für große Investitionen in der Industrie eine notwendige  
143 Voraussetzung sind.

144

145 **Ursprung:**

146 Landesbezirksvorstand Bayern

## Antrag B008: Zukunftsfähigkeit der chemischen Industrie sichern und ausbauen

Laufende Nummer: 475

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B001
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE fordert den Hauptvorstand auf,
- 2 auf die politischen Entscheidungsträger wie die Europäische Union, Bundesregierung,
- 3 Bundestag und Unternehmen Einfluss zu nehmen, damit der Chemiestandort Deutschland
- 4 und die Beschäftigten in der Zukunft gesichert sind.
- 5 Der weltweite Chemiemarkt ist groß und wächst weiterhin dynamisch. Die strukturellen
- 6 Verschiebungen der vergangenen Jahre halten weiter an. Die Wachstumszentren liegen
- 7 schon länger nicht mehr in den Industrienationen, sondern in den aufstrebenden
- 8 Schwellenländern. Grund für die neuen Wachstumszentren sind insbesondere geringere
- 9 Energie- und Rohstoffkosten.
- 10 In Europa profitieren wir über den Außenhandel von den Wachstumsmärkten. Seit der
- 11 Wirtschaftskrise 2009 gewinnt Asien im internationalen Chemiegeschäft stetig an
- 12 Bedeutung. Die asiatischen Länder gewinnen weiter Weltmarktanteile und es entstehen
- 13 neue Wettbewerber für unsere Unternehmen. In Amerika stieg aufgrund des Shalegas-
- 14 Booms insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Grundstoffchemie deutlich.
- 15 Die Chemie in Europa leidet insgesamt unter der globalen Wachstumsschwäche, besitzt
- 16 jedoch weiterhin Stärke im Handel und bei den Innovationen und profitiert vom
- 17 Wachstum anderer Regionen. Insbesondere die deutschen Chemieunternehmen profitieren
- 18 von der steigenden globalen Chemienachfrage. Die deutschen Chemieunternehmen gelten
- 19 seither als Global Player und investieren weltweit. Der Druck aus dem Ausland und der
- 20 Wettbewerbsdruck nehmen jedoch beharrlich zu.
- 21 Der Chemiestandort Deutschland ist einer der bedeutendsten Standorte weltweit.
- 22 Nachhaltige Entwicklung, Widerstandskraft und die wirtschaftliche Entwicklung unserer
- 23 Volkswirtschaft erfordern weiterhin ein hohes Maß an Innovationen und
- 24 Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie. Die Branche gilt als Innovationsmotor
- 25 und essenzieller Vorlieferant des industriellen Sektors, ist Pionier der
- 26 Digitalisierung sowie Treiber einer klimafreundlichen und zirkulären
- 27 Wirtschaftsweise.
- 28 Die Bedeutung der Branche für unsere Volkswirtschaft lässt sich nicht einfach an den
- 29 Kennzahlen ablesen. Insbesondere die innovativen Produkte leisten einen wesentlichen
- 30 Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität in unserem Land.
- 31 Während der Corona-Pandemie wurde erneut die Wichtigkeit der Branche für die breite

32 Gesellschaft unterstrichen, so wurde die Notversorgung mit Desinfektionsmitteln  
33 bundesweit gewährleistet oder die Versorgung der Behörden und Geschäfte mit  
34 Kunststoffscheiben sichergestellt.

35 Dennoch steht die Weltbevölkerung vor noch größeren Herausforderungen. Fast alle  
36 Regierungen der Welt haben sich im Pariser Vertrag deshalb auf eine Begrenzung der  
37 Erderwärmung möglichst bei 1,5 ° C verpflichtet. Die Europäische Kommission hat im  
38 Dezember ihr Konzept für einen „Green Deal“ veröffentlicht. Ziel des klima- und  
39 umweltpolitischen Programms ist es, die EU bis zum Jahre 2050 zu einem  
40 treibhausgasneutralen Staatenverbund umzubauen, die Schadstoffemissionen stark zu  
41 verringern und die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Laut IEA sind heute noch nicht  
42 einmal 50 % der benötigten THG-ärmeren Technologien vollständig entwickelt. Über  
43 Reallabore, IPCEIs und privat finanzierte Innovationsvorhaben wird sich dieser  
44 Herausforderung gestellt. Gerade die deutsche Mineralöl- und Chemieindustrie verfügt  
45 zusammen mit dem Maschinen- und Anlagenbau über gute Voraussetzungen, diese  
46 Transformation hin zu einer zirkulären und nachhaltigen Wirtschaftsweise zu  
47 bewerkstelligen.

48

49 Die Transformation der Energieerzeugung und der Mobilität sind nur zwei Beispiele für  
50 den Wandel wichtiger Industriezweige. Hier kann und will die Chemieindustrie einen  
51 wichtigen Beitrag leisten. Photovoltaik- und Windkraftanlagen, Energiespeicher oder  
52 Elektromobilität benötigen innovative Materialien und Lösungskompetenz aus der  
53 Chemie. Die Branche beherrscht es zudem, aus CO<sub>2</sub> oder Abfällen wieder neue Wertstoffe  
54 zu fertigen und in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

55

56 Um den Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität leisten zu können, sind  
57 Innovationen und Investitionen in Deutschland erforderlich. Die Chemieindustrie ist  
58 weitgehend globalisiert – mit hohen Importen, vor allem aber noch höheren Exporten.

59

60 Die Transformation der Industrie hin zur Treibhausgasneutralität bis 2050 gleicht dem  
61 Apollo-11-Programm. Für die nächste Legislaturperiode brauchen wir daher eine  
62 gezielte Industriepolitik, die den Standort Deutschland und Zukunftstechnologien  
63 stärkt und dies als Leitbild der Wirtschaftspolitik verfolgt.

64

65 Wir sollten uns an folgenden Themen orientieren:

66

#### 67 **Innovationspolitik:**

68 Weltweit herrscht ein intensiver Wettbewerb um die besten Forschungsorte.  
69 Insbesondere in der chemischen Industrie folgt der Pilotanlage oftmals die erste  
70 Produktionsanlage am Standort, daher hängt die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich  
71 von der Forschung und Entwicklung ab. Um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen,  
72 sollten externe und interne Innovationshemmnisse abgebaut werden.



73

- 74 • Ein wichtiger Faktor für die Innovationspolitik ist das Ziel, bis 2025 3,5  
75 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung (FuE) von  
76 Wirtschaft und Staat zu investieren. Dieser Anteil sollte, wenn möglich, in der  
77 nächsten Legislaturperiode ausgebaut werden.
- 78 • Das Forschungszulagengesetz muss unbürokratisch umgesetzt und nach Notwendigkeit  
79 finanziell angepasst werden.

80

#### 81 **Energiepolitik:**

- 82 • Die Stromkosten sind für unsere Branche ein zentraler Standortfaktor. Im  
83 internationalen Vergleich sind diese in Deutschland besonders hoch. Um die  
84 Industriestrompreise nachhaltig zu senken, sollte die EEG-Umlage komplett  
85 abgeschafft werden; die anfallenden Mehrkosten müssen aus dem Bundeshaushalt  
86 finanziert werden. Außerdem sollte zur weiteren Entlastung die Stromsteuer auf  
87 das notwendige Minimum gesenkt und dies mit den Einnahmen aus der eingeführten  
88 CO<sub>2</sub>-Bepreisung ausgeglichen werden.

89

- 90 • Die deutsche Chemieindustrie will bis 2050 klimaneutral werden. Um dies zu  
91 erreichen, benötigt die Chemiebranche nach der Roadmap 2050 des VCI mehr als 600  
92 TWh Grünstrom pro Jahr. Die Roadmap geht zudem davon aus, dass diese Strommenge  
93 zu einem Gesamtpreis von maximal 4 ct/kWh zur Verfügung gestellt werden muss.

94

#### 95 **Transformation der chemischen Industrie:**

- 96 • Wasserstoff wird in vielen Bereichen, insbesondere in der Industrie und im  
97 Verkehr, eine Schlüsselrolle für das Erreichen der Klimaziele einnehmen. Überall  
98 dort, wo eine Umstellung vom Einsatz fossiler Brennstoffe auf reine  
99 strombasierte Verfahren nicht möglich oder nicht rentabel ist, wie etwa in der  
100 Chemikalienproduktion, wird Wasserstoff eine entscheidende Rolle in der  
101 Transformation einnehmen.

102

- 103 • Deshalb erwarten wir, dass die Wasserstoffstrategie entsprechend den  
104 Empfehlungen des Deutschen Wasserstoffrates ambitionierter verfolgt wird.
- 105 • Dazu muss auch die zügige Bereitstellung einer Wasserstoffinfrastruktur gehören,  
106 die in- und ausländisch erzeugten Wasserstoff zu den Verbraucher\*innen  
107 transportiert.

108

- 109 • Die notwendige Transformation der Industrie darf nicht zum Wettbewerbsnachteil  
110 für die Unternehmen werden. Wir brauchen darum einen wirksamen Carbon-Leakage-  
111 Schutz für die gesamte Industrie für ein globales Level-Playing-Field.
- 112 • Das chemische Recycling ist ein zentrales Element für die Kreislaufwirtschaft

113 in der Chemie und damit ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche  
114 Transformation des Sektors. Für die Ermöglichung und Förderung einer stärkeren  
115 Ausrichtung auf zirkuläre Prozesse sollten entsprechende regulatorische  
116 Rahmenbedingungen umgesetzt werden.

- 117 • Der europäische Beihilferahmen muss den Erfordernissen der Transformation hin  
118 zu einer treibhausgasneutralen Zukunft angepasst werden. So könnte die  
119 Ausgestaltung von Carbon Contracts for Difference (CCfD) ein wichtiger Baustein  
120 werden, um die Transformation der Chemieindustrie zu flankieren.

121

#### 122 **Investitionen in Infrastruktur:**

- 123 • Insbesondere der industrielle Mittelstand befindet sich oft außerhalb von  
124 Ballungszentren und ist daher auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Die  
125 Investition der öffentlichen Hand für die Modernisierung der Infrastruktur  
126 müssen beschleunigt werden.
- 127 • Für die stärkere nachhaltige Nutzung von Bahn und Binnenschifffahrt ist die  
128 Ertüchtigung der Schienennetze und Wasserstraßen dringend geboten. Zudem sind  
129 weitere Knotenpunkte notwendig, um die Verkehrsträger besser zu verzahnen.
- 130 • Unser Standort braucht eine bessere digitale Infrastruktur. So müssen die weißen  
131 Flecken bei der Glasfaser- und Mobilfunkabdeckung (4G/5G) verschwinden.
- 132 • Zudem müssen die Unternehmen besser vor Cyberangriffen geschützt werden können.

133

#### 134 **Beschäftigungssicherung und Qualifikation:**

- 135 • Die doppelte Transformation erfordert gut ausgebildete Fachkräfte für die  
136 chemische Industrie. Die demografischen Herausforderungen erhöhen zudem den  
137 Druck, sich mit dem Thema der Beschäftigungssicherung und Qualifikation der  
138 Beschäftigten auseinanderzusetzen. Hierzu sollten die Sozialpartner eine  
139 umfassende Qualifikationsstrategie entwickeln, indem staatliche Beratungs- und  
140 Qualifizierungsangebote zur Aus- und Weiterbildung geschaffen werden.
- 141 • Fortan sollte mit einer stärkeren Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen und  
142 MINT-Fächern in den Schulen begonnen werden. Die Bildungsausgaben der Länder  
143 müssen insbesondere für die digitale Bildung verstärkt werden. Unsere Schulen  
144 müssen zur Bewältigung des digitalen Wandels mit den erforderlichen Personal-  
145 und Finanzmitteln ausgestattet werden. Die beruflichen Schulen müssen  
146 gleichberechtigt im Digitalpakt Schule berücksichtigt werden. Der Erhalt und die  
147 Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Beschäftigten ist eine  
148 zentrale Aufgabe der Zukunft. Hierzu bedarf es seitens der Unternehmen  
149 gesundheitsförderliche altersgerechte Personalkonzepte.

150

#### 151 **Begründung:**

152 Im Antragstext enthalten.

153

154 **Ursprung:**

155 **Industriegruppenausschuss Chemie / Mineralöl / Gas**

## Antrag B009: CO2-neutrale Industrie als nachhaltiges Projekt zur Standortsicherung, Ausbau Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand

Laufende Nummer: 110

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B001
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf
- 2 Bundes- und europäischer Ebene sich dafür einzusetzen, dass die Energiewende durch
- 3 eine zukünftig CO2-neutrale Industrie nachhaltig vorangetrieben, von staatlicher
- 4 Seite konkreter unterstützt wird und auf europäischen Standards basierend einen
- 5 Beitrag zu den Klimazielen leistet.
- 6 Oberstes Ziel ist dabei, neue Energieträger zu fördern, einen Übergang aktiv und
- 7 zügig zu gestalten, um neben dem notwendigen industriellen Wandel zum Klimaschutz als
- 8 Technologieträger in Europa hervorzugehen und damit auch Standortsicherheit und
- 9 Wettbewerbsfähigkeit auszubauen sowie europäischen Wohlstand zu erhalten.
- 10 Das Potenzial von CO2-neutralen Energieträgern soll in seiner Bedeutung sowohl für
- 11 den ressourcenschonenden und wirtschaftlichen Umgang als auch als Basis für
- 12 bezahlbare Energie für Industrie und Privatverbraucher\*innen hervorgehoben werden.

13

### 14 Begründung:

- 15 Die Industrie in Deutschland steht vor großen Herausforderungen und zugleich vor
- 16 gewaltigen Barrieren. Der Klimawandel erzwingt mit immer deutlicher werdenden
- 17 Ausprägungen ein Umdenken im Umgang mit Energie und im Einsatz geeigneter
- 18 Energieträger. Die Leistungsfähigkeit der Industrie als Technologieträger in
- 19 Deutschland ist für einen solchen Wandel bereit, jedoch bedarf es gerade zur
- 20 Überwindung einer Übergangsphase geeigneter Förderungen, Investitionen,
- 21 Planungssicherheit durch gute Konzepte und Abbau zahlreicher Barrieren. Erst dann
- 22 wird eine CO2-neutrale Industrie erfolgreich in der Umsetzung sein und mit
- 23 nachhaltiger Produktion im globalen Markt bestehen.
- 24 Deutlich werden die bestehenden Hürden an zahlreichen Stellen. So ist zum Beispiel
- 25 der Umstieg auf erneuerbare Energien in Europa ausgebremst: beschränkte
- 26 Leitungsnetze, der stockende Ausbau der Windkraft in vielen Regionen und vor allem
- 27 gesetzliche Hürden. Für die Industrie, die viel bezahlbaren Strom braucht, ist auch
- 28 der Faktor Verfügbarkeit entscheidend. Das derzeitige Leistungsnetz, fehlende
- 29 Speicherkonzepte und mangelhafter Ausbau eines digitalen Energiemanagements sind

30 infrastrukturelle Fragen, die von den Ländern deutlich klarer und planungssicher  
31 vorangetrieben werden müssen. Hier sollte rechtlich und politisch Klarheit geschaffen  
32 werden. Als „Einstieg“ und zum Aufbau erster nachhaltiger Alternativen wie z. B. der  
33 Wasserstoff-Technologie sind auch Übergangslösungen wie Gewinnung von Wasserstoff aus  
34 Erdgas zu ermöglichen. Bis ausreichend regenerative Energie zur Herstellung von  
35 „grünem Wasserstoff“ zur Verfügung steht, würde so zumindest bereits der Ausbau der  
36 auch notwendigen Infrastruktur beginnen.

37 Die Förderung von dezentralen Lösungen muss deutlich gehoben, die bürokratischen  
38 Hürden müssen auch in diesem Bereich reduziert werden, um „erste Schritte“ in  
39 regionalen Verbundmodellen voranzutreiben.

40 Neben der Entwicklung neuer Wege sind auch bestehende fortzuführen oder zu  
41 modernisieren. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) regelt den Ausbau regenerativer  
42 Energieträger in Deutschland. Neben der bevorzugten Einspeisung erneuerbarer Energien  
43 in das Stromnetz garantiert das EEG den Erzeuger\*innen eine stabile Vergütung über  
44 Jahre hinweg. Die entstehenden Erzeugungs- und Einspeisungskosten werden über eine  
45 Umlage auf alle Energieverbraucher\*innen verteilt.

46 Der Strompreis stellt für energieintensive Unternehmen einen zentralen  
47 Wettbewerbsfaktor dar und soll durch eine zusätzliche Belastung durch die EEG-Umlage  
48 diese Betriebe wirtschaftlich nicht schlechter stellen als ihre internationale  
49 Konkurrenz.

50 Daher sollte sich die IG BCE mit allen Möglichkeiten dafür einsetzen, das betroffene  
51 Unternehmen weiterhin konkurrenzfähige Energie zur Verfügung steht. Insbesondere ist  
52 hier auch zu unterscheiden, welche Produkte dann mit der „EEG-befreiten“ Energie in  
53 der gesamten Wertschöpfungskette hergestellt werden. So sind bevorzugt dann  
54 Unternehmen von der Umlage zu befreien, wenn deren Produkte einen technischen Beitrag  
55 zur Energiewende liefern (z. B. Batterietechnik, Photovoltaik u. ä.).

56 Zusammenfassend sind die Reaktionen auf den Klimawandel auf allen Ebenen deutlich  
57 verlangsamt, die Prioritäten der deutschen Politik noch zu zurückhaltend, auf  
58 europäischer bzw. globaler Ebene konzeptlos. Hier sollte sich die IG BCE weiterhin  
59 und verstärkt in allen Gremien einbringen, um Erfahrungen aus der Praxis  
60 näherzubringen und verstärkt für nachhaltige Konzepte zu stehen.

61

62 **Ursprung:**

63 Vertrauensleute der Wacker Chemie AG, Burghausen

## Antrag B010: Die heimische Zellstoffindustrie und unsere Papierindustrie sichern und klimagerecht umbauen im Einklang mit Mensch, Umwelt und Wirtschaft

Laufende Nummer: 195

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B001
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, alles in seiner Möglichkeit liegende  
2 zu unternehmen und sich bei den politisch Verantwortlichen auf Bundes- und  
3 Landesebene, den Arbeitgeberverbänden und den betroffenen Arbeitgeber\*innen  
4 einzusetzen, um die heimische Zellstoffindustrie und unsere Papierindustrie im  
5 Prozess eines klimagerechten Umbaus der Branchen zu sichern. Hierbei soll er sich für  
6 den Erhalt der Industriearbeitsplätze in diesen Branchen in Deutschland einsetzen.

7

8 Hierbei müssen in gerechtem Einklang zwischen Menschen, Umwelt und Wirtschaft die  
9 Zukunftsbedingungen gestaltet werden.

10

11 Folgende Kriterien des Zusammenspiels sind zu beachten:

12

13 **Mensch:**

- 14 • tarifgesicherte und sozialversicherte Arbeitsplätze
- 15 • Erhalt eines hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrads
- 16 • Die 37.000 direkten Industriearbeitsplätze X 2,5 ergibt eine Betroffenheit von
- 17 92.500 betroffenen Haushalte in den jeweiligen Regionen, welche zum Teil durch
- 18 andere industrielle Maßnahmen schon negativ betroffen sind.

19 **Umwelt:**

- 20 • Reduzierung von Energieverbrauch in einer energieintensiven Industrie durch neue
- 21 Produktionsbedingungen
- 22 • Reduzierung des Rohstoffeinsatzes durch Effizienzsteigerungen
- 23 • Reduzierung und Reinigung des Wassers im Produktionsprozess
- 24 • CO<sub>2</sub>-Reduzierungen (bei der Produktion und Transport)

25 **Wirtschaft:**

- 26 • Lieferkettensicherheit aufrechterhalten

- 27 • Planungssicherheit für Investitionen
- 28 • das Potenzial der Papierindustrie erkennen und ausbauen, auch unter einer
- 29 Ressourcenbetrachtung (wie z. B. Nutzung von Gras- oder Strohfasern)
- 30 • Ausbau des Papierbedarfs als ökologischer Ersatzstoff
- 31 • verlässlicher Arbeitsplatzstandort Deutschland, um auch den demografischen und
- 32 technologischen Wandel zu gestalten

33

34 **Für die Zellstoffindustrie und die dabei entstehenden Koppelprodukte müssen wir einen**  
35 **grundlegenden Perspektivwechsel auf die Potenziale der Zellstoffindustrie,**  
36 **insbesondere zur Erreichung der Klimaziele im Industrie- und Verkehrssektor**  
37 **erreichen.**

- 38 • Herausnahme der Zellstoffabläugen aus dem Negativkatalog des § 3 Biomasse. Dies
- 39 ist zwingend geboten, um Lignin auch in Deutschland wieder als einen der
- 40 Haupthoffnungsträger der Bio-Economy anzuerkennen – entsprechend der EU-
- 41 Rechtslage.
- 42 • Berücksichtigung der integrierten stofflich-chemisch-energetischen Nutzung von
- 43 Holz/Biomasse im nächsten Förderaufruf für die Reallabore der Energiewende.
- 44 Konzeptionelle Abstimmung und kontinuierliche Begleitung der „Zukunftsinitiative
- 45 Zellstoff für innovativen Klimaschutz“ durch einen Beirat von BMWi, BMU und der
- 46 Länder mit Zellstoffstandorten, VDP, IG BCE sowie ggf. weiteren Akteur\*innen.
- 47 • Eine angemessene und faire Förderung von Investitions- und Betriebskosten von
- 48 Pionierprojekten zur Dekarbonisierung von Industrie und Verkehr z. B. durch
- 49 Wasserstoffherstellung und durch Produktion klimafreundlicher Grundstoffe für
- 50 die chemische Industrie und zur Herstellung moderner synthetischer Treibstoffe.
- 51 • Flankierend soll die Förderung der Stromproduktion in Zellstofffabriken nach dem
- 52 EEG gleichwertig zu anderen Nutzer\*innen fester Biomasse im EEG erfolgen:
- 53 Teilnahme an den Versteigerungen für EEG-Altanlagen auch für die EEG-
- 54 Stromerzeugung aus Zellstoffabläugen, um ein Level Playing Field mit anderen
- 55 Biomassenutzer\*innen zu erhalten.

56

57 **Begründung:**

58 Die nachhaltige Zellstoff- und Papiererzeugung umfasst die Produktion verschiedener  
59 Papiersorten aus deren vorgelagerten Erzeugung von Holz- bzw. Zellstoff, welcher aus  
60 Durchforstungshölzern bzw. Sägeresthölzern produziert wird. Deutschland ist mit rund  
61 25 Prozent Marktanteil der größte Papierproduzent innerhalb der EU und der  
62 viertgrößte weltweit. Die europäische Papierindustrie insgesamt hat einen Anteil von  
63 23 Prozent am globalen Markt. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland mit 2  
64 Zellstofffabriken, zudem haben wir die meisten Beschäftigten in der Papierindustrie.  
65 Die Branche in Deutschland erwirtschaftete 2020 15,1 Mrd. Euro und beschäftigte  
66 37.000 Menschen in 146 Unternehmen und hat ca. 21,5 Millionen Tonnen Papier  
67 produziert und abgesetzt. Auf den Umsatz betrachtet ist die Papier- und

68 Zellstofferzeugung somit die zehntgrößte Industriebranche in Deutschland. Der  
69 wichtigste Rohstoff der Branche ist Altpapier mit einem Anteil in Deutschland von  
70 rund 75 Prozent. Der Verbrauch von Altpapier als Rohstoff ist im letzten Jahrzehnt  
71 gewachsen, obwohl die Papierproduktion im gleichen Zeitraum leicht zurückging. Die  
72 deutsche Papierindustrie nimmt hinter China und den USA international eine  
73 Spitzenstellung ein: In diesen drei Ländern und Japan werden fast 60 Prozent des  
74 weltweiten Altpapieraufkommens verbraucht. Der verbleibende, nicht aus Altpapier  
75 gedeckte Bedarf an Primärzellstoff wird zu rund 80 Prozent aus importiertem und zu 20  
76 Prozent aus heimisch produziertem Zellstoff gedeckt. Auf dem europäischen Markt für  
77 Zellstoff ist Deutschland nach Schweden, Finnland und Polen mit 6,4 Prozent der  
78 viertgrößte Produzent. Gegenüber der Nutzung von z.B. aus Südamerika importiertem  
79 Zellstoff verursacht die Nutzung heimischen Zellstoffs weniger Transportemissionen.  
80 Zudem gewährleistet die deutsche und europäische Zellstoffproduktion auch eine  
81 Versorgungssicherheit im Falle von unterbrochenen internationalen Lieferketten.

82 Die Papierindustrie gehört zu den rohstoff-, energie- und kapitalintensiven  
83 Industrien. Wie andere Industrien des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere die  
84 energieintensiven Industrien in Deutschland (EID), ist die Papierindustrie stark von  
85 gesellschaftlichen Transformationsanforderungen und -trends betroffen. Dies sind auf  
86 der einen Seite die Globalisierung, die Digitalisierung und der demografische Wandel.  
87 Auf der anderen Seite fordern die wachsenden deutschen und europäischen klima- und  
88 energiepolitischen Anforderungen die Branche stark heraus. Sie beeinflussen  
89 Produktionsstrukturen, Lieferketten, Belegschaften, Kund\*innenerwartungen sowie die  
90 wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen tiefgehend.  
91 Deutschland und die EU streben bis 2050 Treibhausgasneutralität an. Dies setzt die  
92 Papierindustrie mit Blick auf Rohstoff- und Energieeinsatz, Produkte und  
93 Produktionsprozesse unter Druck.

94  
95 Die Investitionszyklen der Branche sind sehr lang. Für die Lebensdauer einer  
96 Papiermaschine für Mutterrollen lässt sich keine durchschnittliche Lebensdauer  
97 angeben, manche Papiermaschinen sind in der Grundsatzsubstanz 70 Jahre alt. Die Maschinen  
98 werden ständig nachgerüstet und erst erneuert, wenn das nicht mehr möglich bzw. die  
99 Anlage nicht mehr rentabel ist. Dennoch ist der Maschinenpark der deutschen  
100 Papierbranche nach Einschätzung des VDP im Vergleich mit anderen Industriebranchen  
101 jung und damit auch effizient im Bezug auf den Energie- und Wasserverbrauch.

102  
103 Diese Klarstellung würde einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Potenziale der  
104 Zellstoffindustrie für eine Entfossilisierung von Industrie und Verkehr nutzbar zu  
105 machen. Sie würde darüber hinaus hochwertige Industriearbeitsplätze in den  
106 betroffenen Regionen erhalten, die Standorte der Zellstoffproduktion während der  
107 Übergangsphase sichern und ermöglichen, diese zugleich als Plattform der Bio-Ökonomie  
108 vorzubereiten.

109



110 Wenn wir diese Maßnahmen nicht aktiv vorantreiben, begleiten und eine positive  
111 Umsetzung für Umwelt, Mensch und Wirtschaft erreichen, werden auch die  
112 Industriearbeitsplätze in der Papierindustrie mit einem hohen Organisationsgrad in  
113 der IG BCE verschwinden.

114

115 **Ursprung:**

116 Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg

## Antrag B011: Baden-Württemberg: Transformieren oder verlieren

Laufende Nummer: 196

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Nahezu alle von uns betreuten Betriebe stecken gerade in einer Transformation – und  
2 nur bei den wenigsten wurde diese durch die Corona-Pandemie in 2020 ausgelöst.  
3 Bereits seit mehreren Jahren gibt es im Bereich der Automobilzulieferer große  
4 Veränderungen durch neue Antriebstechniken und einen Nachfrage- und damit verbundenen  
5 Produktionsrückgang in Europa.

6 Die Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel treffen die Unternehmen, sei es durch  
7 die CO2-Besteuerung oder den Ausstieg aus einzelnen Verfahren der Stromproduktion.  
8 Dabei darf es kein "Entweder Arbeit oder Klima" geben, sondern die soziale  
9 Marktwirtschaft muss im Sinne der Arbeitnehmer\*innen und der Umwelt ausgerichtet  
10 werden. Die IG BCE sieht sich als Zukunftsgewerkschaft in der Pflicht, die neuen  
11 Arbeits-, Produktions- und Lebensrealitäten mitzugestalten.

12

### 13 Gute Bildung hilft viel

14 Viele unserer Kolleg\*innen erhalten keine Möglichkeit, sich auf verändernde  
15 Arbeitsbedingungen vorzubereiten. Es fehlt an zielgerichteten Qualifikationsangeboten  
16 seitens der Unternehmen, weshalb wir unsere Vertrauensleute und Betriebsrät\*innen  
17 ermutigen werden, eine zukunftsorientierte Weiterbildung umzusetzen.

18

19 In Zusammenarbeit mit den regionalen Bundesagenturen für Arbeit soll dazu die  
20 Qualifizierungsanalyse genutzt werden, um den zukünftigen Kompetenzbedarf zu  
21 ermitteln und die Fachkräfte in den Betrieben weiterzuentwickeln. Wir wollen dazu  
22 unser eigenes Bildungsangebot überarbeiten und in Zusammenarbeit mit der IG BCE BWS  
23 GmbH zielgerichtete Angebote für Mitbestimmungsgremien ermöglichen.

24

25 In Branchen, die einen Demografietarifvertrag anwenden, soll in den Betrieben darüber  
26 hinaus die Auswertung der Zusammensetzung der Belegschaft genutzt werden, um mit  
27 einer Strategie die notwendigen Kompetenzen und das Arbeitsvolumen zu sichern. Für  
28 junge Menschen benötigen wir gute Perspektiven. Wir fordern den LBJA und den  
29 Landesbezirksvorstand daher dazu auf, sich für gute Berufsschulen stark zu machen.

30

31 **Neue(n) Antrieb(e) braucht das Land**

32 Die Fortbewegung in Baden-Württemberg wird viel zu selten als Ganzes gedacht: Der  
33 ÖPNV hat meist unattraktive Taktzeiten, häufig fehlende Umsteigemöglichkeiten und ist  
34 keineswegs preisgünstig. Fahrradwege enden mitten im Nichts, die Straßen sind  
35 überlastet und teils in einem kritischen baulichen Zustand. Wer sich schnell durch  
36 das Land bewegen möchte, kommt außerhalb der Ballungsgebiete am Pkw nicht vorbei.  
37 Baden-Württemberg produziert zu wenig Strom aus Energieträgern, die auch nach den  
38 30er-Jahren noch zur Verfügung stehen werden. Aufgrund fehlender innerdeutscher  
39 Stromtrassen kann die Elektromobilität daher nicht die Lösung fürs Ländle sein.

40

41 Der IG BCE-Landesbezirksvorstand soll daher seine politischen Möglichkeiten nutzen,  
42 sich bei der Landesregierung für mehr Fördermittel für die Forschung an  
43 zukunftsfähigen Autoantrieben wie Wasserstoff einzusetzen, und sich für eine  
44 Transformationsunterstützung insbesondere für Zulieferbetriebe stark machen.  
45 Staatliche Beihilfen und Subventionen sind daher unbedingt an Bedingungen zu knüpfen.  
46 Dabei muss es insbesondere betriebliche Mitbestimmungsgremien, Tarifbindung,  
47 Investitionen in die Zukunft bei Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze geben.

48

49 Außerdem müssen wir uns als Energiegewerkschaft einmischen, wenn es darum geht,  
50 welche Möglichkeiten der Energieproduktion in Baden-Württemberg auch langfristig  
51 sinnvoll sind. Nur wenn es im Land gelingt, die Automobilzulieferbetriebe in die  
52 Zukunft zu führen, kann die klimatisch notwendige Mobilitätswende im Sinne unserer  
53 Mitglieder gelingen.

54

55 **Künstliche Intelligenz bewahrt nicht vor eigenem Denken**

56 Der technische Fortschritt wird immer schneller: Gab es vor 15 Jahren noch kaum  
57 Smartphones, sind diese heute aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Mit  
58 derselben Geschwindigkeit verändern sich die Systeme und Prozesse in den Betrieben.  
59 Während die Digitalisierung einerseits viele Arbeitsabläufe vereinfacht und  
60 Kolleg\*innen entlastet, dürfen wir die Gefahren für unsere Arbeitswelt nicht außer  
61 Acht lassen.

62

63 Gemeinsam mit Vertrauensleuten in den Betrieben müssen wir eine Haltung zur  
64 künstlichen Intelligenz finden und die Anwendung selbstbestimmter Systeme proaktiv  
65 gestalten – mit klaren Rahmenbedingungen und Schutzbestimmungen für unsere  
66 Kolleg\*innen. Wir brauchen eine Qualifikation für engagierte Mitglieder und  
67 betriebliche Akteur\*innen, damit wir als Organisation verstehen, woran wir bei der  
68 Umsetzung in den Unternehmen denken müssen.

69

70 **Zukunft für die junge Generation**

71 Vielen Unternehmen steht ein krasser Fachkräftemangel bevor. Für uns ist klar: Nur

72 mit einer guten Ausbildung haben junge Menschen eine Perspektive und die Betriebe  
73 werden nur durch eigene Ausbildungsangebote ihren künftigen Bedarf an  
74 Facharbeiter\*innen decken können. Damit junge Menschen sich allerdings für einen  
75 Ausbildungsvertrag in unseren Branchen bewerben, brauchen sie auch eine langfristige  
76 Perspektive. Erst, wenn gute Übernahmeaussichten zu erkennen sind, werden sich wieder  
77 mehr Schüler\*innen für ein duales Studium oder eine Berufsausbildung bewerben.

78

79 Im Rahmen der betrieblichen und tariflichen Möglichkeiten wollen wir uns daher für  
80 gute Ausbildungsangebote und Übernahmemöglichkeiten einsetzen. Dazu braucht es die  
81 Anstrengung der gesamten Organisation. Denn eine Zukunft für die junge Generation  
82 geht nur gemeinsam: mit JAVis, Vertrauensleuten und Betriebsräten.

83

84 **Begründung:**

85 Im Antragstext enthalten

86

87 **Ursprung:**

88 Landesbezirksjugendausschuss Baden-Württemberg

## Antrag B012: Für eine Chemikalienpolitik, die Arbeitsplätze sichert und Innovationen fördert

Laufende Nummer: 242

Antragsteller*in:	Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich für einen umfassenden und langfristigen Ansatz für den  
2 europäischen Umgang mit Chemikalien ein. Hierzu werden folgende Punkte für eine  
3 erfolgreiche Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit gefordert:  
4
- 5 • Die IG BCE möge sich bei der Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie für die  
6 Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Chemie- und  
7 Pharmaindustrie einsetzen, damit die Produktion nachhaltiger Produkte und  
8 Wertschöpfung weiterhin in Europa stattfinden und insbesondere in den  
9 strategisch wichtigen Teilen der Wertschöpfungskette eine größere Unabhängigkeit  
10 von außereuropäischen Wettbewerbern erreicht wird.
- 11 • Hierbei fordert die IG BCE einen wissenschaftsbasierten, konstruktiven und  
12 ergebnisoffenen Dialog mit allen Stakeholdern, bevor konkrete Maßnahmen zur  
13 Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie beschlossen werden.
- 14 • Diese Strategie muss den betroffenen Unternehmen rasch größtmögliche  
15 Planungssicherheit bieten. Komplexe und lang andauernde Rechtsänderungsprozesse  
16 würden zusätzlich zur Corona-Krise weitere Unsicherheiten auslösen.
- 17 • Die IG BCE möge sich für eine internationale Chemikalienpolitik einsetzen, die  
18 die komplette Wertschöpfungskette mit ihren internationalen Verflechtungen und  
19 Abhängigkeiten in den Blick nimmt.
- 20 • Die IG BCE möge sich für die Beibehaltung der Risikobewertungen unter REACH  
21 einsetzen.

22

### 23 Begründung:

- 24 1. Chemikalien sind die Bausteine für kohlenstoffarme, schadstofffreie sowie  
25 energie- und ressourceneffiziente Technologien, Materialien und Produkte: Ob es  
26 gelingt, die europäische Wirtschaft und Gesellschaft grüner und digitaler zu  
27 machen, hängt maßgeblich von der Innovationsfähigkeit der chemischen Industrie  
28 ab.
- 29 2. Sämtliche Maßnahmen international einbinden: Die chemische Industrie ist  
30 wesentlicher Teil der internationalen Wertschöpfungsketten und auch deshalb

exportstark. Um innerhalb von Europa und darüber hinaus Insellösungen und Handelskonflikte zu vermeiden, müssen wir international denken und handeln – das gilt nicht nur beim Klimaschutz, sondern ganz wesentlich auch in der Chemikalienpolitik. Eine starke europäische chemische und pharmazeutische Industrie ist unentbehrlich, um den Weg zur Klimaneutralität und die Widerstandsfähigkeit der EU gegen künftige Krisen sicherzustellen, die heute schon vorhersehbar sind, wenn auch nicht hinsichtlich ihres Eintrittszeitpunktes. Attraktive und stabile Rahmenbedingungen müssen deshalb geschaffen werden, um strategisch relevante und essenzielle Produktionen nach Europa zurückzuholen und um die Zukunft der 1,2 Millionen Arbeitsplätze der chemischen und pharmazeutischen Industrie in der EU zu sichern und möglichst noch zu erweitern.

3. REACH: Mit dem Inkrafttreten der Chemikalienverordnung REACH wurde die europäische Chemikalienpolitik 2007 neu geordnet und harmonisiert. Bausteine sind die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien sowie die Kommunikation in den Lieferketten zur sicheren Verwendung von Stoffen und Gemischen. Schon die schrittweise REACH-Umsetzung ist eine fordernde Aufgabe für alle Beteiligten. Dennoch kündigte die EU-Kommission in ihrer Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit im Oktober 2020 zusätzliche, weitreichende Verschärfungen der Verordnung ab 2022 an.

4. REACH bewertet mögliche Risiken von Chemikalien: Stoffe dürfen eingesetzt werden, wenn ihre Verwendung sicher ist. Dieses System muss beibehalten werden. Bei Zulassungs- und Beschränkungsverfahren müssen strenge wissenschaftliche Kriterien gelten. Eine Analyse der am besten geeigneten Regulierungsoptionen sollte für die Behörden bei jedem Stoff verpflichtend sein. Außerdem sollten, wie in REACH vorgesehen, Ausnahmen für bereits spezifisch regulierte Verwendungen gewährt werden. Zulassungsanträge sollten, etwa für Kleinstmengen, einfacher werden. Die Verfügbarkeit von Stoffen darf nicht unnötig eingeschränkt werden, zum Beispiel, wenn kein Risiko bei der Verwendung besteht.

#### **Ursprung:**

IGA Chemie/Mineralöl/Gas

## Antrag B013: Kreislaufwirtschaft als Baustein für ressourcenschonende Produktion

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass
- 2 • die Nutzung von Rezyklaten sowie biobasierten Grundstoffen mindestens genauso
- 3 wirtschaftlich wird wie die Nutzung von Grundrohstoffen.
- 4 • Forschungs- und Innovationsbemühungen zur Einsparung von Rohstoffen, Recycling
- 5 und Kreislaufwirtschaft gezielt gefördert und subventioniert werden.
- 6 • Recyclingprozesse bereits bei der Entwicklung von neuen Produkten mitbedacht
- 7 werden und damit die Recyclingfähigkeit von Rohstoffen erhöht wird.
- 8 • die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Unternehmen, Staat und Sozialpartnern
- 9 gestärkt wird.
- 10 • geschlossene Produktkreisläufe geschaffen werden, damit Rohstoffe nicht verloren
- 11 gehen.
- 12 • gewerkschaftliche Vertreter\*innen im Betrieb für die Themen Kreislaufwirtschaft,
- 13 Ressourceneinsparung und Nachhaltigkeit sensibilisiert werden.

14

### 15 Begründung:

16 Unsere Kollegen\*innen in den Betrieben tragen schon heute dazu bei, dass dringende  
17 Herausforderungen unserer Zeit bewältigt werden können. Dazu gehört neben der Frage  
18 von CO2-Emissionen auch der gewissenhafte Umgang mit Ressourcen und Rohstoffen.

19 Recycling und Kreislaufwirtschaft sind ein wichtiger Baustein für eine  
20 ressourcenschonende und nachhaltige Industrie. Im Betriebsalltag stellen wir häufig  
21 fest, dass Recyclingverfahren noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen. So ist die  
22 Verwendung von Rezyklaten sowie biobasierten Grundstoffen heute noch  
23 unwirtschaftlicher als die Nutzung von Grundrohstoffen. Auch sind die Produkte so  
24 entworfen, dass ihre Recyclingfähigkeit erheblich erschwert ist. Ein mechanisches  
25 Recycling ist aufgrund der Komplexität von Produkten zum Teil nicht möglich. Ein  
26 erster Schritt zu ressourcenschonender Produktion wäre es, wenn Produkte so entworfen  
27 und produziert würden, dass Kreislaufwirtschaft in jedem Produktionsschritt bereits  
28 mitbedacht wird. So könnten Produkte entworfen werden, die mit erheblich weniger  
29 Aufwand wieder in ihre Grundstoffe zerlegt werden können, was mechanische  
30 Recyclingverfahren vereinfacht. Gleichzeitig ist es notwendig, chemische

31 Recyclingverfahren bis zur Marktfähigkeit weiterzuentwickeln und die Verwendung von  
32 Rezyklaten sowie biobasierten Grundstoffen wirtschaftlicher zu machen. Wenn die  
33 Nutzung von Rezyklaten unwirtschaftlicher bleibt als die Nutzung von Rohstoffen, wird  
34 mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen – national und international –  
35 Kreislaufwirtschaft keine tragfähige Alternative sein.

36 Es bedarf Grundlagenforschung, um neue Verfahren zu entwickeln und bestehende  
37 Verfahren weiterzuentwickeln. Grundlagenforschung ist allerdings risikobehaftet und  
38 kann mit Fehlinvestitionen verbunden sein, wenn der Markteintritt verfehlt wird. Um  
39 diese Risiken zumindest ein Stück weit aufzufangen, müssen Anreize für Innovation und  
40 Forschung geschaffen werden. Neben entsprechenden Fördermechanismen muss die  
41 Zusammenarbeit zwischen Forschung, Unternehmen, Staat und Sozialpartnern intensiviert  
42 werden, um Synergien für eine ressourcenschonende Wirtschaft zu schaffen. Gerade bei  
43 der Schaffung von geschlossenen Produktionskreisläufen ist eine intensive  
44 Zusammenarbeit zwischen den genannten Akteur\*innen unerlässlich. Immerhin müssen die  
45 Produkte nach ihrem Lebenszyklus dem Kreislauf wieder zugefügt werden. Denkbar wären  
46 Stoffkreisläufe, die in regionalen Clustern organisiert sind, um Transportwege zu  
47 sparen.

48 Mit Blick auf die Relevanz der Thematik und die Tragweite der Veränderungsprozesse  
49 ist es unerlässlich, dass Betriebsratsgremien und Gewerkschaften Treiber\*innen im  
50 Themenfeld „Nachhaltigkeit“ und Kreislaufwirtschaft werden. Dementsprechend müssen  
51 haupt- und ehrenamtliche Vertreter\*innen der IG BCE für die zukünftigen  
52 Herausforderungen sensibilisiert und entsprechende Schulungsangebote geschaffen  
53 werden, damit sie Prozesse nicht nur beobachten, sondern aktiv mitgestalten können.

54

55 **Ursprung:**

56 Landesbezirksvorstand Nordrhein



## Antrag B014: Innovative Lösungen: Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft

Laufende Nummer: 232

Antragsteller*in:	Industriegruppe Kunststoffe/Leder
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1    Kunststoffe sind leistungsfähig, langlebig, effizient und vielfältig einsetzbar und  
2    daher aus den meisten Bereichen des modernen Lebens nicht mehr wegzudenken. Doch  
3    obwohl sie passende Lösungen für viele wichtige Anwendungsbereiche liefern und zudem  
4    häufig der energie- und ressourceneffizienteste Rohstoff sind, stehen Kunststoffe als  
5    Symbol der Wegwerfgesellschaft in der Kritik.

6

7    Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress möge beschließen:

8

9    • faktenbasiert über die Nutzung von Kunststoff für eine nachhaltige Entwicklung  
10    zu diskutieren und sich dafür einzusetzen, dass einzelne Anwendungen und  
11    Produkte nicht pauschal stigmatisiert werden;

12

13    • Maßnahmen und Instrumente zu fördern, die auf den Abbau von Hemmnissen und die  
14    Förderung des hochwertigen Kunststoffrecyclings und Rezyklateinsatzes abzielen;

15

16    • einen optimalen Mix der vielfältigen nachhaltigen Abfallverwertungsmöglichkeiten  
17    - ob werk- oder rohstoffliches Recycling oder auch energetische Verwertung - zu  
18    fördern;

19

20    • die EU-Kunststoffstrategie so auszugestalten, dass die Potenziale dieses Werk-  
21    und Wertstoffs des 21. Jahrhunderts am besten ausgeschöpft werden;

22

23    • dass Freiraum für Innovationen für Forschung und Entwicklung geschaffen werden,  
24    die marktfähige Produkte vorantreiben, beispielsweise für Kunststoffe, die  
25    komplexe Anwendungsbereiche weiter optimieren, biologisch abbaubar sind und auf  
26    nachwachsenden Rohstoffen beruhen;

27

28    • dass die wertstoffliche Verwertung nicht zum Selbstzweck erhoben wird und in

Abhängigkeit von der Beschaffenheit des Abfalls - Verschmutzungsgrad, Heizwert -  
auch die rohstoffliche sowie effiziente energetische Verwertung möglich ist;

- dass die Umsetzung des „Circular-Economy-Paket“ der EU-Kommission nicht nur auf die Stärkung des werkstofflichen Recyclings fokussiert wird, sondern auch für die Entwicklung innovativer Materialien und Produkte - von der Auswahl des Materials über Produktdesign bis hin zur Abfallverwertung - berücksichtigt wird;

- politische Rahmenbedingungen zu unterstützen, die den Einsatz von Rezyklaten für in- und ausländische Hersteller\*innen gleichermaßen belasten und die Verhältnismäßigkeit wahren;

- ihren Beitrag zu leisten, die Endverbraucher\*innen für einen achtsameren Umgang mit ihren Abfällen zu sensibilisieren und das Bewusstsein für den Meeresschutz zu schärfen.

#### **Begründung:**

Kunststoffe erfüllen wesentliche Funktionen, wenn es zum Beispiel um Hygiene, Schutz und längere Haltbarkeit von Lebensmitteln sowie hoch innovative Lösungen im medizinischen Bereich oder klimaschonende Technologien im Fahrzeug- und Flugzeugbau geht. Auch leistungsstarke Windräder oder Photovoltaikanlagen wären ohne Kunststoffe undenkbar. Darüber hinaus bestehen auch nach der Nutzung wertvolle Verwertungsmöglichkeiten: sei es als recycelter Rohstoff oder als Energielieferant.

Ressourceneffizienz hat viele Facetten. So gilt es unter anderem, den Ressourcenverbrauch eines Produktes während seiner Nutzung zu optimieren. Die deutsche Kunststoffindustrie entwickelt entsprechende Produkte - sie ist also Teil der Lösung. Und erreicht ein Produkt letztlich doch das Ende seiner Nutzungsphase, so bieten sich eine Reihe sinnvoller Verwertungsoptionen.

Circular Economy, die Kreislaufwirtschaft, wird zum neuen globalen Leitprinzip für Unternehmen. Kunststoffe mit ihrem hohen Nachhaltigkeitspotenzial sind dabei unerlässlich.

Gesellschaft und Wirtschaft müssen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen finden und den Kreislauf zum neuen Leitprinzip machen: Produkte lange und mehrfach verwenden. Abfall vermeiden. Ausgediente Produkte stattdessen als Ressource begreifen und nutzen – entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Und daneben weitere nachhaltige Rohstoffquellen wie Biomasse und neuerdings sogar CO<sub>2</sub> erschließen. In der Summe gilt es für Unternehmen, Kreisläufe effizient und mit erneuerbarer Energie zu gestalten und eine echte Circular Economy zu ermöglichen.

#### **Ursprung:**

IGA Kunststoffe / Leder

## Antrag B015: Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft – Innovationen fördern, Standorte stärken und in der Gesellschaft aufklären

Laufende Nummer: 17

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B014
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE gegenüber der Politik und den Sozialpartnern
- 2
- 3 1. sich für die Forschung, Entwicklung und Innovation hinsichtlich der Herstellung,
- 4 Verarbeitung und des chemischen Recyclings von Kunststoffen einsetzt,
- 5 2. die Anerkennung von chemischem Recycling auf die Kunststoff-Recyclingquote der
- 6 EU-Kommission vorantreibt,
- 7 3. für Innovationsförderungen eintritt, die konsistent und langfristig ausgerichtet
- 8 sind und die darüber hinaus den Anfall von Abfällen verringern und deren
- 9 Verwertung verbessern,
- 10 4. sich weiterhin für Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen einsetzt, weil für die
- 11 Umsetzung einer wirklichen Kreislaufwirtschaft erhebliche Mengen erneuerbarer
- 12 Energien benötigt werden.
- 13
- 14 Für die Stärkung unserer Mitglieder in der Kunststoffindustrie fordern wir die IG BCE
- 15 dazu auf, innerhalb der Gesellschaft als auch der Mitgliedschaft über die
- 16 Vielfältigkeit von Kunststoffen aufzuklären. Denn nicht jedes Plastik ist schlecht,
- 17 sondern manchmal unverzichtbar, beispielsweise in der Verpackung von Medikamenten
- 18 oder von Lebensmitteln, die dadurch länger haltbar bleiben. Innovative Kunststoffe
- 19 können einen Beitrag leisten, um Nachhaltigkeit zu fördern.
- 20
- 21 **Begründung:**
- 22 Als Teil des Green Deals der EU-Kommission wurde der 2015 verabschiedete Aktionsplan
- 23 für die Kreislaufwirtschaft in der EU erneuert. Dazu zählt die Kunststoffstrategie,
- 24 in der der materialspezifische Lebenszyklus im Mittelpunkt steht. Demnach sollen ab
- 25 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig bzw.
- 26 wiederverwendbar sein. Der Verbrauch von Einwegkunststoffen wird reduziert und die
- 27 absichtliche Verwendung von Mikroplastik beschränkt. Damit sollen die Grundlage für

28 eine zirkuläre Wirtschaft für Kunststoffe geschaffen und Investitionen in diese  
29 Entwicklung erreicht werden. Diese Strategie soll eine Veränderung herbeiführen, wie  
30 Produkte in der EU designt, hergestellt, verwendet und recycelt werden. Recycling  
31 soll zu einem lohnenden Geschäft, Kunststoffabfälle eingedämmt, die Vermüllung der  
32 Meere aufgehalten, Investitionen und Innovationen mobilisiert sowie ein Wandel in der  
33 ganzen Welt bewirkt werden.

34 Von dieser Strategie sind auch zahlreiche Betriebe im Landesbezirk Rheinland-  
35 Pfalz/Saarland betroffen, die entweder Kunststoffe oder Verpackungen produzieren oder  
36 sich mit dem chemischen Recycling von Kunststoffen befassen. Damit die europäischen  
37 Vorgaben für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft gleichzeitig die Standorte dieser  
38 Betriebe stärken, bedarf es einiger Kernpunkte, für die sich die IG BCE gegenüber der  
39 Politik und unseren Sozialpartnern einsetzen soll, aus diesem Grund stellen wir die  
40 oben genannten Forderungen.

41

42 **Ursprung:**

43 Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland

## Antrag B016: Subventionierung nachhaltiger, umweltfreundlicher und/oder recycelbarer Verpackungen

Laufende Nummer: 109

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B014
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Abteilungen wird dazu aufgefordert,  
2 ihren politischen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass Firmen, die  
3 nachweisbar die Entwicklung nachhaltiger, umweltfreundlicher und/oder recycelbarer  
4 Verpackungen vorantreiben, gezielt subventioniert und gefördert werden.

5 Denn: Eine nachhaltige Transformation der Industrie kann nur gelingen, wenn  
6 Investitionsanreize hierfür geschaffen werden.

7

### 8 **Begründung:**

9 Basierend auf der EU-Beschlusslage zum Corona-Hilfspaket sollen ab 1. Januar 2021  
10 künftig für nicht recyclingfähige Verpackungen Strafsteuern fällig werden. Nicht  
11 recycelbarer Plastikmüll soll dann pro Kilogramm durch eine Abgabe i. H. v. 80 Cent  
12 versteuert werden.

13 Ziel der EU ist es, dadurch die Plastik-Abfallberge kleiner zu machen und mehr  
14 Anreize für Recycling zu setzen. Wir begrüßen diese Intention, geben jedoch zu  
15 bedenken, dass derartige Maßnahmen in erster Linie dazu führen, dass diese Kosten auf  
16 die Endverbraucher\*innen umgelegt werden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass  
17 Kunststoffe beispielsweise im Bereich des Medizinsektors teilweise unersetzlich sind.

18 Aus unserer Sicht ist es für einen nachhaltigen ökologischen Wandel und die  
19 Reduzierung von Plastik wichtig, ein tatsächliches Umdenken in Produktentwicklung und  
20 Herstellung anzuregen, um positive nachhaltige Effekte zu erzielen.

21 Als Zukunftsgewerkschaft sollten wir daher politische Entscheidungsträger\*innen davon  
22 überzeugen, Unternehmen, die bewusst auf nachhaltige und besser recycelbare  
23 Verpackungen umsteigen und damit ihren ökologischen Fußabdruck verringern, gezielt zu  
24 fördern und zu subventionieren.

25

### 26 **Ursprung:**

27 Bezirksfrauenforum Nürnberg

## Antrag B017: Kali- und Steinsalzbergbau – Erstellung eines Handlungskonzeptes, das einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht

Laufende Nummer: 277

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen/Thüringen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme mit Änderungen
Sachgebiet:	B - Wirtschaft
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1: (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 2: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE dafür einsetzt, dass für die energieintensive Kali- und
- 2 Steinsalzindustrie ein klimapolitisches
- 3 Handlungskonzept ~~zu erstellen ist~~erstellt wird, das einen umfassenden Carbon-Leakage-
- 4 Schutz und
- 5 geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht!

### 5 Begründung:

- 6 Angesichts der anstehenden politischen Veränderungen für ein nachhaltigeres und
- 7 klimaneutrales Europa sowie der herausfordernden Situation am internationalen
- 8 Kalimarkt steht die Branche - und mit ihr 10.000 Arbeitsplätze - vor
- 9 existenzgefährdenden Herausforderungen.
- 10
- 11 Obwohl die Branche als Carbon-Leakage-gefährdet eingestuft ist, wird sie nur rund um
- 12 die Hälfte der aus dem EU-Emissionshandel oder Brennstoffhandelsgesetz entstehenden
- 13 Mehrkosten entlastet.
- 14
- 15 Gleichzeitig wird der deutsche Kali- und Steinsalzbergbau - zusätzlich zu den Kosten
- 16 aus der Energiepolitik - durch hohe Kosten aus der nationalen und europäischen Klima-
- 17 und Umweltpolitik belastet. Die internationalen Wettbewerber, insbesondere aus
- 18 Russland und Belarus, produzieren ohnehin zu niedrigeren Kosten, die sich
- 19 insbesondere aus den dortigen Umweltschutz-, Klimaschutz-, Sozial-, Arbeitsschutz-,
- 20 Gesundheitsschutz- und Menschenrechtsstandards ergeben.
- 21
- 22 Der Kali- und Steinsalzbergbau steht am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Da
- 23 Kaliprodukte nicht substituierbar sind, müssten sie aus dem außereuropäischen Ausland

24 - unter Billigung der dort geltenden Standards - bezogen werden.

25

26 Mit einem klimapolitischen Handlungskonzept, das einen umfassenden Carbon-Leakage-  
27 Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung  
28 vorsieht und zwischen Politik, Industrie und Sozialpartnern abgestimmt ist, soll eine  
29 Grundlage geschaffen werden, die eine klimagerechte Transformation und den heimischen  
30 Kali- und Steinsalzbergbau überhaupt ermöglicht.

31

32 **Ursprung:**

33 VKV K+S Minerals and Agriculture GmbH, Werk Werra

## Antrag B018: Kali- und Steinsalzbergbau – Erstellung eines Handlungskonzeptes, das einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht

Laufende Nummer: 472

Antragsteller*in:	Bezirksdelegiertenkonferenz Kassel
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch B017
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass für die energieintensive Kali- und Steinsalzindustrie ein klimapolitisches
- 2 Handlungskonzept zu erstellen ist, das einen umfassenden Carbon-Leakage-Schutz und
- 3 geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung vorsieht!
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 Angesichts der anstehenden politischen Veränderungen für ein nachhaltigeres und
- 7 klimaneutrales Europa sowie der herausfordernden Situation am internationalen
- 8 Kalimarkt steht die Branche - und mit ihr 10.000 Arbeitsplätze - vor
- 9 existenzgefährdenden Herausforderungen.
- 10
- 11 Obwohl die Branche als Carbon-Leakage-gefährdet eingestuft ist, wird sie nur rund um
- 12 die Hälfte der aus dem EU-Emissionshandel oder Brennstoffhandelsgesetz entstehenden
- 13 Mehrkosten entlastet.
- 14 Gleichzeitig wird der deutsche Kali- und Steinsalzbergbau – zusätzlich zu den Kosten
- 15 aus der Energiepolitik - durch hohe Kosten aus der nationalen und europäischen Klima-
- 16 und Umweltpolitik belastet. Die internationalen Wettbewerber, insbesondere aus
- 17 Russland und Belarus, produzieren ohnehin zu niedrigeren Kosten, die sich
- 18 insbesondere aus den dortigen Umweltschutz-, Klimaschutz-, Sozial-, Arbeitsschutz-,
- 19 Gesundheitsschutz- und Menschenrechtsstandards ergeben.
- 20
- 21 Der Kali- und Steinsalzbergbau steht am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Da
- 22 Kaliprodukte nicht substituierbar sind, müssten sie aus dem außereuropäischen Ausland
- 23 - unter Billigung der dort geltenden Standards - bezogen werden.
- 24 Mit einem klimapolitischen Handlungskonzept, das einen umfassenden Carbon-Leakage-
- 25 Schutz und geeignete energiepolitische Rahmenbedingungen zur Dekarbonisierung
- 26 vorsieht und zwischen Politik, Industrie und Sozialpartnern abgestimmt ist, soll eine
- 27 Grundlage geschaffen werden, die eine klimagerechte Transformation und den heimischen



28 Kali- und Steinsalzbergbau überhaupt ermöglicht.

29

30 **Ursprung:**

31 VKV K+S Minerals and Agriculture GmbH, Werk Werra

## Antrag B019: Förderung von Ladeinfrastruktur für E-Autos bei Arbeitgeber\*innen

Laufende Nummer: 147

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich in der politischen Diskussion
- 2 dafür einzusetzen, dass Arbeitgeber\*innen ihren Mitarbeiter\*innen eine Möglichkeit
- 3 des Ladens für E-Autos zur Verfügung stellen.

4

### 5 **Begründung:**

- 6 Das neue Wohnungseigentümer-Modernisierungsgesetz schreibt Objekteigentümer\*innen
- 7 vor, bei gravierenden Änderungen an Parkflächen von Wohngebäuden als auch an Nicht-
- 8 Wohngebäuden eine gewisse Menge an Parkflächen elektrofähig zu gestalten.

- 9 Dieses sollte auch in einer Form für Unternehmer\*innen gelten mit der Ergänzung,
- 10 nicht nur Kabel zu verlegen, sondern auch die Lademöglichkeit in Form von Wall Box
- 11 und/oder Steckdosen anzubieten.

- 12 Mögliche Förderungen für Anschaffungs- und Stromkosten durch den Bund sind sicher
- 13 Anreiz, etwas für die Mitarbeiter\*innen zu tun und entsprechende Maßnahmen zu
- 14 ergreifen.

15

### 16 **Ursprung:**

- 17 MV Pharma

## Antrag B020: Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung in Einklang bringen

Laufende Nummer: 235

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Keramik
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • dass sich die IG BCE gemeinsam mit Vertreter\*innen der Wirtschaftsverbände, der  
2 Politik und Wissenschaft für die Initiierung eines Keramik-Branchendialogs  
3 einsetzt. Mit dem Ziel, die keramische Industrie zu einer ressourcenschonenden  
4 und innovativen Branche weiter zu entwickeln:
  - 5 • dass sich die keramische Industrie als Teil des Wertschöpfungsnetzwerks  
6 versteht und ihre Produktverantwortung und Lösungen für den gesamten  
7 Produktlebenszyklus entwickelt;
  - 8 • dass die IG BCE darauf hinwirkt, dass die Wirtschaftsverbände das Thema  
9 Kreislaufwirtschaft und Recycling in Verbindung mit Digitalisierung zu  
10 einem zentralen Zukunftsfeld der Branche entwickeln;
- 11 • dass sich die IG BCE für eine schnelle unbürokratische und umfassende  
12 Entlastungsregelung für Carbon-Leakage in besonderem Maße für die keramische  
13 Industrie einsetzt;
- 14
- 15 • dass sich die IG BCE für Kompensationsmöglichkeiten einsetzt, die für  
16 unvermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen aus physikalisch-mineralogischen  
17 Umwandlungsprozessen beim keramischen Brand entstehen. Auch wenn alle Öfen der  
18 Keramikindustrie auf erneuerbare Energien umgestellt sein würden, wäre wegen der  
19 Prozessemissionen keine vollständige Klimaneutralität erreichbar. Für diese  
20 verbleibenden Emissionen muss ein Mechanismus geschaffen werden, um diese zu  
21 kompensieren, sofern technische Lösungen wie z. B. CCS in Deutschland nicht  
22 möglich sind.
- 23
- 24 • dass die IG BCE rechtliche Rahmenbedingungen unterstützt, die klimaneutrale  
25 Brennstoffe fördern und für eine Übergangszeit Entlastungsregelungen beinhalten:
  - 26 • Zusätzlich muss eine nachhaltige, ununterbrochene und finanziell tragbare  
27 Versorgung durch diese Alternativbrennstoffe sichergestellt sein. Die  
28 gemeinsam von Industrie und Forschung gegründete „Wasserstoffinitiative“  
29 sollte mit gezielter Forschungsförderung unterstützt werden.
- 30

- Ambitionierte Klimaziele bedürfen bahnbrechender Technologien:
  - Daher sollte die IG BCE darauf hinwirken, dass durch die Politik ausreichend finanzielle Unterstützung bereitgestellt wird, um die Entwicklung und Investitionen in kohlenstoffarme Technologien, z. B. für klimaneutrale Brenntechniken, zu fördern.
- dass die IG BCE darauf hinwirkt, dass die EEG-Umlage und weitere Energiewendebedingte Umlagen auf den Strompreis massiv gesenkt werden.
  - Die Deckelung der EEG-Umlage für 2021 und 2022 geht in die richtige Richtung, bietet aber keinen Nutzen für Unternehmen, die für ihre Wärmeprozesse überwiegend Erdgas einsetzen. Eine Reduzierung der Stromsteuer sowie eine stärker steuerfinanzierte EEG-Umlage könnten private und gewerbliche Verbraucher\*innen spürbar entlasten, Anreize für die Sektorenkopplung schaffen und gleichzeitig intrasektorale Wettbewerbsverzerrungen abbauen.

#### **Begründung:**

Die überwiegend mittelständisch geprägte keramische Industrie hat in Deutschland ca. 32.670 direkt Beschäftigte und erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 5,3 Mrd. Euro. Strukturell ist diese Branche in zwei Segmenten, nämlich Grob- und Feinkeramik, überwiegend den Klein- und Mittelbetrieben (KMU) zuzuordnen. Noch einmal ca. doppelt so viele Arbeitsplätze hängen indirekt im Rahmen von Wertschöpfungsketten, Handwerker- und anderen Dienstleistungen von der keramischen Industrie ab. Als Grundstoffindustrie schafft die Keramikindustrie Voraussetzungen für Zukunftsindustrien, sorgt seit Jahrhunderten für anspruchsvolle Tischkultur und ist Garant für bezahlbares Bauen und Wohnen. Die keramischen Betriebe von den Automobilzulieferern der technischen Keramik bis hin zu den Geschirrh Herstellern haben, insbesondere durch die Corona-Pandemie ausgelöst, die höchsten Umsatzeinbrüche zu verkraften. Da auch die Kund\*innen der Hersteller von Keramik, wie z.B. die Hotellerie und Gastronomie, heftig von den Verordnungen zur Betriebsschließung betroffen sind, dürfte die Krise, die durch Corona-Pandemie ausgelöst wurde, eine ökonomische Langzeitwirkung haben.

Die Branche ist einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Seit Jahren ist die Anzahl der Beschäftigten und Betriebe rückläufig. Die keramische Industrie hat Sorge, dass politische Entscheidungen in Deutschland die mittelständische Industrie im harten globalen Wettbewerb weiter schwächen. Am Ende geht es darum, dass mit Unterstützung der IG BCE rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um zum einen die Konkurrenzfähigkeit bei der Herstellung von keramischen Produkten in Deutschland zu erhalten und zum anderen uns hilft, die Ziele der Europäischen Union für ein intelligentes, nachhaltiges Wachstum und für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu verwirklichen.

73

74 Die keramische Industrie ist überwiegend lokal ausgerichtet und bietet viele  
75 Arbeitsplätze in Clustern und lokalen Lieferketten. Viele Keramikbetriebe sind klein-  
76 und mittelständige Unternehmen, zu denen viele Innovationsführer zählen und die  
77 insgesamt für nachhaltige Beschäftigung sorgen. Dabei hat sich die Keramikindustrie  
78 seit vielen Jahren selbst zu Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet,  
79 denn nur Unternehmen, die effizient mit Rohstoffen und Energie umgehen, können im  
80 internationalen Wettbewerb bestehen und den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze  
81 bieten.

82

83 Das Hauptanliegen der IG BCE an die Entscheidungsträger\*innen in der Politik ist,  
84 dass die Emissionen vom Standpunkt des Lebenszyklus aus betrachtet und nicht mehr den  
85 in der Produktionsphase emittierten Kohlenstoff bewerten, da keramische Produkte  
86 maßgeblich zur Energieeffizienz in zahlreichen anderen Sektoren beitragen.

87

88 Wenn die Klimaziele durch Wechsel von fossilen Brennstoffen, z. B. Erdgas, zu anderen  
89 erneuerbaren Energieträgern, z. B. grüner Wasserstoff, erreicht werden sollen, sind  
90 auf Grundlage der bisherigen Brenntechnologie Pilotprojekte erforderlich. Daher  
91 braucht die Industrie Zugang zu erschwinglichen Finanzierungsmöglichkeiten für  
92 Investitionsprojekte mit längeren Amortisationszeiten.

93

94 Lange Investitionszyklen von mehr als 60 Jahren und hohe Neuinvestitionen für Öfen  
95 erschweren den Technologiewandel. Elektrische Keramiköfen in den benötigten  
96 Dimensionen müssen teilweise erst noch entwickelt werden. Deren Betrieb ist überdies  
97 mit Blick auf die Höhe der Strompreise derzeit kaum wirtschaftlich darstellbar. Zudem  
98 ist offen, ob diese Technologie uneingeschränkt anwendbar ist, da die  
99 Flammenberührung ein wichtiges Kriterium im Herstellungsprozess der meisten  
100 keramischen Erzeugnisse ist.

101

102 In ihrer Roadmap 2050 erklärt die europäische Keramikindustrie, dass sie die Ziele  
103 der EU-Kommission im Klimaschutz vollumfänglich unterstützt, zeigt aber zugleich auf,  
104 welche Voraussetzungen dafür kurzfristig geschaffen werden müssen; 2050 ist nur ein  
105 Ofenleben entfernt!

106 Die IG BCE unterstützt die Beschäftigten und ihre Mitglieder in dem Bemühen, die in  
107 der Roadmap genannten Voraussetzungen weitestgehend politisch mit zu begleiten, da  
108 ansonsten die Gefahr besteht, dass Arbeitsplätze verloren gehen.

109 **Oder:**

110 Die Beschäftigten und Mitglieder der IG BCE erwarten eine entsprechende Hilfestellung  
111 und Unterstützung, da die Gefahr besteht, dass Arbeitsplätze verloren gehen.

112

113 **Ursprung:**



## Antrag B021: Nachhaltigkeit aus Tradition

Laufende Nummer: 245

Antragsteller*in:	Industriegruppe Kunststoffe/Leder
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • dass sich die IG BCE gemeinsam mit Vertreter\*innen der Wirtschaftsverbände der
- 2 Schuh- und Lederwarenindustrie für die Initiierung eines Branchendialogs
- 3 einsetzt. Mit dem Ziel, die Schuh- und Lederwarenindustrie zu einer
- 4 ressourcenschonenden und innovativen Branche zu entwickeln;
- 5 • dass die IG BCE gemeinsam mit den Vertreter\*innen der Wirtschaftsverbände eine
- 6 Nachhaltigkeitsinitiative am Beispiel „Chemie hoch 3“ gemeinsam mit dem
- 7 Wirtschaftsverband der Schuh- und Lederwarenindustrie entwickelt;
- 8 • dass die wertstoffliche Verwertung von Leder nicht zum Selbstzweck erhoben wird
- 9 und in Abhängigkeit von der Beschaffenheit des Abfalls eine Weiterverwertung in
- 10 den wirtschaftlichen Kreislauf findet.

11

### 12 Begründung:

13 Die Leder- und Schuhindustrie ist mit gut 10.955 Beschäftigten ein vergleichsweise  
14 kleiner Wirtschaftsbereich in Deutschland. In den 63 Betrieben (ab 20 Beschäftigte)  
15 wurde 2020 ein Umsatz von 2,0 Mrd. Euro erwirtschaftet. Alle drei Einzelbranchen –  
16 die Lederherstellung, die Lederverarbeitung und die Schuhindustrie – sind von einem  
17 jahrzehntelangen massiven Strukturwandel in Verbindung mit einem Schrumpfungsprozess  
18 geprägt, der erst in den 2000er Jahren wieder in ruhigeres Fahrwasser mit stabiler  
19 bis positiver Entwicklung von wirtschaftlichen Kennziffern und Beschäftigung mündete.  
20 Viele der verbliebenen Unternehmen der Leder- und Schuhindustrie haben sich auf  
21 qualitativ hochwertige Produkte spezialisiert und positionieren sich im  
22 Premiumsegment oder in Nischen.

23

24 Nach dem gravierenden Strukturwandel infolge der Globalisierung stellen sich den drei  
25 Branchen neue Herausforderungen. Aktuell geht es für die Unternehmen darum, die  
26 Corona-Pandemie zu bewältigen. Neben den unmittelbaren Krisenfolgen auf die  
27 Unternehmenssubstanz stellt hier insbesondere für die Hersteller von Schuhen und  
28 Lederwaren die beschleunigte Digitalisierung mit stark wachsendem Onlinehandel eine  
29 immense Herausforderung dar. Die Schuh- und Lederwarenindustrie muss sich auch der  
30 Verantwortung bewusst werden, dass sie entlang der gesamten Wertschöpfungskette die  
31 Einhaltung von hohen sozialen und ökologischen Standards garantiert.

- 32 Mittelfristig liegen die strategischen Herausforderungen und damit auch  
33 entscheidenden Erfolgsfaktoren für die Leder- und Schuhindustrie in den Themen  
34 Fachkräfte und Nachhaltigkeit, aber auch weiterhin in der Digitalisierung,  
35 insbesondere im Kontext der Vertriebskonzepte.
- 36 Die Fachkräftesicherung und die Personalentwicklung in allen Bereichen sind  
37 entscheidende Zukunftsthemen für die Leder- und Schuhindustrie, die auch stärker ins  
38 Zentrum betrieblicher Strategien rücken sollten. Nicht zuletzt - aufgrund der  
39 deutlichen Alterung der Belegschaften - besteht hier akuter Handlungsbedarf.
- 40 Weitere strategische Herausforderungen liegen im Dreiklang ökologischer, sozialer und  
41 ökonomischer Nachhaltigkeit, um die Branche zukunftsfähig aufzustellen und auch um  
42 Imageproblemen bezogen auf das Produkt, auf Umweltthemen und auf die Sorgfaltspflicht  
43 in den Lieferketten zu begegnen. In den Unternehmen gilt es, die verschiedenen  
44 Bereiche wie Personalpolitik, Beschaffung, Produktentwicklung, Qualitätsmanagement,  
45 betrieblicher Umweltschutz etc. nachhaltig zu gestalten und insbesondere eine  
46 nachhaltige Wertschöpfungsstrategie – auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft sowie  
47 fairer und resilienter Lieferketten – zu implementieren.
- 48
- 49 **Ursprung:**
- 50 IGA Kunststoffe/Leder



## Antrag B022: Standort stärken, gute Industriearbeit sichern – finanzpolitische Begleitung von Unternehmen in der Transformation

Laufende Nummer: 256

<b>Antragsteller*in:</b>	Hauptvorstand
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE fordert für die Phase der sozial-ökologischen Transformation eine
- 2 finanzpolitische Entlastung und Förderung der Unternehmen, um diese zu befähigen, die
- 3 Umbauprozesse ihrer deutschen und EU-Standorte zu meistern.
- 4 Hierfür fordern wir eine Kompensation der Unternehmen für die Differenzkosten zur
- 5 Wettbewerbsfähigkeit treibhausgasneutraler Produkte. Ein geeignetes Mittel dafür sind
- 6 Differenzkostenverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference. Diese Förderung
- 7 ist notwendig bis zur globalen Etablierung eines klimapolitischen Level Playing
- 8 Field.
- 9 Die IG BCE fordert die Politik auf, für wettbewerbsfähige Strompreise für das
- 10 produzierende Gewerbe zu sorgen. Dazu zählen eine Abschaffung der EEG-Umlage und die
- 11 Überführung in den allgemeinen Bundeshaushalt sowie die Absenkung der Stromsteuer auf
- 12 das europäisch zulässige Minimum.
- 13 Die IG BCE fordert die Verlängerung der Vereinbarung zum Energiesteuer-
- 14 Spitzenausgleich um zwei Jahre sowie die Festlegung eines Effizienzsteigerungsziels
- 15 für 2021 von 3,5 Prozent.
- 16 Darüber hinaus fordern wir, steuerliche Anreize für die Unternehmen zu schaffen, um
- 17 Investitionen der Unternehmen in die Transformation zu erhöhen. Diese können in der
- 18 Möglichkeit zur degressiven Abschreibung oder in verkürzten Abschreibungszeiträumen
- 19 liegen.
- 20 Wir fordern die Einrichtung eines Transformationsfonds mit einem Volumen von anfangs
- 21 120 Milliarden Euro. Darüber soll sich der Staat an Unternehmen beteiligen, die
- 22 besonders von der Transformation betroffen sind, und Investitionen in zukunftsfähige
- 23 Produkte und Prozesse vorantreiben.
- 24 Die IG BCE fordert, die finanz- und steuerpolitische Entlastung der Unternehmen an
- 25 die Existenz tariflicher Regeln zu koppeln. Die Tarifbindung von Unternehmen soll ein
- 26 Kriterium für staatliche Unterstützung in der Transformation sein.
- 27 Für eine Unternehmenssteuerreform nach dem Ende der Corona-bedingten Wirtschaftskrise
- 28 fordern wir Erleichterungen in der Steuerbürokratie und ein regelmäßiges Monitoring,
- 29 um die Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen zu evaluieren. Gleichzeitig

30 lehnen wir eine weitere Absenkung der nominellen Steuersätze bei der  
31 Körperschaftsteuer ab.

32 Die IG BCE fordert, dass, sobald Unternehmen im Zuge des Transformationsprozesses  
33 Gewinne erwirtschaften, diese auch einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des  
34 Staates leisten. Deshalb fordern wir perspektivisch eine Anhebung des  
35 Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent.

36 Ferner fordern wir die Politik auf, sich im Rahmen von EU und OECD verstärkt für eine  
37 Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsbesteuerung  
38 einzusetzen. Auf dieser Basis sollte dann eine einheitliche Mindestbesteuerung von 25  
39 Prozent erreicht werden.

40

41 **Begründung:**

42 Die sozial-ökologische Transformation ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, das  
43 nur zu einem Erfolg werden kann, wenn alle Sektoren gemeinsam daran arbeiten und  
44 vernetzte Lösungen entwickeln. Auf die Mitarbeiter\*innen in den Betrieben werden neue  
45 Herausforderungen zukommen und die Tätigkeitsanforderungen werden sich verändern. Der  
46 Unternehmenssektor steht vor der Aufgabe, neue Produkte, Prozesse und Verfahren  
47 entwickeln zu müssen. Davon befinden sich viele noch in der Phase der Erforschung und  
48 Erprobung, sodass sie noch einen gewissen Weg bis zur Marktreife vor sich haben.

49 Investitionen in treibhausgasneutrale Produktionsverfahren, die  
50 gesamtgesellschaftlich wünschenswert sind und dem Ziel des klimagerechten Umbaus  
51 dienen, werden betriebswirtschaftlich noch nicht rentabel sein, solange es keine  
52 einheitliche Treibhausgasbepreisung zumindest der G-20-Staaten gibt. Diese  
53 Entwicklungen bedingen eine Verantwortung des Staates, die sozial-ökologische  
54 Transformation mit einer aktiven Industrie-, Finanz- und Wirtschaftspolitik  
55 voranzubringen. Die Verantwortung des Staates ergibt sich direkt aus politischen  
56 Entscheidungen in den Bereichen der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik. Denn aus  
57 jeder weiteren Zielverschärfung erwächst ein zusätzlicher Bedarf an aktiver  
58 industrie- und wirtschaftspolitischer Initiative. Einerseits massiv durch politische  
59 Entscheidungen in den Markt einzugreifen, andererseits die Unternehmen und die  
60 Wirtschaft mit den Konsequenzen sich selbst zu überlassen, kann nicht funktionieren.  
61 Massive Fehlallokationen und Wettbewerbsverzerrungen wären die Folge. Deshalb ist  
62 eine starke staatliche Flankierung des Transformationsprozesses mit aktiven  
63 Politikentscheidungen unablässig.

64 Dem Unternehmenssektor kommt im Transformationsprozess eine entscheidende Rolle zu.  
65 Denn nur wenn es gelingt, auch zukünftig – insbesondere industrielle – Produktion  
66 rentabel in Deutschland und Europa zu ermöglichen, kann die Industrie ihrem über  
67 Jahrzehnte etablierten Erfolgsmodell der Wohlstandssicherung für die Beschäftigten  
68 und deren Familien nachkommen. Das Ziel in der Transformation und darüber hinaus  
69 liegt darin, gute, mitbestimmte und anständig entlohnte Arbeitsplätze zu erhalten und  
70 neue zu schaffen. Die Sicherung von Beschäftigung setzt voraus, Industrieproduktion  
71 und Standorte in Deutschland zukunftsfest zu machen. Dies liegt grundsätzlich in der  
72 Verantwortung der Unternehmen und ihrer Leitungen, bedarf aufgrund des Umfangs und

73 der Ursachen der Herausforderung jedoch aktiver staatlicher und politischer  
74 Gestaltungskraft. Nur durch aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik samt einer  
75 adäquaten finanzpolitischen Flankierung werden Unternehmen befähigt, die  
76 Transformation zu meistern. Und so trägt diese Politik schließlich bei zu einer  
77 nachhaltigen Sicherung von Industriebeschäftigung in Deutschland.

78 Die Industrieunternehmen in Deutschland und Europa stehen dabei unter zusätzlichem  
79 Stress, der sich daraus ergibt, dass sich die Regularien in der Klima-, Umwelt- und  
80 Energiepolitik weltweit mitunter erheblich unterscheiden. Sie befinden sich in einer  
81 ungünstigen Wettbewerbsposition im Vergleich zu Unternehmen aus Regionen mit weniger  
82 ambitionierten Klimagesetzgebungen. Folglich werden Unternehmen versucht sein, ihre  
83 Produktion oder Teile davon in solche Regionen zu verlagern. Dies bedroht zum einen  
84 Arbeitsplätze in Deutschland und birgt zum anderen die Gefahr von Carbon Leakage. Um  
85 Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu unterstützen, bedarf es einer  
86 Kompensation für die Differenzkosten zur Wettbewerbsfähigkeit treibhausgasneutraler  
87 Produkte. Über Differenzkostenverträge kann diese Kompensation stattfinden. Zugleich  
88 erhöhen Differenzkostenverträge die Planungssicherheit der Unternehmen, sodass sie  
89 auch mittelfristig die unternehmerische Investitionstätigkeit stützen. Eine  
90 Kompensation der Differenzkosten ist so lange notwendig, wie sich die internationalen  
91 Klima- und Umweltregularien unterscheiden, insbesondere so lange es kein global  
92 einheitliches Vorgehen zur Bepreisung von Treibhausgasemissionen gibt. Insbesondere  
93 im Wettbewerb mit systemischen Rivalen können auch weiterreichende  
94 industriepolitische Schutzmaßnahmen für heimische Industrien notwendig werden. Dies  
95 betrifft vor allem den Schutz vor einem Verkauf an Unternehmen, die unfaire  
96 Subventionen eines Staates erhalten oder gar auf deren Geheiß Unternehmen erwerben,  
97 um Wissen und Patente abzuschöpfen.

98 Ein weiterer wichtiger Baustein bei der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts  
99 Deutschland sind die Stromkosten. Diese befinden sich im internationalen Vergleich  
100 auf einem hohen Niveau, was insbesondere für Industrieunternehmen einen  
101 Wettbewerbsnachteil darstellen kann. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)  
102 hat ermittelt, dass 52 Prozent des Industriestrompreises in Deutschland auf Steuern  
103 und Abgaben entfallen, womit dieser Anteil deutlich höher ist als im Durchschnitt der  
104 EU-Staaten. Die im Zuge des Konjunkturpakets, welches als Reaktion auf die Corona-  
105 bedingte Wirtschaftskrise geschnürt wurde, vereinbarte Deckelung der EEG-Umlage für  
106 die Jahre 2021 und 2022 ist ein Schritt in die richtige Richtung, um einen weiteren  
107 spürbaren Anstieg der Stromkosten zu verhindern. Dieser ist allerdings nicht  
108 ausreichend. Deshalb muss die EEG-Umlage für Unternehmen und Stromverbraucher\*innen  
109 komplett abgeschafft werden und die Finanzierung der Kosten in den Bundeshaushalt  
110 überführt werden. Dies würde auch der gesamtgesellschaftlichen Tragweite der  
111 Energiewende gerecht werden. Weiteres Entlastungspotenzial bietet die Absenkung der  
112 Stromsteuer auf das europäisch zulässige Minimum.

113 Als weitere steuerpolitische Maßnahme gilt es, zeitnah eine Übergangsregelung für den  
114 Energiesteuer-Spitzenausgleich zu erreichen. Die getroffene Vereinbarung ist zum Ende  
115 des Jahres 2020 ausgelaufen. Durch die rückwirkende Betrachtung bleiben die  
116 Steuererstattungen für 2021 und 2022 bestehen. Jedoch bestünde ohne eine Verlängerung

117 der Regelung Rechtsunsicherheit ab dem Jahr 2023. Vor dem Hintergrund der  
118 Herausforderungen der Transformation und der Überwindung der Corona-bedingten  
119 Wirtschaftskrise ist hier eine zusätzliche Unsicherheit für die Unternehmen zu  
120 vermeiden, da diese sonst als weiterer Bremsklotz für deren Investitionstätigkeit  
121 wirkt.

122 Schließlich können zusätzliche steuerliche Anreize zu einer Verstärkung der  
123 unternehmerischen Investitionstätigkeit beitragen. Ein Wahlrecht zur Nutzung der  
124 degressiven Abschreibungen und eine Verkürzung der steuerlichen Nutzungsdauer von  
125 Investitionsgütern führt über eine niedrigere Steuerbelastung zu einer rascheren  
126 Amortisation von Investitionen und macht sie damit rentabler. Bei dieser Maßnahme  
127 wäre eine entscheidende Voraussetzung, dass sie tatsächlich ausschließlich für  
128 Investitionen gewährt wird, die die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen steigern.  
129 Hierfür bedarf es klarer Kriterien, die sich beispielsweise an der EU-Taxonomie für  
130 nachhaltige Investitionen orientieren können.

131 Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stehen vor der besonderen  
132 Herausforderung, dass sie häufig nicht über ausreichende Eigenkapitalmittel verfügen,  
133 um Investitionen in den transformatorischen Umbau zu tätigen. Auch der Zugang zu  
134 Fremdkapital ist für diese Unternehmen häufig schwieriger als für – insbesondere  
135 börsennotierte – Großunternehmen. Der Erfolg der Transformation und der Erhalt von  
136 Industriearbeitsplätzen werden jedoch in besonderem Maße davon abhängen, dass auch  
137 diese Unternehmen ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Zu deren Unterstützung sollte ein  
138 Transformationsfonds aufgebaut werden, über den sich der Staat direkt an Unternehmen  
139 beteiligen kann. Als Beteiligungsform bieten sich verschiedene Modelle an, von der  
140 stillen Beteiligung bis zur direkten staatlichen Beteiligung über die Erhöhung des  
141 Eigenkapitals, also die Übernahme von Unternehmensanteilen. Die staatliche  
142 Beteiligung muss daran geknüpft sein, dass mit den staatlichen Mitteln Investitionen  
143 in die Zukunftsfähigkeit und Standortsicherung getätigt werden und das  
144 Geschäftsmodell auf eine klimagerechte Produktion ausgerichtet wird. Als Grundlage  
145 dafür kann die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen dienen. So kann der Staat  
146 direkten Einfluss auf die Umsetzung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen nehmen.  
147 Jedoch muss die Profitorientierung des Unternehmens gewährleistet sein, um  
148 Wettbewerbsnachteile und Fehlallokationen von Ressourcen zu vermeiden. Der  
149 Transformationsfonds soll anfangs ein Volumen von 120 Milliarden Euro haben und durch  
150 Nettokreditaufnahme des Staates finanziert werden. Ziel des Fonds sollte es  
151 mittelfristig sein, durch die Rentabilität der geförderten Projekte einen eigenen  
152 Kapitalstock für den Staat aufzubauen, aus dem dann weitere Investitionen getätigt  
153 werden können.

154 Alle vorgeschlagenen Maßnahmen zur finanzpolitischen Unterstützung der Unternehmen  
155 sollten unter die Voraussetzung der Tarifbindung der zu fördernden Unternehmen  
156 gestellt werden. Die Aufrechterhaltung der Tarifautonomie ist im gesamtstaatlichen  
157 Interesse. Zur Förderung der Tarifautonomie sollte die Einhaltung von Tarifverträgen  
158 ein Kriterium für die finanzpolitische Unterstützung sein. Unternehmen, die sich in  
159 diesem Sinne der Einhaltung guter Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der  
160 gerechten Entlohnung verschreiben, können im Gegenzug auf eine Unterstützung des

161 Staates vertrauen, dieses Geschäfts- und Gesellschaftsmodell auch über die Phase der  
162 Transformation hinaus zu erhalten und zu stärken. Weitergehend wäre es zu prüfen, ob  
163 tarifliche Lösungen auch steuerlich gefördert werden können. So könnten innovative  
164 Tarifabschlüsse, die den Sozialstaat entlasten, zu einer steuerlichen Entlastung der  
165 Unternehmen beitragen, beispielsweise durch Freibeträge bei der Einkommen- oder  
166 Körperschaftsteuer.

167 Bei einer Unternehmenssteuerreform, die nach dem Ende der Corona-bedingten  
168 Wirtschaftskrise anstehen könnte, ist vorerst auf steigende Belastungen für die  
169 Unternehmen zu verzichten, damit deren Fähigkeit zur Transformation nicht beschnitten  
170 wird. Entlastungen bieten sich vor allem bei der Steuerbürokratie an. Ein möglicher  
171 Weg dahin wäre etwa eine beschleunigte Digitalisierung des Besteuerungsprozesses.  
172 Allerdings sollte eine Entlastung der Unternehmen nicht über eine Absenkung der  
173 nominellen Steuersätze – insbesondere bei der Körperschaftsteuer – erfolgen. Die  
174 tatsächlich bezahlten Steuersätze von Kapitalgesellschaften liegen häufig aufgrund  
175 kreativer Steuergestaltung ohnehin schon unter den nominellen Steuersätzen. Diese  
176 kritische Entwicklung bedarf keiner zusätzlichen staatlichen Unterstützung durch eine  
177 weitere Absenkung der Steuersätze.

178 Vielmehr dienen die oben beschriebenen Maßnahmen der Unterstützung der Unternehmen in

179 der Phase der Transformation. Für all diese Maßnahmen werden große Summen staatlichen  
180 Geldes, also der Steuerzahler\*innen insgesamt, notwendig werden. Wenn Unternehmen die  
181 Transformation erfolgreich absolvieren, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass sie  
182 sich an der Finanzierung des Staates in angemessener Weise beteiligen. Deshalb sollte  
183 die Körperschaftsteuer perspektivisch wieder auf 25 Prozent angehoben werden, also  
184 auf den Wert, der bereits bis zur Unternehmenssteuerreform des Jahres 2008 galt. Eine  
185 stärkere steuerliche Beteiligung von Unternehmen ist notwendig und gerecht, weil  
186 Unternehmen von den Vorzügen des Wirtschaftsstandorts Deutschlands profitieren, wie  
187 der im internationalen Vergleich nach wie vor relativ guten Verkehrs-, Versorgungs-  
188 und Bildungsinfrastruktur. Auch von in den kommenden Jahren anstehenden Investitionen  
189 des Staates in die Standortqualität werden Unternehmen zusätzlich profitieren. Eine  
190 steuerliche Beteiligung der Unternehmen, sobald diese Gewinne aus transformierten  
191 Prozessen und Geschäftsmodellen erzielen, ist daher notwendig und gerecht. Nicht  
192 zuletzt handelt es sich um eine Frage der Steuergerechtigkeit und damit auch der  
193 Akzeptanz von Steuern. In einem Sozialstaat müssen starke Schultern einen größeren  
194 Anteil an der Steuerlast tragen. Wenn der Unternehmenssektor in der  
195 Transformationsphase großzügige finanzpolitische Unterstützung des Staates erfährt,  
196 muss er in der Gewinnphase auch einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung leisten.  
197 Und dieser Beitrag muss dann größer ausfallen als aktuell.

198 Die Körperschaftbesteuerung ist dabei immer in ein internationales Netzwerk  
199 einzubinden. Die Bundesregierung ist gefordert, sich in internationalen Verhandlungen  
200 im Rahmen von EU, OECD und UN dafür einzusetzen, eine einheitliche Definition der  
201 Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer zu erreichen. Das BEPS-Projekt (Base  
202 Erosion and Profit Shifting) ist dabei ein erster Schritt, dem weitere entschlossene  
203 Schritte folgen müssen. Eine einheitliche Definition der Bemessungsgrundlage kann

204 verhindern, dass international tätige Unternehmen ihre Steuerschuld reduzieren, indem  
205 sie schlichtweg Gewinne über Ländergrenzen und Konzernstrukturen hinweg verlagern.  
206 Auf Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen sollte anschließend auf eine  
207 Mindestbesteuerung von 25 Prozent hingewirkt werden. Mit einem einheitlichen  
208 international geltenden Steuersatz würde ein ineffizienter und schädlicher  
209 Steuerwettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuersätze vermieden werden und die  
210 Unternehmen würden international dazu verpflichtet werden, ihren angemessenen Anteil  
211 zur Finanzierung des Staatswesens beizutragen.

212

213 **Ursprung:**

214 Hauptvorstand

## Antrag B023: Regionale Transformationsprozesse gemeinsam erfolgreich gestalten und Beschäftigung erhalten

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B022
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Der Hauptvorstand der IG BCE möge sich bei der Bundesregierung und den
- 2 Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Saarland dafür einsetzen, dass ein
- 3 Zukunftsinvestitionsprogramm für die Bewältigung der regionalen
- 4 Transformationsaufgaben gestartet wird. Bestehend aus:
- 5 • Einem regionalen Transformationsfonds, um Transformationsprozesse in der
- 6 Industrie zu fördern und die Eigenkapitalsituation der betroffenen Betriebe zu
- 7 verbessern und ihnen die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu eröffnen.
- 8 • Einem Förderprogramm für regionale Innovations- und Transformationscluster, das
- 9 die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Beschäftigten und den
- 10 Kommunen vor Ort koordiniert und Synergien ermöglicht.
- 11 • Einer Qualifizierungsoffensive zur strategischen Anpassung der Kompetenz der
- 12 Beschäftigten, die ihnen neue Perspektiven eröffnet.
- 13 • Gründung von regionalen Agenturen zur Transformations- und Fördermittelberatung
- 14 der Unternehmen sowie der Betriebsräte.
- 15 • Gründungen von regionalen Transformationsräten, die sich aus Vertreter\*innen von
- 16 Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Agenturen für Arbeiten
- 17 zusammensetzen, um einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu organisieren und
- 18 Handlungsfelder zu identifizieren sowie umzusetzen.
- 19 • Die Gewährung von Fördermitteln konsequent an die Einhaltung von Tarif- und
- 20 Mitbestimmungsrecht zu knüpfen.
- 21
- 22 **Begründung:**
- 23 Die Megatrends Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel stellen
- 24 zentrale Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung dar. Die Wirtschaft
- 25 befindet sich im Umbruch. Sie muss nachhaltiger und digitaler werden und stellt immer
- 26 neue Herausforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. Unternehmen müssen mit einer
- 27 alternden Belegschaft ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten, die
- 28 Umstellung von Produkt und Produktion hin zu mehr Digitalisierung meistern und
- 29 nunmehr auch noch die Folgen der Corona-Pandemie bewältigen.

30 Hier ist die Politik in der Verantwortung. Sie muss für Klarheit und Verlässlichkeit  
31 in der Transformation sorgen. Dazu gehören auch notwendige Milliardeninvestitionen in  
32 Infrastrukturmaßnahmen, in Forschung, Innovationen und die Ausbildung von  
33 Fachkräften, um Unternehmen wettbewerbsfähig aufzustellen und ein langfristiges  
34 wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

35 Parallel müssen Unternehmen den anstehenden Strukturwandel offensiv angehen.  
36 Investitionen in neue Produkte, Prozesse und in neue Geschäftsmodelle sind  
37 unabdingbar. Nötig ist auch eine vorausschauende Personalentwicklung und betriebliche  
38 Qualifizierung, um sicherzustellen, dass die Betriebe personell und fachlich den  
39 Wandel bewältigen können.

40 Die Transformation kann nur gelingen, wenn Beschäftigte mitwirken und gestalten  
41 dürfen. Die Mitbestimmung in Unternehmen muss gestärkt und auf die strategischen  
42 Herausforderungen gerichtet werden. Hier sind wir als Akteur\*innen der Transformation  
43 gefragt. Unser Ziel ist es, durch aktives Agieren auf Ebene der Politik sowie auf  
44 Betriebs- und Branchenebene die Transformation so zu gestalten, dass mit guter Arbeit  
45 der Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen sichergestellt wird. Dabei gilt es,  
46 insbesondere die Chancen und Möglichkeiten von Mitbestimmung und Tarifverträgen zu  
47 nutzen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in unseren Branchen  
48 weiter zu verbessern.

49 Für Regionen, die von der Transformation besonders betroffen sind, müssen  
50 maßgeschneiderte Lösungen vor Ort erarbeitet werden, um die Veränderungen abzufedern.  
51 Zumeist stehen kleine und mittlere Unternehmen vor großen Herausforderungen. Sie  
52 müssen sich in immer komplexeren technischen Umwelten verändern und dabei gegenüber  
53 großen Konzernen wettbewerbsfähig bleiben. Diese Herausforderungen können sie häufig  
54 nur in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen meistern. Hier könnten die  
55 Entwicklung und Unterstützung regionaler Netzwerke (Innovationscluster) die Lösung  
56 dieser Schwierigkeiten sein. Die Gründung von regionalen Innovationsclustern kann  
57 dazu führen, dass Wissenschaft, Wirtschaft, Beschäftigte und die Kommunen vor Ort  
58 besser zusammenarbeiten.

59 Die Transformation verändert die Arbeitswelt grundlegend. Damit niemand zurückbleibt,  
60 ist eine Qualifizierungsoffensive notwendig, die allen Beschäftigten neue  
61 Perspektiven eröffnet.

62

63 **Ursprung:**

64 Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland



## Antrag B024: Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Sanierung der ostdeutschen Bundesländer fortschreiben.

Laufende Nummer: 341

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird aufgefordert, sich gegenüber dem Gesetzgeber weiterhin dafür
- 2 einzusetzen, das Ziel der Bundesrepublik, gleichwertige Lebensverhältnisse im
- 3 gesamten Bundesgebiet umzusetzen, anzustreben. Zum Erreichen dieses Ziels bleibt es
- 4 auch nach über 30 Jahren deutscher Einheit notwendig, dass nach Auslaufen des
- 5 Solidarpakts weiterhin ausreichend Finanzmittel in die ostdeutschen Bundesländer
- 6 fließen. Hiermit müssen wichtige Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur
- 7 und in die Daseinsvorsorge getätigt werden, damit die anstehenden, tiefgreifenden
- 8 Transformationsprozesse in der Wirtschaft und in der Demografie im Sinne der
- 9 Beschäftigten und ihrer Familien gestaltet werden können.
- 10 Die IG BCE wird aufgefordert, die ostdeutschen Organisationseinheiten innerhalb der
- 11 IG BCE in ihrem Engagement zu unterstützen, die Tarifstrategie der IG BCE konsequent
- 12 umzusetzen. Unser Ziel ist die Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West auf
- 13 allen Ebenen und in allen Tarifbereichen.
- 14 Die IG BCE wird aufgefordert, die ostdeutschen Organisationseinheiten innerhalb der
- 15 IG BCE in ihrem Engagement zu unterstützen, Potenzialbetriebe zu erschließen, um die
- 16 weißen Flecken in der Mitbestimmungslandschaft in Ostdeutschland zu schließen.
- 17 Die IG BCE wird aufgefordert, die ostdeutschen Organisationseinheiten innerhalb der
- 18 IG BCE in ihrem Engagement zu unterstützen, die Konflikt- und Mobilisierungsfähigkeit
- 19 auszubauen, um die Auseinandersetzung um die Tarifbindung in Ostdeutschland mit den
- 20 Arbeitgeber\*innen zu unseren Gunsten aufzulösen.

21

### 22 Begründung:

- 23 Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter prägt uns das Leitbild gleichwertiger
- 24 Lebensverhältnisse in Deutschland und zwischen Ost und West. Mehr als 30 Jahre nach
- 25 der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit haben die Menschen in den
- 26 ostdeutschen Bundesländern viel erreicht. Es reicht aber noch nicht. Ostdeutschland
- 27 muss weiter aufholen, denn noch immer liegt die ostdeutsche Wirtschaftskraft deutlich
- 28 hinter der westdeutschen, die Arbeitsbedingungen, Löhne und Renten sind niedriger.
- 29 Und noch immer bestehen tiefe strukturelle und soziale Probleme.

30 Die IG BCE will die Angleichung der Bedingungen in allen Lebensbereichen und  
31 Tarifverträgen. Dafür muss die Wirtschafts- und Innovationskraft Ostdeutschlands  
32 weiter gestärkt und über die anstehenden Transformationsprozesse zukunftsfest  
33 gestaltet werden. Es gilt, die sozialen Spannungen zu überwinden und die  
34 Arbeitslosigkeit, vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Die Politik  
35 muss Antworten auf die demografischen Herausforderungen geben und Perspektiven für  
36 Jung und Alt in den Regionen und Revieren schaffen. Dafür werden auch nach dem  
37 Auslaufen des Länderfinanzausgleichs ausreichend Finanzmittel in Ostdeutschland,  
38 gemeinsame Anstrengungen und Ideen benötigt.

39 Als IG BCE werden wir unseren Beitrag als zuverlässiger Partner leisten. Dabei ist  
40 unsere Hand zur Zusammenarbeit gegenüber den Arbeitgeber\*innen ausgestreckt. Wer aber  
41 Tariffucht begeht oder Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit behindert, gehört  
42 öffentlich angeprangert und mit allen Mitteln des Rechts und unserer  
43 gewerkschaftlichen Stärke bekämpft.

44

45 **Ursprung:**

46 Landesbezirksvorstand Nordost

## Antrag B025: Nur mit "Guter Arbeit": Mobilität der Zukunft. Beschäftigungschancen und Perspektiven der Verkehrswende.

Laufende Nummer: 265

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird darauf hinwirken,
- 2 • die Wertschöpfungsketten im Fahrzeugbau und deren Zulieferer in Deutschland zu
- 3 erhalten und mit Ausrichtung auf ein nachhaltigeres, nationales und
- 4 internationales Mobilitätssystem sowie entsprechende Leitmärkte
- 5 weiterzuentwickeln,
- 6 • den aktuellen und in den kommenden Jahren zu erwartenden Transformationsprozess
- 7 auch in Zulieferunternehmen im Organisationsbereich der IG BCE betrieblich und
- 8 regional beschäftigungspolitisch, ökologisch und wirtschaftlich aktiv zu
- 9 begleiten und im Sinne "Guter Arbeit" zu gestalten,
- 10 • deshalb Forschung, Entwicklung und Investitionen im Rahmen einer aktivierenden
- 11 Industriepolitik sowie des Erhalts von Arbeitsplätzen einfordern sowie
- 12 • für eine gerechte Finanzierung der Verkehrswende und eines Umbaus der
- 13 Unternehmen zu sorgen.
- 14
- 15 Im Detail setzt sich die IG BCE ein für:
- 16 • zielgerichtete Hilfsangebote für kleine und mittlere Zulieferbetriebe; speziell
- 17 • politisch Liquiditätshilfen in ausreichender Höhe einzufordern,
- 18 • einen kreditfinanzierten Transformationsfonds zur Beteiligung des Bundes
- 19 und privater Investor\*innen an klimafreundlichen Projekten und
- 20 Großinvestitionen auch im Mobilitätssektor
- 21 • den Ausbau des unabhängigen Beteiligungsfonds Best Owner Group, um
- 22 Finanzierungsengpässe bei Zulieferern mit Abhängigkeit vom Kolbenmotor zu
- 23 bewältigen und Arbeitsplätze zu sichern,
- 24 • den in einigen Bundesländern bereits praktizierten Ansatz zu festigen und
- 25 zu verbreitern, KMU-Zulieferbetriebe in Konsortialprojekte einzubinden und
- 26 die Entwicklung neuer Geschäftsfelder mittels Transformations-Lotsen zu
- 27 unterstützen,
- 28 • die mit zirkulärem Wirtschaften verbundenen Wertschöpfungspotenziale zu

- 29 erschließen, wozu beispielsweise kurzfristig weitere Hilfestellungen zu  
30 zählen sind, die Runderneuerung von Lkw- und Pkw-Reifen zu stärken sowie  
31 rechtzeitig das Recycling von Batterien in Deutschland zu ermöglichen,
- 32 • gezielte Innovationsförderung der Betriebe im Zulieferbereich des  
33 Fahrzeugbaus auch anhand sich neu entwickelnder Wertschöpfungsketten  
34 hinsichtlich Batterie, Wasserstoff- und Brennstoffzellen sowie  
35 synthetischer Kraftstoffe fortzusetzen und aufzustocken.
- 36
- 37 • auf einen klima- und wirtschaftspolitisch verträglichen Antriebswechsel bei  
38 Fahrzeugen hinzuwirken,
    - 39 • jedoch Kund\*innenpräferenzen zu respektieren und
    - 40 • sich einem „Verbot von Kolbenmotoren durch die Hintertür“  
41 entgegenzustellen; sei es im Rahmen der Überarbeitung der CO2-  
42 Emissionsnormen bzw. der Nachfolge-Emissionsnormen für Euro 6/VI für Pkw,  
43 leichte Nutzfahrzeuge, Lastkraftwagen und Busse, da nicht alle  
44 Verkehrsbereiche batterie-elektrisch erschlossen werden können,
  - 45 • den Ausbau der Infrastrukturen für alternative Antriebe zu beschleunigen,
  - 46 • also technologieoffen auf die besten klima- und umweltpolitischen Lösungen in  
47 der automobilen Wertschöpfungskette auch im Hinblick internationaler Leitmärkte  
48 hinzuwirken,
  - 49 • sich für eine Defossilisierung schwerer Nutzfahrzeuge und Busse durch  
50 technologieoffenen Antriebswechsel sowie
  - 51 • darüber hinaus für eine nachhaltige Transportlogistik im Sinne eines geringeren  
52 Energie- und Ressourcenverbrauchs und verminderten CO2-Emissionen pro Transport  
53 einzusetzen, was im Detail durch folgende übergeordnete Maßnahmen erreicht  
54 werden kann:
- 55
- 56 • Steigerung der Transportauslastung durch Verringerung der Leerkilometer
  - 57 • Reduzierung des Transportaufkommens durch geringere Anzahl der Fahrten
  - 58 • Verminderung der durchschnittlich zurückgelegten Transportwege
  - 59 • Verlagerung des Transports auf umweltfreundliche Verkehrsträger
  - 60 • umweltverträgliche Abwicklung des Transports.
- 61

62 **Begründung:**

63 **Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Rohstoffimporte**

64 Wirtschaftlicher Wohlstand von Volkswirtschaften und ihren Einwohner\*innen ist eng  
65 mit Mobilität zu Land, Wasser und Luft verbunden. Allerdings tragen die heutigen  
66 Verkehrsträger stark zum Ausstoß von Treibhausgasemissionen (THG) bei. Um große  
67 Schäden für Mensch und Natur zu vermeiden, haben sich fast alle Regierungen der Welt  
68 im Pariser Vertrag 2015 auf eine Begrenzung des Klimawandels möglichst bei 1,5°C

69 verpflichtet. Folglich ist auch der Mobilitätssektor einem Transformationsprozess  
70 ausgesetzt. Es gilt diesen Wandel beschäftigungspolitisch, ökologisch und  
71 wirtschaftlich fair (optimal) zu gestalten.

72 Mit seinem hohen Anteil an Beschäftigung und Wertschöpfung stellt der Fahrzeugbau  
73 einen Schlüsselsektor des verarbeitenden Gewerbes dar. Allein in Deutschland arbeiten  
74 rund 2,2 Mio. Beschäftigte in der Automobilindustrie und den mit ihr verbundenen  
75 Wirtschaftssektoren. Von der rund eine Million Beschäftigten im Organisationsbereich  
76 der IG BCE sind etwa 200.000 direkt oder indirekt bei Zulieferern des Fahrzeugbaus  
77 tätig. Viele der hergestellten Personenfahrzeuge (Pkw) und Nutzfahrzeuge (Lkw) werden  
78 in europäische Nachbarstaaten oder gar in andere Weltregionen exportiert. Auch durch  
79 die grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerke ist der Fahrzeugbau eine europäische  
80 Schlüsselwirtschaft.

81 Rund 270 Millionen Pkw und etwa 42 Millionen Lkw sind laut ACEA derzeit in Europa im  
82 Einsatz. Überwiegend - im Lkw-Segment sind es über 99 % der Fahrzeuge! - werden diese  
83 Verkehrsträger durch Verbrennungsmotoren auf Basis von Benzin-, Diesel- oder biogenen  
84 Kraftstoffen angetrieben. Den Nutzer\*innen ist in der Regel klar, dass der  
85 Ausgangsstoff Rohöl fast vollständig importiert wird. Dass 2019 jedoch über 80 % der  
86 biogenen Kraftstoffe auch eingeführt wurden, dürfte nur den wenigsten bekannt sein.  
87 Fast zu gleichen Teilen wurden Ausgangsrohstoffe aus dem europäischen Ausland (43 %)   
88 sowie aus dem außereuropäischen Ausland (38 %) verwendet. Sowohl Rohöle als auch  
89 biogene Kraftstoffe werden überwiegend importiert; letztere unterliegen mittlerweile  
90 festgelegten Nachhaltigkeitskriterien.

#### 91 **Corona-Krise und Transformationsherausforderungen: das Finanzierungsproblem der** 92 **Zulieferer**

93 Nach der Finanzkrise 2009 verzeichnete der Fahrzeugbau ein „Goldenes Jahrzehnt“.  
94 Jährlich stiegen Produktion und Absatz. Seit Mitte 2018 haben gesättigte Märkte in  
95 Europa und Asien, geopolitische Handelskonflikte (USA-China, Brexit, Türkei-Krise,  
96 USA-Europa usw.) und damit verbundene Einbrüche in China sowie die Verunsicherung der  
97 Kund\*innen zu einem globalen Nachfrage- und Produktionsrückgang geführt.

98 Zudem trugen große Herausforderungen auf der Angebotsseite zur verhaltenen Nachfrage  
99 bei. Die Fahrzeugindustrie ist im Umbruch. Stichworte hierzu sind alternative  
100 Antriebe und Kraftstoffe, Dekarbonisierungsstrategien, autonome Fahrzeuge und  
101 veränderte Mobilitätskonzepte.

102 Die Unternehmen in den automobilen Wertschöpfungsnetzwerken wurden durch die Corona-  
103 Pandemie in einer ohnehin schwierigen Transformationsphase stark getroffen.  
104 Automobilzulieferer in ganz Europa bauen seitdem Arbeitsplätze ab, schließen Werke  
105 und gehen im schlimmsten Fall insolvent. Es verstärkt sich der Eindruck, dass die  
106 Branche ungebremst in die Krise gefahren ist.

107 Eine IKB-Auswertung von Jahresabschlüssen vom Februar 2021 bestätigt die  
108 Einschätzung, dass insbesondere kleine und mittelständische Firmen durch Umsatz- und  
109 Ertragseinbußen massiv belastet und geschwächt in die Krise gingen. Die Eigenmittel  
110 dürften weiter unter Druck geraten sein, da im Zuge des Umsatzeinbruchs und der  
111 Liquiditätssicherung eine erhöhte Kreditaufnahme bei vielen Betrieben zu einer

- 112 Ausweitung der Fremdverschuldung geführt haben dürfte. Ohne eine spürbare und  
113 schnelle Erholung des Marktes dürfte das Insolvenzrisiko dieser Zulieferer stark  
114 zunehmen.
- 115 Nur die größeren Unternehmen sind bezogen auf Ertragskraft und Eigenmittelausstattung  
116 2019 solider aufgestellt als zu Zeiten der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von  
117 2008/2009.
- 118 Obwohl die Erholung der Fahrzeugindustrie im ersten Halbjahr 2021 eine Pause einlegen  
119 könnte, dürfte das konjunkturelle Tal der Corona-Krise weitgehend durchschritten  
120 sein. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Finanzkraft der kleinen und  
121 mittelständischen Zulieferer durch die vorgeschlagenen Finanz-Maßnahmen zu stärken  
122 und sie im anstehenden Transformationsprozess zu unterstützen.
- 123 **Stützung technologieoffener Transformationsaktivitäten**
- 124 Die Unternehmen der automobilen Wertschöpfungskette stehen vor grundlegenden  
125 Umstrukturierungen der Geschäftspolitiken sowie erheblichen Investitionen in die  
126 Dekarbonisierung ihrer Produktion sowie ihrer Produkte.
- 127 Anfang Dezember 2020 hat der Europäische Rat ein Maßnahmenbündel beschlossen, den  
128 Verkehr in Europa schneller nachhaltiger und umweltfreundlicher zu gestalten. Großes  
129 Ziel ist es, bis 2050 auch den europäischen Verkehrssektor THG-neutral zu machen.
- 130 Für die Mobilität werden bis 2030 u.a. folgende Ziele angestrebt:
- 131 • Auf Europas Straßen sind mindestens 30 Mio. emissionsfreie Pkw unterwegs.
  - 132 • 100 europäische Städte sind klimaneutral.
  - 133 • Der Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr hat sich europaweit verdoppelt.
  - 134 • Der Linienverkehr auf Strecken unter 500 km ist klimaneutral.
  - 135 • Die automatisierte Mobilität wird in großem Maßstab eingeführt.
  - 136 • Emissionsfreie Schiffe sind marktreif.
- 137 Bis 2050 sollen dann fast alle Pkw, Lieferwagen, Busse und Lkw emissionsfrei sein. In  
138 der Öffentlichkeit werden häufig die Risiken dieser Strategie diskutiert. Indes  
139 bestehen auch große Chancen für den Standort Deutschland. Schließlich sind nach  
140 Ansicht der Internationalen Energieagentur bislang nur 50 % der für eine THG-neutrale  
141 Wirtschaft notwendigen Technologien vorhanden. Folglich bestehen große  
142 Innovationspotenziale in der Batterie-, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie,  
143 der Reduzierung von Schadstoffen bei Verbrennungsmotoren, neuen  
144 Mobilitätsdienstleistungen, Recycling, dem Leichtbau usw. Deutschland mit seiner  
145 breiten Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur und dem innovativen Mittelstand  
146 erfüllt beste Voraussetzungen, um internationale Lösungen für eine Treibhausgas-  
147 ärmere Mobilität zu entwickeln und anzubieten.
- 148 Angesichts obiger Ziele werden zukünftig batterieelektrische Antriebe einen  
149 signifikanten Anteil am Pkw-Verkehr ausmachen. Umfangreiche Investitionsprojekte zum  
150 Aufbau entsprechender Produktionskapazitäten sind in ganz Europa gestartet. Die  
151 Einschätzungen zukünftiger Pkw-Herstellkosten sind indes sehr unterschiedlich; häufig  
152 werden die Kosten der damit verbundenen Ladeinfrastrukturen in die Berechnungen nicht

153 einbezogen. Größere Investitionen ins Stromnetz scheinen spätestens ab 2030  
154 notwendig.

155 Umfassendere, internationale Betrachtungen sehen Brennstoffzellenfahrzeuge in solchen  
156 Szenarien keineswegs aus dem Rennen. Insbesondere im Lkw-Verkehr scheinen erhebliche  
157 Potenziale für diese Technologie zu bestehen. Bei Nutzung dieses Antriebspfades  
158 müsste in jedem Falle eine Wasserstofftankinfrastruktur in Europa aufgebaut werden.  
159 Sie könnte Rückwirkungen auch auf den Pkw-Bereich haben. Vereint wird jeder einzelne  
160 Bereich kostengünstiger.

161 Neuere Werkstattberichte der Nationalen Plattform Mobilität der Zukunft zeigen zudem  
162 an, dass zusätzlich zum Ausbau der E-Mobilität die Entwicklung von Technologien für  
163 fortschrittliche Biokraftstoffe und strombasierte Kraftstoffe vorangetrieben werden  
164 müssen. Nur so sind die nationalen - und vor allem globalen - Klimaziele zu  
165 erreichen. Wegen der klimatischen Bedingungen und internationaler  
166 Wettbewerbsbedingungen wird Mobilität in Deutschland auch zukünftig in erheblichem  
167 Maße auf Energieimporte angewiesen sein.

168 Entsprechend bedarf es einer gezielten, aber dennoch technologieoffenen  
169 Innovationsförderung, um auf die besten klima- und umweltpolitischen Lösungen in der  
170 automobilen Wertschöpfungskette auch im Hinblick auf internationale Leitmärkte  
171 hinzuwirken. Die IG BCE begrüßt entsprechende globale Entwicklungs-Allianzen.

172 Die Transformation des landgebundenen Verkehrs in Deutschland und auf internationaler  
173 Ebene verlangt nach einem beschleunigten Ausbau der Infrastrukturen für alternative  
174 Antriebe. Die IG BCE fordert die Bundesregierung dazu auf, sich vor allem in Europa  
175 für derartige Initiativen verstärkt zu engagieren. Zudem muss sie sich für eine  
176 nachhaltige Transportlogistik im Sinne eines geringeren Energie- und  
177 Ressourcenverbrauchs und verminderte CO2-Emissionen pro Transport einsetzen.

178 Im Rahmen der Transformationsprozesse ist vor allem darauf zu achten, dass die  
179 Verkehrswende gerecht gestaltet wird und Mobilität für alle gewährleistet bleibt.

180

181 **Ursprung:**

182 Hauptvorstand

## Antrag B026: Mobilitätswende gestalten, nachhaltige Industrien sichern

Laufende Nummer: 324

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B025
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

### 1 Präambel

2 Als Industriegewerkschaft ist die IG BCE gestaltende Kraft der Industrie in  
3 Deutschland. Um die Arbeitsplätze der Beschäftigten und Mitglieder in unseren  
4 Branchen zu sichern und im Sinne der Beschäftigten weiterzuentwickeln, gestalten wir  
5 in Tarifverträgen mit den Sozialpartner\*innen die Arbeit von heute und morgen.  
6 Zeitgleich nehmen wir Einfluss auf die Politik, um die Gesetzgebung im Sinne unserer  
7 Mitglieder zu gestalten.

8 Diese Aufgaben werden mit den wachsenden Herausforderungen der Zukunft schwieriger  
9 und noch umfangreicher zu bewältigen sein. Eine der größten Herausforderungen, die  
10 die Menschheit je bewältigen musste, ist der Klimawandel. Um all diese  
11 Herausforderungen zu meistern, werden alle Lebensbereiche beansprucht.

12 Wir in Deutschland haben dafür als Industrienation und starkes wirtschaftliches Land  
13 eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung zu übernehmen und dabei  
14 gleichzeitig unsere Industrien derart umzugestalten, dass unser Wohlstand und gute  
15 Industriearbeitsplätze erhalten bleiben, dafür tragen auch wir als Industrie- und  
16 drittgrößte Gewerkschaft in Deutschland Verantwortung.

### 17 Mobilitätswende

18 Ein erheblicher Treiber des Klimawandels sind die Abgasemissionen. Obwohl längst  
19 bekannt, wird im Verkehrssektor bisher zu wenig getan. Es gibt unterschiedliche  
20 Herausforderungen, die parallel gemeistert werden müssen, um die Mobilitätswende  
21 erfolgreich zu bewältigen und hier einen entscheidenden Anteil zu leisten, um den  
22 Klimawandel zu stoppen und in eine nachhaltige, der Generationengerechtigkeit  
23 Rechnung tragende Zukunft zu gehen.

### 24 Infrastruktur und Kosten

25 Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland muss den Herausforderungen angepasst und  
26 erneuert werden. Das bedeutet, dass Ladestationen für E-Autos u. ä. mit  
27 entsprechendem Netzausbau benötigt werden, um die sichere Stromversorgung im Zuge der  
28 E-Mobilität zu gewährleisten.

29 Darüber hinaus muss das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ausgebaut werden.  
30 Insbesondere im ländlichen Raum ist es derzeit kaum möglich, auf das Auto zu



31 verzichten, da es oftmals keinen Anschluss an den regelmäßigen ÖPNV gibt.  
32 Wir brauchen kostengünstigeren ÖPNV!  
33 Sowohl der ÖPNV als auch der Fernverkehr sind zu teuer. So ist es z. B. in vielen  
34 Städten günstiger, mit dem Auto in die Stadt zu fahren, als die Straßenbahn oder  
35 Zugverbindungen zu nutzen. Dies führt zu Staus in den Innenstädten und somit zu  
36 explodierenden Abgaswerten. Die Lösung darf dabei jedoch nicht sein, Kraftstoff  
37 teurer zu machen, da dies wiederum die Landbevölkerung benachteiligen würde, da diese  
38 oftmals keine Alternative zur Nutzung eines Pkw hat.  
39 Stattdessen muss der ÖPNV so attraktiv gestaltet werden, dass es sich nicht lohnt,  
40 auf das Auto zurückzugreifen, wenn man nicht unbedingt darauf angewiesen ist. Das  
41 bedeutet: günstige oder kostenlose Beförderung, eine häufige Taktung, um Überfüllung  
42 zu vermeiden, sowie Reaktivierung der alten Bahnhöfe, um mehr Gebiete ans  
43 Schienennetz anzuschließen.  
44 Wir fordern die IG BCE auf, ihre Einflussnahme auf politischer Ebene dahingehend zu  
45 nutzen.

#### 46 **Automobilindustrie**

47 Sofern der ÖPNV stärker ausgebaut und genutzt wird, wird das Auto als Verkehrsmittel  
48 an Bedeutung verlieren. Industriearbeitsplätze in der Automobil- und  
49 Zuliefererindustrie sind schon jetzt in erheblichem Maße betroffen und  
50 Automobilzulieferer haben bereits massive wirtschaftliche Probleme. Insbesondere  
51 Unternehmen, die hauptsächlich oder ausschließlich Bauteile für den Verbrennermotor  
52 herstellen, stecken in einer absoluten Krise. Es ist abzusehen, dass viele solcher  
53 Unternehmen nicht aus eigener Kraft oder sogar überhaupt nicht aus dieser Krise  
54 herausgehen werden.  
55 Daher liegt es nun an Unternehmensvertreter\*innen, Verbänden, Sozialpartner\*innen und  
56 Politik, eine Zukunft für die Menschen zu gestalten, die in diesen Unternehmen  
57 arbeiten. Wir fordern die Unternehmen auf, verstärkte Möglichkeiten zur Fortbildung  
58 von betroffenen Kolleg\*innen anzubieten, somit in die eigene Zukunft und ihre  
59 Beschäftigten zu investieren. Insbesondere Un- und Angelernte müssen die Möglichkeit  
60 erhalten, sich weiterbilden zu können, bevor einfache Tätigkeiten wegfallen.  
61 Die Ausbildung junger Menschen muss Priorität bleiben. Dafür müssen solche  
62 Unternehmen, die sich tatsächlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden,  
63 Unterstützung erhalten, um auch weiterhin ausbilden zu können. Die Ausbildung junger  
64 Menschen darf dabei nicht unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner  
65 Unternehmen oder Branchen leiden.  
66 Hilfen von staatlicher Seite müssen gezielter als bisher eingesetzt werden und an  
67 Bedingungen geknüpft werden:  
68 • Erhalt der Arbeitsplätze  
69 • Erhalt der Ausbildungsplätze  
70 • Tarifgebundenheit  
71 • Bestehen eines Betriebsrates bzw. einer Jugend- und Auszubildendenvertretung

- Tätigkeit von Investitionen in zukunftsfähige Geschäftsmodelle

Diesen Wandel soll die IG BCE mit Fokus auf die soziale Komponente der Transformation auf tarifvertraglicher, betrieblicher und auf politischer Ebene gestalten.

## **Arbeit**

Die Erwerbsarbeit unterliegt ebenso einem Wandel wie auch der Rest der Welt. Deswegen fordern wir die IG BCE auf, sich sowohl in Tarifverhandlungen als auch auf politischer Ebene stärker für die Themen Arbeitszeitreduzierung und Weiterbildung einzusetzen.

## **Arbeitszeitreduzierung**

Mit der Steigerung der Produktivität sowie dem Wegfall bestimmter Arbeitsplätze im Zuge von fortschreitender Digitalisierung halten wir es nicht für nötig, dass jede\*r einzelne Beschäftigte wöchentlich 37,5, 38 oder 40 Stunden arbeitet, während andere Beschäftigte ihre Anstellung verlieren. Deshalb fordern wir eine schrittweise Arbeitszeitreduzierung auf 27 Stunden pro Woche. Die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit darf jedoch nur bei vollem Lohnausgleich geschehen.

## **Weiterbildung**

Um die vom Wegfall des Arbeitsplatzes betroffenen Kolleg\*innen in die Lage zu versetzen, andere und neue Tätigkeiten auszuüben, muss der Fokus verstärkt auf die berufliche Weiterbildung gelegt werden. Dabei sind Arbeitgeber\*innen genauso in der Pflicht wie die Politik. Es müssen Weiterbildungsangebote sowie bezahlte Freistellungen geschaffen und ausgebaut werden. Dabei ist besonders auf gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter zu achten und insbesondere Subventionen, aber auch tarifliche Vereinbarungen, sind daran zu koppeln.

Ebenfalls gilt es den vom Wandel betroffenen Betrieben in der Transformation unterstützend zur Seite zu stehen und die Betriebe nach Möglichkeit über Transformationsfonds oder andere Hilfsmittel und damit auch die Arbeitsplätze in eine sichere Zukunft zu überführen. Sollten Arbeitsplätze im Zuge von Transformation wegfallen, ist dafür Sorge zu tragen, dass es Perspektiven und Arbeitsplätze für die Beschäftigten gibt. Die neuen Arbeitsplätze müssen unserem Standard von guter Arbeit entsprechen. Betriebliche Mitbestimmung, gewerkschaftlich sozialpartnerschaftliches Miteinander und ein Tarifvertrag sind dafür die Grundvoraussetzungen!

## **Begründung:**

Im Antragstext enthalten.

## **Ursprung:**

Landesbezirksjugendausschuss Nord

## Antrag B027: Mobilität der Zukunft

Laufende Nummer: 87

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B025
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE)
- 2 öffentlichkeitswirksam und beteiligungsorientiert zusammen mit ihren Partner\*innen
- 3 und den anderen Einzelgewerkschaften mit dem Thema „Zukunft der Mobilität“ befasst.
- 4 Mögliche Themen hierbei sind: Treibstoffarten der Zukunft, autonomes Fahren, die
- 5 Auswirkungen auf die Arbeit der Zukunft und unsere Branchen.

- 6 Denkbar wäre hierzu eine gemeinsame Veranstaltung mit weiteren Partner\*innen des
- 7 Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), die auf regionaler und überregionaler Ebene
- 8 stattfindet, um in diesem Bereich auch vom branchenübergreifenden
- 9 Informationsaustausch zu profitieren. Hier sollte am Ende eine gemeinschaftliche
- 10 Position der Einzelgewerkschaften gefunden werden.

11

### 12 **Begründung:**

- 13 Das Thema „Zukunft der Mobilität“ wird nicht nur für Betriebe in unserem
- 14 Organisationsbereich immer wichtiger, sondern auch für Betriebe, die sich außerhalb
- 15 des Zuständigkeitsbereiches der IG BCE befinden. Jedoch haben wir uns in der
- 16 Vergangenheit – zumindest öffentlichkeitswirksam – entschieden zu wenig mit diesem
- 17 Thema auseinandergesetzt. Nun wird es dringend Zeit, gemeinsame Antworten zu suchen.
- 18 Viele Veränderungen, wie z. B. die Diskussion um verschiedene Treibstoffarten, sind
- 19 bereits aktuell. Jetzt müssen wir entscheiden, wie wir sie gemeinsam als
- 20 Gewerkschaftsbewegung gestalten wollen.

21

### 22 **Ursprung:**

- 23 Bezirksvorstand Nürnberg

## Antrag B028: Auto-Zulieferindustrie im Wandel. Arbeitsplätze schützen und Perspektiven schaffen

Laufende Nummer: 424

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B025
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird darauf hinwirken:
- 2 • die Wertschöpfungsketten im Fahrzeugbau und deren Zulieferer in Deutschland zu
- 3 erhalten und somit Produktionsstandorte zu sichern,
- 4 • den Transformationsprozess in Zulieferunternehmen betrieblich sowie regional
- 5 beschäftigungspolitisch, ökologisch und wirtschaftlich aktiv im Sinne "Guter
- 6 Arbeit" zu gestalten,
- 7 • dass förderpolitisch bei Antrieben der Zukunft Technologieoffenheit bewahrt
- 8 wird, also sowohl batterieelektrische Antriebe, Wasserstofftechnologien und
- 9 synthetische Kraftstoffe verfolgt und unterstützt werden,
- 10 • Innovationen durch erhöhte Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu stärken sowie
- 11 gesteigerte Investitionen im Rahmen einer aktivierenden Industrie- und
- 12 Standortpolitik einzufordern, und
- 13 • für eine gerechte Finanzierung der Verkehrswende und eines Umbaus der
- 14 Unternehmen zu sorgen.
- 15 **Die IG BCE fordert:**
- 16 • Sicherheit im Wandel bei guten Arbeitsplätzen auch für die Beschäftigten in den
- 17 Zulieferunternehmen
- 18 • dass die Gestaltung der Transformation und die Krisenbewältigung
- 19 sozialverträglich zu erfolgen hat – verbunden mit einer Beschäftigungs- und
- 20 Produktionsperspektive an den betroffenen Standorten;
- 21 • die Tarifbindung in der Automobilzulieferindustrie zu erhöhen, um
- 22 Wettbewerbsgleichheit und faire Löhne sicherzustellen
- 23 • die Beteiligung der IG BCE am Wandel sowie der betrieblichen und
- 24 Unternehmensmitbestimmung
- 25 • auch Bio- und synthetische Kraftstoffe sowie grünen Wasserstoff für
- 26 Kolbenmotoren als Klimalösung zu verfolgen
- 27 • den Ausbau der Infrastrukturen wie Ladestationen und Wasserstofftankstellen für
- 28 alternative Antriebe zu beschleunigen,
- 29 • auf Technologieoffenheit hinzuwirken

- neue arbeitsmarktpolitische Instrumente für die Sicherung der Beschäftigung in der Transformation und Krisen zu schaffen,
- eine Qualifizierungsoffensive zu starten, die den Beschäftigten breite und rechtlich gesicherte Ansprüche auf Weiterbildung und Qualifizierung in den und außerhalb der Unternehmen verschafft,
- Liquiditätshilfen in ausreichender Höhe für dieses Unternehmenssegment zur Verfügung zu stellen,
- einen kreditfinanzierten Transformationsfonds zur Beteiligung des Bundes und privater Investor\*innen an klimafreundlichen Projekten und Großinvestitionen auch im Mobilitätssektor,
- den Ausbau des unabhängigen Beteiligungsfonds Best Owner Group, um Finanzierungsengpässe bei Zulieferern mit Abhängigkeit vom Kolbenmotor zu bewältigen und Arbeitsplätze zu sichern,
- den in einigen Bundesländern bereits praktizierten Ansatz zu festigen und zu verbreitern, KMU-Zulieferbetriebe in Konsortialprojekte einzubinden und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder mittels Transformations-Lotsen zu unterstützen,
- die mit zirkulärem Wirtschaften verbundenen Wertschöpfungspotenziale zu erschließen, wozu beispielsweise kurzfristig weitere Hilfestellungen zu zählen sind, die Runderneuerung von Lkw- und Pkw-Reifen zu stärken sowie rechtzeitig das Recycling von Batterien in Deutschland zu ermöglichen,
- gezielte Innovationsförderung der Betriebe im Zulieferbereich des Fahrzeugbaus auch anhand sich neu entwickelnder Wertschöpfungsketten hinsichtlich Reifenentwicklung, Batterie, Wasserstoff- und Brennstoffzellen- sowie synthetischer Kraftstoffe fortzusetzen und aufzustocken.
- dass die Strategiedialoge Automobilwirtschaft, wie der des Landes Niedersachsen, welcher die Transformation der Automobilindustrie unterstützt und in dem die IG BCE aktiv eingebunden ist, fortgeführt werden.

#### **Begründung:**

Die Automobil- und Zulieferindustrie befindet sich im Umbruch. Die Transformation vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität wegen verschärfter Klimaschutz- und Umweltvorgaben, die zunehmende Digitalisierung und auch die Nachfrageeinbrüche durch die Coronakrise erschüttern die gesamte Branche. Mit ihrem hohen Anteil an Beschäftigung und Wertschöpfung ist die Zulieferindustrie im Fahrzeugbau auch in Niedersachsen eine Schlüsselbranche. Hier dürfen die Wertschöpfungsketten nicht reißen. Denn deutsche Fahrzeughersteller verfolgen seit Jahren eine globale Ausrichtung, indem sie auch Produktionskapazitäten in neuen Wachstumsmärkten nahe den Kund\*innen errichten. Die Bedeutung, in welchem Land ein Zulieferteil hergestellt wurde, ist im Schwinden begriffen. Made in Germany ist auch bei den Zulieferern von Premiummodellen kein absolutes Muss mehr. Damit nimmt auch der Preisdruck zu, den die Fahrzeughersteller an die Zulieferer weitergeben. Dies bedroht Standorte und

72 Arbeitsplätze der Zulieferindustrie in Deutschland. Die Autohersteller haben bereits  
73 Maßnahmen eingeleitet, durch die Transformation wegfallende Arbeitsplätze  
74 sozialverträglich abzubauen oder die Beschäftigung zu sichern, auch mittels  
75 Insourcings. Insourcing bedeutet jedoch auch wegfallendes Geschäft der Zulieferer,  
76 die damit noch mehr unter Druck geraten.

77 Die Erschütterungen des angekündigten Stellenabbauprogramms beispielsweise bei  
78 Continental, aber auch bei den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, treffen auch  
79 niedersächsische Standorte in ihren Kernbereichen. Infolge der Corona-bedingten  
80 Absatzkrise dürften die Eigenmittel der kleinen und mittelständischen Zulieferer  
81 trotz Kurzarbeitergeld und öffentlicher Hilfen weiter unter Druck geraten sein. Um  
82 die Liquidität zu sichern, dürften viele Betriebe auf eine erhöhte Kreditaufnahme  
83 zurückgegriffen haben. Diese Maßnahme hat zu einer Ausweitung der Fremdverschuldung  
84 geführt. Ohne eine spürbare und schnelle Erholung des Fahrzeugmarktes dürfte das  
85 Finanz- und Insolvenzrisiko der Betriebe stark zunehmen. Traditionell stehen die  
86 Zulieferer unter starkem Preis- und Kostendruck seitens der Hersteller.

87 Wettbewerbsstarke Anbieter mit Schlüsseltechnologien und globalem Auftritt konnten  
88 zumindest bisher mit den Herstellern auf Augenhöhe verhandeln. Berechnungen gehen  
89 davon aus, dass bis 2030 rund 410.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in  
90 Gefahr sind.

91 Expert\*innen rechnen damit, dass es in den kommenden Jahren bei ca. 20 Prozent der  
92 Zulieferer zu Übernahmen, Fusionen oder Zusammenbrüchen bzw. Geschäftsaufgaben  
kommen  
93 wird. Dieses Szenario muss dort wo möglich verhindert oder zumindest  
94 sozialverträglich mit Zukunftsperspektiven für die Kolleginnen und Kollegen gestaltet  
95 werden.

96 Es gilt bei allen Veränderungen auch, die Chancen für den Standort Deutschland zu  
97 nutzen. Große Innovationspotenziale bestehen in der Batterie-, Wasserstoff- und  
98 Brennstoffzellentechnologie, der Reduzierung von Schadstoffen bei  
99 Verbrennungsmotoren, innovativen Reifenentwicklungen, neuen  
100 Mobilitätsdienstleistungen, Recycling, dem Leichtbau. Letztlich gilt es, diesen  
101 tiefen Strukturwandel als Chance zu nutzen und die Umbrüche sozialverträglich zu  
102 gestalten, damit sie nicht zum Strukturbruch mit all seinen negativen Folgen wird.

103 Deutschland muss nicht nur Forschungs- und Entwicklungsstandort, sondern vor allem  
104 auch Produktionsstandort bleiben. Dies bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller  
105 Akteur\*innen.

106

107 **Ursprung:**

108 Landesbezirksvorstand Nord

## Antrag B029: Kautschuk ist Basis für Mobilität und nachhaltige Lösungen

Laufende Nummer: 240

Antragsteller*in:	Industriegruppe Kautschukverarbeitung
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Angesichts der herausfordernden Lage vieler Unternehmen fordert der
- 2 Industriegruppenausschuss Kautschuk, dass die IG BCE darauf hinwirkt,
- 3 • den aktuellen und in den kommenden Jahren zu erwartenden Transformationsprozess
- 4 in den Gummiwaren herstellenden Unternehmen beschäftigungspolitisch, ökologisch
- 5 und wirtschaftlich aktiv zu begleiten und zu gestalten;
- 6 • dass die Gestaltung der Transformation und die Gestaltung der Krisenbewältigung
- 7 sozialverträglich mit Beteiligung der IG BCE und unter Achtung der betrieblichen
- 8 und Unternehmensmitbestimmung zu erfolgen hat, um eine Beschäftigungs- und
- 9 Produktionsperspektive (möglichst) an den betroffenen Standorten zu ermöglichen;
- 10 • Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor zu erschließen; einerseits indem die in den
- 11 Betrieben vorhandenen ökologischen und nachhaltigen Ansätze strategisch stärker
- 12 in der Gesellschaft platziert und für mehr Akzeptanz für die Produkte in der
- 13 „breiten“ Öffentlichkeit geworben wird (beispielsweise sind Reifen für 10 bis 30
- 14 % des Kraftstoffverbrauchs von Personenkraftwagen verantwortlich). Dazu bedarf
- 15 es auch eines angemessenen Dialogformats auf europäischer Ebene, um
- 16 Standortkonkurrenzen in europäischen Ländern einzuhegen und ein gleiches
- 17 „Playing Field“ zu schaffen. Andererseits durch Erhöhung entsprechender
- 18 Forschungs- und Entwicklungsausgaben; weshalb eine Intensivierung der
- 19 Kommunikation aller Stakeholder notwendig ist;
- 20 • den Betrieben der Branche einen besseren Zugang zu Finanzkapital zu ermöglichen,
- 21 um Investitionen vor Ort anzureizen. Ein Instrument hierzu kann die Best Owner
- 22 Group (BOG) sein;
- 23 • die mit zirkulärem Wirtschaften verbundenen Wertschöpfungspotenziale zu
- 24 erschließen; wozu insbesondere weitere Hilfestellungen zu zählen sind, die
- 25 Runderneuerung von Lkw-Reifen in EU-Staaten zu ermöglichen sowie die Entwicklung
- 26 der Runderneuerungspotenziale von Pkw-Reifen zu entwickeln und finanziell zu
- 27 unterstützen;
- 28 • Privatkonsument\*innen als auch professionellen Anwender\*innen aus der
- 29 Logistikbranche zu befähigen, Reifen mit besseren Leistungsfähigkeiten
- 30 auszuwählen (Entwicklung und Verbreitung der Kenntnisse über das gerade
- 31 geänderte EU-Reifen-Label);

- ein wirksames Marktüberwachungssystem zwecks Nutzung leistungsstarker Reifen einzuführen;
- einen konstruktiven Dialog über Digitalisierung und Industrie 4.0 zu verstärken, um die Qualifikationen der Beschäftigten zu stärken sowie
- verstärkt Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte zu entwickeln und finanziell zu unterstützen, da neue Produkte, Dienstleistungen und fortgeschrittene Materialien spezielle Expertisen sowie Fähigkeiten benötigen.

#### **Begründung:**

Die Kautschukindustrie und ihre Produkte stehen für Bewegung. Zahlreiche Unternehmen des Wirtschaftszweigs „Herstellung von Gummiwaren“ liefern Produkte, Systeme und Dienstleistungen für den Fahrzeugbau im weitesten Sinne. Reifen sind ein wesentlicher Baustein für nachhaltige Mobilität. Zudem werden noch viele weitere Güter und Systeme für mobile Wertschöpfungsketten geliefert. Die automobilen Netzwerke befinden sich indes seit Jahren in großen Umbrüchen. Stichworte hierzu sind Dekarbonisierung und Digitalisierung.

Neben diesen beiden großen Transformationsthemen wurde der Wirtschaftszweig durch die Corona-Pandemie stark getroffen. Die mit COVID-19 verbundenen gesundheitlichen Schutzmaßnahmen führten dazu, dass 4 von 5 Unternehmen der Kautschukindustrie in Deutschland Produktionsunterbrechungen und Kurzarbeit im Jahre 2020 verzeichneten.

Die Folge dieser Entwicklungen ist ein massiver wirtschaftlicher Einbruch in der Kautschukindustrie Deutschlands. Die Nachfrage nach Gummiprodukten verringerte sich 2020 um fast 15 % und entsprechend die Produktion. Die finanziellen Grundlagen der ohnehin oftmals nicht üppig ausgestatteten Zulieferer brachen drastisch ein.

Schwierige wirtschaftliche Gegebenheiten, Arbeitsplatzabbau, Insolvenzen sowie Betriebsschließungen prägen akut die Situation einiger Gummiwaren herstellender Wirtschaftsunternehmen. Die Branche mit derzeit noch fast 70.000 mitbestimmten, tariflich strukturierten Arbeitsplätzen steht vor großen Herausforderungen.

Entscheidungen über Stellenabbau wie bei Goodyear, Michelin und Continental, teilweise unter Missachtung von Geist und guter Praxis der Mitbestimmung sowie überzeugend begründeter Alternativen, machen klar, dass auf der Kapitaleseite Hemmungen fallen, konfliktträchtige Strategien ohne Rücksicht auf Gewerkschaften und Arbeitnehmer\*inneninteressen zu fahren.

Die IG BCE ist auf verschiedenen Ebenen – politisch und fachlich – gefordert, sich mit Personalabbau, Verlagerung, Schließungen, Änderungen auf Tariföffnung, Sanierung und Insolvenz auseinanderzusetzen. Oberstes Ziel muss es sein, Standorte und Arbeitsplätze zu sichern.

Denn: Obwohl die Volatilitäten in den Wertschöpfungsketten der Kautschukbetriebe erkennbar zunehmen - auch durch unterschiedliche Rahmenbedingungen in den EU-Staaten (Rechtsstaatlichkeit, insbesondere hinsichtlich Mitbestimmung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz) -, bieten sich auch viele Chancen. Einige Gummiwaren herstellende Betriebe sind weltweit „Hidden Champions“.



74

75 **Ursprung:**

76 IGA Kautschukverarbeitung

## Antrag B030: Transformation der Energie – Sicherheit im Wandel

Laufende Nummer: 267

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird in ihrer Begleitung der Energiewende auf Sicherheit im Wandel setzen.
- 2 Die IG BCE engagiert sich entschieden für Zukunftsperspektiven von Wertschöpfung und
- 3 Beschäftigung in Grundstoffindustrien und Energiewirtschaft an heimischen Standorten.
- 4 Ausreichende erneuerbare Energie und treibhausgasneutraler Wasserstoff zu
- 5 wettbewerbsfähigen Preisen in Deutschland sind dafür eine wesentliche Voraussetzung,
- 6 die wir einfordern.
- 7 Die IG BCE fordert von Politik und Unternehmen eine sozialverträgliche Ausgestaltung
- 8 der Transformationsprozesse, die den Beschäftigten Sicherheit und
- 9 Zukunftsperspektiven eröffnet.
- 10 Wir fordern auch für alle privaten und industriellen Verbraucher\*innen technische
- 11 Versorgungssicherheit im Wandel von fossilen zu erneuerbaren, aber auch volatilen
- 12 Energieträgern mit schwankender Einspeisung, denn Energie ist ein Grundbedürfnis der
- 13 Daseinsvorsorge und eine Voraussetzung für jede industrielle Wertschöpfung.
- 14 Instrumente für Versorgungssicherheit und Systemstabilität müssen rechtssicher,
- 15 praktikabel und bezahlbar geregelt werden. Dazu fordern wir im Einzelnen:
- 16 • Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze müssen schnell genug ausgebaut werden.
- 17 • Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien muss für den Bedarf aller Sektoren in
- 18 größtmöglichem Umfang und schnellstmöglich ausgebaut werden.
- 19 • Strom aus erneuerbaren Energien muss der energieintensiven Industrie zu
- 20 wettbewerbsfähigen Preisen verlässlich angeboten und seine Eigenerzeugung
- 21 angereizt werden.

22

### 23 Begründung:

- 24 Über den ganzen Zeitraum von Energiewende und Transformation zu
- 25 Treibhausgasneutralität brauchen die Beschäftigten in Energiewirtschaft und
- 26 Industrie ein umfassendes soziales Sicherheitsversprechen nach dem Vorbild von
- 27 Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. Mit dem Unterschied, dass es in der deutschen
- 28 Industrie nicht um Auslauf, sondern um Neuanlagen ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen in die
- 29 Atmosphäre geht. Die müssen in Betrieb sein, bevor bestehende abgeschaltet werden
- 30 können.

31 Über den ganzen Zeitraum von Energiewende und Transformation brauchen alle, die  
32 privat oder gewerblich Strom verbrauchen, Versorgungssicherheit. Eine Untersuchung  
33 des Akademien-Projekts ESYS von 2021 zeigt: Die Blackout-Risiken steigen durch  
34 Dezentralisierung, erneuerbare Energien und vor allem die Digitalisierung deutlich  
35 an. Bislang gelten Kraftwerke mit einer Leistung von mehr als 420 Megawatt laut der  
36 entsprechenden Verordnung als kritische Infrastruktur. Jedoch: 28.000 Solaranlagen –  
37 lediglich gut jede zehnte Anlage in Baden-Württemberg – kämen auf diesen Wert, ebenso  
38 wie nur 13 Prozent der Windkraftanlagen in Niedersachsen. Weitere Beispiele: Die  
39 Kühlschränke aller Haushalte Berlins und Hamburgs erreichen als Bedarf diese Summe.  
40 Viele dieser Geräte lassen sich in Zukunft vermutlich weitgehend digital ansteuern.  
41 Deshalb hat Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) einen immer größeren  
42 Einfluss auf die Systemsicherheit der Stromversorgung. Besonders problematisch ist,  
43 dass ein Teil der eingesetzten IKT im Fehlerfall nicht abgeschaltet werden kann, ohne  
44 die Stromversorgung empfindlich zu gefährden. Volatilere Energiemärkte und neue  
45 Geschäftsmodelle wie zum Beispiel große Aggregatoren von dezentralen Anlagen bieten  
46 neue Einfallstore für Fehlsteuerungen.

47 Der Stromnetzausbau und selbst seine Planung bleiben weit hinter den Klimazielen  
48 zurück. Der Netzentwicklungsplan 2035 berücksichtigt weder das inzwischen gültige EU-  
49 Treibhausgasminderungsziel von minus 55 % bis 2030 gegenüber 1990, noch das in Folge  
50 zu erwartende ambitioniertere deutsche Klimaziel für 2030. Wir erwarten von der  
51 Umweltbewegung, dass sie nicht nur klagt und verhindert. Sondern dass sie  
52 Verantwortung übernimmt und dabei hilft, dass in der Energiewende die richtigen  
53 Investitionen getätigt werden. Wir alle müssen verstehen: Klimaschutz und  
54 industrielles Wachstum mit sicheren Arbeitsplätzen sind kein Widerspruch.

55 Wenn Deutschland erst aus der Kernkraft und dann aus der Kohle aussteigt und zugleich  
56 Verkehr und Wirtschaft immer weiter elektrifiziert, müssen wir natürlich die  
57 Erneuerbaren gewaltig hochfahren und dafür die Netze bereitstellen. Bisher kann man  
58 sich als Rückgrat ja noch auf die fossilen Kraftwerke verlassen, aber das fällt weg.  
59 Die niedrig hängenden Früchte sind gepflückt, jetzt kommt der schwierige Teil der  
60 Energiewende. Das Herunterfahren ist jetzt haarklein geregelt, das Herauffahren der  
61 Erneuerbaren aber noch nicht. Wir erwarten da dieselbe Präzision: bei den benötigten  
62 Kapazitäten, beim Transport, bei der Verlässlichkeit und auch beim Preis.

63 Wir brauchen einen garantierten Industriepreis für grünen Strom in Höhe von etwa fünf  
64 Cent je Kilowattstunde. Dann hätten die Unternehmen einen klaren Horizont und blieben  
65 international wettbewerbsfähig. An den Kosten der Energiewende würden sie sich ja  
66 weiterhin über Steuerzahlungen und den Kohlendioxidpreis beteiligen.

67

68 **Ursprung:**

69 Hauptvorstand

## Antrag B031: Gut Leben und Arbeiten in der Energieregion Lausitz

Laufende Nummer: 398

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Für die Lausitz sind das Ende der Kohle und der eingeleitete Strukturwandel
- 2 Herausforderung und Chance zugleich. Damit ein Strukturbruch wie in den 90er Jahren
- 3 verhindert wird, muss die Lausitz Energieregion mit guten industriellen
- 4 Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven für die Menschen bleiben. Dabei besitzt die
- 5 Region alle Voraussetzungen, zum Vorbild für den Umbau von einer fossilen zu einer
- 6 innovativen und klimafreundlichen Energiewirtschaft zu werden. Die Weichen vor Ort
- 7 werden jetzt gestellt. Alle Beteiligten müssen an einem Strang ziehen.
- 8
- 9 Vor diesem Hintergrund fordern wir die IG BCE auf allen Ebenen auf, sich dafür
- 10 einzusetzen,
- 11 • dass in der Lausitz Zukunftsperspektiven mit guten Ausbildungs- und
- 12 Industriearbeitsplätzen für die Beschäftigten und ihre Familien entstehen und
- 13 bestehende Arbeitsplätze durch Innovation und Wandlung bestehender Unternehmen
- 14 erhalten bleiben. Die umfangreichen Hilfen aus dem Strukturstärkungsgesetz
- 15 müssen für dieses Ziel eingesetzt werden.
- 16 • dass die Unternehmen im Organisationsbereich der IG BCE zu Treibern der
- 17 Transformation werden. Partner\*innen der Energiewende mit Projekten wie
- 18 beispielsweise die BigBattery und Investitionen, die die zukunftsgerichtete
- 19 Rolle der LEAG als Energieunternehmen auch nach der Braunkohlen-Verstromung
- 20 stärken. Ein weiteres gutes Beispiel ist die Kathodenproduktion der BASF in
- 21 Schwarzheide, welche zukunftsweisend ist. Es bedarf aber noch mehr Anstrengungen
- 22 für Lösungen, Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologien vor Ort.
- 23 • dass der konsequente Ausbau der Wasserstoffwirtschaft in der Lausitz
- 24 vorangetrieben wird. Die Region bietet beste Voraussetzungen, um mit dieser
- 25 Zukunftstechnologie den Erhalt und die Modernisierung der Industrie und vieler
- 26 tausend guter Arbeitsplätze zu sichern.
- 27 • Die Lausitz soll als Cluster Energiewirtschaft erhalten bleiben. Dazu sollen
- 28 neue Technologien der Energieerzeugung vorrangig in der Lausitz angesiedelt
- 29 werden.
- 30 • dass die Versorgungssicherheit auf Grundlage bezahlbarer und planbarer

- 31 Strompreise auch zukünftig gewährleistet ist. Nur so bleiben die Unternehmen  
32 wettbewerbsfähig und können auch zukünftig industrielle Wertschöpfung in der  
33 Lausitz und in Deutschland erbringen.
- 34 • dass wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Lausitz realisiert werden.  
35 Dazu zählen zuvorderst das 2. Gleis zwischen Cottbus und Lübbenau und die ICE-  
36 Strecke Berlin-Cottbus-Görlitz. Diese Verkehrsverbindungen sind für die  
37 Attraktivität und Entwicklung der Wirtschaftsregion von herausragender  
38 Bedeutung.
  - 39 • dass der Transformationsprozess in der Lausitz von der IG BCE und mit dem DGB  
40 aktiv begleitet und unterstützt wird. Dafür wird das Profil des Landesbezirkes  
41 um Branchenkompetenz zu Zukunftstechnologien und Strukturwandel geschärft und  
42 weiterentwickelt. Die Transformation braucht stärkeres Know-how, Nähe und  
43 Vernetzung vor Ort.
  - 44 • dass die BTU Cottbus/Senftenberg mit einer Kooperationsstelle zwischen  
45 Wissenschaft und Arbeitswelt eingebunden wird. Die durch Bundesmittel  
46 geförderten Forschungseinrichtungen in der Lausitz sollen dazu dienen, neue  
47 Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen zu lassen.  
48 Sie soll bestehende Unternehmen im Transformationsprozess unterstützen und als  
49 Innovationstreiber agieren. Bei diesem Prozess müssen Gewerkschaften schon früh  
50 eingebunden werden, damit ordentliche Gehälter und gute Arbeitsbedingungen auch  
51 bei neuen Unternehmen gelten.

52

### 53 **Begründung:**

54 Die Nutzung fossiler Brennstoffe in Deutschland wird in den kommenden Jahren und  
55 Jahrzehnten nach und nach beendet. Dabei wird in der öffentlichen Debatte häufig  
56 übersehen, dass die Energiewende keine Herausforderung allein für die Kohle- oder die  
57 Energiewirtschaft ist, sondern für den Industriestandort Deutschland insgesamt.  
58 Entweder wir bauen eine klimagerechte Industrie in Deutschland oder wir verlieren die  
59 industrielle Basis von Beschäftigung und Zukunftschancen an andere Standorte weit weg  
60 in der Welt. Die angestrebte Transformation unserer europäischen Wirtschaft bietet  
61 große Chancen und neue Wertschöpfungsketten. An diesen muss eine vom Strukturwandel  
62 betroffene Lausitz sich beteiligen.

63 Mit den Tarifverträgen zum Kohleausstieg sichern wir ab, dass der Wandel sozial  
64 verantwortungsvoll und ohne betriebsbedingte Kündigungen abläuft.

65 Langfristig geht es um nichts weniger als um gutes Leben und Arbeiten in unserer  
66 Region. Für die jetzige Jugend und kommende Generationen. Daher braucht der  
67 Transformationsprozess in den kommenden Jahren einen starken Schub und mit der IG BCE  
68 eine fortschrittliche Stimme für die Beschäftigten vor Ort im Revier.

69

### 70 **Ursprung:**

71 Bezirksvorstand Cottbus

## Antrag B032: Nach dem Kohleausstieg: Zukunftsperspektiven für industrielle Beschäftigung in den Revieren

Laufende Nummer: 397

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Das Ende der Kohleverstromung in Deutschland ist eine historische Wegmarke. Das  
2 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) schafft die dazu notwendigen gesetzlichen  
3 Grundlagen. Zur Sicherung des Wohlstandes, der Wertschöpfungsketten und letztendlich  
4 von tarifgebundenen Industriearbeitsplätzen ist zwingend ein Transformationsprozess  
5 der Wirtschaft in den betroffenen Regionen notwendig. Bei entsprechendem Erfolg kann  
6 dies zu einer Blaupause für die gesamte Transformation des Industriestandortes  
7 Deutschland werden. Der bisher positive Beitrag unserer IG BCE im Entstehungsprozess  
8 und in der Anwendung des KVBG, ist in den Kohlerevieren deutlich spürbar. Seien es  
9 weiterführende Regelungen zum sozialen Stellenabbau (APG) oder die Begleitung zu den  
10 Verhandlungen zu Kompensationszahlungen, welche die Wandlung und Zukunftsfähigkeit  
11 der Unternehmen sichern. Der eingeschlagene Kurs sowie der politische Einsatz der IG  
12 BCE muss auf allen Ebenen weiterbeschritten werden.

13

14 Dazu ist es notwendig:

- 15 • dass das Ende der Kohleverstromung zu einer Erfolgsgeschichte für den  
16 Industriestandort Deutschland wird.
- 17 • dass in allen Kohlerevieren gute Ausbildungs- und Industriearbeitsplätze für die  
18 Beschäftigten und ihre Familien entstehen. Die umfangreichen Hilfen aus dem  
19 Strukturstärkungsgesetz müssen für dieses Ziel eingesetzt werden.
- 20 • dass die Unternehmen im Organisationsbereich der IG BCE zu Treibern der  
21 klimagerechten Transformation werden. Es bedarf noch mehr Anstrengungen für  
22 klimafreundliche Lösungen, Innovationen und Investitionen in  
23 Zukunftstechnologien.
- 24 • dass die Politik im Bund und in den betroffenen Bundesländern gezielte  
25 Anreizsysteme entwickelt, um Industrieansiedlungen in den Revieren und  
26 Zukunftstechnologien zu fördern.
- 27 • dass unter Beteiligung der Sozialpartner Transformationsbeiräte im Bund und in  
28 allen Bundesländern eingesetzt werden. Industriepolitik in der Transformation  
29 geht nur mit einer stärkeren Koordinierung, Kooperation und Planung.

30

31 **Begründung:**

32 Der eingeleitete Strukturwandel im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier stellt die  
33 Branchen und Arbeitsplätze in unserem Landesbezirk vor bedeutende Herausforderungen.  
34 Mit den Tarifverträgen zum Kohleausstieg bei der MIBRAG und LEAG sichern wir einen  
35 sozialen und verantwortungsvollen Wandel ab, der ohne betriebsbedingte Kündigungen  
36 abläuft. Jetzt müssen der Ausbau der Stromnetze beschleunigt und zugleich die  
37 erneuerbaren Energien marktfähig und grundlastfähig werden. Viele klimafreundliche  
38 Lösungen entstehen bereits heute in den Betrieben unseres Organisationsbereichs, aber  
39 wir brauchen noch mehr klimaneutrale Innovationen. Denn es geht um nichts weniger als  
40 darum, konkrete Perspektiven für die Energiewirtschaft und alle Beschäftigten in den  
41 Revieren zu schaffen.

42 Es gilt einen zweiten Strukturbruch, wie es die ostdeutschen Bundesländer in den 90er  
43 Jahren erlebt haben, zu verhindern.

44

45 Das Mitteldeutsche und Lausitzer Revier können zukünftig Vorreiter bei  
46 Zukunftstechnologien und guten neuen Arbeitsplätzen werden. Damit dies gelingt,  
47 bedarf es gemeinsamer Kraftanstrengungen aller Beteiligten.

48

49 **Ursprung:**

50 Bezirksvorstand Leipzig

## Antrag B033: Mit aller Energie: unser Weg zur Wasserstoffwirtschaft - von der Zieldiskussion zu Umsetzungsstrategien

Laufende Nummer: 266

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE fordert einen schnellen Markthochlauf für treibhausgasarmen Wasserstoff,
- 2 damit er insbesondere für eine treibhausgasneutrale Grundstoffchemie, Raffinerien,
- 3 Stahlerzeugung, Last- und Langstreckenverkehr, Luft- und Schifffahrt und
- 4 perspektivisch als (Fern-)Wärmequelle und Stromspeicher rechtzeitig in ausreichenden
- 5 Mengen zur Verfügung steht.
- 6 Auch die Papierindustrie muss die Zukunftspotenziale klimaneutraler
- 7 Wasserstoffprojekte nutzen können. Sie benötigt allerdings zunächst einmal die
- 8 gleichberechtigte Förderung von Stromerzeugung aus biologischen Abfällen wie für
- 9 andere Bio-Energie. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung dieses
- 10 Potenzial für erneuerbare Energieerzeugung brach liegen lässt und damit gleichzeitig
- 11 die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Papierstandorte gefährdet.
- 12 Wir brauchen die Förderung von Anwendungsprojekten auch in unseren anderen
- 13 energieintensiven Branchen, in Keramik von Porzellan bis Zement, Glas, Aluminium und
- 14 Kupfer.
- 15 Dafür müssen:
- 16 • Transformations-Roadmaps und Zukunftskonzepte mit Beschäftigungssicherung und
- 17 Perspektiven für die betroffenen Standorte in den Aufsichtsräten und mit den
- 18 Betriebsräten abgestimmt werden.
- 19 • Herausforderungen für bestehende Berufsbilder rechtzeitig erkannt werden
- 20 • die Beschäftigten in dualen Ausbildungsberufen ebenso wie in akademischen
- 21 Berufen rechtzeitig und umfassend aus- bzw. weitergebildet werden
- 22 • in Deutschland und Europa Wasserstoff-Erzeugungskapazitäten mit dazugehöriger
- 23 Infrastruktur für den Bedarf aller Sektoren in größtmöglichem Umfang aufgebaut
- 24 und verbleibender Bedarf durch Importe gedeckt werden
- 25 • die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien auf einen internationalen
- 26 Industriestrompreisindex gesenkt werden
- 27 • erneuerbare Energien ausgebaut werden, damit Strom für grünen Wasserstoff
- 28 jederzeit in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen an den



29 Elektrolyseuren zur Verfügung steht

- 30 • Elektrolyseure durch industrielle Produktion und höhere Leistung billiger werden
- 31 • Infrastrukturen wie Stromnetze, H<sub>2</sub>-Pipelines und Wasserstoffspeicher ausgebaut
- 32 werden
- 33 • Investitions- und Betriebskosten entlastet werden, bis eine Wettbewerbsfähigkeit
- 34 erreicht ist
- 35 • Beihilfe- und Wettbewerbsrecht so reformiert werden, dass sie industriepolitisch
- 36 tragfähige Rahmenbedingungen bieten
- 37 • alle treibhausgasarmen Verfahren für einen schnellen Hochlauf genutzt werden:
- 38 Elektrolyse (grün und bunt), Methanpyrolyse (türkis) und Erdgas-
- 39 Dampfreformierung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung (blau)

40

#### 41 **Begründung:**

42 Die IG BCE stellt sich entschieden gegen eine Verlagerung von Grundstoffindustrien,  
43 Wertschöpfung und Beschäftigung mangels ausreichender erneuerbarer Energie und  
44 treibhausgasneutralem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen in Deutschland.

45 Die Zukunft unserer Industriestandorte erfordert, dass die Produktionsstandorte in  
46 Deutschland treibhausgasneutral werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist  
47 Wasserstoff ein zentraler Schlüssel. Damit Wasserstoff zu dem Game-Changer werden  
48 kann, als der er erscheint, braucht es enorme Mengen an erneuerbaren Energien, eine  
49 Offenheit im Strombezug, aber auch ein Umdenken der Produktionsprozesse an sich. Es  
50 braucht ambitionierte Maßnahmen, die langfristig und standortsichernd sind, statt  
51 Maßnahmen, die einen schnellen Markthochlauf zu Lasten unserer Industriestandorte  
52 forcieren.

53 Überall da, wo eine direkte Elektrifizierung sinnvoll möglich ist, sollte diese auch  
54 primär berücksichtigt werden, um Wasserstoff-Verteilungskonflikten so gut es geht  
55 vorzubeugen.

56 Die Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft bringt nicht nur Herausforderungen  
57 hinsichtlich der Veränderung der Prozesse mit sich, sondern verstärkt auch die  
58 Relevanz des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Die Umstellung hin zu einer  
59 treibhausgasneutralen Industrie bedeutet einen massiven Zuwachs an direkt-  
60 elektrifizierten Prozessen und indirekt elektrifizierten Prozessen mit bspw.  
61 Elektrolyseuren. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung für den Erhalt der  
62 Wertschöpfungsketten in Deutschland, dass Strompreise gesenkt werden, Strom in  
63 ausreichenden Mengen konstant zur Verfügung steht und der Markthochlauf sich durch  
64 Technologieoffenheit kennzeichnet.

65 Versorgungssicherheit wird nicht nur über einen ambitionierten Ausbau der  
66 erneuerbaren Energien und Wasserstofferzeugung gewährleistet, sondern auch über einen  
67 verlässlich geregelten Import, prioritär aus dem europäischen Wirtschaftsraum, der  
68 die nationalen Möglichkeiten nicht unterbewertet. Hierfür braucht es einen  
69 effizienten Ausbau der Strom- und Wasserstoffinfrastrukturen.

70 Die Finanzierung des Markthochlaufs muss den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit in den  
71 Blick nehmen. Das heißt konkret, dass der Erhalt der Wertschöpfung durch gezielte  
72 Förderung, verlässliche Rahmenbedingungen und Carbon-Leakage-Schutz gewährleistet  
73 sein muss.

74 Unser Motto muss daher sein, dass das Alte erst gehen kann, wenn das Neue verfügbar  
75 ist. Unser Anspruch ist eine Industriepolitik, die Wasserstoff dort einsetzt, wo der  
76 Hebel am größten ist. Die sozial-ökologische Transformation darf nicht dem Markt  
77 überlassen werden. Erst wenn die Infrastruktur für Strom und Wasserstoff vorhanden  
78 ist, ausreichend Wasserstoff zur Verfügung steht, die Technologien der neuen Anlagen  
79 im industriellen Maßstab verfügbar sind und die Beschäftigten für die neuen  
80 Anforderungen qualifiziert – erst dann kann die neue Anlage kommen. Dafür gilt es,  
81 die Weichen richtig und rechtzeitig zu stellen.

82

83 **Ursprung:**

84 Hauptvorstand

## Antrag B034: Wandel gestalten und Energie der Zukunft

Laufende Nummer: 152

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Westfalen
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B033
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die Industrie befindet sich in einem umfassenden Veränderungsprozess. Globalisierung,
- 2 Digitalisierung und Klimapolitik wirken so stark auf sie ein wie nie zuvor. Arbeit
- 3 verändert sich oder verschwindet ganz. Unter diesen Bedingungen streiten wir weiter
- 4 für gute Arbeitsbedingungen!
- 5 Wettbewerb war über Jahrzehnte der Leitsatz der Wirtschaftspolitik – mit erheblichen
- 6 Herausforderungen für die Beschäftigten. Konkurrenzdruck, Arbeitsplatzverlagerung,
- 7 Werkverträge und Leiharbeit waren die Folge zugunsten von Niedriglöhnen, Ausbeutung
- 8 und Umweltdumping in vielen anderen Ländern der Welt. Wir stehen deshalb für
- 9 einheitliche Sozial- und Produktionsstandards!
- 10 Nun wird Wettbewerb zunehmend durch Macht verdrängt. Der ehemalige US-Präsident etwa
- 11 wollte wachsende Marktanteile für die amerikanische Wirtschaft mit Zöllen und
- 12 Sanktionen erzwingen. Das chinesische Regime arbeitet mit nationaler
- 13 Marktbeschränkung, strategischer Rohstoffsicherung und staatlich gelenkter
- 14 Technologiebeschaffung. Das setzt unsere exportstarken Unternehmen und unsere
- 15 Kolleg\*innen unter Druck. Das alles zeigt: Wir müssen für Demokratie kämpfen – Macht
- 16 darf nicht Treiber der Wirtschaftspolitik sein!
- 17 Das Ziel einer treibhausgasneutralen Wirtschaft bis 2050 stellt uns vor nochmals
- 18 größere Herausforderungen. Tatsächlich bedeutet das Pariser Weltklima-Abkommen nichts
- 19 anderes als den Komplettumbau unserer Wirtschaft. Und das geht mit Veränderungen bis
- 20 tief in unsere Gesellschaft einher, die die IG BCE gestalten muss.
- 21 Um den genannten Herausforderungen zu begegnen, stehen wir solidarisch zusammen und
- 22 nehmen unseren Gestaltungsauftrag ernst. Das bedeutet: Wir setzen uns mit all unseren
- 23 Kräften für
- 24 • eine zukunftsfähige industrielle Infrastruktur
- 25 • sowie Demokratie und Mitbestimmung in Politik, Gesellschaft und Unternehmen ein.
- 26 Das bedeutet für uns konkret:
- 27 • Die IG BCE ist die Wasserstoffgewerkschaft! Wir haben das Know-how und den
- 28 Gestaltungswillen, um Deutschland als Standort für die Zukunftstechnologie
- 29 Wasserstoff zu etablieren.
- 30 Wir vertreten die Beschäftigten der Hersteller und die maßgeblichen Verbraucher\*innen
- 31 von Wasserstoff. Wir sorgen für gute und sichere Arbeitsbedingungen, wirken auf die

32 politische Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen ein und werben für  
33 gesellschaftliche Akzeptanz und unternehmerisch zukunftsweisende Entscheidungen.

34 Wir begrüßen die Nationale Wasserstoffstrategie. Wir brauchen die grundsätzliche  
35 gemeinsame Ausrichtung aller Aktivitäten auf diesem Gebiet, damit unsere Industrien  
36 die großen Mengen an Wasserstoff und konkurrenzfähige saubere Energie zur Verfügung  
37 gestellt bekommen, die für die klimaneutrale industrielle Produktion - z. B. in der  
38 Chemie – in Zukunft benötigt werden. Wir setzen uns für vollständige und in einem  
39 überschaubaren zeitlichen Rahmen abwickelbare Genehmigungsverfahren zur Herstellung  
40 von Wasserstoff ein, damit der Wille zu Innovation nicht gehemmt wird.

41 Wir halten den übergangsweisen Einsatz von blauem oder türkisem Wasserstoff für  
42 sinnvoll, um schnell Mengen an Wasserstoff zur Verfügung zu haben, der dringend  
43 benötigt wird, um Investitionen in die Umrüstung bestehender Anlagen attraktiv zu  
44 machen. Wir wollen, dass dadurch ein Markt entsteht, der auch die Herstellung von  
45 grünem Wasserstoff schnell attraktiv macht. Die Politik muss sicherstellen, dass er  
46 zu wettbewerbsfähigen Preisen am Markt bestehen kann.

47 Die IG BCE setzt sich für Erhaltung und Ausbau industrieller Infrastruktur im  
48 Ruhrgebiet ein. Bei der Flächeninversion der ehemaligen Zechengelände ist darauf zu  
49 achten, dass eine industrielle Nutzung bevorzugt wird. Wir begrüßen Projekte wie die  
50 „Freiheit Emscher“ durch die RAG Montan Immobilien und die Städte Essen und Bottrop,  
51 legen jedoch bei weiteren Planungen einen stärkeren Fokus auf produzierendes Gewerbe  
52 oder eine industrielle Nutzung. Diese Flächen sind infrastrukturell erschlossen und  
53 genießen bereits in der Nachbarschaft Akzeptanz. Eine Umwandlung in neue Industrien  
54 ist dort einfacher als die Erschließung neuer Flächen, da diese in starker Konkurrenz  
55 zu anderen Bereichen des öffentlichen Lebens stehen (bspw. Wohnungsbau,  
56 Nahversorgung). Als Gewerkschaft treten wir mit den örtlichen politischen  
57 Entscheider\*innen in einen Dialog.

58 Durch die Ballung der Industrien im Ruhrgebiet ist es möglich, dass vermehrt  
59 Synergieeffekte genutzt werden können. So lassen sich manche Abfallprodukte von einem  
60 anderen Betrieb weiternutzen. Wir werden einen regionalen Netzwerkprozess  
61 vorantreiben, damit mehr Cluster identifiziert und Stakeholder adressiert werden.

62 Ein weiterer Pluspunkt ist die fortschreitende Digitalisierung, die Arbeitsprozesse  
63 vereinfacht und Arbeitsressourcen verlagert. Diese gilt es, auf der einen Seite für  
64 unsere Kolleginnen und Kollegen nutzbar zu machen.

65 Auf der anderen Seite muss die Mitbestimmung zum Thema im Betrieb gestärkt werden.

66

67 **Begründung:**

68 Durch die erste Welle der Industrialisierung entstand das industrielle Herz  
69 Deutschlands und Europas: das Ruhrgebiet. Bevor rauchende Schlote und Zechentürme das  
70 Bild der Region prägten, grasteten Schafe und anderes Nutzvieh auf den weiten Feldern  
71 der Bauernschaften.

72 Seitdem erfindet sich das Ruhrgebiet immer neu. Politische Entscheidungen, wie die  
73 endgültige Beendigung der deutschen Steinkohlenförderung, haben schon einmal Wachstum

74 im Ruhrgebiet gebremst, den Wegfall 100.000er Arbeitsplätze eingeläutet,  
75 Qualifikationsbedarfe dauerhaft verändert und Traditionen gebrochen. Durch den  
76 Strukturwandel in der Region haben sich auch die Schwerpunkte der Arbeitsplätze  
77 verlagert. Früher waren die Zechen die größten Arbeitgeber\*innen in den Kommunen,  
78 heute sind die Kommunen ihr\*e größten Arbeitgeber\*innen selbst.  
79 Heute befindet sich die Industrie wieder in einem tiefgreifenden  
80 Transformationsprozess, getrieben von Globalisierung, Digitalisierung und  
81 Klimapolitik. Wir im Ruhrgebiet wissen: Ohne eine strategische Ausrichtung der  
82 anstehenden Entscheidungen kann das negative Auswirkungen auf Wachstum,  
83 Strukturwandel und Beschäftigung in der ganzen Bundesrepublik und in Europa haben.  
84 Und wir sind uns sicher: Das können wir an der Ruhr nicht allein schultern!  
85 Unsere Region fordert eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Energie-, Klima- und  
86 Wirtschaftspolitik in Europa vor dem Hintergrund, was schon jetzt notwendig ist, um  
87 dem Ruhrgebiet wieder zu Wachstum und mehr Beschäftigung zu verhelfen.

88

89 **Ursprung:**

90 Bezirksvorstand Recklinghausen

## Antrag B035: International wettbewerbsfähige und klimaneutrale chemische Industrie der Zukunft

Laufende Nummer: 26

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B033
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass der Hauptvorstand aufgefordert wird, stärker auf die Bundes- sowie Landespolitik
- 2 und die Unternehmen einzuwirken, die Entwicklung und Implementierung von nachhaltigen
- 3 Wasserstoffstrategien umzusetzen, um die chemische Industrie zukunftsfest zu machen
- 4 und die Beschäftigung zu sichern.
- 5 Dass die Politik einen verlässlichen politischen und rechtlichen Rahmen herstellt,
- 6 der heute langfristige Planungs- und Investitionssicherheit schafft und Unternehmen
- 7 rechtssicher Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht.
- 8 Daher fordern wir die Politik auf, ein ausreichendes und verlässliches Angebot an
- 9 erneuerbaren Energien zu schaffen und auch entsprechend wettbewerbsfähige Stromkosten
- 10 für die deutsche chemische Industrie zu sichern. Unternehmen brauchen eine
- 11 verlässliche und transparente Preis- sowie Abgabenpolitik. Konkret bedeutet dies eine
- 12 rasche und deutliche Reduzierung der Energieabgaben und -steuern sowie eine Reform
- 13 der staatlich induzierten Strompreisbestandteile.
- 14 Des Weiteren einen beschleunigten Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und die
- 15 entsprechende Anpassung der rechtlichen Rahmen in Deutschland. Insbesondere
- 16 treibhausgasarmer Wasserstoff wird bei der Umsetzung der Energiewende und zur
- 17 Erreichung der Klimaschutzziele immer wichtiger. Daher brauchen wir deutliche
- 18 Investitionen in die Wasserstoffwirtschaft.
- 19 Zusätzlich müssen politische Rahmenbedingungen und Instrumente zur Erreichung der
- 20 Klimaziele geschaffen werden, die Carbon Leakage verhindern und die internationale
- 21 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erhalten.
- 22 Wir fordern die Unternehmen auf, an ihren deutschen Standorten in neue Technologien
- 23 und treibhausgasarme Produktionsverfahren frühzeitig und umfassend zu investieren.
- 24
- 25 **Begründung:**
- 26 Die deutsche chemische Industrie ist ein Wohlstandsmotor und steht mit ihrer
- 27 vielfältigen industriellen Wertschöpfungs- und Produktionskette für hohe
- 28 Wertschöpfung. In vielen Branchen gehören deutsche Unternehmen zu den internationalen
- 29 Spitzenreitern. Made in Germany ist weiterhin ein Garant für hochwertige und

30 anspruchsvolle Produkte und es ist die Basis für die wirtschaftliche Stärke  
31 Deutschlands und Europas. Jedoch befindet sich dies in den letzten Jahren in einem  
32 tiefgreifenden Umbruch. Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft wandeln sich.  
33 Digitalisierung, Klimawandel und die Transformation hin zu neuen Antriebstechnologien  
34 führen in weiten Teilen der Industrie zu einem grundlegenden Technologiewandel.

35 Klimaneutralität bis 2050 – dieses Ziel haben sich sowohl die Europäische Union als  
36 auch Deutschland auf die Fahnen geschrieben. Auch die chemische Industrie steht zur  
37 Energiewende, zum Klimaschutz sowie zum Erhalt und Ausbau industrieller Wertschöpfung  
38 und Beschäftigung. Die Chemie gilt auch als Schlüsselbranche für den Klimaschutz,  
39 denn sie steht als Industrie am Beginn der Wertschöpfungsketten, somit wirkt ihre  
40 Treibhausgasbilanz stark auf nachgelagerte Branchen. Ein großer Treiber für  
41 Klimaschutz in der Industrie wäre eine CO<sub>2</sub>-neutrale Chemie mit klimafreundlichen  
42 (Vor-)Produkten.

43 Um trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie im laufenden Transformationsprozess  
44 weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Standortbedingungen verbessert und  
45 gezielte Impulse und Anreize gesetzt werden. Die Rahmenbedingungen müssen so  
46 gestaltet werden, dass es nicht zur schrittweisen De-Industrialisierung kommt. Auch  
47 für die energieintensiven Unternehmen müssen die Bedingungen so ausgestaltet werden,  
48 dass Deutschland und Europa attraktive Produktionsstandorte bleiben.

49 Wertschöpfungsketten sollen auch unter Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten  
50 bleiben und gute Industriearbeitsplätze gesichert werden. Aktive Klimapolitik ist die  
51 Voraussetzung dafür, dass die chemische Industrie wettbewerbsfähig bleibt, am  
52 Standort Deutschland investiert und klimaneutral wird.

53 Doch den Unternehmen fehlen weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen, um in großem  
54 Maßstab in klimaneutrale Technologien zu investieren.

55 Die BASF forscht schon seit Jahren gemeinsam mit Partner\*innen aus Wissenschaft und  
56 Industrie an einem innovativen Verfahren zur klimafreundlichen Produktion von  
57 Wasserstoff, der sogenannten Methanpyrolyse. Darüber hinaus beschäftigten sie sich  
58 mit der Befeuerung der Spaltöfen des Steam Cracker mit regenerativem Strom, die  
59 wenige bis keine klimaschädlichen Gase produziert. Bei vollständiger Implementierung  
60 neuer, CO<sub>2</sub>-armer strombasierter Produktionsverfahren würde allein am Standort  
61 Ludwigshafen künftig etwa drei bis vier Mal so viel Strom benötigt werden wie heute.

62 Wasserstoff wird dabei zum wichtigsten Rohstoff und Energieträger in der chemischen  
63 Industrie und auf lange Sicht praktisch unersetzlich. Entsprechend wird der  
64 Wasserstoffbedarf in den kommenden Jahren stark steigen und momentan reichen die  
65 bisherigen Verfahren der Wasserstoffgewinnung nicht aus, um die steigende Nachfrage  
66 zu decken. Des Weiteren verhindern hohe Technologiekosten den Einsatz von  
67 klimaneutralem Wasserstoff bei industriellen Prozessen und ohne diese Nachfrage  
68 stockt wiederum der Ausbau des Wasserstoffnetzes. Um die benötigten Mengen an  
69 Wasserstoff zukünftig zur Verfügung stellen zu können, braucht es umfangreiche  
70 Forschungsprogramme und Infrastrukturmaßnahmen sowie Technologieoffenheit. Viele  
71 Maßnahmen benötigen eine lange Vorlaufzeit, weswegen jetzt wichtige Weichen gestellt  
72 werden müssen. Denn mit einer gut ausgebauten Wasserstoffinfrastruktur und einem

73 zunehmenden Einsatz von Wasserstoff würden die Kosten nachhaltig sinken.

74

75 **Ursprung:**

76 Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland



## Antrag B036: Chance Wasserstoff - Schlüssel für einen erfolgreichen Umbau der Industrie zur Klimaneutralität zur Erreichung der Klimaziele

Laufende Nummer: 193

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B033
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft
<b>Zusammenfassung der Änderungen:</b>	Zeile 32: (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 33: (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 34: (Änderungsempfehlung) - Streichung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Wasserstoff gilt zunehmend als Schlüssel für einen erfolgreichen Umbau der Industrie  
2 zur Klimaneutralität. Die Weichen für den Weg unserer Branchen in eine klimaneutrale  
3 Wasserstoffwirtschaft werden jetzt gestellt. Die IG BCE muss einen konstruktiven  
4 Beitrag zu diesem anspruchsvollen politischen Diskurs leisten.

5

6 Wasserstoff kann in Zukunft als Schlüsseltechnologie u. a. als Energieträger  
7 Grundlage für synthetische Kraftstoffe sowie in der Brennstoffzellentechnologie  
8 Grundlage der Transformation für mehr klimaneutrale Produktion sowie  
9 schadstoffneutraleres Verkehrswesen sein.

10

11 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände werden aufgefordert sein, eine  
12 zukunftsorientierte durchsetzbare und vernünftige Wasserstoffstrategie zu entwickeln.

13

14 Eine gute Wasserstoffstrategie zeichnet sich dadurch aus, dass...

- 15 • die Transformation nicht für Beschäftigungsabbau genutzt wird.
- 16 • das Ziel der Wertschöpfungserhalt in Deutschland und Europa ist.
- 17 • Gewinner nicht aus der Verantwortung für Transformationskosten entlassen werden.
- 18 • soziale Sicherheit im Wandel gewährleistet wird.
- 19 • der Transformationsprozess gemeinschaftlich gestaltet wird, statt verwaltet.

20

21 Zudem ist eine Strategie, die darauf setzt, dass zukünftig viele Arbeitsplätze  
22 entstehen, aber vorher bestehende geopfert werden, nicht hinnehmbar.

23

24 Der Umbauprozess für erneuerbare Energie muss weiter gefördert werden, damit die

längst noch nicht ausreichende Kapazität zur Gewinnung und Nutzung von Wasserstoff angestrebt werden kann und somit die Abhängigkeit von Wasserstoffimporten gemindert würde.

Zu einem verantwortungsvollen Umbauprozess gehört, dass nicht nur Kapazitäten von erneuerbaren Energien ausgebaut werden, sondern auch die dazugehörige Infrastruktur. Diese schließt zwingend ein barrierefreies Wasserstoffnetz ein.

~~Zu einem verantwortungsvollen Umbauprozess gehört, dass nicht nur Kapazitäten von erneuerbaren Energien ausgebaut werden, sondern auch die dazugehörige Infrastruktur. Diese schließt zwingend ein barrierefreies Wasserstoffnetz ein.~~

Dies setzt gerade auch in den Anfangsdekaden des Transformationsprozesses voraus, dass die sogenannte Farbenlehre in der Wasserstoffproduktion nicht nur auf den sogenannten „grünen“ Wasserstoff setzt.

Es wird sicherlich eine Zeit dauern, bis grüner Wasserstoff Marktanteile bis zu 100 % haben wird. Auch kann es von Vorteil sein, eine Zeit am bunten Wasserstoff festzuhalten (Elektrolysewasserstofferzeugung mit Strom „aus der Steckdose“).

Der Vorteil ist, dass er keine Küstennähe oder Sonne braucht und hohe Volllaststunden ermöglicht. Der Nachteil ist, dass bunter Wasserstoff recht teuer ist, da der Strom direkt vom Strommarkt bezogen wird. Somit sind die Stromkosten abhängig von den Strommarktpreisen und diese sind durch Steuern, Umlagen, Abgaben und Entgelte recht hoch.

Die IG BCE wird aufgefordert, mit ihren Vorständen in den Ländern, im Hauptvorstand und mit ihren zuständigen Bereichen den Dialog mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu führen, damit der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutraleren Zukunft gelingt.

Sie muss Einfluss auf Politik nehmen, damit ein Miteinander und Abstimmung von Landes-, Bundes- und Europapolitik im Einklang stattfindet.

Die IG BCE wird aufgefordert, sich aktiv im Wasserstoffrat für eine Wasserstoffstrategie einzusetzen, bei der der Transformationsprozess nicht zu Lasten der Arbeitsplätze, den Beschäftigten und den einzelnen Standorten geht.

Sie wird aufgefordert, sich in Politik und Wirtschaft dafür einzusetzen, dass es zu einer sozial gerechten Verteilung von Wasserstoff kommt, um gerade auch im Süden einem Abwandern von Standorten und Arbeitsplätzen entgegenzuwirken.

65

66 Auch im europäischen Konsens ist einer Politik und Strategie, die ausschließlich eine  
67 räumliche Nähe von Wasserstoffherzeugung und Erzeugung von erneuerbarer Energie und  
68 deren Weiterverarbeitung vorsieht, entgegenzuwirken. Nur so können Erhalt und Ausbau  
69 von Arbeitsplätzen gelingen.

70

71 Auf die Landespolitik Baden-Württemberg muss dahingehend Einfluss genommen werden,  
72 damit diese sich dafür einbringt, dass norddeutsche und nordeuropäische Windenergie  
73 auch nach Baden-Württemberg transportiert wird, damit auch hier die Erzeugung und  
74 Nutzung von Wasserstoff für eine rentable Wirtschaft gestaltet wird.

75

76 Der Dialog mit der Landesregierung im Bereich Wirtschafts- wie auch Umweltpolitik  
77 muss gefördert werden.

78

79 **Begründung:**

80 Das Land Baden-Württemberg ist eine der stärksten Industrieregionen Europas mit einem  
81 erheblichen Anteil an der deutschen Exportleistung. Hierdurch ist Baden-Württemberg  
82 zusätzlich die Region, die einen extrem hohen Bedarf an Energie hat. Da Baden-  
83 Württemberg relativ geringe eigene Energieträger wie Wasser, Wind oder fossile  
84 Energieträger hat, wurde in Baden-Württemberg im relativ hohen Maß (Minimum 40 %) auf  
85 Atomenergie gesetzt. Durch den Abbau der Atomverstromung muss Baden-Württemberg nun  
86 den Energiebedarf anders abdecken. Schon heute ist erkennbar, dass Baden-Württemberg  
87 einen hohen Wasserstoffbedarf haben wird. Primär im industriellen Bereich und in der  
88 Mobilität plant Baden-Württemberg eine Gesamtwasserstoffnachfrage in der Industrie  
89 bis 2050 von max. 7 TWh sowie im Verkehrssektor (ebenfalls 2050) von max. 12,9 TWh.  
90 Somit ist das Stromimportland Baden-Württemberg von einer sozial gerechten  
91 Wasserstoffherzeugung, Speicherung und Verteilung abhängig. Sollte dies nicht  
92 gelingen, ist mit massiven Einschnitten auf die Standorte und die Arbeitsplätze zu  
93 rechnen.

94

95 Als Beispiel 1 gilt hierbei sicherlich die Oberrheinische Mineralö Raffinerie (Miro)  
96 in Karlsruhe, die aktuell den Großteil des deutschen Bedarfs an Kraftstoffen  
97 produziert. Zum Erhalt der Miro wird es notwendig sein, zukünftig die Produktion von  
98 synthetischen Kraftstoffen zu favorisieren und umzubauen. Gerade die hiesige Grün  
99 geführte Landesregierung hat das primäre Ziel, den Abbau von Autoverkehr zu fördern  
100 und zudem eine politische Ausrichtung auf die Elektromobilität zu führen.

101 Brennstofftechnologie und synthetische Kraftstoffe werden hingegen nicht favorisiert  
102 oder gefördert. Ein Umdenken muss erfolgen.

103

104 Beispiel 2: Wir haben in Baden-Württemberg durchaus Unternehmen in der chemischen  
105 Industrie, die die Förderungen, Herstellung, Forschung und Nutzung von Wasserstoff

106 und dies durchaus auch mit Instituten wie z.B. dem Fraunhofer-Institut fördern  
107 würden. Auch diesen Unternehmen muss für die Zukunft eine Chance gegeben werden, sich  
108 im Umbauprozess auf Wasserstofftechnologie einzubringen, um selbst eine Zukunft zu  
109 haben.

110

111 Deutschland ist ein Land, das aktuell seinen Energiebedarf mit einem Energiemix  
112 decken kann. Einen Umbau der Energiewirtschaft zum „grünen“ Wasserstoff würde  
113 bedeuten, dass Deutschland im großen Rahmen Wasserstoff importieren müsste. Um die  
114 deutschen und europäischen Bedarfe zu decken, müssten im afrikanischen/arabischen  
115 Bereich große Fotovoltaik-Kraftwerke gebaut werden, um die Wasserstoffproduktion zu  
116 gewährleisten. Dieser Wasserstoff würde dann, genau wie heute das Erdöl, mit Tankern  
117 über die Weltmeere geschippert und in den großen Seehäfen Hamburg, Rotterdam etc.  
118 angeliefert. Auch hier wäre zudem ein Weitertransport in südliche Regionen vonnöten.  
119 Daher fordern wir neben dem Ausbau der Erzeugung von grünem Wasserstoff auch die  
120 weitere Betreibung von buntem, türkisenem und blauem Wasserstoff als  
121 Übergangstechnologie mit dem Ziel, zukünftig eine Abdeckung durch grünen Wasserstoff  
122 zu erreichen.

123

124 Zur Erläuterung sei darauf hingewiesen, dass grüner Wasserstoff ausschließlich unter  
125 Nutzung von erneuerbaren Energien durch die Elektrolyse von Wasser hergestellt wird.  
126 Türkisener Wasserstoff wird durch thermische Spaltung von Methan in „Methanpyrolyse“  
127 hergestellt. Grauer Wasserstoff basiert auf dem Einsatz von fossilen  
128 Kohlenwasserstoffen. Blauer Wasserstoff wird durch Koppelung eines CO<sub>2</sub>-Abscheidungs-  
129 und Speicherverfahren erzeugt.

130

131 **Ursprung:**

132 Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg

## Antrag B037: Wasserstoffwirtschaft gestalten

Laufende Nummer: 421

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B033
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Deutschland und Europa sollen zum Vorreiter einer industriellen Transformation
- 2 gemacht werden, die gute Arbeit schafft und sichert. Mit dem Aufbau einer grünen
- 3 Wasserstoffwirtschaft sollen das Fundament für eine moderne, klimaneutrale Industrie
- 4 und ein substanzieller Beitrag zu mehr Klimaschutz und die Chance auf hohe
- 5 Wertschöpfung, Wohlstand und gute Arbeit gelegt werden.
- 6 Für eine erfolgreiche Energiewende gilt Wasserstoff als Schlüssel und Energieträger
- 7 der Zukunft. Er bietet vielfältige Möglichkeiten, die Treibhausgasemissionen in
- 8 Industrie und Verkehr, bei der Stromerzeugung und im Gebäudesektor zu senken und
- 9 dadurch das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland, Europa und weltweit langfristig
- 10 zu unterstützen.
- 11 Ziel muss die Entwicklung von sauberem, erneuerbarem Wasserstoff sein, bei dessen
- 12 Erzeugung hauptsächlich Sonnen- und Windenergie zum Einsatz kommen. Dieser sogenannte
- 13 „grüne“ Wasserstoff kann stofflich in der Produktion sowie als Energieträger und zur
- 14 Energiespeicherung genutzt werden.
- 15 Norddeutschland ist Vorreiter in der Wasserstofftechnologie. Die Stärke des Nordens
- 16 liegt in seinen positiven Standortbedingungen. Mit seinen Küsten bietet er
- 17 ausgezeichnete Bedingungen für den Ausbau der Offshore-Energie und damit die Basis
- 18 für die Gewinnung von „grünem“ Wasserstoff. Aber auch den norddeutschen Häfen kommt
- 19 als zentralen Knoten- und Handelspunkten eine wichtige Rolle zu, zumal Deutschland
- 20 auch zukünftig ein Energieimportland bleiben wird. Um die Abhängigkeit von
- 21 Wasserstofflieferungen aus dem Ausland so gering wie möglich zu halten, muss
- 22 Deutschland beim Kapazitätsaufbau schneller vorankommen. Internationale Kooperation
- 23 und Energieträgerimporte sind wichtig und rational, dürfen aber nicht zur Abwanderung
- 24 von Wertschöpfungsstufen aus Deutschland führen.
- 25 Vor allem die energieintensive Industrie wird in den kommenden Jahrzehnten auf
- 26 Wasserstoff angewiesen sein, denn Wasserstoff ist u. a. Ausgangspunkt wichtiger
- 27 chemischer Wertschöpfungsketten. Als Voraussetzung für eine treibhausgasneutrale
- 28 Chemieproduktion müssen wettbewerbliche Bedingungen geschaffen, die industrielle
- 29 Basis erhalten und enorme Mengen an grünem Strom und Wasserstoff zu
- 30 wettbewerbsfähigen Konditionen verfügbar sein. Hierfür fehlen bislang Infrastruktur
- 31 und Produktionskapazitäten und in Teilen notwendige Technologien.
- 32 Die fortlaufende Weiterentwicklung einer Wasserstoffwirtschaft wird uns über

33 Jahrzehnte beschäftigen, fordern und antreiben. Die gesamte Wertschöpfungs- und  
34 Nutzungskette von Wasserstoff (Erzeugung, Speicherung, Transport, Verteilung,  
35 Nutzung) und somit die Unternehmen der Wasserstoffwirtschaft sind im  
36 Organisationsbereich der IG BCE fest verankert. Der Landesbezirk Nord der IG BCE  
37 setzt sich für den schnellstmöglichen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ein, in die  
38 der Norden seine Stärken für das Energiesystem der Zukunft einbringen kann. Der  
39 Ausbau von Elektrolysekapazitäten, effiziente Transport- und Speicher-Infrastrukturen  
40 sowie der Aufbau geeigneter Import-Infrastrukturen in den norddeutschen Seehäfen sind  
41 zwingend erforderlich, ebenso die Verkürzung von Planungs- und Bauzeiten und die  
42 Reduzierung staatlich induzierter Bestandteile des Strompreises, um grünen  
43 Wasserstoff dort einzusetzen, wo es volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist.

44 Wegen der hohen Volllaststunden ist Windenergie auf See eine attraktive Technologie  
45 zur Erzeugung erneuerbaren Stroms, welcher für die Produktion von grünem Wasserstoff  
46 genutzt werden kann. Offshore-Energie bietet große Chancen für Norddeutschland und  
47 ist für eine „grüne“ Wasserstoffwirtschaft unerlässlich. Nord- und Ostsee haben ein  
48 großes Potenzial, Klimaschutz und Wirtschaftsleistung zu vereinen. Die Offshore-  
49 Strategie der Europäischen Union bildet die politische Basis für die weiteren  
50 Beratungen um konkrete Leitlinien, Maßnahmen und Gesetzesinitiativen, welche in den  
51 nächsten Jahren vorgeschlagen und mit den Mitgliedstaaten diskutiert und verhandelt  
52 werden. Die Offshore-Windenergie und grenzüberschreitende Projekte spielen eine  
53 zentrale Rolle auf diesem Weg zu einem klimaneutralen Europa, für das Norddeutschland  
54 einen gewichtigen Beitrag leisten kann.

55 Damit sich Investitionen in Offshore-Windenergie für Unternehmen lohnen, müssen die  
56 Rahmenbedingungen dafür weiterentwickelt werden. Wenn Wasserstoff aus regenerativen  
57 Quellen Strahlkraft entwickeln und weltweit verbreitet werden soll, dann braucht es  
58 neben einer grenzüberschreitenden Standardisierung in Europa vor allem den  
59 gesicherten Ausbau von Offshore-Windenergie. Hier darf es keine Flaute geben.

60 Eine verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Erzeugung von Wasserstoff ist die Basis  
61 für dessen zukünftige Verwendung. Der Aufbau von Erzeugungsanlagen zur  
62 Technologiedemonstration im industriellen Maßstab und ein entsprechendes Wachstum  
63 bilden die Basis für einen grundlegenden Strukturwandel unserer Energieversorgung,  
64 damit letztlich auch tatsächlich mit „grünem“ Strom CO<sub>2</sub>-neutral produziert werden  
65 kann.

66 Dazu gehört auch die zügige Bereitstellung einer Wasserstoffinfrastruktur, die in-  
67 und ausländisch erzeugten Wasserstoff zu den Verbraucher\*innen transportiert. Auch  
68 für diesen Zweck besteht ein Bedarf für verlässliche Nachhaltigkeitsstandards sowie  
69 für eine anspruchsvolle Qualitätsinfrastruktur, (Herkunfts-)Nachweise für Strom aus  
70 erneuerbaren Energien sowie für grünen Wasserstoff und seine Folgeprodukte, um so den  
71 Aufbau eines internationalen Wasserstoffmarktes zu ermöglichen.

72 In der chemischen Industrie besteht bereits heute ein hoher Bedarf an Wasserstoff zur  
73 stofflichen Verwertung, der zurzeit im Wesentlichen durch „grauen“ Wasserstoff  
74 gedeckt wird. Diesen gilt es durch „grünen“ Wasserstoff schrittweise zu  
75 substituieren. Allein auf EU-Ebene könnten sich die Investitionen in „grünen“

76 Wasserstoff bis 2050 auf bis zu 470 Mrd. Euro belaufen. Für die Umsetzung der  
77 Nationalen Wasserstoffstrategie sind 7 Mrd. Euro vorgesehen. Des Weiteren 2 Mrd. Euro  
78 für internationale Partnerschaften. Niedersachsen will 6,5 Mio. Euro für  
79 Wasserstoffprojekte im Land bereitstellen.

80 Jetzt gilt es Nägel mit Köpfen zu machen. Von den Unternehmen erwarten wir, jetzt von  
81 der Planungs-, Projekt- und Demonstrationsphase in die Investitionsphase zu kommen  
82 und die für die Wasserstoffwirtschaft vorgesehenen Fördermittel der Europäischen  
83 Union, aus der Nationalen Wasserstoffstrategie und dem Land Niedersachsen in vollem  
84 Umfang zu nutzen, damit sich Deutschland als Leitanbieter für grüne  
85 Wasserstofftechnologie am Weltmarkt positioniert und der Hochlauf der  
86 Wasserstoffwirtschaft gelingt.

87 Aus Anwendungsszenarien leiten sich weiter Forschungs- und Handlungsbedarfe ab. Zu  
88 diesem Zweck sind die Unterstützung und Weiterentwicklung der beruflichen und  
89 wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung im Bereich der Wasserstofftechnologien zur  
90 sicheren Handhabung und für gute Arbeit unerlässlich und eine der  
91 Grundvoraussetzungen für den Transformationserfolg.

92

93 **Begründung:**

94 **Der Norden ist Vorreiter der Wasserstoffwirtschaft. Damit das so bleibt, fordert der**  
95 **IG BCE-Landesbezirk Nord**

- 96 • von der Politik, die Energiewende ambitioniert voranzutreiben und Wasserstoff  
97 zum zentralen Faktor einer klimagerechten Industrie auszubauen.
- 98 • von der Politik, die Mitbestimmung zu stärken und damit die Transformation  
99 sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig zu gestalten.
- 100 • von den Unternehmen, im Sinne der Energiewende proaktiv zu agieren, Chancen zu  
101 nutzen und die Energiewende gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren  
102 Interessenvertreter\*innen aktiv zu gestalten.
- 103 • von der Politik, dass zu festigen und auszubauen, was im Norden bereits erreicht  
104 wurde.
- 105 • von der Politik, die europäische sowie internationale Dimension der  
106 Wasserstoffwirtschaft so zu gestalten, dass die deutsche Wirtschaft unter  
107 Wettbewerbsbedingungen erfolgreich bestehen kann.
- 108 • von der Politik, dass Innovationen und Investitionen im Kontext einer  
109 zukunftsweisenden Wasserstoffwirtschaft gefördert werden und ein Abwandern von  
110 Industrie verhindert wird.
- 111 • von der Politik, Anreize für private Investitionen in eine klimagerechte  
112 Transformation zu schaffen.
- 113 • von der Politik, die Anwendungen zur Erzeugung, Speicherung, Transport und  
114 Nutzung von Wasserstoff sowie die Umsetzung entsprechender Geschäftsmodelle zu  
115 fördern.
- 116 • von Politik und Unternehmen, die Verzahnung von Strom-, Wärme- und

- 117 Gasinfrastruktur weiter voranzutreiben und die verschiedenen Infrastrukturen  
118 koordiniert und energiewendetauglich, bedarfsgerecht sowie kosteneffizient  
119 weiterzuentwickeln.
- 120 • von den Unternehmen, sich für die europäische und internationale Harmonisierung  
121 von Standards für Wasserstoff- und Brennstoffzellensysteme (z. B.  
122 Betankungsstandards, Wasserstoff-Qualität, Eichung, Zulassung von Schiffen etc.)  
123 zu engagieren.
  - 124 • von der Politik die verstärkte Ausweisung von Flächen, die für die Offshore-  
125 Produktion von Wasserstoff genutzt werden können.
  - 126 • von der Politik, die geologischen Gegebenheiten in Norddeutschland für die  
127 Speicherung von Wasserstoff zu nutzen, Speichermöglichkeiten für die  
128 wirtschaftliche Nutzung zugänglich zu machen und weitere Speicherpotenziale zu  
129 erschließen. Nur wer heute damit beginnt, wird morgen Speicher nutzen können.
  - 130 • vom Hauptvorstand, einen geeigneten Prozess um die Wasserstoffaktivitäten der  
131 Landesbezirke aktiv zu begleiten und Organisationschancen nutzen zu können.

132

133 **Ursprung:**

134 Landesbezirksvorstand Nord



## Antrag B038: Von der Digitalisierung zur Zukunftschance – gewerkschaftliche Handlungsansätze und -perspektiven

Laufende Nummer: 268

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wird kontinuierlich daran arbeiten, die Chancen und die Bedingungen der
- 2 Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Dazu wird sie auch die
- 3 nächsten vier Jahre interne Strukturen und Prozesse zu diesem Thema sicherstellen.
- 4 Sie wird Kooperationen (z. B. Fraunhofer, Kompetenzzentren) und die internen
- 5 Kompetenzen zur Digitalisierung in und für die IG BCE weiter ausbauen und
- 6 kontinuierlich weiterentwickeln.
- 7 Die IG BCE wird dabei auch ihre eigene positive Digitalisierung der
- 8 Gewerkschaftsarbeit verfolgen.
- 9 Die gewerkschaftlichen Handlungsansätze und -perspektiven haben Politik und
- 10 Sozialpartner als wesentliche Handlungsfelder der IG BCE im Blick.
- 11 Die IG BCE stellt gewerkschaftliche Forderungen an die deutsche und europäische
- 12 Industrie- und Wirtschaftspolitik.
- 13 Die IG BCE fordert von der Politik auf nationaler Ebene, das Wirtschaftliche, Soziale
- 14 und Ökologische zu vereinen und dezentrale Innovationen zu fördern.
- 15 Wir fordern, dass die Bundesregierung eine zentrale Koordinierung der
- 16 Digitalisierungsthemen im Kanzleramt schafft.
- 17
- 18 Wir brauchen eine entschlossene Digitalisierungsoffensive für öffentliche
- 19 Dienstleistungen, die einerseits die notwendige Leistungsfähigkeit und
- 20 Bürgerfreundlichkeit erhöht, die aber auch Ressourcen freisetzt, um die
- 21 Handlungsfähigkeit des Staates in der Begleitung und Gestaltung der Transformation zu
- 22 stärken. Eine höhere Effizienz in der Administration und in sonstigen öffentlichen
- 23 Institutionen ist eine Bedingung, einer drohenden Überforderung des Staates
- 24 vorzubeugen, auch mit Blick auf die Vielfalt der zu finanzierenden neuen
- 25 Anforderungen.
- 26
- 27 Die IG BCE fordert eine aktive, digitale Industriepolitik, um die digitale
- 28 Transformation selbstbewusst zu gestalten.
- 29 Die IG BCE fordert die Förderung digitaler Infrastruktur durch massiven Ausbau der

- 30 Breitbandverbindungen sowie der Potenziale von „Digital Governance“.
- 31 Die IG BCE fordert die gerechte Beteiligung digitaler Geschäftsmodelle an den Kosten  
32 der digitalen Transformation.
- 33 Die IG BCE fordert eine unterstützende Rahmengesetzgebung für auf ökonomische und  
34 ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung ausgerichtete  
35 Datengenossenschaften.
- 36 Die IG BCE fordert die Schaffung von Rechtssicherheiten und Anreizen für Unternehmen,  
37 um korporatistische Daten- und Digitalstrategien zu entwickeln.
- 38 Das Digitale braucht einen wirtschaftlich-ethischen Rahmen, der auf den Werten der  
39 Europäischen Union aufbaut und zu einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung  
40 beiträgt. Die IG BCE wird sich dafür einsetzen, europäische Antworten und  
41 Alternativen zu den globalen Monopolstrukturen der Datenplattformen zu formulieren.  
42 Die Rolle der Gewerkschaft ist dabei die einer Schutzmacht gegen Datenmissbrauch und  
43 Mitgestalterin aus Arbeitnehmer\*innen- und Verbraucher\*innenperspektive.
- 44 Deutschland soll zusammen mit der Europäischen Union als dem weltgrößten  
45 Wirtschaftsraum eine abgestimmte Datenpolitik „Made in Europe“ zum wesentlichen  
46 Bestandteil einer tragfähigen Industriepolitik machen.
- 47
- 48 Die IG BCE wird weitere Branchendialoge mit Sozialpartnern über die Gestaltung der  
49 Digitalisierung führen und umsetzen. Sie wird mit Austausch und Denkplattform zu  
50 adäquaten und lösungsorientierten Ansätzen beitragen, an denen sich die tariflichen  
51 sowie die betrieblichen Akteur\*innen orientieren können.
- 52 Die IG BCE verfolgt das Ziel, sich hierüber auch als Partnerin in der digitalen  
53 Transformation für KMU-Betriebe zu profilieren.
- 54 Wir müssen Digitalisierung im Betrieb konkret machen. Dazu wollen wir mit  
55 Zukunftsvereinbarungen die Perspektiven der Beschäftigten in den Betrieben sichern  
56 und ausbauen. Digitalisierung darf nicht mit Beschäftigungsabbau und Rationalisierung  
57 begründet werden.
- 58 Die IG BCE hat in diesem Zusammenhang sehr positive Erfahrungen mit dem „Monitor  
59 Digitalisierung“ gemacht. Der Monitor Digitalisierung ist gut geeignet, um  
60 wesentliche Themen aus den Betrieben und den Branchen zu beschreiben und in diesem  
61 Zusammenhang gewerkschaftliche Handlungsansätze und Perspektiven aufzeigen. Daran  
62 wollen wir auch weiter anknüpfen und an deren kontinuierlicher Umsetzung arbeiten.
- 63 Die Zukunftschancen der Digitalisierung müssen auch mehr Inklusion durch Teilhabe und  
64 Vielfalt bieten bzw. garantieren. Darüber wollen wir paritätische Innovationsdialoge  
65 in den Betrieben fördern, auch mit den Zielen Bildung, Weiterbildung und Innovation.  
66 Auf dieser Grundlage streben wir Zukunftsvereinbarungen in möglichst vielen Betrieben  
67 an.
- 68 Die IG BCE wird agile und innovative Beteiligungsformate etablieren, die dabei  
69 helfen, digitales Arbeiten zu „Guter Arbeit“ zu designen.
- 70 Die IG BCE ist mit den Ergebnissen und Fragestellungen der Zukunftskommission

71 Digitale Agenda und dem InnoLab auf der Höhe der aktuellen Digitalisierungsdebatte.  
72 Wir werden deshalb die im Abschlussbericht Zukunftskommission Digitale Agenda  
73 aufgeworfenen Themen und formulierten Positionen beantworten bzw. umsetzen. Gerade  
74 mit Blick auf die Begleitung der digitalen Transformation im Betrieb und die  
75 notwendigen Maßnahmen und Strukturen zu Weiterbildung und Qualifizierung.  
76  
77 Zusammen mit unserer Arbeit mit und um die Digitalisierung in der politischen Debatte  
78 in der Vergangenheit haben sie Positionen hervorgebracht, die für die positive  
79 Gestaltung der Digitalisierung aus gewerkschaftlicher Sicht zwingend notwendig sind.  
80 Mit uns gibt es nur eine Digitalisierung, die menschenzentriert ist.  
81 Die positive Gestaltung der Digitalisierung setzt voraus, sich kontinuierlich mit dem  
82 Thema und den Strukturen auseinanderzusetzen. Um die Debatte aktuell zu halten und  
83 die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, brauchen wir Umsetzung und eine interne  
84 Struktur, in der wir Digitalisierungsthemen und unsere Vorstellung von "Guter Arbeit"  
85 in Zusammenhang setzen.  
86 Der Umgang mit Daten ist ein zentrales Thema. Datenverarbeitung ist bereits ein  
87 wichtiger Bestandteil von Wertschöpfungsprozessen geworden. Das  
88 Wertschöpfungspotenzial von Daten (Erhebung und Verarbeitung) ist im Vergleich zu  
89 klassischen Ressourcen nahezu unerschöpflich. Eine zukunftsweisende Industriepolitik  
90 ist daher auf eine entsprechende Datenpolitik angewiesen. Auch Themen wie KI sind zu  
91 berücksichtigen. Der Umgang mit Daten ist ein zentrales Thema.  
92 Dafür ist eine Datenwende notwendig und diese kann nur in einer kooperativen Form  
93 kommen. Wir brauchen auf ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und  
94 soziale Verantwortung ausgerichtete Datengenossenschaften (z.B. als kooperative  
95 Datenpools), um die Wertschöpfungspotenziale der Dataökonomie zu heben sowie eine  
96 hohe Akzeptanz in der Industrie zu erzeugen. Als selbstverwaltete Körperschaften  
97 versprechen Datengenossenschaften darüber hinaus die Gewährleistung einer hohen  
98 Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger.  
99 Ob die Digitalisierung sich positiv als Zukunftschance erweist, entscheidet sich auch  
100 maßgeblich im Betrieb. Sie wird es, wenn es uns gelingt, neue Arbeitsorganisation und  
101 Beschäftigungsverhältnisse kollektiv abzusichern. Die Rolle von Betriebsräten und  
102 Vertrauensleuten wird dadurch geschärft. Sie gestalten die Digitalisierung im  
103 Betrieb.

104

105 **Begründung:**

106 Im Antragstext enthalten.

107

108 **Ursprung:**

109 Hauptvorstand

## Antrag B039: Zukunftssicherer Einfluss auf den digitalen Raum

Laufende Nummer: 390

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B038
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien stärker im Rahmen der allgemeinen
- 2 Gesetzgebung zu digitalen Thematiken einbringt, um zukunftsicherer Einfluss auf den
- 3 digitalen Raum und damit einhergehend eine gute Lebens- und Arbeitsqualität unserer
- 4 Kolleg\*innen sicherzustellen.

5

### 6 **Begründung:**

- 7 Im Rahmen des vergangenen Jahres hat sich der Gesetzgeber sowohl auf europäischer als
- 8 auch nationaler Ebene in seiner Gesetzgebung stärker mit den Thematiken im digitalen
- 9 Raum beschäftigt. Zudem sind die Einflüsse der Digitalisierung der Gesellschaft so
- 10 massiv angestiegen, dass kaum eine Thematik nicht direkt oder indirekt Einfluss auf
- 11 unsere Kolleg\*innen in ihrer Arbeits- und Berufswelt nimmt. So sind in den letzten
- 12 Jahren im Rahmen der Gesetzgebung die DSGVO, die europäische Urheberrechtsreform, das
- 13 IT-Sicherheitsgesetz 2.0 und ein EU-Ministerratsbeschluss mit dem Titel „Security
- 14 through encryption and security despite encryption“ zur Umgehung von Ende-zu-Ende-
- 15 Verschlüsselungen, um nur einige Gesetzgebungen exemplarisch zu nennen, entstanden.

- 16 Diese hier aufgeführten Gesetzgebungen haben in Teilen keinen direkten Einfluss auf
- 17 unsere Kolleg\*innen, zumindest scheint es so. Doch gibt es im digitalen Raum kaum
- 18 Gesetzgebungen, von denen man nicht zumindest indirekt betroffen ist und die massiven
- 19 Einfluss nehmen können.

- 20 Die DSGVO hat umfangreichen Einfluss auf den Alltag aller unserer Kolleg\*innen und
- 21 auch den digitalen Raum zu einem sehr viel sichereren Raum für personenbezogene Daten
- 22 gemacht, doch hätte der Einfluss in Bezug auf die Umsetzbarkeit in vielen Bereichen
- 23 sehr viel größer sein können.

- 24 Die europäische Urheberrechtsreform hat für viele Kreative und Künstler\*innen einen
- 25 sehr hohen Stellenwert, da ihnen so auch im digitalen Raum mehr Befugnisse zum Schutz
- 26 ihrer Werke zugesprochen worden sind. Doch hätte es auch hier zumindest einen
- 27 innergewerkschaftlichen Diskurs darüber geben müssen, unter welchen Bedingungen sich
- 28 die deutschen Gewerkschaften unter der Schirmherrschaft des DGB bedingungslos hinter
- 29 diese Reform stellen.

- 30 Das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 beeinflusst den Arbeitsalltag vieler Kolleg\*innen im

31 Bereich der kritischen Infrastrukturen in den zum Teil bei uns organisierten Branchen  
32 Energie und Chemie und räumt den Behörden sehr viel umfangreichere Befugnisse in der  
33 Datenbeschaffung und Auswertung ein.

34 Abschließend sei bei dieser Aufzählung der wohl aktuellste Fall der Politik zur  
35 Einflussnahme im digitalen Raum genannt: der EU-Ministerratsbeschluss zur Umgehung  
36 von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen. Auch dieser Beschluss stellt keinen direkten  
37 Einfluss auf das Berufsleben unserer Mitglieder dar, doch wirkt er gegen einen  
38 Kernbestandteil der sicheren Kommunikation im digitalen Raum, den die Bevölkerung  
39 tagtäglich für private und berufliche Zwecke nutzt.

40 Diese - nicht abschließende - Aufzählung sollte verdeutlichen, wie umfangreich die  
41 Gesetzesentwürfe, Richtlinien und Vorgaben des Gesetzgebers sein können. Zudem  
42 unterscheidet der digitale Raum nicht zwischen der Arbeitswelt und dem Privatleben.  
43 Wie in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgezeigt wurde, können private  
44 Tätigkeiten, die online kommuniziert worden sind, massiven Einfluss auf das  
45 Berufsleben haben. Regelungen wie die DSGVO können ohne sichere Kommunikationsmittel  
46 wie eine funktionsfähige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht sichergestellt werden.

47 All diese Punkte zeigen, dass der Schutz unserer Kolleg\*innen in ihrem Berufsleben  
48 nur zukunftsicher gelingen kann, wenn sich auch die Gewerkschaften aktiver an der  
49 Gesetzgebung im digitalen Raum beteiligen und auch den indirekten Einfluss von  
50 Gesetzen und Regelungen stärker berücksichtigen.

51

52 **Ursprung:**

53 Landesbezirksjugendausschuss Westfalen

## Antrag B040: Digitalisierung von Arbeit: Folgen, Grenzen und Perspektiven

Laufende Nummer: 233

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Kunststoffe/Leder
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B038
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • Die IG BCE setzt sich dafür ein, die betrieblichen Interessenvertretungen und  
2 Belegschaften mit dem notwendigen Wissen und Strategien auszustatten und die  
3 Technologieimplementierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein zentrales Thema  
4 gewerkschaftlicher Unterstützung könnte etwa der Einspruch gegen  
5 Standardisierung, Autonomiebeschränkung und Leistungskontrolle durch digitale  
6 Technologien sein, wobei auch die Einschränkung betrieblicher Überwachung und  
7 die Durchsetzung eines effektiven Datenschutzes von Bedeutung sind.  
8
- 9 • Die IG BCE möge sich dafür einsetzen, dass Weiterbildungen im Umgang mit neuen  
10 digitalen Arbeitsmitteln dafür sorgen, dass die menschlichen Anwender\*innen die  
11 Oberhand behalten, die zugrunde liegenden Mechanismen verstehen und technische  
12 Abläufe beeinflussen können. Durch umfangreiche Weiterbildungen oder  
13 Umschulungen können möglicherweise auch Entlassungen oder Versetzungen in  
14 geringqualifizierte Stellen verhindert werden und die Anwendungsmöglichkeiten  
15 der Digitalisierung und möglichen sozialen Konsequenzen ausgelotet werden.  
16
- 17 • Die IG BCE möge den Kontakt zu Politiker\*innen und Parteien suchen, um die  
18 potenziell positiven Effekte der Digitalisierung für Arbeitnehmer\*innen  
19 klarzumachen. Es sind weitere Schritte notwendig, um den Erhalt oder sogar die  
20 Erhöhung von Qualifikationsniveau und Arbeitsqualität zu fördern.  
21
- 22 • Dass sich die IG BCE gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden dafür einsetzt,  
23 Innovationen für die Kunststoffbranche voranzutreiben, den technologischen  
24 Vorsprung auszubauen sowie digitale Plattformen und neue Geschäftsmodelle im  
25 Bereich der digitalbasierten Kreislaufwirtschaft zu entwickeln.  
26
- 27 • Die IG BCE unterstützt die betriebliche Mitbestimmung, den Handlungsbedarf für  
28 die Unternehmen, eine eigene Strategie für die digitale Transformation zu  
29 entwickeln und bei der Gestaltung von neuen Arbeitsprozessen in Produktion,  
30 Büros und allen weiteren Tätigkeitsfeldern nach den Anforderungen digitaler

31 Arbeit mitzuwirken.

32

- 33 • Die IG BCE ermöglicht den Betriebsräten durch aktives Change-Management und  
34 Qualifizierung, die Beteiligung der Beschäftigten bei der Gestaltung der  
35 digitalen Transformation sicherzustellen.

36

37 **Begründung:**

38 Mit über 280.250 Beschäftigten ist die von kleinen und mittleren Unternehmen geprägte  
39 kunststoffverarbeitende Industrie ein wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor  
40 in Deutschland. In den mehr als 1.746 Unternehmen wurde 2020 ein Umsatz von 54,8 Mrd.  
41 Euro erwirtschaftet. Der relativ junge Industriezweig war in den letzten Jahrzehnten  
42 sowohl wirtschaftlich wie auch beschäftigungspolitisch eine Wachstumsbranche.

43 Gleichwohl steht die Kunststoffverarbeitungsbranche vor vielfältigen  
44 Herausforderungen, die vor allem mit den zwei Megatrends Digitalisierung und  
45 Nachhaltigkeit/Kreislaufwirtschaft auf den Punkt gebracht werden können. Weitere  
46 Herausforderungen liegen in fortschreitender Globalisierung, steigender  
47 Wettbewerbsintensität, in der Fachkräftesicherung und dem demografischen Wandel sowie  
48 in rechtlichen Rahmenbedingungen und neuen regulatorischen Anforderungen.

49 Mit dem Megatrend Digitalisierung und damit verbundenen Themen wie Industrie 4.0,  
50 Plattformökonomie und künstliche Intelligenz sind für das Kunststoff-  
51 Wertschöpfungsnetzwerk im Ganzen wie auch für die kunststoffverarbeitende Industrie  
52 im Speziellen immer bedeutender werdende, hochrelevante Innovationsfelder verbunden,  
53 die eine digitale Transformation dieses Wirtschaftsbereichs mit sich bringen.

54

55 Die digitale Transformation führt zu einem tiefgreifenden Wandel der Branche wie auch  
56 bei den Unternehmen und verändert die Arbeitswelt in allen Bereichen der  
57 Kunststoffbranche. Digitalisierungsstrategien und entsprechende Investitionen werden  
58 für Industrieunternehmen immer wichtiger.

59

60 Insbesondere bei Zulieferern aus der Kunststoffverarbeitung sind Digitalisierung und  
61 Vernetzung oftmals weniger ein eigener strategischer Prozess als vielmehr eine  
62 kundengetriebene Notwendigkeit, die auf Druck von Automobilherstellern oder  
63 Direktzulieferern vollzogen wird. Umso wichtiger wird es für viele  
64 kunststoffverarbeitende Unternehmen, eine eigenständige und auf ihr Unternehmen  
65 ausgerichtete Digitalisierungsstrategie zu entwickeln.

66

67 Bei beschleunigter Digitalisierung ist davon auszugehen, dass sich diese Dynamik  
68 durch die Veränderungen des Arbeitsmarktes, die schneller eintreten als sie bewältigt  
69 werden können, weiter verschärfen würde. Die betriebliche Ebene erscheint dabei als  
70 entscheidende Vermittlungsinstanz, die die sozialverträgliche Bearbeitung eines  
71 beschleunigten digitalen Wandels zu moderieren hätte.

72

73 Ein ganzheitlicher Gestaltungsansatz und ein Digitalisierungsverständnis sind  
74 erforderlich, die gleichermaßen die technologischen, organisatorischen und  
75 arbeitsbezogenen Dimensionen eines Unternehmensprozesses mit ihren engen  
76 Wechselwirkungen in den Blick nehmen.

77

78 Die Beteiligung von Betriebsrät\*innen und Beschäftigten ist für den Erfolg der  
79 digitalen Transformation entscheidend. Von der Prämisse ausgehend, dass  
80 Digitalisierung gestaltbar ist, ergibt sich ein Handlungsauftrag für  
81 Interessenvertretungen, diese Entwicklung nach Kräften zu beeinflussen und zu prägen,  
82 um die Chancen für die Beschäftigten so gut wie möglich zu verbessern, sei es mit  
83 Blick auf die Handlungsautonomie oder mit Blick auf Qualifizierungs- und  
84 Entwicklungspotenziale. Dass Betriebsräte von Beginn an eingebunden sind und dass  
85 Mitarbeiter\*innen vorbereitet und befähigt werden, um mit den Anforderungen der  
86 Digitalisierung in Zukunft umgehen zu können.

87

88 **Ursprung:**

89 IGA Kunststoffe / Leder



## Antrag B041: Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Papierindustrie

Laufende Nummer: 229

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Papiererzeugung
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B038
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • dass sich die IG BCE gemeinsam mit den Verbänden der Papierbranche dafür  
2 einsetzt, dass ein innovationsfreundliches Umfeld geschaffen wird, um  
3 technologischen Fortschritt auszubauen sowie digitale Plattformen und neue  
4 Geschäftsmodelle im Bereich der digitalbasierten Kreislaufwirtschaft zu  
5 entwickeln;  
6
- 7 • dass die IG BCE ihren politischen Einfluss nutzt, um die langfristig angelegte  
8 Forschungsförderung und -koordination auf nationaler und europäischer Ebene zu  
9 beschleunigen;  
10
- 11 • dass die IG BCE gemeinsam mit der Politik und den Verbänden digitalbasierte  
12 Lösungen für Kreislaufwirtschaft und Recycling fördert, damit wir eine  
13 Vorreiterrolle in diesen Feldern einnehmen können. Dies wäre eine große Chance  
14 für die gesamte Papierbranche im weltweiten Wettbewerb und zur Sicherung des  
15 Standortes Deutschland;  
16
- 17 • dass die IG BCE darauf hinwirkt, dass die Unternehmen auf nachhaltige  
18 Unternehmensstrategien setzen und die Mitbestimmungsgremien bei der Erarbeitung  
19 entsprechend beteiligen. Hierzu bedarf es, den Transformationspfad in Richtung  
20 Nachhaltigkeit für die Beschäftigten nachvollziehbar zu gestalten;  
21
- 22 • dass die IG BCE sich dafür einsetzt, dass der Digitalisierung der  
23 Produktionsprozesse der Papierindustrie ein Schub gegeben wird. Zudem soll die  
24 IG BCE darauf hinwirken, dass der Sozialpartner eine Digitalisierungsstrategie  
25 beziehungsweise branchenübergreifende Digitalisierungs-Roadmaps vorlegt. Diese  
26 könnten die erforderliche Infrastruktur und den Investitionsbedarf für weitere  
27 Digitalisierungsschritte betriebsübergreifend erfassen und gestalten;  
28
- 29 • Die IG BCE möge die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten suchen,  
30 damit eine Analyse zum Stand der Digitalisierung in der Papierindustrie erstellt

wird. Die Analyse könnte folgende Aspekte untersuchen:

- praktische Anwendungen digitaler Technologien auf den unmittelbaren Arbeitsprozess,
- mögliche Zunahme der quantitativen Arbeitsbelastung,
- Entwicklung von konkreten Weiterbildungsoptionen für alle Beschäftigungsgruppen sowie
- neue Formen der Mitbestimmungs- und Informationsstrukturen zu entwickeln.

**Begründung:**

Die Papierindustrie gehört zu den rohstoff-, energie- und kapitalintensiven Industrien. Wie andere Industrien des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere die energie- und handelsintensiven Industrien in Deutschland, ist die Papierindustrie stark von gesellschaftlichen Transformationsanforderungen und -trends betroffen. Dies sind auf der einen Seite die Globalisierung, die Digitalisierung und der demografische Wandel. Auf der anderen Seite fordern die wachsenden deutschen und europäischen klima- und energiepolitischen Anforderungen die Branche stark heraus. Sie beeinflussen Produktionsstrukturen, Belegschaften, Kund\*innenerwartungen, Lieferketten sowie die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen tiefgehend.

Die Digitalisierung ist eine ganz wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Hier gilt es für die Papierbranche, Innovationen voranzutreiben, den technologischen Vorsprung auszubauen sowie digitale Plattformen und neue Geschäftsmodelle im Bereich der digitalbasierten Kreislaufwirtschaft zu entwickeln.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die deutsche Papierindustrie hat sich trotz Veränderungen von Markt und Konsum in den vergangenen Jahren als relativ wandlungsfähig, flexibel und wettbewerbsfähig erwiesen. Die Branche zeichnet sich durch Kundennähe, die zentrale Lage innerhalb Europas, eine hohe Fertigungstiefe, Qualität und Kompetenz sowie durch innovative und finanzstarke Großkonzerne und KMUs aus. Mit ihrem hohen Recyclinganteil und den Energieeinsparungen der vergangenen Jahrzehnte hat sich die deutsche Papierindustrie auf den Weg in eine nachhaltige und treibhausgasneutrale Zukunft gemacht.

Diese Stärken gilt es für die anstehenden Transformationsprozesse, insbesondere die Digitalisierung, zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Denn sowohl mit Blick auf die Globalisierung, den demografischen Wandel, die Digitalisierung sowie die weitere Treibhausgasminde rung und Ressourcenschonung stehen der Papierindustrie noch gewaltige Herausforderungen bevor.

71

72 Kein Industrieunternehmen kann sich über kurz oder lang der digitalen Transformation  
73 verschließen, wenn es nicht seine Zukunftsfähigkeit verspielen will. Bei vielen  
74 papierverarbeitenden Unternehmen spielen zumindest bei ihren Prozessen Elemente der  
75 digitalen Transformation eine Rolle, manche Unternehmen verfolgen bereits eine  
76 Digitalisierungsstrategie und gehen mit einem umfassenden Blick an das Thema  
77 Digitalisierung heran.

78 Die Mehrheit der Beschäftigten der Papierbranche steht den Maßnahmen zur  
79 Digitalisierung im Betrieb positiv gegenüber. Dennoch gibt es wenig Untersuchungen zu  
80 den Auswirkungen der Digitalisierung in der Papierindustrie. Digitalisierung könnte  
81 ein wichtiger Hebel der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Betriebes sein  
82 sowie den Arbeitsalltag in vielen Aspekten erleichtern.

83 Da die Digitalisierung über kurz oder lang die Beschäftigung und die  
84 Arbeitsbedingungen in fast allen betrieblichen Tätigkeitsfeldern verändert, gibt es  
85 umfassende Handlungsbedarfe für die betriebliche und gewerkschaftliche  
86 Interessenvertretung.

87

88 Diese auf die papierverarbeitende Industrie übertragbaren Handlungsempfehlungen für  
89 Betriebsräte sind:

90

- 91 • Betriebsrats-Strategie für die digitale Transformation erarbeiten
- 92 • prozessorientierte Betriebsvereinbarung als Rahmen für die Digitalisierung
- 93 abschließen
- 94 • Beteiligungsprozesse für die Beschäftigten organisieren
- 95 • "Gute Arbeit" gestalten

96

97 **Ursprung:**

98 Industriegruppe Papiererzeugung

## Antrag B042: Digitalisierung in der Feinkeramik aktiv gestalten und Arbeitsplätze erhalten

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Die IG BCE soll darauf hinwirken, dass die Bundesregierung sowie die  
2 Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland ihre wirtschaftspolitischen  
3 Anstrengungen erhöhen, um die feinkeramische Industrie zukunftsfähig zu gestalten und  
4 nachhaltige gute Arbeitsplätze zu erhalten. Dies gelingt insbesondere durch:

- 5 • eine Energieversorgungssicherheit und ein Energiemarktdesign, das dem  
6 internationalen Wettbewerbsdruck gerecht wird durch den Ausbau und die  
7 Bereitstellung einer intakten digitalen Infrastruktur,
- 8 • durch die stetig ansteigende Digitalisierung und die voranschreitende  
9 Transformation in der Arbeitswelt sehen wir Arbeitsplätze als gefährdet, aber  
10 auch die Chance, dass neue Arbeitsplätze entstehen, daher fordern wir ein Recht  
11 auf Weiterbildung und Qualifizierung, das deutlich über den gesetzlichen  
12 Anspruch hinausgeht, für Mitarbeiter\*innen, deren Arbeitsplätze aufgrund von  
13 Digitalisierung gefährdet sind oder sich verändern.
- Zur Sicherung der Beschäftigung brauchen Betriebsrät\*innen ein umfassendes  
Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Arbeitsorganisation und -sicherung. Das  
bestehende Initiativ-, Vorschlags- und Beratungsrecht zur Sicherung und  
Förderung der Beschäftigung muss zu einem erzwingbaren Initiativ- und  
Mitbestimmungsrecht ausgeweitet werden. Deshalb fordern wir eine  
Weiterentwicklung der §§ 80 und 92 BetrVG.

### 21 Begründung:

22 Die Digitalisierung verändert die Arbeitsplätze in der Feinkeramik tiefgreifend und  
23 erfordert neue Arbeitsvorgänge. Prozesse werden an vielen Stellen automatisiert,  
24 Crowdfunding und Clouds ermöglichen den gemeinsamen Zugriff auf Daten, künstliche  
25 Intelligenzen werden entwickelt und Maschinen lernen, selbst zu denken. Dies führt zu  
26 einer grundlegenden Veränderung von Geschäftsmodellen, Arbeitsprozessen,  
27 Produktionsmitteln und Berufsbildern, die sich in einer hohen sprunghaften  
28 Entwicklungsgeschwindigkeit vollzieht. Die Digitalisierung birgt für Beschäftigte der

29 Feinkeramik die Gefahren, dass Arbeitsplätze wegfallen, wenn einfache Tätigkeiten  
30 automatisiert werden oder qualifizierte Beschäftigte durch die Entwertung ihrer  
31 Qualifikation bedroht sind. Es ist eine zentrale Aufgabe der IG BCE, gemeinsam mit  
32 Betriebsrät\*innen, Vertrauensleuten und Beschäftigten die Digitalisierung im Sinne  
33 der Arbeitnehmer\*innen zu gestalten. Digitaler Wandel kann nur gelingen, wenn  
34 möglichst viele Menschen nicht nur ökonomisch davon profitieren, sondern auch  
35 gesellschaftlich daran teilhaben können. Dafür müssen die Folgen abgeschätzt und  
36 Rechtsansprüche an die veränderte Arbeitswelt angepasst oder neu geschaffen werden.  
37 Die Digitalisierung muss im Sinne "Guter Arbeit" gestaltet werden.

38

39 **Ursprung:**

40 Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland

## Antrag B043: Nachhaltigkeit und Digitalisierung in der keramischen Industrie

Laufende Nummer: 234

Antragsteller*in:	Industriegruppe Keramik
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • dass die IG BCE darauf hinwirkt, dass die Wirtschaftsverbände das Thema  
2 Kreislaufwirtschaft und Recycling in Verbindung mit Digitalisierung zu einem  
3 zentralen Zukunftsfeld der Branche entwickeln;  
4
- 5 • die IG BCE setzt sich dafür ein, dass die politischen und wirtschaftlichen  
6 Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass eine industrielle Fertigung in  
7 Deutschland ermöglicht und gefördert wird;  
8
- 9 • den Transformationspfad in Richtung Nachhaltigkeit nicht nur für die Unternehmen  
10 der keramischen Industrie und das Management, sondern auch für die Beschäftigten  
11 nachvollziehbar zu gestalten;  
12
- 13 • die IG BCE unterstützt die Wirtschaftsverbände, der Digitalisierung der  
14 Produktionsprozesse in der keramischen Industrie einen Schub zu geben und die  
15 Notwendigkeit, konkrete Digitalisierungsstrategien beziehungsweise  
16 branchenübergreifende Digitalisierungs-Roadmaps zu erstellen;  
17
- 18 • Den Stand der Digitalisierung in der keramischen Industrie mit dem Ziel  
19 analysieren:  
20 • praktische Anwendungen digitaler Technologien auf den unmittelbaren  
21 Arbeitsprozess;  
22 • mögliche Zunahme der quantitativen Arbeitsbelastung;  
23 • Entwicklung von konkreten Weiterbildungsoptionen für alle  
24 Beschäftigungsgruppen sowie  
25 • die erforderliche Infrastruktur und den Investitionsbedarf für weitere  
26 Digitalisierungsschritte betriebsübergreifend zu erfassen;  
27 • neue Formen der Mitbestimmungs- und Informationsstrukturen zu entwickeln.  
28

29 **Begründung:**

30 Bei Unternehmen der Keramikindustrie, die auf große Stückzahlen in der Fließfertigung  
31 fokussiert sind, ist die Automatisierung in der Regel weit fortgeschritten.  
32 Automatisierung ist dabei kein Selbstzweck; vielmehr trägt sie der globalen  
33 Wettbewerbssituation Rechnung, bei der heutzutage bspw. die gleiche Tonnenanzahl  
34 Rohkeramik aus China nach Deutschland geliefert wird, welche in der Vergangenheit in  
35 Deutschland selbst produziert wurde.

36

37 Die Digitalisierung wird dabei als Chance gesehen, die Effizienz und Effektivität der  
38 Produktion weiter zu steigern, und so als Chance begriffen, den Standort vor dem  
39 Hintergrund des globalen Wettbewerbs zu sichern. In der Know-how-intensiven  
40 Einzelfertigung liegt der Fokus neben der Effizienz- und Effektivitätssteigerung der  
41 Produktion deutlich auf der Verbesserung der Kund\*innenschnittstelle.

42 Die Strategieinitiative zur Innovation und Digitalisierung sowie die vielfältigen  
43 Forschungsaktivitäten unterstreichen die innovative Dynamik des keramischen  
44 Wirtschaftszweiges. Bei Produktneuerungen können Mitbestimmungsträger im  
45 betrieblichen Innovationsgeschehen oftmals wichtige organisatorische und  
46 arbeitsplatzbezogene Anregungen geben. Aufgrund ihrer umfassenden Kenntnisse sind sie  
47 häufig besonders in der Lage, Orientierung für die Beschäftigten zu schaffen und  
48 entsprechende Impulse zu geben. Der Aus- und Mitgestaltung innovationsförderlicher  
49 Rahmenbedingungen im Betrieb durch die Mitbestimmungsseite kommt eine bedeutende  
50 Rolle im Innovationsgeschehen zu.

51 Im Vordergrund der unterstützenden Innovations- und Digitalisierungsaktivitäten des  
52 Betriebsrates stehen in der Regel Prozessoptimierungen und die Verbesserungen der  
53 Bedingungen am Arbeitsplatz. Auch in der keramischen Industrie bestätigt sich somit,  
54 dass Mitbestimmungsträger\*innen keineswegs als Bremser\*innen von Neuerungen  
55 auftreten. Die Betriebsräte versuchen allerdings zugleich, ihrer betrieblichen Rolle  
56 gerecht zu werden und negative Auswirkungen von Innovationen und Digitalisierung auf  
57 die Arbeitsplätze zu verhindern bzw. zu mildern.

58 Da die Digitalisierung über kurz oder lang die Beschäftigung und die  
59 Arbeitsbedingungen in fast allen betrieblichen Tätigkeitsfeldern verändert, gibt es  
60 umfassende Handlungsbedarfe für die betriebliche und gewerkschaftliche  
61 Interessenvertretung.

62

63 Diese auf die keramische Industrie übertragbaren Handlungsempfehlungen für  
64 Betriebsräte sind:

65

- 66 • Betriebsratsstrategie für die digitale Transformation erarbeiten;
- 67 • prozessorientierte Betriebsvereinbarung als Rahmen für die Digitalisierung
- 68 abschließen;
- 69 • Beteiligungsprozesse für die Beschäftigten organisieren;

70 • "Gute Arbeit" gestalten.

71

72 Bei der Einführung im Betrieb und bei der praktischen Anwendung digitaler  
73 Technologien sind die Arbeitsqualität, eine mögliche Zunahme der quantitativen  
74 Arbeitsbelastung, die Entwicklung von konkreten Weiterbildungsoptionen für alle  
75 Beschäftigtengruppen sowie Mitbestimmungs- und Informationsstrukturen im Blick zu  
76 behalten.

77

78 **Ursprung:**

79 IGA Keramik



## Antrag B044: Leistungsfähige Infrastruktur für eine starke Industrie

Laufende Nummer: 287

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE fordert einen Ausbau der deutschen und europäischen Strom-, Gas- und
- 2 Wasserstoffnetze, der eine sichere und zuverlässige Versorgung industrieller
- 3 Verbraucher\*innen gewährleistet und dem Tempo der Treibhausgasminderung entspricht.
- 4 Die IG BCE fordert eine flächendeckende Erneuerung und Modernisierung sowie einen
- 5 angemessenen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Dabei müssen Verkehrswege
- 6 gleichberechtigt gefördert werden. Die IG BCE setzt sich für eine stärkere
- 7 Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserwege ein. Die
- 8 Bundesregierung ist bei Verkehrsinfrastrukturprojekten stets gefordert, die Anbindung
- 9 an bestehende und geplante europäische Netze zu forcieren.
- 10 Die IG BCE setzt sich für einen spürbaren Ausbau und eine Verbesserung der digitalen
- 11 Infrastruktur ein. Dort, wo private Anbieter\*innen den notwendigen Netzausbau nicht
- 12 leisten, ist der Staat gefordert, weiße Flecken in der Versorgung mit schnellem
- 13 Internet zu vermeiden.
- 14 Wir fordern rasche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Dies betrifft zum
- 15 einen die Sanierung von Schul- und Hochschulgebäuden und die digitale Infrastruktur
- 16 im Bildungsbereich. Zum anderen fordern wir für eine Qualifizierungsoffensive die
- 17 Etablierung einer bundesweiten Weiterbildungsinfrastruktur.
- 18 Die IG BCE fordert eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dazu
- 19 fordern wir auch die Einrichtung von zwei ständigen Senaten für energierechtliche
- 20 Entscheidungen am Bundesverwaltungsgericht.
- 21 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur müssen als Teil der allgemeinen
- 22 Daseinsvorsorge von der öffentlichen Hand finanziert werden. Zukunftsinvestitionen
- 23 müssen auch durch Nettokreditaufnahme finanziert werden. Hierfür muss die
- 24 Schuldenbremse reformiert und um eine "goldene Regel" für Nettoinvestitionen ergänzt
- 25 werden. Die Auftragsvergabe im Rahmen von Infrastrukturvorhaben ist an Kriterien
- 26 "Guter Arbeit" zu binden und insbesondere auf tarifgebundene Unternehmen zu
- 27 beschränken.
- 28
- 29 **Begründung:**
- 30 Der Ausbau von erneuerbaren Energien, von Netzen und von Speichertechnologien ist

31 essenziell, um den Herausforderungen einer klimagerechten Industrie gewachsen zu  
32 sein. Die Umstellung von öl- und gasbasiertem Verkehr, Wärme und Produktion auf  
33 zunehmend strombasierte Verfahren wird den Strombedarf in Deutschland und Europa in  
34 den kommenden Jahren deutlich wachsen lassen. Um dem Ziel der Klimaneutralität  
35 gerecht zu werden, muss dieser Strom in immer größerem Ausmaß und letztlich  
36 vollständig aus regenerativen Quellen erzeugt werden. Hierfür bedarf es neben  
37 Investitionen in die Erzeugungskapazitäten vor allem eines Ausbaus der  
38 Netzinfrastruktur, um Strom von den Erzeugungsanlagen zu den industriellen  
39 Produktionsstandorten zu transportieren. Der Netzausbau ist dann ebenso ein Fundament  
40 für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Ohne eine konsequente Ausrichtung auf  
41 Wasserstoff als Speichermedium und als Energieträger wird die Transformation zu einer  
42 klimagerechten Industrie nicht gelingen. Um in den 2030er und 2040er Jahren auf eine  
43 ausreichende Wasserstoffinfrastruktur zurückgreifen zu können, bedarf es bereits  
44 heute einer konsequenten Ausrichtung auf dieses Ziel.

45 Neben den Netzen sind sowohl die physische Verkehrsinfrastruktur als auch die  
46 digitale Infrastruktur sowie die Bildungsinfrastruktur wichtige Faktoren für die  
47 Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts. Studien belegen, dass Verbesserungen  
48 der Infrastrukturqualität eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen  
49 mit sich bringen. Infrastrukturinvestitionen leisten so einen Beitrag zur Sicherung  
50 von guten und mitbestimmten Industriearbeitsplätzen. Außerdem ziehen öffentliche  
51 Investitionen in der Regel auch private Investitionen nach sich: Wenn Unternehmen  
52 erkennen, dass die Politik den Standort verbessert, sinkt bei Unternehmen die  
53 Unsicherheit und die Investitionsneigung steigt. Somit ergibt sich auch ein positiver  
54 Konjunktureffekt und die heimische Kaufkraft steigt, wodurch binnenwirtschaftliche  
55 Impulse entstehen.

56 Industrieunternehmen sind für ihre Tätigkeit auf eine befähigende  
57 Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Das betrifft den Arbeitsweg der Beschäftigten und  
58 die Verkehrsinfrastruktur für den Warentransport. Mangelhafte Straßen oder nicht mehr  
59 befahrbare Brücken können Transporte verzögern und diese teurer machen. Insbesondere  
60 bei Just-in-time-Prozessen kann dies zu Problemen für die Unternehmen führen. Deshalb  
61 ist eine Infrastrukturpolitik nötig, die eine flächendeckende Modernisierung des  
62 Straßennetzes und dort, wo notwendig, auch einen angemessenen Ausbau ermöglicht.  
63 Insgesamt müssen jedoch alle Verkehrswege gleichberechtigt gefördert werden.  
64 Insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen der sozial-ökologischen  
65 Transformation und dabei mit speziellem Fokus auf notwendige Emissionseinsparungen im  
66 Verkehrssektor, bedarf es einer deutlichen Stärkung des Schienengüterverkehrs. Bei  
67 der DB Netz AG ist mittlerweile ein kritischer, also dringender  
68 Investitionsnachholbedarf von 27 Milliarden Euro aufgelaufen, dem es rasch zu  
69 begegnen gilt. Auch Wasserwege spielen für Industrieunternehmen eine bedeutende Rolle  
70 beim Gütertransport. Die Bundesregierung ist daher gefordert, durch Investitionen in  
71 Wasserstraßen sicherzustellen, dass die wichtigsten Wege ganzjährig schiffbar sind,  
72 solange keine Extremereignisse eintreten. Auch Schleusen müssen modernisiert werden,  
73 um Verzögerungen im Gütertransport zu vermeiden.

74 Bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ist stets die europäische Dimension

75 mitzudenken. Dies ergibt sich allein schon aus der geografischen Lage Deutschlands  
76 als wichtiges Transitland im Zentrum Europas. Deshalb sollten Bahnverbindungen wie  
77 beispielsweise der „Eiserne Rhein“ – also eine Anbindung des Ruhrgebiets an die Häfen  
78 Rotterdam und Antwerpen – wieder verstärkt in den Blick genommen werden. Es darf  
79 nicht dazu kommen, dass stockende Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland eine stärkere  
80 europäische Verzahnung ausbremsen. Eine gezielte europäische Abstimmung und eine  
81 engere Koordination von Infrastrukturvorhaben und -bauprozessen sind dafür notwendig.

82 Eng verbunden mit der Verkehrsinfrastruktur und auch mit den notwendigen weiteren  
83 Verbesserungen der Klimabilanz des Verkehrssektors ist die Versorgungsinfrastruktur.  
84 Auch hier besteht akuter Nachhol- und Investitionsbedarf. Dies betrifft den  
85 schleppenden Ausbau von Ladesäulen für batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge sowie  
86 die Wasserstoffversorgung für den Lastverkehr und eine Tankstelleninfrastruktur für  
87 synthetische Kraftstoffe. In all diesen Bereichen sind rasche Fortschritte nötig,  
88 wenn der Verkehrssektor seinen notwendigen Anteil am Erreichen der internationalen  
89 Klimaziele leisten soll.

90 Jedoch gibt es gewaltige Hindernisse beim Ausbau der Infrastruktur. Dies sind häufig  
91 langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Diese müssen deutlich beschleunigt  
92 werden, damit der Infrastrukturausbau nicht zum Bremsklotz der Transformation wird.  
93 Hierfür ist vor allem eine bessere Personalausstattung in den Behörden und  
94 Verwaltungsgerichten erforderlich.

95 Ein weiterer wichtiger Punkt für eine starke Industrie betrifft die digitale  
96 Infrastruktur und somit eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet. Eine  
97 mangelnde Verfügbarkeit von schnellem Internet kann schnell zu einem  
98 Wettbewerbsnachteil für Unternehmen werden, wenn die Vorteile aus der Digitalisierung  
99 nicht genutzt werden können. Wenn Deutschland in diesem Bereich nicht im  
100 internationalen Spitzenfeld agiert, leiden darunter Forschung und Entwicklung und  
101 damit langfristig auch die Aussichten für die Unternehmen, in Deutschland profitabel  
102 zu wirtschaften. Eine Abwanderung von Teilen der Produktion oder eine gesamte  
103 Verlagerung von Standorten ist zu verhindern, da ansonsten ein Verlust von guten und  
104 mitbestimmten Industriearbeitsplätzen droht. Für deutsche Unternehmen spielen  
105 Forschung und Entwicklung und Hochtechnologie eine zunehmend wichtige Rolle. Hieraus  
106 ergeben sich auch neue Geschäftsmodelle. Deshalb muss die digitale Versorgung mit  
107 dieser Entwicklung Schritt halten. Die Bundesregierung hat deshalb dafür Sorge zu  
108 tragen, dass schnellstmöglich überall in Deutschland der moderne 5G-Standard  
109 verfügbar ist. Für private Telekommunikationsanbieter ist der Netzausbau jedoch nicht  
110 überall betriebswirtschaftlich rentabel. In solchen Fällen ist die Politik gefordert,  
111 als Anbieter die Aufgabe zu übernehmen, überall für schnelles Internet zu sorgen.

112 Ein zusätzlicher Baustein einer leistungsfähigen Infrastruktur ist die  
113 Bildungsinfrastruktur. Auch hier sind massive Investitionen notwendig. Denn die  
114 Industrie ist auch in Zukunft auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Dies gilt  
115 mit Blick auf den demografischen Wandel und den sich verschärfenden Fachkräftemangel  
116 umso mehr. Die Aufgaben für die Politik beginnen dort schon bei den Schulen, die  
117 häufig in einem baulich beklagenswerten Zustand sind. Das setzt sich bei der  
118 digitalen Ausstattung fort, wie die Corona-Pandemie teilweise schmerzlich vor Augen

geführt hat. Dies bezieht sich auch auf die Digitalkompetenzen der Lehrenden an Schulen und Hochschulen, die durch Fortbildungen verbessert werden können. Neben den Digitalkompetenzen wird in Zukunft auch massiv eine Veränderungs- und Resilienzkompetenz benötigt. Schüler\*innen und Student\*innen darauf vorzubereiten, bedeutet den Unterricht lebensnah, projektorientiert und individueller nach den Lerngeschwindigkeiten der Schüler\*innen auszurichten. Der Betreuungsschlüssel muss verkleinert werden, das Berufsbild der Lehrer\*innen wird sich verändern müssen zu lernbegleitenden Tätigkeiten. Nur so wird auf die komplexen Zukunftsaufgaben der Menschen und der damit verbundenen Herausforderungen in der Berufswelt vorbereitet. Die Produkte verändern sich und auch die Arbeitsabläufe werden digitaler, automatisierter und vielfältiger mit einem beschleunigten Veränderungsmodus. Für Beschäftigte benötigen wir eine Qualifizierungsoffensive. Dafür ist eine bundesweite Weiterbildungsinfrastruktur notwendig, die beispielsweise für eine unternehmens- und branchenübergreifende Anerkennung von Weiterbildungsabschlüssen zuständig ist. Der Regelungsrahmen für die jeweilige Weiterbildungsinitiative sollte vornehmlich die Sozialpartnerschaft sein, denn die Tarifparteien kennen die Talente und Potenziale der Beschäftigten und die Anforderungen der Tätigkeiten am besten. Eine gesetzliche, finanzielle und strukturelle Unterfütterung durch die Politik scheint jedoch geboten. Unabhängig von der Art der Infrastruktur gilt es festzuhalten, dass alle beschriebenen Forderungen zu den Kernaufgaben des Staates gehören. Deshalb sollten sie als Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge aus Haushaltsmitteln der öffentlichen Hand finanziert werden. Hierfür ist der Staat auf eine solide Finanzbasis aus einem gerechten Steuersystem angewiesen, in dem stärkere Schultern einen relativ größeren Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben leisten. Gleichwohl ist es gerade bei Zukunftsinvestitionen auch sinnvoll, diese über eine verstärkte Nettokreditaufnahme zu finanzieren. Die Investitionen kommen dann zukünftigen Generationen ebenso zugute wie heutigen. Deshalb ist es gerecht, diese auch an der Finanzierung der Aufgaben zu beteiligen. Dies gilt umso mehr in einem Umfeld, in dem sich der Staat quasi zu Nullzinsen verschulden kann. Darüber hinaus sollte die grundgesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse reformiert werden, da sie sich in den vergangenen Jahren als Investitionsbremse etabliert hat. Es sollte ebenso eine Investitionsverpflichtung des Staates festgeschrieben werden und Nettoinvestitionen sollten aus der Berechnung der Schuldenbremse ausgeklammert werden. Benötigt wird also eine der Schuldenbremse gleichberechtigte "goldene Regel" für öffentliche Nettoinvestitionen.

154

155 **Ursprung:**

156 **Hauptvorstand**

## Antrag B045: Entwicklung von nachhaltigen IG BCE-branchenspezifischen Industrie- und Innovationsstrategien zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur, neue Technologien und Wissenschaft zur Sicherung des Innovationsstandorts Deutschland

Laufende Nummer: 108

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B044
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien und Abteilungen wird dazu aufgefordert, sich
- 2 ausgehend vom Strategie- und Szenarienprozess der IG BCE und der Industriestrategie
- 3 2030 des Bundes mit der Entwicklung einer nachhaltigen Industrie- und
- 4 Innovationsstrategie 2030 für ihre Branchen zu befassen.
- 5 Durch diese Strategie sollen sowohl der Industrie- und Innovationsstandort
- 6 Deutschland als auch das international hoch geschätzte Gütesiegel „Made in Germany“
- 7 langfristig gesichert werden.
- 8 Darüber hinaus sollen Rahmenbedingungen definiert werden, um Deutschland wieder als
- 9 Vorreiter technischer Innovation zu etablieren. Zur Realisierung dieser Vorhaben
- 10 bedarf es aus unserer Sicht folgender Voraussetzungen:
- 11 1. qualitativ hochwertige Ausbildung von Fachkräften, Ingenieur\*innen und
- 12 Wissenschaftler\*innen
- 13 2. starke Infrastruktur (z.B. Straßen- & Schienennetz) zur Gewährleistung der
- 14 Verfügbarkeit der benötigten Ressourcen (Energie, Produktionsmittel, Personal)
- 15 3. die flächendeckende Verfügbarkeit von Highspeed-Internet und der dazu notwendige
- 16 Ausbau des Glasfasernetzes
- 17 Einhergehend mit diesen Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandorts muss auch eine
- 18 deutliche Stärkung der deutschen Start-up-Szene inklusive der darin noch mangelhaft
- 19 vorhandenen Mitbestimmungskultur stattfinden, um Innovationen voranzutreiben.
- 20
- 21 **Begründung:**
- 22 Der Industriestandort Deutschland hat in den letzten Jahren vermehrt mit der
- 23 Abwanderung von Unternehmen zu kämpfen. Ursächlich dafür ist die Tatsache, dass sich
- 24 der Industriestandort Deutschland im internationalen Wettbewerb häufig als nicht
- 25 kosteneffizient herausstellt. Daraus resultieren einige Probleme, die uns langfristig
- 26 beschäftigen werden, wie z.B. anhaltende Abwanderung von Unternehmen und sinkende

27 Innovation durch die Auslagerung von R&D-Abteilungen (Forschungs- und  
28 Entwicklungsabteilungen), wodurch Deutschland vermehrt in die Abhängigkeit von  
29 Dritten geraten wird.  
30 Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sind umfassende Investitionen nötig, um den  
31 Industriestandort attraktiver zu machen und um die vergleichsweise hohen  
32 Personalkosten zu relativieren.  
33 Dies lässt sich am besten und nachhaltigsten verwirklichen, wenn Deutschland  
34 1. wieder zu einem internationalen Vorreiter in Entwicklung und Forschung wird und  
35 2. die durch deutsche Produktionsstandards gewährleistete Qualität so hoch ist,  
36 dass sie nicht ohne Weiteres an anderen Standorten erreicht werden kann.  
37 Durch die beschriebenen Maßnahmen und Investitionen kann der Wirtschaftsstandort  
38 Deutschland langfristig gesichert werden.

39

40 **Ursprung:**

41 Bezirksfrauenforum Nürnberg

## Antrag B046: Ein zukunftsfähiger Industriestandort benötigt moderne Infrastruktur!

Laufende Nummer: 54

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B044
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE und ihre Gremien werden auf politische Entscheidungsträger\*innen auf der
- 2 Ebene des Bundes und der Länder einwirken, damit die Infrastruktur unseres Landes
- 3 wieder zukunftsfähig wird.
- 4 Moderne Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor für eine gute Industrie.
- 5 Als große Exportnation und Transitland mitten in Europa ist es unerlässlich, dass die
- 6 Infrastruktur in Deutschland funktionsfähig und zukunftsgerecht aufgestellt ist.
- 7 Staus, Zugausfälle und nicht befahrbare Wasserstrecken führen nicht nur zu
- 8 finanziellen Einbußen in den Unternehmen, sondern auch zu geminderter Lebensqualität
- 9 bei unseren Kollegen\*innen, die im Stau stehen. Mit Blick auf die Herausforderungen
- 10 von morgen müssen wir schon heute die richtigen Weichen stellen und dabei alle
- 11 Verkehrsträger im Blick behalten.
- 12 Mit Blick auf die großen Herausforderungen formuliert die IG BCE daher folgende
- 13 Forderungen:
- 14 Wir fordern den Ausbau der Schieneninfrastruktur für Personen und Güter. Hierfür ist
- 15 es unerlässlich, dass geplante Bahninfrastrukturprojekte finanziell auskömmlich
- 16 ausgestattet und die Planungskapazitäten erhöht werden. Eine Querfinanzierung aus
- 17 zweckfremden Finanztöpfen, wie beispielsweise die Diskussionen um die Finanzierung
- 18 der Kölner Westspange aus Infrastrukturmitteln für das Rheinische Revier, sind
- 19 abzulehnen. Wenn der öffentliche Personennahverkehr eine Alternative zum
- 20 Individualverkehr werden soll, müssen die Fahrpreise bezahlbar und die Verbindungen
- 21 in einer hohen Taktung nutzbar sein.
- 22 Die Planungen neuer Infrastrukturen müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Es ist
- 23 untragbar, dass die Bedarfe von heute erst nach Jahrzehnten realisiert werden können.
- 24 Die Anbindung von industriellen Knotenpunkten über die Schiene muss gewährleistet
- 25 sein.
- 26 Wir fordern die Weiterentwicklung der Binnenschifffahrt. Auf den Wasserstraßen ist
- 27 viel Potenzial, das nicht ausgeschöpft wird. Mit einer 2- oder 3-lagigen
- 28 Containerstauung wäre es möglich, das Wasserstraßennetz zu entlasten und deutlich
- 29 mehr Rohstoffe und Produkte zu transportieren als es bisher der Fall ist. Flüsse, die
- 30 sich für die Binnenschifffahrt eignen, müssen ganzjährig befahrbar sein. Auch die
- 31 Schleusen und Schleusentore müssen instandgesetzt und mit ausreichend Personal

32 ausgestattet werden, damit Wartezeiten verringert werden können.

33 Wir fordern eine Investitionsoffensive für unsere Brücken und Straßen. Neue Straßen  
34 und Brücken müssen gebaut, alte saniert werden. Die aktuelle Situation ist mit Blick  
35 auf die Verkehrssituation auf den Autobahnen und Straßen untragbar. In ganz  
36 Deutschland hat es im Jahr 2019 eine Gesamtstaulänge von 1.423.000 Kilometern  
37 gegeben. Dies liegt einerseits daran, dass die Autobahnen nicht für den heutigen  
38 Bedarf ausgebaut sind. Aufgrund mangelnder Planungs- und Umsetzungskapazitäten und  
39 restriktiver Maßgaben dauert es mehrere Jahre, bis ein Autobahnausbau realisiert wird  
40 – der Bedarf wächst allerdings stetig. Andererseits sind die bestehenden Straßen und  
41 Brücken marode und teilweise nicht befahrbar. Viele Brücken sind derzeit nicht für  
42 den Schwerlasttransport nutzbar. So sind bspw. die Leverkusener Brücke derzeit nicht  
43 für den Schwerlastverkehr nutzbar oder die Hochstraße Nord zwischen Ludwigshafen und  
44 dem Hafen Mannheim aufgrund zusätzlicher Belastung von einer kurzfristigen Sperrung  
45 bedroht. Verkehrskollaps, Umwege und längere Strecken – damit verbunden längere Staus  
46 und höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen – sind die Folge.

47 Mit Blick auf den steigenden Energiebedarf durch die E-Mobilität müssen die  
48 Ladesäulen-Infrastruktur ausgebaut und die Stromnetze auf den Bedarf der Zukunft  
49 angepasst werden, damit E-Mobilität zukunftsfähig ist. Bereits heute steht fest, dass  
50 es mittelfristig einen steigenden Energiebedarf im Mobilitätskontext geben wird. Die  
51 aktuell bestehenden Netze sind aber nicht in der Lage, den zukünftigen Bedarf zu  
52 decken. Damit das möglich ist, müssen Energieerzeugungskapazitäten und Netze sowie  
53 Trassen für den Transport ausgebaut werden. Wenn die Mobilitätswende gelingen soll,  
54 müssen die Systeme von morgen auf die Bedarfe von übermorgen angepasst werden.

55 Wir fordern eine zukunftsgerechte digitale Infrastruktur. Darin mitinbegriffen sind  
56 schnellere Datenleitungen und der Ausbau des 5G-Netzes. Weiße Flecken in der  
57 Versorgung müssen der Vergangenheit angehören. Falls ein eigenwirtschaftlicher Ausbau  
58 der Datennetze nicht möglich ist, muss der Staat entsprechende Fördermechanismen auf  
59 den Weg bringen. Industriegebiete, aber auch Privathaushalte brauchen flächendeckend  
60 schnelles Internet. Wir sehen Staat und Unternehmen in der Pflicht, die Beschäftigten  
61 im Digitalisierungsprozess mitzunehmen. Bereits in der Schule sollen Kinder digitale  
62 Grundkompetenzen vermittelt bekommen. Auch das Thema Cyberkriminalität muss auf die  
63 Agenda, damit Unternehmen vor Industriespionage und Beschäftigte vor den Risiken bei  
64 der Internetnutzung geschützt werden.

65 Wir fordern eine attraktive Schullandschaft für unser Land, damit Chancengleichheit  
66 nicht nur eine leere Worthülse bleibt, sondern gelebt werden kann. Die Qualität der  
67 Lehr- und Lernmittel darf nicht von dem Geldbeutel des Elternhauses abhängen. Schulen  
68 müssen unabhängig von ihrem Standort und der Schulart gleich gute Voraussetzungen für  
69 den Lernerfolg unserer Kinder bieten und Chancen schaffen, damit sie ihre Talente  
70 bestmöglich entfalten können. Moderne Schulgebäude, neue Lehr- und Lernmethoden und  
71 eine hochwertige Infrastruktur, wie zum Beispiel eine Glasfaseranbindung an jede  
72 Schule, sind hierfür Grundvoraussetzungen.

73 Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Nur wenn jetzt die notwendigen Weichen  
74 gestellt werden und entsprechende Infrastruktur geschaffen wird, wird es uns



75   gelingen, diese zu meistern. Leben wir weiterhin von der Substanz, verlieren wir  
76   unsere wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit.

77

78   **Begründung:**

79   Ist im Antragstext enthalten.

80

81   **Ursprung:**

82   Landesbezirksvorstand Nordrhein

## Antrag B047: Netzausbau vorantreiben

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B044
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die zuständigen Gremien der IG BCE werden aufgefordert, sich bei der Landes- und
- 2 Bundesregierung dafür einzusetzen, den Glasfasernetzausbau weiter voranzutreiben und
- 3 somit die Verfügbarkeit von schnellen Datenleitungen mit mindestens 4G
- 4 Datengeschwindigkeit auszubauen.

5

### 6 **Begründung:**

- 7 Durch die Corona Pandemie ist deutlich geworden, wie notwendig die uneingeschränkte
- 8 Verfügbarkeit von Glasfaserleitungen im Bundesgebiet ist. Leider ist dies noch
- 9 lange nicht flächendeckend verfügbar. Im internationalen Vergleich ist Deutschland
- 10 immer noch der Außenseiter. Aktuell gibt es eine LTE-Abdeckung von 65,5 %. Damit
- 11 rangiert Deutschland auf Rang 70 im Vergleich der Volkswirtschaften. Um Deutschland
- 12 als Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort attraktiv bleiben zu lassen, führt
- 13 kein Weg an einem Netzausbau vorbei. Vor allem ländliche Regionen sind von einer
- 14 Versorgung mit 4G-Datenleitungen noch weit entfernt. Nur mit einer
- 15 Verbindungsgeschwindigkeit von mindestens 4G ist eine stabile und schnelle Verbindung
- 16 möglich. Dazu kommt, dass Homeoffice und mobiles Arbeiten sowie Homeschooling und
- 17 digitale Weiterbildungen für die Zukunft nicht mehr wegzudenken sind. Deshalb muss
- 18 die Regierung die Versorgung mit einer verlässlichen und sicheren Datenverbindung
- 19 unabhängig vom Standort für alle Regionen gewährleisten. Nur so kann eine gewisse
- 20 Chancengleichheit hergestellt werden. Dies gilt im Fall der Versorgung mit einer
- 21 stabilen und schnellen Internetverbindung nicht nur im Bezug auf eine Ungleichheit
- 22 durch die soziale Herkunft, sondern auch für die Ungleichheit auf die Herkunft
- 23 zwischen Stadt und Land.

- 24 Durch den Ausbau stabiler Glasfaserleitungen werden strukturschwache Regionen
- 25 attraktiver für Unternehmen. Dies ist die Basis für die Schaffung von neuen
- 26 Arbeitsplätzen.

- 27 Um auch sozial schwachen Familien die gleichen Chancen zu ermöglichen, benötigen wir
- 28 Fördermittel für den Ausbau der Glasfaserleitungen für die Kommunen und Fördermittel
- 29 für die Ausstattung mit flächendeckenden, leistungsstarken Internetverbindungen und
- 30 der notwendigen Hardware sowie den Ausbau von kostenlosen Hotspots in Städten und
- 31 Gemeinden und öffentlichen Netzzugängen. Dafür muss die Bundesregierung den
- 32 Netzausbau schnellstmöglich umsetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine

33 Chancengleichheit für alle Familien, Alleinerziehende sowie Alleinstehende und vor  
34 allem sozial schwachen Personen besteht.

35

36 **Ursprung:**

37 Bezirksfrauenausschuss Mainfranken

## Antrag B048: Modernisierung der Internetinfrastruktur

Laufende Nummer: 326

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass sich die IG BCE mit ihren zuständigen Gremien für den Ausbau des
- 2 Glasfasernetzwerkes und den damit einhergehenden Austausch der veralteten
- 3 Kupferleitungen einsetzt. Parallel dazu soll ein leistungsstarkes und
- 4 flächendeckendes 5G-Netz aufgebaut werden. Für ländliche Regionen sollen
- 5 Satellitennetzwerke in Betracht gezogen werden. Um die dafür notwendigen Technologien
- 6 nicht aus den USA oder China importieren zu müssen und gleichzeitig den
- 7 Industriestandort Deutschland zu stärken, soll die Forschung an digitalen
- 8 Übertragungstechniken in Deutschland und Europa vorangetrieben werden.

9

### 10 Begründung:

- 11 Das Datenaufkommen auf der Welt nimmt Jahr für Jahr massiv zu. In Deutschland betrug
- 12 es im Jahr 2015 etwa 16 Exabyte, was der 2500-fachen Datenmenge aller jemals
- 13 geschriebenen Bücher zusammen entspricht. Im Jahr 2020 hat sich das Datenaufkommen
- 14 auf 72 Exabyte sogar fast verfünffacht.

- 15 Um immer mehr und mehr Daten übertragen zu können, brauchen wir bessere und
- 16 schnellere Übertragungswege. Die aktuell am meisten genutzten Kupferleitungen können
- 17 maximal 50 Mbit/s sicher übertragen. Beträgt die Entfernung zum Verteiler etwa 100 m,
- 18 verringert sich die Übertragungsrate schon deutlich. Mit Technologien wie „Vectoring“
- 19 lassen sich die Übertragungsraten zwar auf bis zu 100 Mbits/s steigern, spätestens
- 20 dann ist aber das Maximum erreicht. Glasfaser auf der anderen Seite kann problemlos 1
- 21 Gbit/s erreichen. Das entspricht der 10- bis 20-fachen Datenübertragungsrate von
- 22 Kupferkabeln. Der Rekord liegt bei knapp über 100 Gbits/s mit einer einzelnen
- 23 Glasfaser. Mittels Multiplextechnologie lassen sich die Übertragungsgeschwindigkeiten
- 24 um das 80- bis 160-fache steigern und das nur bei einer einzelnen Glasfaser! Wenn wir
- 25 solche Übertragungsraten in privaten Haushalten oder an Firmenstandorten haben
- 26 wollen, brauchen wir Glasfaser bis an den Router.

- 27 Um mobil immer mehr Daten übertragen zu können, muss flächendeckend ein schnelleres
- 28 Mobilfunknetz aufgebaut werden und dem aktuellen Standard 5G entsprechen. 5G hat
- 29 gegenüber allen anderen Funkstandards mehrere Vorteile: Zum einen sind die
- 30 Übertragungsraten höher (10 Gbits/s gegenüber 1 Gbit/s) und zum anderen die
- 31 Übertragungszeiten geringer (wenige Millisekunden gegenüber 10 ms). Letztere braucht
- 32 man besonders für das autonome Fahren und andere Hochgeschwindigkeitsanwendungen.

33 5G ist aber nicht nur für das autonome Fahren interessant, sondern auch wichtig für  
34 die Industrie 4.0. Um immer mehr Daten von immer mehr Geräten versenden und empfangen  
35 zu können, kommt man um 5G nicht herum.

36 Abseits von Straßen und Ortschaften machen großflächige 5G-Netze wirtschaftlich wenig  
37 Sinn. Da man dort aber trotzdem nicht auf schnelles Internet verzichten kann, soll es  
38 gleichzeitig auch Satellitennetzwerke geben. Diese sollen wie die Starlink-Satelliten  
39 der Firma SpaceX schnelles Internet unabhängig von Funkmasten anbieten. Um  
40 technologisch nicht vom Ausland abhängig zu sein, soll es Forschung in Deutschland  
41 und der EU geben.

42

43 **Ursprung:**

44 Landesbezirksjugendausschuss Westfalen

## Antrag B049: Branchenjahre in der IG BCE ausrufen

Laufende Nummer: 278

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen/Thüringen
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Weiterleitung an Hauptvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die IG BCE auch ihre kleineren Branchen stärker repräsentiert. Hierzu sollen
- 2 einzelne Jahre für spezielle, nicht so mitgliederstarke Branchen ausgerufen werden.

3

4 **Beispiel:**

5 2021 Leder

6 2022 Grobkeramik

7 2023 Feinkeramik usw.

8

9 **Begründung:**

- 10 Entsprechend dem Motto im Jahr sollen Aktionen erfolgen, um diese Branchen bekannter
- 11 zu machen. Hierbei wird dann in den einzelnen Jahren immer wieder auf die Branche in
- 12 allen internen und externen Medien hingewiesen. Es muss nicht immer wie 2018 mit dem
- 13 Kohleausstieg sein. Eine Möglichkeit wäre, dass einzelne Landesbezirke federführend
- 14 für eine Branche werben, einhergehend mit dem Wunsch, hier neue Mitglieder zu
- 15 gewinnen.

16

17 **Ursprung:**

18 Vertrauensleute der Röhm GmbH

## Antrag B050: Forschung und Innovation in der Feuerfest- und Säureschutzindustrie aktiv gestalten

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz/ Saarland
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Die IG BCE soll sich gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und der Politik für den  
2 Erhalt bzw. Ausbau der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen  
3 einsetzen, die für den Erhalt einer zukunftsfähigen Feuerfest- und  
4 Säureschutzindustrie in Deutschland nötig sind, damit diese im globalen Wettbewerb  
5 konkurrenzfähig bleibt. Dazu zählen insbesondere mehr Investitionen in die Forschung  
6 und Innovationsförderung der Feuerfest- und Säureschutzindustrie, die unter anderem  
7 die Nutzung von grünem Wasserstoff als alternativem Brennstoff für die Produktion zum  
8 Ziel hat.

9 Die IG BCE soll sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung dafür einsetzen, dass  
10 Gründungen und der Ausbau von Innovationsclustern in den betroffenen Regionen  
11 unterstützt werden, damit kleinere und mittelständische Unternehmen in der Feuerfest-  
12 und Säureschutzindustrie anschlussfähig bleiben und damit die Arbeitsplätze  
13 langfristig gesichert werden.

14

### 15 **Begründung:**

16 Der immer schneller werdende Wandlungsprozess in den Unternehmen stellt für große  
17 Teile der Unternehmen eine enorme Herausforderung dar. Die Corona-Pandemie hat diese  
18 Situation drastisch verschärft und wirkt als zusätzlicher Treiber der  
19 Veränderungsprozesse. Es gilt nun, die richtigen Weichen zu stellen, damit  
20 Unternehmen die Chancen der Transformation nutzen können. Forschung und Innovationen  
21 sind der Schlüssel für internationale Wettbewerbsfähigkeit und sichere Arbeitsplätze  
22 in der Feuerfest- und Säureschutzindustrie. Diese Industrie im Bereich der Keramik  
23 ist eine Zukunftsbranche mit hohem Entwicklungspotenzial und spielt eine zentrale  
24 Rolle in der Stahlproduktion, der Zementindustrie oder der Glasindustrie. Jedoch ist  
25 die deutsche Feuerfest- und Säureschutzindustrie von kleineren und mittelständischen  
26 Unternehmen geprägt. Diese haben selten die Kapazitäten für Grundlagenforschung oder  
27 eine Rechts- und Patentabteilung. Gleichzeitig haben diese Unternehmen auch nur  
28 begrenzte Personal- und Finanzressourcen und keine Erfahrungen in der Durchführung  
29 von Vorlaufforschung als systematisches, strategisches Tool der Unternehmensführung.  
30 Daher scheuen sie auch die längerfristige Bearbeitung von komplexen Innovationen, da

31 diese auch längerfristige Investitionen mit unbekanntem Ausgang erfordern. Aus diesem  
32 Grund sehen wir es als wichtig an, dass sich die IG BCE weiterhin für eine stärkere  
33 Forschungs- und Innovationsförderung in der Feuerfest-Keramik durch die Landes- und  
34 Bundesregierung einsetzt.

35

36 **Ursprung:**

37 Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland



## Antrag B051: Für eine nachhaltige papiererzeugende Industrie als Zukunftsmodell für konkurrenzfähige Produkte und sichere Arbeitsplätze

Laufende Nummer: 230

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Papiererzeugung
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • dass die IG BCE sich mit Vertreter\*innen der Wirtschaftsverbände, der Politik  
2 und Wissenschaft, für die Initiierung eines Papier-Branchendialogs einsetzt. Mit  
3 dem Ziel, die papiererzeugende Industrie zu einer ressourcenschonenden und  
4 innovativen Branche zu entwickeln;  
5
- 6 • dass die IG BCE darauf hinwirkt, dass die Politik eine zukunftssichere  
7 Energiepolitik und faire Ausgestaltung des Emissionshandels auf nationaler und  
8 europäischer Ebene umsetzt;  
9
- 10 • dass die IG BCE ihren politischen Einfluss geltend macht, damit die  
11 Biomassekraftwerke der Zellstoffindustrie die Abgabe der Zellstoffherstellung  
12 zur Stromerzeugung einsetzen, eine geeignete Anschlussförderung erhalten oder  
13 wieder in die Biomasseverordnung aufgenommen werden. Die stoffliche Verwertung  
14 von Holz ist der thermischen Verwertung vorzuziehen. Bestehende  
15 Förderinstrumente zur thermischen Verwertung sollen überprüft werden. Zudem  
16 sollen Forschungsvorhaben unterstützt werden, die u.a. den Einsatz von Lignin  
17 als kosteneffiziente und nachhaltige Bio-Carbonfaser zur Anwendung bringen;  
18
- 19 • dass die IG BCE sich für den Abbau von investitionshemmenden beihilferechtlichen  
20 Einschränkungen einsetzt, um somit einfache und effiziente Genehmigungsverfahren  
21 für schnelle klimafreundliche Investitionen zu erreichen;  
22
- 23 • dass die IG BCE die Papierindustrie dabei unterstützt, dass diese infolge von  
24 globaler/nationaler Pandemie und Katastrophen als systemrelevant eingestuft  
25 wird;  
26
- 27 • dass die IG BCE ihren politischen Einfluss nutzt, damit bessere  
28 Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung umgesetzt werden. Ziel dieser

Forderung ist es, innovative und ganzheitliche nachhaltige Lösungsansätze für die deutsche Papierproduktion zu erarbeiten und zu fördern:

- Hierzu unterstützt die IG BCE aktiv das Projekt „Modellfabrik Papier“,
- die Schaffung eines belastbaren Energie- und Ökosystems für erneuerbare Primärenergieträger und deren Speicherung,
- die Minimierung der Rohstoff- und Energieverluste durch weitestgehende Kreislaufschließung beim Einsatz von Wasser, Rohstoffen, elektrischer Energie, Dampf und den Produkten selbst.

#### **Begründung:**

Seit mehreren Jahren sieht sich die Papierindustrie aufgrund der strukturell bedingt veränderten Nachfrageentwicklung im Wandel. Nun wird die Branche konfrontiert mit dem in Gesellschaft und Politik fest verankerten Umweltgedanken. Dies stellt jede Papierfabrik vor mehrere Herausforderungen. So gilt es, nicht nur ein als ökologisch wahrgenommenes Papier herzustellen oder etwa vor dem Hintergrund der Plastik-Debatte (Einwegplastik) funktionierende Kunststoffsubstitute anzubieten. Darüber hinaus wird von der Papierindustrie erwartet, ihre Produkte klimaneutral zu gestalten. Insbesondere vor dem Hintergrund der beschlossenen Klimaneutralität bis 2050.

Ausgehend von der Technologie und dem Umweltstandard zeigen, dass die Papierindustrie als Anbieter nachhaltiger Produkte ein integrierter Bestandteil einer nachhaltigen Wirtschaft ist und sich weiterentwickelt. Die Nachhaltigkeit der Papierprodukte wird durch die Nachhaltigkeit der Prozesse während des gesamten Lebenszyklus der Produkte bestimmt, von der Rohstoffproduktion bis zur Entsorgung und Weiterverwertung genutzter Papierprodukte. Diese - hinsichtlich des Abwasseranfalls - nahezu geschlossenen Prozesse werden in der Zukunft vor allem im Bezug auf Energiebedarf, CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Energieträgern, Wertschöpfung und Anzahl der Mitarbeiter\*innen bewertet werden.

Die Nutzung erneuerbarer Rohstoffe für das Produkt und die Energieerzeugung ist eine der großen Herausforderungen der heutigen Zeit. Daher hat die Zellstoff-, Holzstoff- und Papierproduktion zusammen mit der Holzverarbeitenden Industrie aufgrund des großen Einsatzes erneuerbarer Rohstoffe auch zukünftig eine bedeutende Rolle.

Eine stärkere Kreislaufwirtschaft hat vor allem branchenübergreifend große Potenziale. Die Papier-Recyclingquote in Deutschland liegt bei ca. 78 Prozent, der europäische Durchschnitt bei 72,6 Prozent. Die Wiederverwertung des Altpapiers zum neuen Papierprodukt ist ein Weg der Kreislaufwirtschaft. Die Weiterverwertung von Produkten aus Altpapier und aus der Papierproduktion lässt sich verlängern und mit anderen Branchen verknüpfen. Beispielsweise können Lignin und Rohstoffe des Altpapierrecyclings, die zumeist verbrannt werden, in Zukunft als Rohstoff für die chemische Industrie interessant werden.

71

72 Zusammenfassend hat sich bislang in den grundlegenden Kernprozessen der  
73 Papierindustrie wenig geändert.

74 Lange und kurze Zellstofffasern in unterschiedlichem Mischungsverhältnis werden nach  
75 wie vor mit Wasser zu einem Brei verkocht und danach durch Entwässern, Mangeln,  
76 Pressen und die Beimengung von Leim zu Papier verarbeitet. Diese Prozesse wurden  
77 verfeinert und Wasser und Energie werden effizienter eingesetzt. Aber obwohl die  
78 technischen Potenziale zur Prozessoptimierung und Effizienz in bestehenden  
79 Anlagenparks und mit den vorhandenen Produktpaletten noch nicht ganz ausgeschöpft  
80 sind, werden Maßnahmen der Optimierung und der inkrementellen Anpassung aller  
81 Voraussicht nach nicht ganz ausreichen, um bis 2050 die Branche klimaneutral zu  
82 machen. Die Papierindustrie muss deswegen auch die Innovationen in ihren  
83 Kernprozessen und im Anlagenpark beschleunigen und ihre Produktpaletten erweitern, um  
84 in breiteren „industriellen Ökosystemen“ zu den gesellschaftlichen  
85 Nachhaltigkeitszielen beizutragen.

86

87 Die Papierindustrie ist jedoch auch kapitalintensiv und hat lange Investitionszyklen.  
88 Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, wie weit neue Lösungen von der heutigen  
89 Produktionsbasis abweichen dürfen, damit die Unternehmen nicht wirtschaftlich  
90 überfordert werden. Gleichzeitig ziehen steigende Energie- und CO<sub>2</sub>-Kosten erhebliche  
91 Mittel ab, die für Investitionen in klimaneutrale Produktionstechniken fehlen.

92

93 Die Tatsache, dass Papier mehrfach im Kreislauf wiederverwendet werden kann und  
94 überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffen besteht, macht die besondere Bedeutung der  
95 Papierbranche für die nachhaltige Bioökonomie deutlich.

96

97 Die rasanten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Veränderungen  
98 der vergangenen Jahre und Jahrzehnte stellen für die betriebliche Mitbestimmung und  
99 die Beschäftigten eine Chance und zugleich eine Herausforderung dar. Eine nachhaltige  
100 Papierindustrie erfordert, dass sich zum einen die betriebliche Mitbestimmung an die  
101 sich verändernde Beschäftigungsstruktur anpasst und einen gerechten Übergang für die  
102 Arbeitnehmer\*innen gewährleistet. Diese Situation erfordert eine Stärkung der  
103 sozialen Dimension und eine Erweiterung der Arbeitnehmer\*innenbeteiligung in  
104 wirtschaftlichen Fragen. Insbesondere in Zeiten des tiefgreifenden wirtschaftlichen  
105 und technologisch nachhaltigen Wandels wird es notwendig sein, Übergänge zu schaffen,  
106 z. B. durch das Lernen am Arbeitsplatz, die Validierung von formalem und informellem  
107 Lernen und die Entwicklung von Möglichkeiten, ältere Beschäftigte am Arbeitsplatz zu  
108 halten.

109

110 Durch die Einbeziehung der Betriebsräte in allen Phasen kann sichergestellt werden,  
111 dass die grüne und digitale Wirtschaft gemeinsam mit den Arbeitnehmer\*innen  
112 geschaffen und von ihnen mitgestaltet wird, anstatt von oben verordnet zu werden.

113 Arbeitnehmer\*innenmitbestimmung von der Arbeitsplatzebene bis zu strategischen  
114 Entscheidungsprozessen ist eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Übergang  
115 hin zu einer nachhaltigen, wissensbasierten, ressourceneffizienten und  
116 leistungsstarken Industrie. Industrielle Erneuerung und eine florierende Industrie  
117 sind nur auf der Grundlage hochwertiger Arbeitsplätze und eines konstruktiven  
118 sozialen Dialogs auf allen Ebenen möglich.

119

120 **Ursprung:**

121 IGA Papier

## Antrag B052: Die pharmazeutische Industrie zu einer am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichteten Zukunftsindustrie entwickeln

Laufende Nummer: 289

Antragsteller*in:	Hauptvorstand
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 1. Die IG BCE soll sich für eine aktivere Industriepolitik engagieren, die die  
2 Transformationsprozesse in der pharmazeutischen Industrie in den Blick nimmt und  
3 deren Auswirkungen auf Arbeit und Beschäftigung im Sinne der Menschen gestaltet.
- 4 2. Hierzu soll die IG BCE ein Handlungskonzept entwickeln, wie die mit diesen  
5 Veränderungen verbundenen Chancen genutzt werden können, um die pharmazeutische  
6 Industrie zu einer Leitindustrie aufzubauen, die für qualitatives Wachstum,  
7 Wohlstand und Beschäftigung steht.
- 8 3. Um das zu erreichen, soll das Handlungskonzept einen besonderen Schwerpunkt auf  
9 Ideen zur Förderung der medizinischen Biotechnologie legen.
- 10 4. Die IG BCE soll in ihrem Handlungskonzept für die pharmazeutische Industrie  
11 Nachhaltigkeit als zentrales Prinzip ihres politischen Handelns verankern.
- 12 5. Als erste praktische Anwendungsfälle innerhalb dieser Nachhaltigkeitsstrategie  
13 für die pharmazeutische Industrie sollen Konzepte zur Stärkung der  
14 pharmazeutischen Lieferketten, moderne Ansätze staatlicher Innovationsförderung  
15 und Instrumente zur Entwicklung von Zukunftstechnologien entwickelt werden.
- 16 6. Aus ihrer besonderen gewerkschaftlichen Verantwortung für die Arbeitnehmer\*innen  
17 in der pharmazeutischen Industrie soll die IG BCE in ihrer  
18 Nachhaltigkeitsstrategie Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Bedingungen  
19 für Beschäftigte in den Zulieferer- und dienstleistungsnahen Segmenten der  
20 Branche entwickeln. Gleichzeitig soll die Strategie Antworten auf die Frage  
21 formulieren, wie der demografische Wandel so bewältigt werden kann, dass  
22 qualifizierte Fachkräfte zur tragenden Säule des Fortschritts und zur  
23 Weiterentwicklung der pharmazeutischen Industrie in Richtung einer nachhaltigen  
24 Leitindustrie werden.

25

### 26 Begründung:

- 27 1. Die pharmazeutische Industrie gehört zu den wenigen noch wachsenden Branchen in  
28 Deutschland. Darüber hinaus spielt sie eine zentrale Rolle für das Funktionieren  
29 von Wirtschaft und Gesellschaft, wie die Corona-Pandemie sehr deutlich gezeigt

30 hat.

31

32 2. Auch die pharmazeutische Industrie befindet sich – getrieben durch Megatrends  
33 wie Digitalisierung, neue Technologien und Demografie – im Umbruch. Dabei bietet  
34 diese Transformation für die pharmazeutische Industrie anders als für viele  
35 andere Branchen aller Voraussicht nach mehr Chancen als Risiken. Beispielsweise  
36 eröffnet die Digitalisierung der pharmazeutischen Industrie Raum für neue  
37 Geschäftsmodelle, die wiederum großes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung  
38 sowie eine verbesserte Gesundheitsversorgung bergen. Die intelligente Nutzung  
39 und Vernetzung von Daten (Big Data), innovative Ansätze für Forschung und  
40 Entwicklung und eine datengestützte Patient\*innenversorgung (E-Health) können  
41 außerdem die Effizienz des Gesundheitssystems steigern.

42

43 3. Flankiert durch die Digitalisierung entstehen neue Technologien, vor allem in  
44 der medizinischen Biotechnologie. Sie hat bereits bahnbrechende Innovationen wie  
45 genbasierte Corona-Impfstoffe hervorgebracht. Als Hoffnungsträger gelten die  
46 neuen Technologien auch bei der Bekämpfung großer Volkskrankheiten, wie Krebs-  
47 und Demenz.

48 Die hier versammelten Chancen für Unternehmen, Beschäftigung und die Gesellschaft  
49 könnten die pharmazeutische Industrie zu einer Leitindustrie machen, wenn es gelingt,  
50 diese Potenziale zu heben. Ein solcher Erfolg könnte eine positive Ausstrahlungswirkung  
51 über die Pharma-Industrie hinaus auf andere Branchen entfalten.

52

53 4. Da die Gesundheitswirtschaft und die pharmazeutische Industrie als ihr  
54 industrieller Kern zu den am stärksten regulierten Sektoren gehören, hängt es  
55 maßgeblich von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen ab, ob die Potenziale  
56 der Branche gehoben werden können. Hinzu kommt, dass sich der Gesundheitssektor  
57 durch stark gegenläufige Interessen auszeichnet. Daher wird es entscheidend  
58 sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sie die Potenziale freisetzen und  
59 dabei für eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen der beteiligten  
60 Parteien – Unternehmen, Beschäftigten sowie Umwelt und Gesellschaft – sorgen  
61 können.

62 Dieses Ziel verfolgt auch das dreidimensionale Konzept der Nachhaltigkeit, das  
63 wirtschaftliche, soziale und ökologische Interessen als gleichberechtigt versteht und  
64 in Einklang zu bringen versucht. Ein solches Verständnis von Nachhaltigkeit muss als  
65 entscheidungs- und handlungsleitendes Prinzip auch in der pharmazeutischen Industrie  
66 verankert werden, wenn die Transformation gelingen soll. An der Verwirklichung einer  
67 so verstandenen Nachhaltigkeit soll auch die IG BCE den Erfolg ihrer politischen  
68 Arbeit in der pharmazeutischen Industrie ausrichten und messen.

69

70 5. Es geht darum, dass die IG BCE für eine Politik eintritt, die nachhaltige  
71 Ansätze und Aktivitäten in allen Teilen der pharmazeutischen Wertschöpfungskette

72 – von der Forschung und Entwicklung über die Produktion bis hin zur Entsorgung  
73 eines Wirkstoffs – fördert und Prozesse ressourcenschonender, sozialer und  
74 wirtschaftlicher gestaltet.

75 Ein konkretes Ziel einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik in der pharma-  
76 zeutischen Industrie ist es, allen Menschen weltweit Zugang zu der bestmöglichen  
77 Gesundheitsversorgung zu ermöglichen – und zwar jetzigen und künftigen Generationen.

78 Dazu müssen die Konzepte staatlicher Forschungsförderung überarbeitet werden, z. B.  
79 in der Weise, dass Ressourcenschonung als Förderkriterium Voraussetzung für die  
80 Mittelvergabe ist und außerdem an die Einhaltung sozialer Standards (Mitbestimmung  
81 und Tarifbindung) geknüpft wird.

82 Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Corona-Pandemie braucht es die Stärkung  
83 der schwachen Elemente in der pharmazeutischen Lieferkette als weiteren Schritt in  
84 Richtung einer nachhaltigeren pharmazeutischen Industrie – um die Kette insgesamt  
85 robuster und widerstandsfähiger zu machen und dadurch Versorgungs- und Lieferengpässe  
86 zu verhindern. Daher gilt es, entsprechende Konzepte zu entwickeln, die die Vielfalt  
87 der Lieferungs- und Leistungsbeziehungen fördern, statt durch eine rein  
88 kostengetriebene Gesundheitspolitik die Tendenz zu Konzentration und Monopolisierung  
89 der Anbieterstrukturen zu verstärken. Gleichzeitig bestünde eine wichtige soziale  
90 Dimension dieses Handlungsfeldes darin, Kooperationen zwischen den Ländern der  
91 Europäischen Union bei der Arzneimittelentwicklung und -verteilung zu unterstützen  
92 und auszuweiten.

93

94 6. Als Interessenvertretung der Beschäftigten in der pharmazeutischen Industrie hat  
95 die IG BCE den besonderen Handlungsauftrag, dafür zu sorgen, dass die  
96 Entwicklung, Herstellung und Verteilung von Arzneimitteln unter guten Arbeits-  
97 und Sozialstandards erfolgt, also nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

98 Unter den gegebenen Verhältnissen muss die soziale Dimension einer  
99 Nachhaltigkeitsstrategie für die pharmazeutische Industrie aktuell zwei besondere  
100 Stoßrichtungen verfolgen: die Abfederung von Folgen der demografischen Entwicklung  
101 und die Eingrenzung einer beginnenden Prekarisierung außerhalb der pharmazeutischen  
102 „Kern-Bereiche“.

103 Das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der in Deutschland ansässigen  
104 pharmazeutischen Industrie beträgt rd. 45 Jahre, und schon heute besteht in mehreren  
105 Berufen ein Fachkräftemangel, der sich durch die demografische Entwicklung absehbar  
106 weiter verschärfen wird. Ohne aktives Gegensteuern könnte also der Mensch zum  
107 Engpassfaktor werden und die an sich positiven Zukunftsperspektiven der Branche  
108 limitieren.

109 Daher muss sich die IG BCE einerseits dafür einsetzen, dass die Kompetenzen älterer  
110 Beschäftigter durch Fortbildung an die veränderten Anforderungen angepasst werden und  
111 diese Beschäftigten bis zum Eintritt in die Rente arbeitsfähig gehalten werden.  
112 Gleichzeitig müssen bezogen auf die nachfolgenden jüngeren Generationen Berufsbilder  
113 und Lehrpläne in der dualen Ausbildung angepasst und ein größerer Anteil der

114 Schulabgänger\*innen für MINT-Studiengänge gewonnen werden. Aufgabe der IG BCE ist es,  
115 hier ihr Know-how in den Betrieben einzubringen, z. B. bei der Gestaltung einer  
116 vorausschauenden Personalplanung mit Hilfe von Demografie-Analyse, bei der  
117 Entwicklung von Qualifizierungsinitiativen, der Anpassung von Berufsbildern und  
118 Kompetenzprofilen an Digitalisierung und neue Technologien, aber auch bei der  
119 Entwicklung von Auffanglösungen für nicht transformierbare Arbeitsplätze. Das  
120 betrifft beispielsweise Teile des Pharma-Außendienstes, bei dem u. a. durch  
121 Digitalisierung und veränderte Bedarfe der Ärzt\*innen Personalkapazitäten eingespart  
122 werden.

123 Der Pharma-Außendienst gehört außerdem zu einer Gruppe von Beschäftigten in der  
124 pharmazeutischen Industrie, deren Arbeitsverhältnisse unsicherer sind als in der  
125 übrigen Branche. Ursache dafür sind Tendenzen wie Outsourcing und Leiharbeit, die  
126 neben dem Pharma-Außendienst auch die Pharma-Zuliefer-Industrie betrifft. Denn rund  
127 um die hochprofitablen forschenden Pharma-Unternehmen haben sich Arbeits- und  
128 Beschäftigungsverhältnisse mit z. T. deutlich schlechteren sozialen Bedingungen  
129 etabliert als in der „Kern-Industrie“.

130 So bekommen z. B. Lohnfertiger, logistiknahe Dienstleister und Labore, aber auch der  
131 kostengetriebene Generika-Sektor sehr viel stärker und direkter die Folgen der  
132 Sparpolitik im deutschen Gesundheitswesen zu spüren – und geben ihn an ihre  
133 Beschäftigten weiter. Diese Rahmenbedingungen schlagen sich dort in einer  
134 schlechteren Bezahlung, unsicheren und z. T. auch prekären Arbeitsverhältnissen durch  
135 ständig drohende Standort-Verlagerungen in Billig-Lokationen (China, Indien) nieder.

136 Aufgabe und Auftrag im Rahmen der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die  
137 pharmazeutische Industrie muss es daher sein, auch an diesen „Rändern“ der Branche  
138 für die Angleichung der Arbeits- und Sozialstandards zu sorgen und die  
139 Erfolgsgeschichte der pharmazeutischen Industrie insgesamt nicht auf dem Rücken und  
140 um den Preis einer Schlechterstellung dieser Beschäftigtengruppen fortzuschreiben.

141

142 **Ursprung:**

143 Hauptvorstand



## Antrag B053: IG BCE - die Pharmagewerkschaft

Laufende Nummer: 113

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B052
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE muss sich als Pharmagewerkschaft präsentieren und dabei aufzeigen, wie sie
- 2 die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Branche als auch die
- 3 Interessen der Pharmaindustrie vertritt, und diese Anstrengung weiter ausbauen.

4

### 5 1. Interessenvertretung der Belegschaften

- 6 Eine Kernaktivität der IG BCE muss die Standort- und Beschäftigungssicherung sein in
- 7 einer Branche, die sich immer stärker global ausrichtet und äußerst dynamisch ist.
- 8 Gute Tarifverträge, die Unterstützung von Betriebsräten und Vertrauensleuten, aber
- 9 auch die individuelle Beratung von Beschäftigten der Pharmaindustrie können hier
- 10 Ansatzpunkte sein. Ein besonderes Augenmerk muss hier auch den Bedürfnissen der
- 11 Beschäftigten in einer sich wandelnden VUCA-Welt eingeräumt werden. Die
- 12 Herausforderungen der Digitalisierung, Flexibilisierung, Entgrenzung von Arbeitszeit
- 13 und Arbeitsort und immer höherem Leistungsdruck mit Hilfe von Tarifverträgen und
- 14 betrieblichen Regelungen zu meistern und zu managen, ist und wird auch weiterhin eine
- 15 wichtige Aufgabe der IG BCE sein. Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und
- 16 persönliche Wert von Ausbildung sowie die duale Ausbildung im Besonderen müssen
- 17 darüber hinaus stärker in den Mittelpunkt gerückt und beworben werden, z. B. an
- 18 Schulen, aber auch von den Sozialpartnern. Neben der Stärkung von Forschung und
- 19 Entwicklung ist es gerade der Fachkräftemangel und damit verbunden eine Verbesserung
- 20 der Attraktivität (dualer) Ausbildung, die die IG BCE mit ihrer politischen Arbeit
- 21 erreichen kann.
- 22 Wenn die IG BCE in den Debatten um gute Arbeitsbedingungen, Ausbildung oder Forschung
- 23 eine Rolle spielen will, muss sie die unterschiedlichen Interessen von Beschäftigten
- 24 bzw. Beitragszahler\*innen auf der einen Seite und den übrigen Akteur\*innen im
- 25 Gesundheitssystem (Unternehmen, Kostenträger, Regulatoren, Ärzt\*innen/Fachschaften,
- 26 Apotheken, usw.) stärker berücksichtigen und vertreten.

27

### 28 2. Interessenvertretung der Industrie

- 29 Mit der Vertretung der Interessen der Beschäftigten einher geht natürlich auch die
- 30 Interessensarbeit für die Pharmabranche. Die IG BCE setzt sich für einen breiten
- 31 Ansatz zur Sicherung der Arzneimittelversorgung in Deutschland und Europa ein, um
- 32 die Risiken einseitiger Abhängigkeiten zu verringern. Im Bereich der

33 Krankheitsbekämpfung bedarf es hier aufgrund der Corona-Erfahrungen auch besserer  
34 Vorbereitungen auf nationaler und internationaler Ebene, weil davon auszugehen ist,  
35 dass es auch in Zukunft weitere Pandemiesituationen geben wird. Daher gilt es den  
36 Standort Deutschland, aber darüber hinaus insbesondere auch den europäischen Standort  
37 zu stärken, um globale Abhängigkeiten und Interdependenzen abzumildern bzw. Lösungen  
38 zu finden. Als Pharmagewerkschaft muss sich die IG BCE hier für langfristige,  
39 transparente und flächendeckende Strategien zur Gesundheits- und  
40 Arzneimittelversorgung einsetzen. Der Staat sollte hier die Rahmenbedingungen für  
41 eine profitable Pharmaindustrie einerseits und ein funktionierendes und öffentlich  
42 zugängliches Gesundheitssystem andererseits setzen. Durch eine ausgleichende Politik  
43 zwischen den unternehmerischen und öffentlichen Interessen kann hier viel erreicht  
44 werden, wobei auch mitunter nationale oder europäische protektionistische Ansätze  
45 mitgedacht werden müssen. Die IG BCE hat hier die wichtige Aufgabe, als bedeutendste  
46 Interessenvertretung der Arbeitnehmer\*innen der Pharmabranche entschlossen  
47 aufzutreten und sich für einen starken und sozialen Pharmastandort Deutschland bzw.  
48 Europa einzusetzen.

49 Die Corona-Krise hat hier erneut unterstrichen, dass es ohne eine koordinierte und  
50 vertiefte europäische Zusammenarbeit nicht gehen kann. Starke europäische  
51 Lieferketten und eine Verbreiterung des Angebots von Arzneimitteln innerhalb der EU  
52 können hier Abhilfe verschaffen und Risiken bei der Bekämpfung von Gesundheits- oder  
53 Versorgungsproblemen minimieren. Auch ein (Wieder-)Aufbau von Forschungs- und  
54 Produktionsbereichen wäre hier angesichts zunehmender internationaler  
55 Handelskonflikte auf europäischem Boden ratsam, beispielsweise im Bereich der  
56 Antibiotika. Überhaupt muss sich die IG BCE als Pharmagewerkschaft auch für eine  
57 Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland bzw. Europa sowie einen öffentlichen  
58 Diskurs über den Wert und die Bedeutung von Ausbildung einsetzen. Darüber hinaus muss  
59 die IG BCE auch für bessere soziale Standards und gute Arbeitsbedingungen innerhalb  
60 der EU eintreten, ohne die Bedeutung internationaler Arbeitsteilung außer Acht zu  
61 lassen. Gerade auf internationaler Ebene ist es hier wichtig, sich für die  
62 Angleichung marktwirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen zu engagieren.

63

### 64 3. Instrumente

65 Sowohl personell als auch inhaltlich muss sich die IG BCE hier stärker mit den  
66 Entwicklungen der Pharmabranche auseinandersetzen. Neben einem intensiveren Fokus auf  
67 die öffentliche Wahrnehmung als Pharmagewerkschaft, gerade bei den Beschäftigten und  
68 in der Politik, ist es wichtig, durch eine personelle Verstärkung (Projekt- bzw.  
69 Pharmasekretär\*innen) die (internationalen) Netzwerke zu verdichten und zeitgleich  
70 die aktuellen Entwicklungen in der dynamischen Branche im Blick zu behalten. Hier  
71 muss die Kooperation zwischen den verschiedenen internen Organisationseinheiten, aber  
72 auch zu den Funktionär\*innen und den betrieblichen Gremien und nicht zuletzt auch in  
73 die Politik und zu den Sozialpartnern weiter ausgebaut und intensiviert werden. Die  
74 IG BCE darf dabei nicht nur die Gewerkschaft der Großbetriebe sein, sondern muss eben  
75 gezielt in die „Fläche“ gehen und die weißen Flecken der Pharmabranche (Biotech,  
76 Lohnhersteller, Labordienstleister etc.) Stück für Stück weniger werden lassen.

Durch erfolgreiche Tarifpolitik, aber auch Industriepolitik ist es der IG BCE bereits heute gelungen, beispielsweise durch den Tarifvertrag Moderne Arbeitswelt eine Gestaltungsmacht und ein prägender Akteur im Pharmabereich zu sein. Ein Defizit ist hier eindeutig, dass diese Erfolge oft nicht mit der Organisation verbunden werden und es nicht gelingt, dies an die Belegschaften und insbesondere die Mitglieder zu vermitteln. Hier ist es besonders wichtig, die PR-Strategien zu überarbeiten und die Aktivitäten in den klassischen und neuen Medien zu verstärken.

Damit kann es der IG BCE gelingen, zukünftig noch stärker als Handlungs- und Gestaltungsmacht im Pharmabereich wahrgenommen zu werden, was wiederum positive Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung haben kann.

Der IG BCE-Bezirk München als größter Pharmabezirk in der IG BCE, sieht sich hier als Pionierbezirk und hat verschiedene Ansätze, um die Pharmabranche stärker zu erschließen und die Wahrnehmung der Organisation in diesem Sektor zu erhöhen.

#### **Begründung:**

Die IG BCE hat sich in den letzten zehn Jahren stark in die industriepolitischen Debatten zum Erhalt und Ausbau des Pharmastandortes Deutschland eingebracht. Als eigenständige Kraft mit starken gewerkschaftspolitischen Akzenten und modernen industrie- und gesundheitspolitischen Standpunkten ist sie dabei in der breiten Öffentlichkeit, aber auch in ihrer eigenen Mitgliedschaft kaum aufgetreten und dementsprechend auch wenig wahrgenommen worden: Viele Beschäftigte in der Pharmaindustrie und darüber hinaus kennen die IG BCE nicht.

Um das zu ändern, muss die IG BCE auch dadurch sichtbarer werden, dass sie in den industriepolitischen Debatten klare und von anderen Interessenvertreter\*innen und Lobbyist\*innen – insbesondere von den Unternehmen – unterscheidbare Positionen mit einem eigenen Profil vertritt. Dabei muss die Organisation ihre eigenen Standpunkte stärker zuspitzen und sich im Konfliktfall selbstbewusst parteiisch auf Seiten der Beschäftigten positionieren – im Konfliktfall insbesondere auch gegen die pharmazeutischen Unternehmen. Erst durch klare Abgrenzung wird sie sichtbar.

Das Unterscheidungsmerkmal einer Gewerkschaft ist, dass sie keine eigenen Profitinteressen vertritt, sondern ihre Forderungen aus dem Mandat ableitet, das ihr ihre Mitglieder erteilt haben.

Das ist in mehrfacher Hinsicht herausfordernd und nicht einfach umzusetzen, da eine solche „Scharnierfunktion“ Rollenkonflikte produziert: Wer in der Auseinandersetzung mit den Vertreter\*innen der Gesundheits- und Wirtschaftspolitik an der Seite der Unternehmen auftritt, wird zwar vom Sozialpartner als nützlich geschätzt, ist als eigenständiger Akteur für die Beschäftigten dadurch aber nicht wahrnehmbar und im Konfliktfall als Vertretung von Beschäftigteninteressen auch nicht glaubwürdig.

Wer in der politischen Auseinandersetzung seine Interessen durchsetzen will, muss aktuelle Debatten aufgreifen, dabei seine spezifische Position klarmachen und diese dann auch konsequent und vernehmbar vertreten. Das bedeutet, dass die IG BCE als Gewerkschaft ihre politischen Positionen aus dem Blickwinkel von Arbeit und

119 Beschäftigung ableiten, sich also gezielt (und möglichst nur) zu denjenigen Themen  
120 positionieren sollte, wo die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen als abhängig  
121 Beschäftigte in der pharmazeutischen Industrie und als Beitragszahler\*innen bzw. als  
122 Versicherte berührt sind.

123 Nur wenn sich die IG BCE stärker und eindeutiger positioniert, die Interessen  
124 entschlossen wahrnimmt, ihre Erfolge auch öffentlichkeitswirksam darstellt und sich  
125 auf die Themen der Zukunft der Pharmabranche konzentriert, kann sie langfristig als  
126 Pharmagewerkschaft Erfolg haben.

127

128 **Ursprung:**

129 Bezirksvorstand München

## Antrag B054: Die pharmazeutische Industrie wieder zu einer führenden, an Nachhaltigkeit ausgerichteten Branche in Deutschland und Europa machen

Laufende Nummer: 477

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B052
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 1. Corona-Pandemie als Initial für eine aktivere Industriepolitik: Die  
2 pharmazeutische Industrie ist Teil der strategischen Infrastruktur in  
3 Deutschland. Das hat die Corona-Pandemie sehr deutlich gezeigt. Die IG BCE  
4 fordert die Bundesregierung daher auf, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen,  
5 dass die Pharmaindustrie in Deutschland ihren größtmöglichen Beitrag zu  
6 Wohlstand, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung leisten kann. Das Zielbild  
7 muss eine breit aufgestellte pharmazeutische Industrie mit stabilen  
8 Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa sein, die für qualitatives  
9 Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung sorgt.
- 10 2. Mit aktiver Industriepolitik P. zu einer Leitbranche mit Biotec-Schwerpunkt  
11 weiterentwickeln: Die Bundesregierung soll den Pharmastandort Deutschland durch  
12 aktive Industriepolitik in Richtung einer Leitbranche weiterentwickeln. Dazu  
13 gehört, dass sie ein Handlungskonzept entwickelt, wie die ebenfalls mit der  
14 Corona-Pandemie noch einmal besonders deutlich zutage getretenen Chancen der  
15 medizinischen Biotechnologie besser genutzt werden können.
- 16 3. Die Transformation der P-Branche gestalten: Ein weiterer Schwerpunkt aktiver  
17 Industriepolitik für die pharmazeutische Industrie muss das Ziel sein, die auch  
18 in dieser Branche stattfindenden fundamentalen Umbrüche (Digitalisierung, neue  
19 Technologien, Demografie) nicht nur erfolgreich zu bewältigen, sondern die  
20 daraus erwachsenden Chancen zu verwirklichen. Daher soll die Bundesregierung  
21 zusammen mit den relevanten Stakeholdern im Gesundheitswesen einen breiteren  
22 Ansatz entwickeln, wie anstelle der bisherigen Fokussierung auf Kostenkontrolle  
23 ökonomische und gesellschaftliche Interessen besser in Einklang gebracht werden  
24 können.
- 25 4. Nachhaltigkeit als leitendes Prinzip gewerkschaftlichen Handelns in der P-  
26 Industrie verankern: Als Interessenvertretung der Beschäftigten in der  
27 pharmazeutischen Industrie gehört die IG BCE zu den zentralen Akteur\*innen im  
28 Gesundheitswesen, die mit ihrem Einfluss politisches Handeln prägt. Die IG BCE  
29 soll hier insofern eine Vorreiterrolle einnehmen, als sie Nachhaltigkeit als  
30 zentrales Prinzip ihres politischen Handelns auch in der pharmazeutischen

31 Industrie verankert. Dazu soll sie als erste praktische Anwendungsfälle  
32 innerhalb ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie für die pharmazeutische  
33 Industrie Vorschläge zur Stärkung der pharmazeutischen Lieferketten, moderne  
34 Ansätze staatlicher Innovationsförderung und Instrumente zur Entwicklung von  
35 Zukunftstechnologien entwickeln.

36 5. Schwerpunkt auf die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in der P-Industrie  
37 setzen: Aus ihrer besonderen gewerkschaftlichen Verantwortung für die  
38 Arbeitnehmer\*innen in der pharmazeutischen Industrie soll die IG BCE in ihrer  
39 Nachhaltigkeitsstrategie Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Bedingungen  
40 für Beschäftigte in den Zulieferer- und dienstleistungsnahen Segmenten der  
41 Branche entwickeln. Gleichzeitig soll die Strategie Antworten auf die Frage  
42 formulieren, wie der demografische Wandel so bewältigt werden kann, dass  
43 qualifizierte Fachkräfte zur tragenden Säule des Fortschritts und zur  
44 Weiterentwicklung der pharmazeutischen Industrie in Richtung einer nachhaltigen  
45 Leitindustrie werden.

46

47 **Begründung:**

48 1. Corona-Pandemie als Initial für eine aktivere Industriepolitik: Die  
49 pharmazeutische Industrie ist Teil der strategischen Infrastruktur in  
50 Deutschland, der aber in den letzten Jahrzehnten durch eine auf  
51 Kosteneinsparungen fokussierte Gesundheitspolitik nicht die nötige  
52 Aufmerksamkeit der Politik, vor allem der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik  
53 zuteilwurde. Das hatte zur Folge, dass die Branche das Potenzial nicht  
54 verwirklichen konnte, das tatsächlich in ihr liegt.

55 Für die Zukunft geht es daher nicht nur darum, brüchig gewordene pharmazeutische  
56 Wertschöpfungsketten zu reparieren, Schutzausrüstung zu bevorraten oder die  
57 vernachlässigte Produktion (von Impfstoffen, aber auch Antibiotika) wieder in  
58 Deutschland zu etablieren. Deutschland muss vielmehr zusammen mit seinen europäischen  
59 Partnern alle Anstrengungen unternehmen, wieder zu den weltweit führenden Standorten  
60 für die Erfindung und Herstellung von Medikamenten und Therapien zu werden. Aktive  
61 Industriepolitik bedeutet, dieses Ziel in eine schlüssige Strategie und konkrete  
62 Maßnahmen zu übersetzen, mit den beteiligten Stakeholdern einen Interessenausgleich  
63 zu verhandeln und dann entschlossen an der Verwirklichung dieser Vision zu arbeiten.

64 2. Mit aktiver Industriepolitik P. zu einer Leitbranche mit Biotec-Schwerpunkt  
65 weiterentwickeln: Die Pharma-Industrie gehört zu den wenigen noch wachsenden  
66 Branchen in Deutschland. Ein besonderer Hoffnungsträger ist die medizinische  
67 Biotechnologie. Sie hat bereits bahnbrechende Innovationen wie genbasierte  
68 Corona-Impfstoffe hervorgebracht. Als Technologien mit großem Potenzial für die  
69 Heilung von Krankheiten gilt die medizinische Biotechnologie auch bei der  
70 Bekämpfung von Volkskrankheiten wie Krebs- und Altersdemenz.

71 Obwohl das seit Jahren bekannt ist, fehlt es an einer konsequenten Politik, wie aus  
72 Chancen erfolgreiche Unternehmen bis hin zu starken Biotec-Clustern werden. Eine  
73 Ursache sind fehlende Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups, die die Seed Phase

74 erfolgreich bewältigt haben und nun vor der Frage stehen, wie sie ihr weiteres  
75 Wachstum finanzieren. In vielen Fällen werden die Innovationen dann verkauft – oft in  
76 die USA – weil sich in Deutschland kein/e Kapitalgeber\*in findet. Die Branche braucht  
77 andere Rahmenbedingungen als die etablierte pharmazeutische Industrie, damit sie sich  
78 hier verankern und neben den großen Standorten in den USA behaupten kann. Vorschläge,  
79 wie sich das umsetzen ließe, liegen allein aus mehreren Pharmadialogen auf dem Tisch.  
80 Es fehlt also nicht an Analysen. Die Politik muss sich entscheiden und handeln, dass  
81 und wie sie die medizinische Biotechnologie in Deutschland und Europa stark macht.  
82 Ein solcher Erfolg könnte positive Ausstrahlungswirkung über die Pharma-Industrie  
83 hinaus auf andere Branchen entfalten.

84 3. Die Transformation der P-Branche gestalten: Auch die pharmazeutische Industrie  
85 befindet sich – getrieben durch Megatrends wie Digitalisierung, neue  
86 Technologien und Demografie – im Umbruch. Im Unterschied zu vielen anderen  
87 Branchen eröffnet die Transformation hier aber aller Voraussicht nach mehr  
88 Chancen als Risiken. Beispielsweise schafft die Digitalisierung der  
89 pharmazeutischen Industrie Raum für neue Geschäftsmodelle, die wiederum  
90 gleichermaßen Potenzial für Wachstum und Beschäftigung als auch für eine  
91 verbesserte Gesundheitsversorgung bergen. Die intelligente Nutzung und  
92 Vernetzung von Daten (Big Data), innovative Ansätze für Forschung und  
93 Entwicklung und eine datengestützte Patient\*innenversorgung (E-Health) können  
94 außerdem die Effizienz des Gesundheitssystems steigern. Eine Verbesserung der  
95 digitalen Infrastruktur kann insgesamt also eine Win-Win-Situation für die  
96 Gesellschaft (Patient\*innen), die Unternehmen und die Beschäftigten werden.

97 4. Nachhaltigkeit als leitendes Prinzip gewerkschaftlichen Handelns in der P-  
98 Industrie verankern: Da die Gesundheitswirtschaft und die pharmazeutische  
99 Industrie als ihr industrieller Kern zu den am stärksten regulierten Sektoren  
100 gehören, hängt es maßgeblich von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen ab,  
101 ob die Potenziale der Branche gehoben werden können. Hinzu kommt, dass sich der  
102 Gesundheitssektor durch stark gegenläufige Interessen auszeichnet. Daher wird es  
103 entscheidend sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sie die Potenziale  
104 freisetzen und dabei für eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen der  
105 beteiligten Parteien – Unternehmen, Beschäftigten sowie Umwelt und Gesellschaft  
106 – sorgen können.

107 Dieses Ziel verfolgt auch das dreidimensionale Konzept der Nachhaltigkeit, das  
108 wirtschaftliche, soziale und ökologische Interessen als gleichberechtigt versteht und  
109 in Einklang bringen will. Ein solches Verständnis von Nachhaltigkeit muss als  
110 entscheidungs- und handlungsleitendes Prinzip auch in der pharmazeutischen Industrie  
111 verankert werden, wenn die Transformation gelingen soll. An der Verwirklichung einer  
112 so verstandenen Nachhaltigkeit soll auch die IG BCE den Erfolg ihrer politischen  
113 Arbeit in der pharmazeutischen Industrie ausrichten und messen. Es geht darum, dass  
114 die IG BCE für eine Politik eintritt, die nachhaltige Ansätze und Aktivitäten in  
115 allen Teilen der pharmazeutischen Wertschöpfungskette – von der Forschung und  
116 Entwicklung über die Produktion bis hin zur Entsorgung eines Wirkstoffs – fördert und  
117 Prozesse ressourcenschonender, sozialer und wirtschaftlicher gestaltet. Ein konkretes

118 Ziel einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik in der pharmazeutischen Industrie  
119 ist es, allen Menschen weltweit Zugang zu der bestmöglichen Gesundheitsversorgung zu  
120 ermöglichen – und zwar jetzigen und künftigen Generationen. Dazu müssen die Konzepte  
121 staatlicher Forschungsförderung überarbeitet werden, z. B. in der Weise, dass  
122 Ressourcenschonung als Förderkriterium Voraussetzung für die Mittelvergabe ist und  
123 außerdem an die Einhaltung sozialer Standards (Mitbestimmung und Tarifbindung)  
124 geknüpft wird. Gleichzeitig muss Kosteneffizienz als Entscheidungskriterium zwar  
125 weiterhin ernst genommen werden, um das Gesundheitssystem nicht zu überfordern, aber  
126 sie darf andere gesellschaftliche Ziele nicht dominieren.

127 Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Corona-Pandemie braucht es die Stärkung  
128 der schwachen Elemente in der pharmazeutischen Lieferkette als weiteren Schritt in  
129 Richtung einer nachhaltigeren pharmazeutischen Industrie – um die Kette insgesamt  
130 robuster zu machen und dadurch Versorgungs- und Lieferengpässe zu verhindern. Daher  
131 besteht eine Aufgabe darin, Konzepte zu entwickeln, die die Vielfalt der Lieferungs-  
132 und Leistungsbeziehungen fördern, statt durch eine rein kostengetriebene  
133 Gesundheitspolitik die Tendenz zu Konzentration und Monopolisierung der  
134 Anbieterstrukturen zu verstärken.

135 5. Schwerpunkt auf die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in der P-Industrie  
136 setzen: Als Interessenvertretung der Beschäftigten in der pharmazeutischen  
137 Industrie hat die IG BCE den besonderen Handlungsauftrag, dafür zu sorgen, dass  
138 die Entwicklung, Herstellung und Verteilung von Arzneimitteln unter guten  
139 Arbeits- und Sozialstandards erfolgt, also nicht zu Lasten der Beschäftigten  
140 geht.

141 Unter den gegebenen Verhältnissen muss die soziale Dimension einer  
142 Nachhaltigkeitsstrategie für die pharmazeutische Industrie aktuell drei  
143 Stoßrichtungen verfolgen:

144 1. die Abfederung von Folgen der demografischen Entwicklung

145 2. die Eingrenzung einer beginnenden Prekarisierung außerhalb der pharmazeutischen  
146 „Kern-Bereiche“

147 3. Kooperationen zwischen den Ländern der Europäischen Union bei der  
148 Arzneimittelentwicklung und -verteilung zu unterstützen und auszuweiten und  
149 dadurch Arbeitsplätze zu schaffen und soziale Standards zu etablieren.

150 Das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der in Deutschland ansässigen  
151 pharmazeutischen Industrie beträgt rd. 45 Jahre, und schon heute besteht in mehreren  
152 Berufen ein Fachkräftemangel, der sich durch die demografische Entwicklung absehbar  
153 weiter verschärfen wird. Ohne aktives Gegensteuern könnte also der Mensch zum  
154 Engpassfaktor werden und die an sich positiven Zukunftsperspektiven der Branche  
155 limitieren.

156 Daher muss sich die IG BCE einerseits dafür einsetzen, dass die Kompetenzen älterer  
157 Beschäftigter durch Fortbildung an die veränderten Anforderungen angepasst werden und  
158 diese Beschäftigten bis zum Eintritt in die Rente arbeitsfähig gehalten werden.  
159 Gleichzeitig müssen bezogen auf die nachfolgenden jüngeren Generationen Berufsbilder



160 und Lehrpläne in der dualen Ausbildung angepasst und ein größerer Anteil der  
161 Schulabgänger\*innen für MINT-Studiengänge gewonnen werden. Aufgabe der IG BCE ist es,  
162 hier ihr Know-how in den Betrieben einzubringen, z. B. bei der Gestaltung einer  
163 vorausschauenden Personalplanung mit Hilfe von Demografie-Analyse, bei der  
164 Entwicklung von Qualifizierungsinitiativen, der Anpassung von Berufsbildern und  
165 Kompetenzprofilen an Digitalisierung und neue Technologien, aber auch bei der  
166 Entwicklung von Auffanglösungen für nicht transformierbare Arbeitsplätze. Das  
167 betrifft beispielsweise Teile des Pharma-Außendienstes, bei dem u. a. durch  
168 Digitalisierung und veränderte Bedarfe der Ärzt\*innen Personalkapazitäten eingespart  
169 werden.

170 Der Pharma-Außendienst gehört außerdem zu einer Gruppe von Beschäftigten in der  
171 pharmazeutischen Industrie, deren Arbeitsverhältnisse unsicherer sind als in der  
172 übrigen Branche. Ursache dafür sind Tendenzen wie Outsourcing und Leiharbeit, die  
173 neben dem Pharma-Außendienst auch die Pharma-Zuliefer-Industrie betrifft. Denn rund  
174 um die hochprofitablen forschenden Pharma-Unternehmen haben sich Arbeits- und  
175 Beschäftigungsverhältnisse mit z. T. deutlich schlechteren sozialen Bedingungen  
176 etabliert als in der „Kern-Industrie“.

177 So bekommen z. B. Lohnfertiger, logistiknahe Dienstleister und Labore, aber auch der  
178 kostengetriebene Generika-Sektor sehr viel stärker und direkter die Folgen der  
179 Sparpolitik im deutschen Gesundheitswesen zu spüren – und geben ihn an ihre  
180 Beschäftigten weiter. Diese Rahmenbedingungen schlagen sich dort in einer  
181 schlechteren Bezahlung, unsicheren und z. T. auch prekären Arbeitsverhältnissen durch  
182 ständig drohende Standort-Verlagerungen in Billig-Lokationen (China, Indien) nieder.

183 Aufgabe und Auftrag im Rahmen der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die  
184 pharmazeutische Industrie muss es daher sein, auch an diesen „Rändern“ der Branche  
185 für die Angleichung der Arbeits- und Sozialstandards zu sorgen und die  
186 Erfolgsgeschichte der pharmazeutischen Industrie insgesamt nicht auf dem Rücken und  
187 um den Preis einer Schlechterstellung dieser Beschäftigtengruppen fortzuschreiben.

188

189 **Ursprung:**

190 Industriegruppenausschuss Chemie/Mineralöl/Gas

## Antrag B055: Gute Arbeit und Stärkung der Gesundheitswirtschaft

Laufende Nummer: 399

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordost
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B052
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Wir fordern die IG BCE in all ihren Strukturen dazu auf, dass sie Einfluss auf
- 2 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nimmt, um gute Arbeit in der
- 3 Gesundheitswirtschaft durchzusetzen und diese in unserem Organisationsbereich
- 4 nachhaltig zu stärken.
- 5 Zur Gesundheitswirtschaft zählen wir sowohl die pharmazeutische und Arzneimittel-
- 6 herstellende Industrie wie auch die zahlreichen Labor- und Medizintechnik-Betriebe.
- 7 Auch wenn es sich bei diesem Antrag um eine langfristige, eingeforderte Strategie
- 8 handelt, ist nicht zu bestreiten, dass die Covid-19-Pandemie aktuelle Defizite in
- 9 diesem Bereich aufgezeigt hat, die jetzt sehr deutlich zum Vorschein treten.
- 10
- 11 Spätestens die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass die Gesundheitswirtschaft in
- 12 Deutschland gestärkt werden muss. Beispielsweise war aber auch vor der Krise der
- 13 Mangel an Antibiotika in Europa zu beobachten, der auf den Rückbau von
- 14 Produktionskapazitäten in Europa zurückzuführen ist.
- 15
- 16 Insbesondere die Frage der Produktion von pharmazeutischen Produkten, die jahrelang
- 17 in vermeintlich günstigere Länder verlagert wurde, steht für uns hierbei im
- 18 Mittelpunkt der Debatte.
- 19
- 20 Die Produktion von Impfstoffen gegen Covid-19 und Arzneimittel, die die Krankheit
- 21 bekämpfen oder zumindest eindämmen können, sind derzeit die wichtigsten Anforderungen
- 22 an die pharmazeutische Industrie. Ihre Produktion sollte in Deutschland und Europa
- 23 aus- und weiter aufgebaut werden. Wir brauchen hier die Unterstützung aller
- 24 Verantwortlichen, um das zu ermöglichen. Für uns stehen hierbei insbesondere und
- 25 selbstverständlich die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, aber auch eine aktive
- 26 Wirtschafts- und Industriepolitik im Fokus.
- 27 Die Stadt Berlin mit zahlreichen Pharmabetrieben und Headquarter-Strukturen,
- 28 Universitäten, Fachkräften sowie ihrer Attraktivität und Infrastruktur kann hierbei
- 29 ein Leuchtturm werden.
- 30 Die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit riesigen Flächen, einer

ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und der Nähe zu Berlin sind hierbei eine perfekte Ergänzung. Die folgenden Thesen sollen dabei unser Handeln leiten:

Wir fordern für die pharmazeutische Industrie eine starke Tarifbindung von unseren Sozialpartnern ein. Unser „Flaggschiff“, der Chemie-Tarifvertrag, ist dabei unser Maßstab. Das gilt insbesondere auch für die neuen (und auch alten) Betriebe der Impfstoffproduktion.

Wir brauchen starke Betriebsrats- und Mitbestimmungsstrukturen in der pharmazeutischen Industrie. Dabei eingeschlossen sind auch JAVen und SBVen.

Die hohen Standards im Arbeitsschutz müssen angesichts von Covid-19 weiter ausgebaut und verstetigt werden. Gleiches gilt auch für die Frage der Arbeitszeit und ihrer Kontrolle. Die Verantwortung der Unternehmen für ihre Belegschaften muss hierbei immer wieder betont und eingefordert werden.

Wir brauchen für unsere Kolleginnen und Kollegen eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur und müssen uns um das Thema Wohnen kümmern. Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum (z.B. Werkwohnungen) sehen wir dabei als zentrales Instrument.

Wir sind gut in der Grundlagenforschung. Wir brauchen aber auch eine stärkere Unterstützung und eine breitere Vernetzung in praxisnaher und anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung.

Wo immer es möglich ist, sollten die Instrumente der direkten Wirtschaftsförderung und staatlichen Industriepolitik konsequent eingesetzt werden. Die Vergabe dieser sollte jedoch an beschäftigungsorientierte und arbeitnehmerfokussierte Bedingungen geknüpft werden. Zentral sind für uns dabei tarifvertragliche Strukturen.

Wo es möglich ist, sollten den Beschäftigten auch staatliche Prämien im Sinne der zusätzlichen Anerkennung der Arbeitsleistung der Kolleginnen und Kollegen gezahlt werden. Grundsätzlich gilt aber: Den Hauptfokus der Entlohnung müssen die Unternehmen setzen. Weitere Möglichkeiten der steuerlichen Entlastung von Kolleginnen und Kollegen sollten geprüft werden. Wir fordern dabei auch eine steuerliche Besserstellung bei der Zahlung von Gewerkschaftsbeiträgen analog der Parteienförderung.

Wir fordern dazu auf, den pharmazeutischen Außendienst und den Vertrieb und die angehängten Themen wie Mobilität, mobiles Arbeiten, Arbeitsschutz und Infrastruktur stärker als bisher in den Fokus zu nehmen.

Wir erwarten ein verstärktes Engagement in Aus- und Weiterbildung. Insbesondere fordern wir unsere Sozialpartner auf, das Thema Übernahme ausgebildeter junger Menschen in den Fokus zu rücken. Eine staatliche „Übernahmeprämie“ kann hierbei auch ein weiteres Instrument sein.

Wir appellieren an die gesellschaftspolitische Verantwortung der Unternehmen, bei ihren Standort-Entscheidungen zukünftig die Beibehaltung und den Ausbau von Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa stärker zu berücksichtigen, als es bisher der Fall ist.

**Begründung:**

Die Verantwortung, für "Gute Arbeit" in den Betrieben unseres Organisationsbereichs zu sorgen, ist unsere zentrale Aufgabe. Dabei versteht sich die IG BCE auch immer als Organisation, die industrie- und wirtschaftspolitische Überlegungen in ihrer Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Darüber hinaus ist auch das enorme Mitgliederpotenzial in den beschriebenen Bereichen zu berücksichtigen. Wenn es uns gelingt, gemeinsam mit Belegschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten zu sichtbaren Verbesserungen zu kommen, haben wir gute Möglichkeiten, die Beschäftigten für die IG BCE zu gewinnen.

**Ursprung:**

Bezirksvorstand Berlin-Mark Brandenburg

## Antrag B056: Zukunftsfähigkeit der Pharmabranche gestalten

Laufende Nummer: 276

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen/Thüringen
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

1 Deutschland ist immer noch einer der bedeutendsten Pharmastandorte weltweit, und  
2 innerhalb von Deutschland gehört Hessen zu den wichtigsten Zentren der Arzneimittel-  
3 Herstellung und -Entwicklung. Hier sind mit Unternehmen wie Sanofi, AbbVie, Merck und  
4 B.Braun viele namhafte Pharma-Konzerne ansässig, aber auch eine breit gefächerte  
5 mittelständisch geprägte (Zuliefer-)Industrie und nicht zuletzt innovative Hersteller  
6 mit gänzlich neuen Ansätzen, wie BioNTec.

7

8 Um diese Kraft zu erhalten, die für die regionale Wirtschaft genauso wichtig ist wie  
9 für die Gesundheitsversorgung überall auf der Welt, sehen wir für uns als  
10 Gewerkschaft und Interessenvertretung der Beschäftigten in der Branche zwei zentrale  
11 Handlungsfelder, auf denen wir uns engagieren wollen.

12

### 13 **Versorgungssicherheit der Pharmabranche**

14 Die IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass

- 15 1. eine Analyse der gesamten pharmazeutischen Lieferkette erfolgt, mit dem Ziel,  
16 nicht nachhaltig stabile Bereiche zu identifizieren und Maßnahmen zur Stärkung  
17 der Widerstandskraft der Lieferketten zu entwickeln.
- 18 2. der Staat Produktionskapazitäten in Deutschland für Produkte der Grundversorgung  
19 bzw. mit geringen Margen sicherstellt (z. B. Generika) und ggf. auch aufbaut,  
20 die ohne eine entsprechende Unterstützung in Deutschland nicht mehr gefertigt  
21 werden würden.
- 22 3. Forschungsanreize für die Weiter- und Neuentwicklung wichtiger Medikamente der  
23 Grundversorgung, die möglicherweise aus Rentabilitätsgründen nicht entwickelt  
24 werden würden, durch den Staat geschaffen werden.

25

### 26 **Innovationsstarke Pharmaindustrie nur mit Sozialpartnerschaft**

27 Wir fordern:

- 28 1. Die Politik soll die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Industrie auf  
29 entsprechenden digitalen Plattformen unterstützen (z. B. hessisches Zentrum für

- 30 künstliche Intelligenz).
- 31 2. Eine Prüfung der Nutzung von anonymisierten Gesundheitsdaten zur  
32 Wirksamkeitskontrolle von Medikamenten und zur Verbesserung der Datengrundlage  
33 für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Als Vorbild mit hoher Aktualität kann  
34 Israel gelten, das längst über eine digitale Gesundheitsakte verfügt, die es nun  
35 für die anonymisierte Wirksamkeits- und Nebenwirkungsprüfung der Corona-  
36 Impfstoffe zur Verfügung stellt.
- 37 3. Die staatliche Förderung von Pharmaunternehmen und Start-ups muss auch anhand  
38 sozialpartnerschaftlicher und mitbestimmungstechnischer Kriterien geprüft  
39 werden.
- 40 4. Die Etablierung von Mitbestimmung und Tarif soll bei Übernahme von Start-ups  
41 durch in Arbeitgeberverbänden organisierte Konzerne und Unternehmen  
42 vorangetrieben werden.
- 43 5. Die IG BCE soll zudem Ressourcen für eine gezielte Ansprache von Start-up-  
44 Unternehmen der Pharmabranche bereitstellen, um auch dort frühzeitig  
45 gewerkschaftliche Strukturen zu entwickeln.
- 46 6. Mit Blick auf den technologischen Wandel in der Pharma-Industrie soll die IG BCE  
47 die Fortführung der Qualifizierungsoffensive Chemie vorantreiben. Die Initiative  
48 soll einen Beitrag dazu leisten, dass der hohe Qualifikationsstandard der  
49 Mitarbeitenden in der Pharmabranche aufrechterhalten und deren Beschäftigung  
50 gesichert werden kann.

51

52 **Begründung:**

53 **Begründung zur Versorgungssicherheit der Pharmabranche**

54 Die auch in der pharmazeutischen Industrie starke Fokussierung auf eine  
55 renditegetriebene Unternehmensführung führt zu einer Konzentration der Unternehmen  
56 auf Arzneimittel-Entwicklungen mit möglichst hohen Gewinnaussichten. Gleichzeitig  
57 wird Forschung und Entwicklung für wichtige Medikamente der Grundversorgung mit aber  
58 möglicherweise sehr unsicheren oder geringeren Gewinnchancen zurückgefahren oder gar  
59 nicht mehr durchgeführt. So finden z. B. zu wenige Neuentwicklung von Antibiotika  
60 gegen multiresistente Keime statt, so dass die Welt hier auf eine vorhersagbare  
61 Versorgungskrise zuläuft.

62 Daneben sehen wir infolge der immer stärker arbeitsteilig organisierten globalen  
63 Pharma-Wertschöpfungskette bei allen positiven Effekten für Spezialisierung und  
64 Effizienz die Gefahr, dass diese Ketten sehr viel anfälliger sind für Störungen. Aus  
65 gewerkschaftlicher Perspektive kommt hinzu, dass mit der Zergliederung der Industrie  
66 auch große Unterschiede in der sozialen Absicherung und den Arbeitsbedingungen  
67 einhergehen. Immer häufiger sehen wir, dass Betriebe in ihre einzelnen  
68 Funktionsbereiche zergliedert werden und z. B. reine Lohnfertiger entstehen. Die  
69 Arbeit dort ist häufig nicht mehr vom Flächentarif umfasst und von einer kompletten  
70 Verlagerung in kostengünstigere Regionen bedroht. Durch staatliche Unterstützung  
71 könnte hier sowohl die Versorgung der Gesellschaft mit den Medikamenten als auch die

72 entsprechenden Arbeitsplätze gesichert werden.

73 In Hessen war die Wertschöpfungskette auch in der Corona-Pandemie bis jetzt stabil.

74 Wir müssen alles daransetzen, dass wir das auch für die Zukunft sicherstellen.

75

76 **Begründung für eine innovationsstarke Pharmaindustrie nur mit Sozialpartnerschaft**

77 Die IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiter ein Standort für  
78 innovative Pharmaforschung und Produkte bleibt. Die aktuellen Beispiele von BioNTech  
79 und CureVac haben gezeigt, dass Deutschland erfolgreich eine weltweite  
80 Spitzenposition bei der Forschung und Entwicklung einnehmen kann. Dazu bedarf es auch  
81 eines strategischen Ausbaus von digitalen Vernetzungsmöglichkeiten, um  
82 Forschungsvorhaben schneller und erfolgreicher zu gestalten. Ein zentraler Punkt der  
83 Digitalisierung ist die Möglichkeit mit fortschrittlichen Methoden (Algorithmen, KI)  
84 große Datenmengen gezielt auszuwerten. Je besser und breiter diese Datengrundlage  
85 ist, desto schneller und effizienter können neue Wirkstoffe entwickelt werden. Auch  
86 die Medikamentensicherheit lässt sich so verbessern, indem unerwünschte  
87 Nebenwirkungen gezielt und rasch erkannt werden können. Wenn wir diese Daten nutzen  
88 könnten, wäre das ein großer Standortvorteil für Deutschland. Dabei gleichzeitig  
89 einen hohen Datenschutz für die betroffenen Patient\*innen sicherzustellen, gehört  
90 selbstverständlich gleichwertig dazu und muss daher Teil einer solchen  
91 Datennutzungsstrategie sein.

92 Dabei sind wir davon überzeugt, dass die pharmazeutischen Unternehmen nur mit  
93 hervorragend qualifizierten Fachkräften, guten Arbeitsbedingungen und  
94 sozialpartnerschaftlicher Gestaltung erfolgreich sein können. Grundlage dafür sind  
95 unsere Flächentarifverträge der chemischen Industrie.  
96 Das Beispiel von BioNTech in Marburg zeigt, dass Tarifverträge sowie gelebte  
97 Mitbestimmung nicht im Widerspruch zum Erfolg von innovativen Unternehmen stehen.  
98 Umgekehrt: Tarifverträge und Mitbestimmung schaffen einen sicheren Rahmen, damit sich  
99 Menschen auf Veränderungen einlassen und die Herausforderungen erfolgreich meistern  
100 können.

101 Die IG BCE bringt viele Kompetenzen mit, um selbstbewusst auch auf aufstrebende, neue  
102 Unternehmen in der pharmazeutischen Industrie zuzugehen, mit dem Ziel, in solchen  
103 Start-ups die Standards für "Gute Arbeit" durch Mitbestimmung und Tarifbindung von  
104 Anfang an zu etablieren.

105

106 **Ursprung:**

107 Landesbezirksvorstand Hessen-Thüringen

## Antrag B057: Nachhaltige primäre und sekundäre Rohstoffpolitik für den Industriestandort Deutschland

Laufende Nummer: 243

Antragsteller*in:	Industriegruppe Kali und weiterer Nichtkohlenbergbau und Entsorgungswirtschaft
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die heimische primäre und sekundäre Rohstoffförderung ist mit rund 75.000 direkt und
- 2 über 220.000 indirekt Beschäftigten insgesamt ein wichtiger Faktor für die deutsche
- 3 Volkswirtschaft und für die Versorgung der Grundstoffindustrie am Standort
- 4 Deutschland von erheblichem Interesse.
- 5 • Deshalb möge sich die IG BCE für die Sicherung von Flächen zur primären und
- 6 sekundären Rohstoffgewinnung einsetzen, um so die langfristige Versorgung der
- 7 deutschen Volkswirtschaft auch mit eigenen Rohstoffen gewährleisten zu können.
- 8 • Die IG BCE setzt sich mit Blick auf die Energie- und Klimapolitik für Planungs-
- 9 und Investitionssicherheit für die Rohstoffindustrie ein.
- 10 • Insbesondere fordert die IG BCE einen Carbon-Leakage-Schutz sowie die
- 11 Sicherstellung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen für die
- 12 betroffenen Betriebe ein.
- 13 Rohstoffförderung und Bergbau können nur der Geologie folgen. Deshalb sind folgende
- 14 Ansätze zu berücksichtigen:
- 15 • Sicherung des Zugangs zu den Lagerstätten
- 16 • Erhaltung der Wertschöpfungsketten
- 17 • bedarfsunabhängige, rechtssichere und zeitnahe sowie effiziente und transparente
- 18 Genehmigungsverfahren
- 19 • Schutz vor Überplanung der Lagerstätten
- 20 • Zudem fordert die IG BCE, die Potenziale einer sinnvollen Verknüpfung von
- 21 primären und sekundären Rohstoffen weiter zu erforschen und im Sinne einer
- 22 nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu entwickeln.
- 23
- 24 **Begründung:**
- 25 2018 wurden in Deutschland rd. 170 Mio. t Kohle, 2 Mio. t Öl, 7 Mrd. cbm Erdgas und
- 26 rd. 615 Mio. t mineralische Rohstoffe mit einem Gesamtwert von rd. 12,5 Mrd. €
- 27 gefördert.
- 28 Rohstoffe stehen am Beginn einer weitverzweigten Wertschöpfungskette und sind auch in



29 Zeiten wachsender Globalisierung unabdingbare Voraussetzung für die  
30 Funktionsfähigkeit bzw. die langfristigen Entwicklungs- und Wachstumsmöglichkeiten  
31 einer Volkswirtschaft. Dies gilt nicht nur für strategisch besonders wichtige Importe  
32 von Energie- oder Metallrohstoffen, sondern auch für zahlreiche mineralische  
33 Rohstoffe wie Kali und Salze, Industriemineralien sowie Steine und Erden, die in  
34 Deutschland gewonnen werden und in den Grundstoffbereichen der Industrie und der  
35 Bauwirtschaft unverzichtbare Primärinputs darstellen.

36 Obwohl die Bedeutung einer sicheren und preiswürdigen Versorgung mit Rohstoffen für  
37 die wirtschaftliche Entwicklung generell unbestritten ist und die gegenwärtige  
38 Industriestruktur in Deutschland historisch wesentlich durch spezifische  
39 rohstoffwirtschaftliche Gegebenheiten geprägt ist - beispielhaft zu nennen ist etwa  
40 die historische Verknüpfung von heimischem Steinkohlenbergbau und Montanindustrie -,  
41 stehen heimische Rohstoffe kaum im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Ein  
42 wesentlicher Grund für die fehlende allgemeine Aufmerksamkeit besteht vermutlich  
43 darin, dass sie bisher kaum Versorgungsprobleme bereitet haben. Ein weiterer Grund  
44 dürfte darin liegen, dass im Inland geförderte Rohstoffe bezogen auf den gesamten  
45 mengen- oder wertmäßigen Faktoreinsatz (Arbeit, Kapital und gesamte Verwendung von  
46 Rohstoffen inkl. Energie) - statistisch betrachtet - eher eine untergeordnete Rolle  
47 spielen.

48 Die Unterbrechung von Lieferketten während der Corona-Krise hat aber u. a. die  
49 Bedeutung einer jederzeit gesicherten Versorgung aufgezeigt.

50 Die ausreichende Verfügbarkeit wirtschaftlich gewinnbarer Bodenschätze ist eine  
51 zwingende Voraussetzung für die Existenz rohstoffgewinnender Industriezweige.  
52 Deutschland verfügt vor allem bei den Steine- und Erden-Rohstoffen, Kali und Salzen  
53 und einigen Industriemineralien sowie Braun- und Steinkohlen und in geringerem Umfang  
54 auch bei Erdöl und Erdgas über heimische Reserven.

55 Umgekehrt bedeuten limitationale Produktionsbedingungen auch, dass Preisbewegungen  
56 auf den Rohstoffmärkten nahezu ungebremst auf die Kosten der nachgelagerten  
57 Produktionsbereiche durchschlagen und damit das gesamte sektorale und  
58 gesamtwirtschaftliche Kosten- und Preisgefüge, die Produktionsstrukturen und das  
59 Beschäftigungssystem beeinflussen können.

60 All dies zeigt, dass der Bergbau auf Rohstoffe nicht nur eine Schlüsselrolle als  
61 verlässlicher Grundstofflieferant für die weiterverarbeitende Industrie spielt,  
62 sondern gleichzeitig eine wichtige Funktion als Impulsgeber für Wirtschaftswachstum  
63 und Beschäftigung in Deutschland aufweist.

64 Die Tarifbindung im Bergbau liegt bei 100 % und ist ein Indikator für gute und  
65 mitbestimmte Arbeit.

66

67 **Ursprung:**

68 IGA Kali und weiterer Nichtkohlenbergbau und Entsorgungswirtschaft

## Antrag B058: Raffinerien als Schlüssel einer treibhausgasarmen Wirtschaft

Laufende Nummer: 241

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 • Die IG BCE sollte zusammen mit Betriebsräten und Beschäftigten sowie anderen  
2 Akteuren der Mineralölwirtschaft darauf hinwirken, die in den Raffinerien  
3 vorhandenen klimapolitischen und ökologischen Ansätze (Wasserstoff, PtX-  
4 Vorhaben, Reallabore u. a.) strategisch stärker in der Gesellschaft zu  
5 platzieren und für mehr Akzeptanz in der „breiten“ Öffentlichkeit zu werben.
- 6 • Proaktiv sind Entwicklungspfade aufzuzeigen, den aktuellen und in den kommenden  
7 Jahren zu erwartenden Wandel in den Raffinerien beschäftigungspolitisch,  
8 ökologisch und wirtschaftlich zu gestalten.
- 9 • Die zeitnahe nationale Umsetzung der neuen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED  
10 II) und entsprechender zusätzlicher Rechtsakte mit fairer Berücksichtigung von  
11 grünen Gasen sowie fortschrittlichen bio- und strombasierten Kraftstoffen ist zu  
12 unterstützen. Dabei ist auf die Bestimmung eines Anrechnungsfaktors von grünem  
13 Wasserstoff und die Anerkennung von Co-Processing zu achten, um einen  
14 Markthochlauf neuer CO<sub>2</sub>-ärmerer Technologien zu ermöglichen.
- 15 • Anerkennung und Förderung von weiteren klimafreundlichen Raffinerietechnologien  
16 und -produkten, wie Biokraftstoffen und Co-Processing basierend auf Rest- und  
17 Abfallstoffen.
- 18 • Festlegung verlässlicher Nachhaltigkeitskriterien von bio- und strombasierten  
19 Kraftstoffen.
- 20 • Das ab 2021 in Deutschland gestartete CO<sub>2</sub>-Preissystem im Non-ETS-Sektor sollte  
21 langfristig zu einem konsistenten europäischen CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystem  
22 weiterentwickelt werden, das den realen CO<sub>2</sub>-Inhalt von Energieträgern abbildet.
- 23 • Eine Neustrukturierung des Steuer- und Abgabensystems im Energiesektor auf  
24 europäischer Ebene ist anzustreben, um wasserstoffbasierte Technologien und  
25 damit verbundene Geschäftsmodelle zu ermöglichen. Dabei spielt die Reduzierung  
26 des Industriestrompreises eine wichtige Rolle.
- 27 • Die aus dem CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystem resultierenden Finanzeinnahmen sind  
28 ausschließlich zur Förderung von klimaneutralen Innovationen und zur Sicherung  
29 der Sozialverträglichkeit einzusetzen. Angesichts der Schlüsselrolle von  
30 Raffinerien für die Entwicklung einer treibhausgasärmeren Wirtschaft sollte ein

- 31 Schwerpunkt die Unterstützung von Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme und CO<sub>2</sub>-neutrale  
32 Technologien und Produkte in deutschen Standorten werden.
- 33 • Zudem sollten investitionshemmende beihilferechtliche Einschränkungen abgestellt  
34 werden.
  - 35 • Einfache und effiziente Genehmigungsverfahren sind zu entwickeln, um schnelle  
36 klimafreundliche Investitionen zu erreichen.
  - 37 • Der notwendige weitere Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist  
38 entschieden voranzutreiben. Hierbei sind die zusätzlich benötigten Kapazitäten  
39 für die Produktion von grünem Wasserstoff einzuplanen.

40

41 **Begründung:**

42 Die Betriebsräte der deutschen Mineralölwirtschaft bekennen sich zum Pariser  
43 Klimaschutzabkommen von 2015 und dem Ziel der EU-Staaten, Klimaneutralität bis zum  
44 Jahre 2050 zu erreichen.

45 Um die Treibhausgasemissionen in den Bereichen chemische Rohstoffe, Verkehr und Wärme  
46 zu verringern, bedarf es neben des Nachweises der technologischen Machbarkeit in Form  
47 von Reallaboren und Demonstrationsprojekten der Schaffung geeigneter  
48 wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und umfangreicher Investitionen in Verfahren  
49 zur Herstellung von CO<sub>2</sub>-armen flüssigen und gasförmigen Energieträgern.

50 Die anstehende wirtschaftliche Wiederbelebung nach Überwindung der Corona-Krise  
51 bietet große Chancen, Wirtschaft und Klimaschutz gezielt zu verbinden. Raffinerien  
52 stehen als Schlüsselindustrie im Zentrum dieser Prozesse. Durch angemessene  
53 Rahmensetzungen können industrielle Wertschöpfung und hochqualifizierte,  
54 tarifgebundene, mitbestimmte Arbeitsplätze gesichert und weiterentwickelt werden.

55 Flüssige Energieträger für Verkehr, Chemie und Wärme sind unverzichtbar.

56 Diese Aussage gilt im besonderen Maße für die zukünftige Rolle CO<sub>2</sub>-armer und  
57 erneuerbarer flüssiger Energieträger. Um die nationalen und internationalen  
58 Klimaschutzziele zu erreichen, sollte in der Phase des Hochlaufens der industriellen  
59 Produktion nach Corona die Chance genutzt werden, einen wachsenden Markt für  
60 erneuerbare Kraft-, Roh- und Brennstoffe zu schaffen.

61 Aus unserer Sicht sind flüssige Energieträger unverzichtbar für den Weg in eine  
62 emissionsarme Wirtschaft und Gesellschaft, da beispielsweise nicht alle  
63 Verkehrsbereiche batterie-elektrisch erschlossen werden können. Zusätzlich zur E-  
64 Mobilität muss die Entwicklung von Wasserstofftechnologien und Technologien für  
65 fortschrittliche Biokraftstoffe und strombasierte Kraft-/Treibstoffe vorangetrieben  
66 werden.

67 Als Schlüsselindustrie liefern die deutschen Raffinerien aktuell rund 60 Prozent  
68 ihrer Produkte für den Verkehr, etwa 20 Prozent in den Wärmebereich und weitere 20  
69 Prozent als Rohstoff für die chemische Industrie. Ca. 98 Prozent der Antriebsenergie  
70 im Verkehrssektor und 22 Prozent der Heizenergie werden derzeit durch flüssige  
71 Energieträger abgedeckt. Zusätzlich trägt die deutsche Mineralölindustrie mit ihren

72 Vorprodukten zu einer wettbewerbsfähigen und ressourcenschonenden chemischen  
73 Produktion bei. Die enge Vernetzung zwischen Raffinerien und Chemieindustrie führt zu  
74 effizienten Verbundstrukturen und trägt zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der  
75 Chemie- sowie Kunststoffindustrie bei. In diesen Wertschöpfungsnetzwerken werden weit  
76 mehr als eine Million Arbeitsplätze gesichert.

77 Die deutschen Raffinerien sind bereit für mehr Klimaschutz.

78 Die deutschen Raffinerien und die dort produzierten Erzeugnisse (Rohstoffe, Vor- und  
79 Endprodukte) werden auch in einer emissionsarmen Wirtschaft eine zentrale Rolle  
80 einnehmen. Die dort verarbeiteten flüssigen Rohstoffe sowie die daraus produzierten  
81 Energieträger sind gut speicher- und transportierbar. Ihre vielseitigen chemischen  
82 Eigenschaften und ihre hohe Energiedichte bergen für ein nachhaltiges Wirtschafts-  
83 und Verkehrssystem hohe Potenziale, wenn sie auf der Basis von erneuerbarem Strom  
84 gewonnen werden.

85 Die technologischen Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Mit Strom aus erneuerbaren  
86 Energien kann mit Elektrolyseprozessen Wasserstoff CO<sub>2</sub>-frei erzeugt werden.

87 Raffinerien benötigen für die Herstellung ihrer Produkte schon heute große Mengen  
88 Wasserstoff. Zum Teil wird er als Nebenprodukt im Raffinationsprozess selbst  
89 gewonnen, ansonsten durch die Verarbeitung von Erdgas mit entsprechendem CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

90 Ein erster wichtiger Schritt zur Herstellung von emissionsärmeren flüssigen  
91 Energieträgern wäre, den in den Raffinerien benötigten Wasserstoff aus erneuerbarem  
92 Strom zu produzieren. Technologisch ist dies kein Problem; aktuell werden in mehreren  
93 deutschen Raffinerien entsprechende Anlagen erprobt. Diese Anlagen können indes unter  
94 den derzeitigen regulativen Rahmenbedingungen noch nicht wirtschaftlich betrieben  
95 werden. Dazu bedarf es der richtigen politischen Weichenstellung.

96 Bei fördernden politischen und regulativen Rahmensetzungen könnte dann in einem  
97 zweiten Schritt CO<sub>2</sub>-frei erzeugter Wasserstoff in einer Synthese mit Kohlenstoff in  
98 strombasierte flüssige Energieträger umgewandelt werden. Diese Roh-, Kraft- und  
99 Brennstoffe sind in allen Verbrauchssektoren einsetzbar. Es entfallen aufwendige  
100 technische Umrüstungen, weil die flüssigen Energieträger genauso verarbeitet,  
101 gespeichert, transportiert und verwendet werden können wie aktuelle Energieträger.

102 Da noch unklar ist, zu welchen Anteilen Biomasse und CO<sub>2</sub> zur Herstellung von Roh-,  
103 Treib- und Kraftstoffen zukünftig verwendet werden und mit welchen Verfahren dies  
104 geschieht, müssen neue Technologien parallel zueinander entwickelt und demonstriert  
105 werden. Welche Verfahren eingesetzt werden, hängt von Menge und Art der benötigten  
106 Roh-, Treib- und Kraftstoffe ab.

107 Klimaschutzziele nur mit erneuerbaren flüssigen Energieträgern erreichbar

108 Im Schiffs-, im Luft- sowie in Teilen des Straßengüterverkehrs werden flüssige  
109 Energieträger trotz der Fortschritte in der Elektromobilität aufgrund ihrer  
110 Eigenschaften auf absehbarer Zeit nicht zu ersetzen sein. Folglich strebt das  
111 Bundesverkehrsministerium an, bis 2030 ein Drittel des schweren Lastverkehrs entweder  
112 elektrisch oder auf Basis strombasierter Kraftstoffe zu erbringen. Zudem ist eine  
113 Quote von 2 % für erneuerbar produziertes Kerosin für den Luftverkehr bis 2030

114 vorgesehen.

115 Ohne ausreichend CO<sub>2</sub>-neutrale und erneuerbare flüssige Energieträger werden wir  
116 national sowie vor allem international die angestrebten Klimaschutzziele nicht  
117 erreichen. Eine nachhaltige deutsche Chemie- und Kunststoffindustrie braucht CO<sub>2</sub>-  
118 ärmere und CO<sub>2</sub>-neutrale Rohstoffe aus den deutschen Raffinerien.

119 Technologien zur Erreichung dieser Ziele sind der Einsatz von grünem Wasserstoff in  
120 Raffinerien, moderne Biofuels (lignozellulosehaltige Biomasse/Abfälle, Rückstände,  
121 Algen, hydrierte Pflanzenöle) sowie synthetische, strombasierte Kraftstoffe (E-  
122 Fuels).

123 Damit die dazu notwendigen Investitionen in die deutschen Raffineriestandorte  
124 getätigt werden, braucht es geeignete Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer  
125 und internationaler Ebene. Insbesondere dürfen erneuerbare flüssige Energieträger  
126 nicht gegenüber der direkten Verstromung diskriminiert werden.

127

128 **Ursprung:**

129 IGA Chemie/Mineralöl/Gas

## Antrag B059: Raffinerien mit Zukunft

Laufende Nummer: 422

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B058
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die Raffinerien in Deutschland leisten einen sicheren und zuverlässigen Beitrag zur
- 2 Energieversorgung. Sie sind das Herzstück der Mineralölwirtschaft und nehmen somit
- 3 nicht nur für den Industriestandort Deutschland eine Schlüsselstellung in der
- 4 heutigen Energieversorgung ein.
- 5 Deutschland hatte 2018 einen Bedarf an Mineralölprodukten von etwa 107 Mio. Tonnen,
- 6 Tendenz abnehmend. Davon gehen rund 60 Prozent als Benzin, Diesel und Kerosin in den
- 7 Verkehr, 12 Prozent sind Heizöl, der Rest sind Vorprodukte für die chemische
- 8 Industrie, Schmierstoffe sowie Bitumen als Belag für Straßen, Radwege und Dächer.
- 9 Raffinerien liefern über 90 Prozent der organischen Chemieprodukte. Rohbenzin ist
- 10 einer der wichtigsten Rohstoffe in der Petrochemie für Kunststoffe, Waschmittel,
- 11 Dämmstoffe, Textilien oder Reiniger. Zusammen verfügen alle Raffinerien in
- 12 Deutschland über Rohölverarbeitungskapazität von 103 Mio. Tonnen. In der
- 13 Mineralölindustrie sind heute noch knapp 25.000 sozialversicherungspflichtig
- 14 Beschäftigte tätig.
- 15 Die Mineralölwirtschaft ist Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft und unseres
- 16 Wohlstandes. Sie ist insbesondere über die Chemie- und Fahrzeugwirtschaft eng mit den
- 17 führenden industriellen Wirtschaftssektoren verknüpft. Der Raffineriesektor ist als
- 18 Teil der Mineralölindustrie für Verbraucher\*innen und Wirtschaft in Deutschland
- 19 unverzichtbar. Alleine die unverändert hohe Abhängigkeit des gesamten Verkehrssektors
- 20 von der Versorgung mit Mineralölprodukten (94 % Mineralöl am Endenergieverbrauch im
- 21 Verkehrssektor) verdeutlicht die Situation.
- 22 Der hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch fossile Brennstoffe und die Folgen für Klima und Umwelt
- 23 zwingen zu immer schnelleren Entwicklungspfaden hin zu einer weitgehend
- 24 emissionsfreien Wirtschaft und Gesellschaft. Neben den erforderlichen
- 25 Rahmenbedingungen für diesen Weg ist vor allem Technologieoffenheit zur Erreichung
- 26 der Treibhausgasziele bis 2030 und darüber hinaus unerlässlich. Auch die gemeinsame
- 27 Verarbeitung von Rohöl und alternativen Rohstoffen in Raffinerien muss als auf die
- 28 Treibhausgasreduzierungs-Quote (THG-Quote) anrechnungsfähige Technologie zugelassen
- 29 werden.
- 30 Zentrales Instrument zur Förderung erneuerbarer Kraftstoffe und damit auch
- 31 strombasierter Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien ist die THG-Quote des Bundes-
- 32 Immissionsschutzgesetzes.

33 Seitens der Europäischen Union ist beschlossen, die Produktion und Anwendung von  
34 „grünem“ Wasserstoff hochzufahren, eine nachhaltige, klimaneutrale  
35 Wasserstoffwirtschaft zu etablieren, vermehrt auf CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu setzen und in den  
36 nächsten Jahren die Energieeffizienz weiter zu steigern. Die Energiewende und die  
37 Pariser Klimaschutzziele erfordern, dass Absatz und Verbrauch von Öl in den kommenden  
38 Jahren dramatisch sinken werden. Auch gehen die verschiedenen Szenarien und Analysen  
39 zur Zukunft der weltweiten Energieversorgung im Grunde alle davon aus, dass Öl als  
40 bisher dominierender Energieträger im Endenergieverbrauch bis spätestens 2040 von  
41 Strom abgelöst sein wird.

42 Die Mineralölbranche in Deutschland steht unter großem Veränderungsdruck, auch wenn  
43 die Auswirkungen energiepolitischer Zielsetzungen nicht kurzfristig zu  
44 Nachfragerückgängen im Markt führen werden. Die Branche muss sich in Zeiten des  
45 Klimawandels neu orientieren, auch wenn Produkte von heute für Verkehr, Wärme und die  
46 chemische Industrie auch morgen und übermorgen benötigt werden, dann allerdings  
47 treibhausneutral.

48 Die gleichzeitige Bewältigung von Pandemie und Strukturwandel eröffnet bei allem  
49 daraus entstehenden Druck auch neue Chancen für den Industriestandort Deutschland.  
50 Hierzu braucht es gemeinsame Leitlinien für das Handeln von Unternehmen und Politik,  
51 von Wirtschaft und Gewerkschaften. Diese müssen sich immer wieder neu ausrichten an  
52 sozialen, ökologischen und ökonomischen Perspektiven für Beschäftigte, Industrie und  
53 Gesellschaft.

54 Das globale Energiesystem und der weltweite Mineralölmarkt sind im Umbruch. Der  
55 Rückgang der Nachfrage nach Mineralölprodukten sinkt in einem schrumpfenden  
56 Mineralölmarkt kontinuierlich. Nicht zuletzt mit Blick auf die Herausforderungen des  
57 Klimawandels muss auch die Mineralölindustrie ihre Geschäftsmodelle den  
58 Herausforderungen anpassen, um auch in der Energieversorgung der Zukunft  
59 unverzichtbar zu bleiben.

60 Deutsche Raffinerien nehmen in der Energieeffizienz und Schadstoffminimierung  
61 international eine Spitzenstellung ein. Eingebunden in die industriellen  
62 Wertschöpfungsketten muss die deutsche Mineralölindustrie auch weiterhin zu einer  
63 wettbewerbsfähigen und ressourcenschonenden industriellen Produktion beitragen. Die  
64 Vorgaben der (europäischen) Energiepolitik bestimmen wesentlich die  
65 Zukunftsperspektiven der Branche in Deutschland. Für die Raffinerien eröffnen sie  
66 aber auch eine nachhaltige Entwicklungsoption.

67 Vor allem im Verkehrssektor wird der Übergang auf E-Mobilität und neue  
68 Antriebsmotoren nicht so schnell möglich sein wie vielfach angenommen. Produkte wie  
69 Flüssiggas, Benzin, Kerosin, Dieselkraftstoffe, Schmierstoffe und Bitumen werden  
70 nicht nur beim Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft unverzichtbar sein. Doch  
71 selbst wenn Mineralöl auf absehbare Zeit ein zentraler Energieträger sein wird, gilt  
72 es jetzt in die Zukunft zu investieren. Die Weichen für den Umstieg auf nachhaltige  
73 Technologien und Wertschöpfungsketten werden jetzt gestellt.

74 Eine technisch machbare Option bietet die Erzeugung synthetischer Kraftstoffe (E-  
75 Fuels) unter Nutzung von alternativen Energien (z. B. Strom aus Windkraftanlagen) und

76 Verarbeitung von großen Mengen CO<sub>2</sub>. Die Vision einer „grünen Raffinerie“ verspricht  
77 einen Ausweg zum Erhalt und vielleicht sogar zum Ausbau der Raffineriekapazitäten und  
78 guter Arbeitsplätze in Deutschland.

79 Statt Erdöl kann an den Raffinerie-Standorten in Zukunft treibhausgasneutral  
80 erzeugter Wasserstoff als Rohstoff zur Produktion von synthetischem Methan,  
81 synthetischen Kraftstoffen und Naphtha eingesetzt werden. Strombasierte synthetische  
82 Kraftstoffe haben gegenüber konventionellen Kraftstoffen nur einen  
83 Treibhausgasvorteil, wenn sie aus regenerativem Strom erzeugt werden. Je mehr Strom  
84 aus erneuerbaren Energien kostengünstig zur Verfügung steht, umso mehr Kapazitäten  
85 können aufgebaut werden. Der schnelle Ausbau der Windenergie spielt hierfür eine  
86 entscheidende Rolle.

87 Rund 20 Mio. Menschen in Deutschland sind in ihren Wohnungen auf die Ölheizung  
88 angewiesen. Ab 2026 ist der Einbau von Ölkesseln nicht mehr erlaubt. Allerdings  
89 können bestehende Anlagen weiterbetrieben werden. Mit der Lieferung klimaneutraler  
90 flüssiger Brennstoffe kann die Branche einen weiteren, wichtigen Beitrag zum  
91 Klimaschutz leisten.

92 Energiewende und Elektromobilität werden zu einem dramatischen Rückgang des  
93 Mineralölverbrauchs führen. Die Vision einer „grünen Raffinerie“ die u. a.  
94 synthetischen Kraftstoff erzeugt, ist ein gangbarer Weg zum Erhalt der  
95 Raffineriestandorte und der Arbeitsplätze in Deutschland. Die Transformation  
96 bestehender Raffineriestrukturen wird aber nur möglich sein mit klaren Zielvorgaben  
97 und steuernden Eingriffen durch die (deutsche und europäische) Politik. Die  
98 politischen und ökonomischen Weichen sind dafür noch nicht abschließend gestellt.

99 Die Standortstrukturen in Deutschland sind zurzeit stabil. Dennoch gibt oder gab es  
100 in praktisch allen Betrieben Restrukturierung und Stellenabbau, die zu einem  
101 Personalmangel in den Betrieben geführt haben. Neue Möglichkeiten durch  
102 Digitalisierung und Outsourcing bieten vor allem in den nicht-gewerblichen Bereichen  
103 wie der Verwaltung, der IT, dem Einkauf, dem Service, Finance oder den Laboren noch  
104 weiteres „Potenzial“ zum Stellenabbau.

105 Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit sind die Folge und Themen in den Betrieben der  
106 Mineralölindustrie. Neben gesamtgesellschaftlichen Fragen zur Zukunft der Branche  
107 spielen auf betrieblicher Ebene Fragen zur Arbeitsorganisation und zu einer  
108 ausreichenden Personalbemessung eine zentrale Rolle. Hält der Personalmangel an oder  
109 verschärft sich noch weiter, dann werden die grundsätzlich guten Arbeitsbedingungen  
110 in der Branche dauerhaft unterlaufen.

111 Die Branche hat sich aufgrund einer restriktiven Personalpolitik erhebliche  
112 Folgeprobleme für die zukünftige Leistungs- und Innovationsfähigkeit geschaffen. Ohne  
113 das Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu sichern und zu entwickeln, wird der  
114 Übergang in eine klimaneutralere Produktion kaum gelingen. Der heute schon spürbare  
115 Personalmangel wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, wenn zusätzlich etwa  
116 40 Prozent der heute Beschäftigten in Rente gehen.

117 Die Zukunftsperspektive der Raffinerie-Standorte liegt darin, das dort vorhandene  
118 Know-how, das Arbeitskräftepotenzial und Teile der bestehenden Infrastruktur für die



119 Herstellung synthetischer Kraftstoffe zu nutzen. Ein Schlüssel zur Sicherung von  
120 Personal und guter Arbeit sind tragfähige Modelle zur Arbeitsorganisation und von  
121 Work-Life-Balance. Gerade angesichts des hohen Anteils von Schichtarbeit in den  
122 Raffinerien sind hier Lösungen und attraktive Angebote notwendig, die den  
123 Beschäftigten ein erhöhtes Maß an Zeitsouveränität ermöglichen. Die Unternehmen sind  
124 gefordert, eine mittelfristige strategische Personalplanung vorzulegen, um eine  
125 Überlastung der Beschäftigten zu vermeiden und qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.  
126 Die Erzeugung postfossiler Kraft- und Rohstoffe für die chemische Industrie ist ein  
127 gangbarer Weg zum Erhalt und zum Ausbau vorhandener Raffineriekapazitäten und von  
128 Arbeitsplätzen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland wird letztlich an die  
129 Frage gebunden sein, welche Raffineriestandorte und -kapazitäten zukünftig die  
130 Produktionsbasis für CO<sub>2</sub>-arme und CO<sub>2</sub>-freie Produkte bilden werden. Die Perspektiven  
131 für Raffinerien und Mineralölwirtschaft sind weitgehend deutlich erkennbar. Jetzt  
132 gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen.

133

134 **Begründung:**

135 **Der Landesbezirk Nord der IG BCE fordert den Hauptvorstand auf:**

- 136 • bei der Europäischen Union und der Bundesregierung so Einfluss zu nehmen, dass  
137 E-Fuels in der CO<sub>2</sub>-Flotten-Regulierung der EU für Pkw als klimaschonend  
138 anerkannt werden.
- 139 • sich im Kontext politischer Gesetzgebung dafür einzusetzen, dass  
140 Produktionskapazitäten in Deutschland erhalten bleiben und zukünftig keine  
141 Raffinerie in Deutschland mehr stillgelegt wird.
- 142 • an einer nachhaltigen Konzeption zur Zukunftssicherung und konkreten Perspektive  
143 für die Mineralölindustrie weiter aktiv mitzuwirken und sich für die Entwicklung  
144 gemeinsamer industrieller Perspektiven für die Branche im Kontext der  
145 Energiewende und der Vision „grüner Raffinerien“ einzusetzen.
- 146 • sich dafür einzusetzen, dass Innovationen gefördert, zukunfts feste Leitmärkte  
147 definiert und die industriellen Wertschöpfungsketten im Sinne einer nachhaltigen  
148 Entwicklung erhalten bleiben.
- 149 • die politischen Rahmenbedingungen so mitzugestalten, dass die Unternehmen mit  
150 verlässlichen Rahmenbedingungen zur Sicherung der Raffineriestandorte in  
151 Deutschland umfassend investieren.
- 152 • dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmen vor dem Hintergrund klimapolitischer  
153 Rahmenbedingungen in die zukunfts feste Gestaltung von Arbeitsplätzen, in Aus-  
154 und Weiterbildung und die Gesundheitsvorsorge investieren.

155

156 **Ursprung:**

157 Landesbezirksvorstand Nord

## Antrag B060: Ressourcen in der Mineralölwirtschaft sichern

Laufende Nummer: 425

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B058
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 dass die Gremien der IG BCE sich für eine Zukunftsstrategie zur Sicherung von
- 2 Ressourcen in der Mineralölwirtschaft einsetzen, um der Hire-and-Fire-Mentalität ein
- 3 Konzept von Nachhaltigkeit entgegenzusetzen. Nachhaltigkeit vor allem in Bezug auf
- 4 die soziale Dimension wird in Zukunft über den Erfolg der Mineralölwirtschaft, vor
- 5 allem im mittelständischen Bereich, entscheiden.
- 6 Dies kann durch mehrere Instrumente geschehen:
- 7 • Beantragung von Fördermitteln zur Umsetzung von transformativen Schritten in EU,
- 8 Bund und Land
- 9 • Anpassung und Erleichterung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (EEG-Umlage)
- 10 Dies kann unter anderem, aber nicht ausschließlich, durch folgende Maßnahmen erreicht
- 11 werden:
- 12 • Spitzentreffen mit Politik, Wirtschaft und Forschung organisieren
- 13 • Nutzung unserer Netzwerke in der Mitbestimmung und Politik zur Prägung des
- 14 Diskurses
- 15 • öffentlichkeitswirksame Kommunikation der Situation aus Arbeitnehmer\*innensicht
- 16 (Presse)

### 18 Begründung:

- 19 Der gesellschaftspolitische Diskurs in der Energiewende ist bestimmt von einer Abkehr
- 20 von fossilen Energieträgern. Große Mineralölkonzerne (Shell, Exxon, BP,
- 21 WintershallDEA) machen derzeit Schlagzeilen mit global angelegten
- 22 Personalabbaumaßnahmen und dem Rückzug aus fossilen Geschäftszweigen in großem
- 23 Ausmaß.
- 24 Dadurch entsteht mittelfristig ein Know-how-Verlust in diesem Wirtschaftszweig und
- 25 wir sehen eine große zukünftige Herausforderung darin, dieses Know-how
- 26 zurückzuerlangen, da es sich hier um eine vorübergehende Trendwende handelt.
- 27 Wir sind der Überzeugung, dass Mineralöl weiterhin zentraler Bestandteil wichtiger
- 28 Wertschöpfungsketten bleiben wird, denn nach wie vor gibt es neben der Verwendung als
- 29 Kraftstoff unzählige weitere Gebiete in der chemischen Industrie, auf denen Mineralöl
- 30 unverzichtbar ist und in denen es (noch) nicht ersetzt werden kann.

31 Wir sehen es als unsere Aufgabe, es hier besonders mittelständischen Betrieben zu  
32 ermöglichen, die Zeit des Umbruchs größtenteils unbeschadet zu überstehen und Nischen  
33 zu besetzen, die zukunftsfähig bleiben werden.

34

35 **Ursprung:**

36 Vertrauenskörper H&R OWS Ölwerke Schindler GmbH, Hamburg

## Antrag B061: Durch den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen die Zukunft der deutschen Mineralölindustrie sichern – Anforderungen an Politik und Unternehmen

Laufende Nummer: 194

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material zu B058
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Die IG BCE wirkt auf die Politik und die Unternehmen ein, um die Branche der
- 2 deutschen Mineralölindustrie zukunftsfest zu machen und die Beschäftigung in
- 3 Deutschland zu sichern.
- 4
- 5 **Unsere Forderung:**
- 6 Die Zumischung synthetischer Kraftstoffe muss erlaubt, ihr prozentualer Anteil
- 7 unbegrenzt zulässig sein.
- 8 Der Anteil der synthetischen Kraftstoffe muss aus der CO<sup>2</sup>-Besteuerung fallen. Des
- 9 Weiteren muss die Besteuerung mit der Mineralölsteuer entfallen, um eine ähnliche
- 10 Bewertung wie Elektromobilität zu erreichen.
- 11 Die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe muss stärker gefördert werden, ähnlich der
- 12 Förderung zum Beginn der Entwicklung der erneuerbaren Energien.
- 13
- 14 **Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen!**
- 15 Wir fordern den Hauptvorstand auf, auf die Politik in der EU und in Deutschland
- 16 einzuwirken, um den Unternehmen in der Mineralölindustrie langfristige, klare und
- 17 zuverlässige Rahmenbedingungen zu verschaffen. Zur Sicherung und Weiterentwicklung
- 18 der Raffineriestandorte in Deutschland sind enorme Investitionen erforderlich. Die
- 19 Unternehmen in der Mineralölindustrie brauchen dafür planbare Rahmenbedingungen. Der
- 20 deutschen und europäischen Politik und Öffentlichkeit ist trotz des stark
- 21 schrumpfenden Mineralölmarktes in Deutschland zu verdeutlichen, dass die Mineralöl-
- 22 standorte ein unverzichtbares Angebot von Mineralölprodukten sicherstellen und die
- 23 Transformation des Verkehrssektors unterstützen können. Aus Gründen des
- 24 Umweltschutzes und der Versorgungssicherheit sowie aus beschäftigungspolitischen
- 25 Gründen wäre es unverantwortlich, dieses Ziel zu vernachlässigen.
- 26
- 27 **Begründung:**
- 28 Im Text enthalten.

29

30 **Ursprung:**

31 Vertrauensleutekörper der Mineralölraffinerie Oberrhein (MiRO), Karlsruhe

## Antrag B062: Gesetzliche Zulassung - Coprocessing von biogenen Rohstoffen

Laufende Nummer: 423

Antragsteller*in:	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nord
Status:	Empfehlung liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu B058
Sachgebiet:	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Landesbezirksvorstand und Hauptvorstand und alle zu dem Thema
- 2 wichtigen Gremien auf, mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf Bundesebene
- 3 Einfluss zu nehmen und sich einzusetzen, dass die Bundesregierung eine Regelung zum
- 4 Coprocessing von biogenen Rohstoffen zulässt. Es geht dabei um die gemeinsame
- 5 Verarbeitung von Rohölen und biogenen Ölen in Raffinerien.

6

### 7 **Begründung:**

- 8 RED II-Umsetzung (Beschluss Bundeskabinett 3. Februar 2021); Coprocessing. Wir
- 9 unterstützen ausdrücklich den Entwurf für das Gesetz, mit dem die RED II (EU
- 10 Renewable Energy Directive II) in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Dieser
- 11 Vorschlag macht Ernst mit dem Ziel, den Kraftstoffsektor entscheidend zu
- 12 dekarbonisieren. Ohne diesen Schritt kann das Klimaziel in der Mobilität bis 2030
- 13 nicht erreicht werden. Ausbau der Elektromobilität und Dekarbonisierung der
- 14 Kraftstoffe sind zusammen der Schlüssel zu weniger Treibhausgas-Emissionen im
- 15 Verkehr.

- 16 Allerdings bedauern wir sehr, dass der Regierungsentwurf keine Regelung zum
- 17 Coprocessing von biogenen Rohstoffen enthält; dabei geht es um die gemeinsame
- 18 Verarbeitung von Rohöl und biogenen Ölen in Raffinerien. Diese Technologie war seit
- 19 2018 befristet bis Ende des vergangenen Jahres zugelassen. Unserem dringenden
- 20 Anliegen, diese Befristung aufzuheben und das Coprocessing dauerhaft als eine
- 21 Technologie zuzulassen, die auf die Treibhausgas-Reduzierungsquote (THG-Quote)
- 22 angerechnet werden kann, wurde leider nicht entsprochen. Damit ist das Coprocessing
- 23 jetzt - anders als in Spanien, Frankreich und den Niederlanden - nicht mehr als ein
- 24 Instrument zur Kraftstoff-Dekarbonisierung anerkannt. Das hat insofern Auswirkung auf
- 25 international agierende Konzerne, dass für sie ihre Produktionsstandorte in
- 26 Deutschland weniger interessant sind und Weiterentwicklungen ausgebremst werden, was
- 27 einen direkten negativen Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit dieser Standorte hat.

- 28 Wir bitten nachdrücklich, unseren politischen Einfluss geltend zu machen, damit im
- 29 Gesetzgebungsverfahren von Bundestag und Bundesrat der Vorschlag für die Novellierung
- 30 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durch die Zulassung des Coprocessing
- 31 geändert wird. Zugleich sollte parallel dazu die 37. BImSchV angepasst werden, um die

32 darin enthaltene Befristung des Coprocessing aufzuheben.

33 Die Bundesregierung will zu Recht für das Jahr 2030 eine viel ehrgeizigere THG-Quote  
34 als heute. Ihr Vorschlag einer Erhöhung auf 22 % bis 2030 stellt beinahe eine  
35 Vervierfachung der heutigen Quote von 6 % dar. Das ist sehr ehrgeizig, aber machbar,  
36 wenn unserer Industrie alle Möglichkeiten eröffnet werden, durch möglichst viele  
37 Dekarbonisierungsmaßnahmen den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Kraftstoffen zu senken. Wir haben  
38 allerdings kein Verständnis dafür, wenn einerseits die THG-Quote deutlich erhöht,  
39 andererseits aber eine Technologie ausgeschlossen wird, die unerlässlich ist, diese  
40 gesteigerte THG-Quote zu erfüllen. Wir bitten deshalb die Regierungskoalition, diesen  
41 Punkt noch einmal zu bedenken und anders zu entscheiden.

42

43 **Ursprung:**

44 VL Leitung BP Europa SE – Standort Lingen

## Antrag B063: Trotz langer Tradition vielfältige Innovationspotenziale

Laufende Nummer: 237

<b>Antragsteller*in:</b>	Industriegruppe Glas
<b>Status:</b>	Empfehlung liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	B - Wirtschaft

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE möge beschließen:

- 1 Angesichts der unten beschriebenen Situation vieler Glashersteller fordert der
- 2 Industriegruppenausschuss Glas die IG BCE dazu auf,
- 3 • auf Unternehmensleitungen hinzuwirken, dass diese die Mitbestimmung als
- 4 Pluspunkt im industriellen System Deutschlands wieder stärker anerkennen sowie
- 5 eine Unternehmenskultur der Beteiligung der IG BCE am Wandel und die
- 6 selbstverständliche Respektierung der betrieblichen und
- 7 Unternehmensmitbestimmung praktizieren;
- 8 • derzeitige und neue Initiativen zur Beseitigung des Fachkräftemangels -
- 9 insbesondere auf regionaler Ebene – zu unterstützen;
- 10 • gesundheitliche Initiativen zum Schutz der Beschäftigten weiterhin zu stärken;
- 11 • das Berufsbild Verfahrensmechaniker/-in Glastechnik zu reformieren;
- 12 • die Innovationsansätze zur Minderung der Treibhausgasemissionen in der
- 13 Glasindustrie („Schmelzwanne der Zukunft“ sowie grüner Wasserstoff als neuer
- 14 Energieträger) aktiv zu unterstützen; insbesondere politisch darauf hinzuwirken,
- 15 emissionsarme bzw. emissionsfreie Technologie im Glassegment zu fördern und
- 16 somit die Transformationsbemühungen zum Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland
- 17 zu nutzen;
- 18 • sich für industriepolitisches Handeln auf EU- und nationaler Ebene stark zu
- 19 machen, da die Transformation oftmals einzelbetriebliches Handeln übersteigt und
- 20 gemeinsame Ansätze der Glasunternehmen im europäischen Rahmen - einschließlich
- 21 des Schutzes der Transformationsbemühungen mittels eines EU-weiten
- 22 Grenzausgleichsmechanismus für den CO<sub>2</sub>-Preis - notwendig und zielführender sind;
- 23 • neuere Ansätze der Sektorenkopplung zu begleiten; vor allem
- 24 • alternative Finanzinstrumente - wie z. B. den IG BCE-Transformationsfonds oder
- 25 Carbon Contracts for Difference (Differenzverträge für Betriebs- und
- 26 Investitionsausgabenzuschüsse für energieintensive Wirtschaftssegmente) -
- 27 praxisnah (weiter) zu entwickeln, um sektorenübergreifende Lösungen anzugehen
- 28 und insbesondere Maschinen und Anlagen mit längeren Payback-Zeiten beschaffen zu
- 29 können;
- 30 • Bemühungen der Branche in Bezug auf Recycling und Kreislaufwirtschaft zu



31 unterstützen; sowie

- 32 • neue Netzwerke hinsichtlich Gebäudeeffizienz zu entwickeln, um auf die  
33 Potenziale neuartigen, leistungsstarken Glases hinzuweisen, die Treibhausgase  
34 signifikant zu senken, und öffentliche Beschaffungen entsprechend auszurichten.

35

#### 36 **Begründung:**

37 Glas ist einer der wenigen von Menschen geschaffenen Werkstoffe, die seit  
38 Jahrtausenden beständig in Gebrauch sind. Mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen  
39 und modernster Technik entwickeln die Glas- und Maschinenbauunternehmen sowie  
40 Forschungseinrichtungen stetig neue Anwendungen. Glas spielt in Forschung und  
41 Entwicklung sowie in vielen Zukunftsbranchen wie Pharmazie, Life Sciences,  
42 Elektronik, Optik, Kommunikationstechnologien, erneuerbaren Energien (Photovoltaik,  
43 Windturbinen), Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie Bauwesen eine zentrale Rolle  
44 für industrielle sowie persönliche Anwendungen. Oftmals sind die Fortschritte mit  
45 anderen wissenschaftlichen Disziplinen und neuen Methoden verbunden, wie Lidar- sowie  
46 Virtual- und Augmented-Reality-Systeme.

47 Die Innovationen haben zudem oftmals einen Bezug zu emissionsärmeren bzw.  
48 emissionsfreien Technologien. Aktuell bemühen sich viele Glashersteller,  
49 treibhausgasärmere Produktionsverfahren zu entwickeln. Mehrere Glasunternehmen haben  
50 als strategisches Ziel verkündet, Treibhausgas-Neutralität schon in wenigen Jahren  
51 anzustreben. Aktiv angegangen werden momentan insbesondere zwei technologische  
52 Alternativen im Herstellprozess: Elektrifizierung größerer Schmelzwannen sowie  
53 Einsatz von Wasserstoff bzw. anderer synthetischer Brennstoffe.

54 Aktuell ist die Elektrifizierung auch größerer Schmelzwannen technologisch reifer. Im  
55 März 2020 kündigten 20 europäische Behälterglashersteller an, ein großes Hybrid-  
56 Elektro-Schmelzaggregat bauen zu wollen. Diese auch Oxy-Fuel-Hybridwanne genannte  
57 „Schmelzwanne der Zukunft“ soll mit 80 % regenerativem Strom betrieben werden und den  
58 fossilen Energieträger Erdgas größtenteils ersetzen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen einer  
59 Behälterglashütte sollen dadurch um bis zu 50 % verringert werden. Sowohl diese  
60 Aktivitäten als auch die Bemühungen, verstärkt Wasserstoff einzusetzen, sind aktiv zu  
61 unterstützen; auch um die Wettbewerbsposition der Glashersteller in Deutschland zu  
62 erhalten und auszubauen sowie Arbeitsplätze zu sichern.

63 Die Glasbranche würde es durch entsprechende Beiträge zurückzahlen können. Neben  
64 treibhausgasärmeren Technologien im Herstellprozess besteht großes Potenzial, durch  
65 entsprechende Glasprodukte klimaschädliche Emissionen zu verringern. Ein Beispiel  
66 sind leistungsstarke Fenster. Entsprechende öffentlich geförderte  
67 Gebäudeeffizienzprogramme in Europa könnten wesentlich zur Reduzierung der  
68 Treibhausgase um fast 30 % bis 2030 beitragen.

69 Digitale Technologien eröffnen bei diesen Transformationsprozessen vielfältige neue  
70 Chancen für Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit und insbesondere für die Gestaltung  
71 der Arbeitswelt. Angesichts der großen technologischen Sprünge braucht die Industrie  
72 hochqualifizierte Fachkräfte. Sektoral ist dazu eine Bildungs- und

73 Qualifizierungsoffensive erforderlich.

74 Europa und vor allem Deutschland sind in der Herstellung von hochwertigem Glas  
75 führend. Nirgendwo in Europa gibt es so viele Glas produzierende Betriebe wie in  
76 Deutschland. Die hiesige Glasindustrie ist für jeweils ca. 20 Prozent der  
77 produzierten Glasmenge und des Umsatzes in Europa verantwortlich.

78 Glas wird vollständig aus natürlichen Ressourcen gewonnen und ist zu 100 %  
79 recyclingfähig. Von daher erfüllt Glas sowohl in der Herstellung als auch in der  
80 Nutzung bereits viele Kriterien der Nachhaltigkeit und einer zirkulären Ökonomie.

81 Für Investitionsentscheidungen sind indes stabile Rahmenbedingungen und ökonomische  
82 Vorausssehbarkeit entscheidend. Schließlich sind die alternativen Technologien derzeit  
83 noch teurer als die bisherigen. Da der Glassektor durch langfristige  
84 Investitionszyklen in einem wettbewerbsintensiven globalen Umfeld geprägt ist,  
85 bestehen teilweise große Gefährdungen durch internationalen Handel und konkurrierende  
86 Materialien. Deshalb bedarf es der finanziellen Unterstützung und europäischen  
87 Absicherung dieser Transformationsbemühungen; auch durch neue Finanzinstrumente.

88 Eine wesentliche Herausforderung für Glasunternehmen in der EU und Deutschland  
89 besteht darin, wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig in kohlenstoffarme  
90 Technologien zu investieren. Die Erfahrungen der Photovoltaikindustrie in der  
91 Vergangenheit vor allem mit chinesischen Konkurrenten zeigen, dass Interessen  
92 kleinerer Wirtschaftssegmente wie die der Glasindustrie wirtschaftspolitisch besser  
93 berücksichtigt werden müssen. Sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle  
94 Unterstützungsleistungen des Staates sind für die Transformationsprozesse nötig.

95

96 **Ursprung:**

97 IGA Glas